

Zeitschrift für
Sozialistische Politik und Wirtschaft



SPW - 20

Arbeitszeitverkürzung und Wirtschaftspolitik

35-Stunden-Woche
nur bei vollem
Profitausgleich



Herausgeber: Detlev Albers (Bremen), Heinz Albrecht (Berlin-West), Erhard Eichert (Herford), Josef Hindels (Wien), Klaus Peter Kisker (Berlin-West), Heinrich Lienker (Bielefeld), Werner Loe-we (Hamburg), Klaus Thüsing (Paderborn), Klaus-Peter Wolf (Berlin-West).

Ständige Mitarbeiter:

Burchard Bösche (Frankfurt), Arno Brandt (Hannover), Walter Fabian (Köln), Rainer Frank (Konstanz), Alfred G. Frei (Darmstadt), Herbert Grimberg (Bremen), Joachim Günther (Berlin-West), Michael Häupl (Wien), Mechtild Jansen (Köln), Mathias Kohler (Mannheim), Monica Lochner (München), Traute Müller (Hamburg), Dieter Muth-Kerth (Hamburg), Kurt Neumann (Berlin-West), Norman Paech (Hamburg), Arno Pasternak (Emden), Peter Pelinka (Wien), Ludger Rosengarten (Münster), Ulrich Schöler (Bonn), Martin Wilke (Ochtrup), Jochen Zimmer (Duisburg), Burkhard Zimmermann (Berlin-West).

Redaktion: Frank Heidenreich, Knut Krusewitz, Hans Raßmes, Christiane Rix, Dieter Scholz, Andreas B. Westphal.

Redaktionssekretariat: Christiane Rix und Andreas B. Westphal

Verlag, Redaktion und Auslieferung: Libellenstraße 6a, D-1000 Berlin 38, Tel.: (030) 803 3429

Anzeigen (ohne Tausch): Andreas Runze, Jungfernstieg 20, D-1000 Berlin (West) 45, Tel.: 030/7722443

Verlag: spw-Verlag/Redaktion GmbH, Berlin/West, HRB 13699
Geschäftsführer: Frank Heidenreich, Hans Raßmes, Dieter Scholz

Sekretäre: Dieter Klumpp und Joachim Pieczkowski

Copyright © spw-Verlag/Redaktion GmbH 1983.

Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten.

Satz: Barbara Steinhardt, Berlin-Zehlendorf. — Herstellung: Oktoberdruck, Berlin-Kreuzberg.

Umschlaggestaltung: Jürgen Holtfreter. Auflage: 1.-3. Tausend September 1983

Die spw erscheint 1983 in 4 Hefen mit einem Jahresumfang von 500 Seiten. Die Kündigung eines Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich.

Der Buchhandelspreis beträgt 9,80 DM, in der Republik Österreich 75,— ÖS, in der Schweiz 9,— sfr. Im Abonnement kostet das Heft 7,— DM zuzügl. Versand, im Einzelverkauf über sozialdemokratische Organisationen 7,— DM (50,— ÖS)

Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit, übernimmt jedoch keine Haftung für unverlangt eingesandte Beiträge. Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschinenschrift einseitig beschrieben und mit einem Rand von 30 Anschlägen versehen sein. Aufsatzbeiträge sollen nicht mehr als 17 Manuskriptseiten umfassen.

Konten: Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) Berlin 111 502 8300 (BLZ 100 101 11)

Postscheckamt Berlin West 109974 - 105 (BLZ 100 100 10)

Beilagenhinweis: Dieses Heft enthält eine Klappkarte des spw-Verlags, Berlin/West.

Inhalt

Editorial	259
Verlagsmitteilungen	261

Aktuelle Kommentare

<i>Klaus-Peter Wolf</i> Es ist noch nicht zu spät: Die SPD vor ihrem »Nachrüstungsparteitag«	263
<i>Peter Strieder</i> Weniger Demokratie wagen!	265

Diskussionsschwerpunkt: Arbeitszeitverkürzung und Wirtschaftspolitik

<i>Erich Ott</i> Ziel: 35-Stunden-Woche	269
<i>Gerhard Bäcker und Reinhard Bispinck</i> Flexibilisierung der Arbeitszeit	281
<i>Michael Ernst-Pörksen</i> Bewegung in der alternativen Wirtschaftspolitik Memoranden und Wirtschaftsprogramm der Grünen	291
<i>Hermann Bömer</i> Beispiel Stahlkrise — das Ringen um Alternativen	299
<i>Ottwald Demele</i> Ist ein konjunktureller Aufschwung in Sicht?	304

Dokumentation

<i>Alfred Dallinger</i> : Unterwegs zur arbeitslosen Gesellschaft?	313
--	-----

Interview

Gewerkschaften in der Defensive? Interview mit Julius Lehlbach, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Rheinland Pfalz	319
---	-----

Analysen

<i>Wolfgang Däubler: Friedensbewegung, Widerstand und Recht</i>	323
<i>Jon Bloomfield: Jahr der Entscheidung</i>	329
<i>Uwe Kremer: Vor einem neuen Stadium des Reformismus?</i> <i>Mehr als eine Replik auf Albers und Beling/Scholz</i>	339
<i>Heinz-Gerd Hofschien: Ein neues Programm als Konsequenz der Wahlniederlage?</i> <i>Zur beginnenden Diskussion um ein neues Grundsatzprogramm der SPD</i>	346
<i>Norbert Ahrens: Wie ein Land ruiniert wird: Das Lehrstück Chile.</i> <i>Bilanz nach 10 Jahren Militär-Diktatur</i>	356
<i>Petra Müller und Wolfgang Killig: Sozialdemokratie und Technik</i>	362

Berichte

<i>G. Grill, U. Kikl, J. Repl und A. Weiß-Gänger</i> <i>Feminismus/Sozialismus. Seminar der Frauen in der Jungen Generation (JG),</i> <i>28.-30.1.82, Wien</i>	369
<i>Christiane Rix</i> <i>2. Konferenz für Europäische Atomare Abrüstung, 9.-14.5.83, Berlin/West</i>	372
<i>Joachim Pentzlin</i> <i>Richter und Staatsanwälte für den Frieden. 1.Forum für Frieden, 4.6.83, Bonn</i> ...	375
<i>Knut Krusewitz</i> <i>Verantwortung für den Frieden. Naturwissenschaftler warnen vor neuer</i> <i>Atomrüstung. Kongreß 2.-3.6.83, Mainz</i>	377
<i>Patrik Baab</i> <i>Demokratischer Sozialismus als »blockfreie Ideologie«?</i> <i>Seminar der FES und der Zeitschrift L'80, 20.-22.5.83, Saarbrücken</i>	380
<i>Dieter Schott</i> <i>Bundesweite Tagung der Geschichtswerkstatt e.V. zum Thema »Widerstand«,</i> <i>28.-29.5.83, Bochum</i>	383
Leserbriefe	387

Besprechungen

<i>Jens Bünnig u. a.: Stahlkrise — Regionalkrise (J. Zimmer)</i>	391
<i>Walter Spöhring: Streiks im internationalen Vergleich (W. Lecher)</i>	391
<i>Oskar Meggeneder: Streiks in den Niederlanden (W. Lecher)</i>	393
<i>Peter Glotz: Die Beweglichkeit des Tankers (G. Mackenthun)</i>	394
<i>IMSF (Hrsg.): Der Staat im staatsmonopolistischen Kapitalismus (B. Paschert)</i> ...	396
Über die Autoren	400

Editorial

Mit dem Schwerpunktthema *Arbeitszeitverkürzung und Wirtschaftspolitik* nehmen wir uns des zentralen gewerkschaftlichen Handlungsfeldes neben dem Frieden an. Um diese beiden Handlungsfelder drehen sich auch die wichtigsten innenpolitischen Überlegungen der CDU/CSU-Strategen. Die SPD konnte trotz einer Reihe von verbalradikal vorgetragenen punktuellen wirtschaftspolitischen Forderungen kein auch nur vorläufiges alternatives Programm vorlegen. Es hat nicht nur kein Aufarbeiten der Geschichte der eigenen Wirtschaftspolitik gegeben, des Scheiterns der spezifisch sozialdemokratischen keynesianischen Orientierung und des Übergangs zu monetaristischen und angebotsorientierten Strategien. Es kann noch nicht einmal von einer systematischen Auseinandersetzung mit gewerkschaftlicher Programmatik die Rede sein. So gibt es bis heute von der SPD keine eindeutige Stellungnahme zur Frage des vollen Lohnausgleichs bei der 35-Stunden-Woche, ja nicht einmal diese wird von allen Strömungen der SPD vorbehaltlos unterstützt.

Erich Ott begründet noch einmal grundlegend die Forderung nach der 35-Stunden-Woche und betont die Notwendigkeit eines einheitlichen gewerkschaftlichen Vorgehens in dieser Frage. Der Konsens über den Kampf für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich umfaßt aber nur die IG Metall, die IG Druck und Papier, die Gewerkschaft HBV und die Gewerkschaft Holz und Kunststoff, während die Gewerkschaft NGG unter ihrem Vorsitzenden Döding ein Tarifrentenmodell anstrebt, das nur den über 58jährigen Arbeitern zugute kommen würde, und die IG Chemie in ihrem Tarifabschluß die 40-Stunden-Woche bis 1988 festgeschrieben hat. Die Argumente der Unternehmer, daß aus Kostengründen eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage nicht möglich sei, verfangen sich auch in manchen Gewerkschaften. Das Spatz-in-der-Hand-Denken und die Sozialpartnerschaftsideologie drohen hier ein einheitliches gewerkschaftliches Vorgehen und damit die einzige Chance, arbeitsmarktpolitisch wirksame Formen der Arbeitszeitverkürzung durchzusetzen, zu verhindern. Dabei ist die 35-Stunden-Woche zwar eine notwendige, aber noch lange keine hinreichende gewerkschaftliche Strategie in der andauernden Krise, da hierbei nur das Arbeitskräfteangebot verknappt, aber zunächst kein Einfluß auf die Arbeitskräftenachfrage ausgeübt wird, so daß selbst die sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche die Arbeitslosigkeit zwar vermindern, nicht aber beseitigen könnte. Sollte also noch nicht einmal in der Arbeitszeitfrage Einigkeit im DGB hergestellt werden, muß mit einem zunehmenden Verlust an gesellschaftlichen Gegenmachtpositionen der Gewerkschaften gerechnet werden.

Mit den unternehmerischen Strategien zur Flexibilisierung der Arbeitszeit beschäftigen sich *Gerhard Bäcker* und *Reinhard Bispinck*. Die verstärkte Einführung von Teilzeitarbeit (eine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich) dient nicht der Umverteilung der gegebenen Arbeitszeit auf mehr Köpfe, sondern ihrer drastischen Reduzierung, die durch erhöhte Arbeitsproduktivität infolge kürzerer Arbeitszeit und Anpassung des Personaleinsatzes an die Stoßzeiten erreicht wird. Doch die Tatsache, daß die Ausweitung von Teilzeitarbeit, ebenso wie job-sharing und individuelle Arbeitszeitregelungen, *keine* positiven Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt haben, darf nicht bedeuten, daß die Gewerkschaften diese Form *global* ablehnen. Zu stark sind die Bedürfnisse von Frauen und zunehmend auch von Männern, zumindest in bestimmten Lebensphasen nur Teilzeitarbeit zu leisten. Zu ungenügend die gesellschaftlichen Bedingungen und emanzipatorischen Formen der Arbeitsteilung in Familie und Beziehung, als daß für alle das Erziehen eines Kindes oder Weiterqualifikation *neben der Arbeit* möglich wäre.

Bäcker/Bispinck sprechen sich deshalb für kollektivvertragliche und gesetzliche Regelungen der Teilarbeitszeit aus, z.B. für den Rechtsanspruch auf Teilarbeitszeit am angestammten Arbeitsplatz mit dem Recht, wieder zur Vollzeitarbeit zurückkehren zu können. Offen bleibt allerdings die Frage des Lohnausgleichs und — der Durchsetzung.

Michael Ernst-Pörksen vergleicht das Memorandum mit dem Wirtschaftsprogramm der Grünen. Dabei betont er die Notwendigkeit der Überwindung von nur quantitativ orientierten Nachfrageprogrammen. Nachfrageprogramme dürfen nicht danach gestaltet werden, daß der Staat den und den Betrag zur Nachfrageerhöhung ausgeben will, sondern müssen umgekehrt aus der Untersuchung des konkreten gebrauchswertmäßigen Bedarfs in den verschiedenen Bereichen abgeleitet werden. Hierbei kommt insbesondere das Memorandum über Stichpunktataloge nicht hinaus.

Hermann Bömer beschäftigt sich mit der Stahlkrise und den verschiedenen strategischen Konzepten der Stahlkonzerne, der Bundesregierung und der EG-Kommission. »Einen für die Stahlarbeiter akzeptablen Ausweg aus der Krise« sieht er nur in der Verstaatlichung der Stahlkonzerne, dem Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung und einer demokratischen Planung der wirtschaftlichen Schlüsselbereiche. Ausgespart bleibt bei *Bömer* die Frage nach der gebrauchswertmäßigen Seite der Stahlkrise, die immer die offene Flanke der gewerkschaftlichen Argumentation zur Aufrechterhaltung der Arbeitsplätze in der Stahlindustrie war.

Mit Konjunkturprognosen wird harte Politik betrieben. Das Aufschwungerede der neuen Bundesregierung schweigt über den Tatbestand, daß selbst bei einer leichten Steigerung des Bruttosozialprodukts ein weiterer Rückgang von Arbeitsplätzen zu erwarten ist. *Ottwald Demele* setzt sich mit den Erfahrungen bisheriger Konjunkturprognosen, ihren krisentheoretischen Grundlagen und dem aktuellen Stand zentraler Konjunkturdaten auseinander.

Zum Thema Arbeitszeitverkürzung veröffentlichen wir ferner eine Rede des österreichischen Sozialministers *Dallinger* und ein Interview mit dem DGB-Vorsitzenden von Rheinland Pfalz, *Julius Lehlbach*.

Die Herbstaktionen der Friedensbewegung gegen die jetzt unmittelbar drohende Stationierung neuer NATO-Mittelstreckenwaffen haben das Problem aufgeworfen, welche Methoden und Formen des Kampfes überhaupt durchschlagende Erfolge versprechen. Der Aufsatz von *Jon Bloomfield* stellt Erfahrungen der britischen Friedensbewegung vor und wertet Aktionen des direkten Widerstands (etwa in Greenham Common) unter dem Gesichtspunkt, inwieweit sie das Hinaufarbeiten der Friedensbewegung in den politischen Raum fördern, aus. Bloomfield versucht ferner zu begründen, worin die Mängel einer Position liegen, welche die Lösung der Friedensfrage allein auf dem Wege multilateraler Verhandlungen erwartet. *Wolfgang Däubler* schlägt vor, auch Völkerrecht und Grundgesetz als Instrumente des Kampfes zu nutzen. Diese Auffassung bekannter sozialdemokratischer und anderer linker Juristen gewann in den letzten Wochen in der SPD-Bundestagsfraktion in dem Maße an Einfluß, wie gleichzeitig die bisherige Linie, eine Abstimmung im Bundestag herbeizuführen, zunehmend den Eindruck politischer Hilflosigkeit vermittelt.

Zwei Artikel des letzten Hefts (Albers und Beling/Scholz zur Lage der SPD nach den Wahlen) haben Auseinandersetzungen und lebhaften Widerspruch provoziert. *Uwe Kremer* kritisiert die unbewußte Selbstgefälligkeit marxistischer Analysen des sozialliberalen

Niedergangs. Sein Einwand zielt im Kern auf die Vorstellung, Reformismus sei bloßes Defizit: entweder (noch) nicht marxistisch oder sozialchauvinistisch. Kremer verlangt, den Reformismus in der Arbeiterbewegung als eine flexible politische Formation zu begreifen und auch heute seine Fähigkeit zur (Selbst-)Erneuerung zu kalkulieren. Die Analyse des sozialdemokratischen Reformismus werden wir in einer der nächsten beiden Ausgaben mit einem Beitrag von Andreas Wehr fortsetzen.

Im Gegensatz zu Kremer weist *Heinz-Gerd Hofschens* den Vorschlag von Detlev Albers zurück, sich an der beginnenden Grundsatzprogramm-Diskussion zu beteiligen. Jede Anstrengung auf diesem Gebiet hält er für aussichtslos und überflüssig, da ein neues Programm im ganzen schlechter ausfallen werde als das noch gültige von Godesberg.

Andreas B. Westphal

Verlagsmitteilungen

Die vorliegende zwanzigste Nummer ist umfangreicher als sonst; zum gleichen Verkaufspreis enthält sie 16 Seiten mehr. Nicht das fünfjährige »Jubiläum«, sondern inhaltliche Anforderungen waren ausschlaggebend für eine kostspielige Ausnahme (die wir nicht zur Regel machen werden). Der Themenschwerpunkt dieser Ausgabe ist jetzt wichtig, um die bevorstehenden Kämpfe für kürzere Wochenarbeitszeiten nicht erst im Nachhinein zu kommentieren. Die Beiträge zu politischen Grundfragen der Friedensbewegungen und die kontroverse Diskussion über Krise und Entwicklungsperspektiven der Sozialdemokratie hätten nicht auf ein späteres Heft verschoben werden können.

5 Jahre spw

Herausgeber und Redaktion laden die Leser/innen ein, das »5jährige« mitzufeiern: Am Samstag, den 29.10., steigt in West-Berlin die *spw*-Fete mit Schwoof & Palaver. Am gleichen Wochenende trifft sich ebenfalls in West-Berlin der »Hannoveraner Kreis« der Jungsozialisten. Genaue Zeit und Ort des Fests können Mitte Oktober im Büro (Tel.: 030/8033429) erfragt werden.

Sonderheft (SH) 4

Ende Oktober liefern wir aus: *spw* SH 4 mit dem Titel »*Wirtschaftskrise und regionale Gegenwehr. Sozialdemokratische Konzepte für Vollbeschäftigung und Lebensqualität*«. Der Band umfaßt Beiträge von Arno Brand, Heinz-Gerd Hofschens, Axel Horstmann, Michael Jung, Klaus Peter Kisker, Herbert Schui, Jürgen Wasem, Klaus Peter Wolf und Welsch (WSI des DGB). Er dokumentiert in Auszügen die fünf Programme einer beschäftigungsorientierten Regionalpolitik für Bremen, Hamburg, Hessen, Ostwestfalen-Lippe und West-Berlin. — Linke Sozialdemokraten leisten damit ihren Beitrag, um die fehlende wirtschaftspolitische Kompetenz der Partei zu überwinden. Sie machen Vorschläge für eine regionale Wirtschafts- und Haushaltspolitik, die gesellschaftlich nützliche Beschäftigung schafft, den ökologischen Erfordernissen gerecht wird und dadurch die Lebensqualität steigert. Regionaler Widerstand gegen Dauerarbeitslosigkeit und Sozialabbau verbindet sich mit dem gewerkschaftlichen Kampf für die 35-Stunden-Woche. — Der Band umfaßt 220 Seiten und kostet im Buchhandel und für Einzelbestellungen 16,-DM. *spw*-Abonnenten können ihn zum Organisationspreis von 10,- DM (zuzüglich Versand) beziehen. **Bestellungen bitte ab sofort auf der anliegenden Bestellkarte an den *spw*-Vertrieb richten!**

DAS ARGUMENT

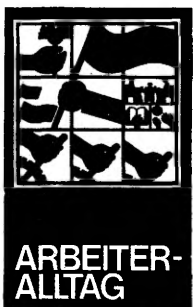
Argument-Vertrieb
Tegeler Str. 6
1000 Berlin 65



Westeuropäische Gewerkschaften
Krisenverarbeitung in Frankreich,
Italien, Japan und BRD
Albers, Moynot, Trentin u.a.
Argument-Sonderband AS 85
16,80/f.Stud.13,80 DM (Abo: 13,80/11,80)



Neue Technik und Sozialismus
Alt Vater, Amin, Haug, Magdoff u.a.
Internationale Sozialismus-Diskussion 4
Argument-Sonderband AS 95
16,80/f.Stud.13,80 DM (Abo: 13,80/11,80)



Arbeiteralltag — Mode oder Methode?
Bäuerliches Gesinde: Lebensweise
und Lebensperspektiven. Erziehung in
der Fabrik. Arbeiter berichten über
ihren Ehealltag.
Argument-Sonderband AS 94
160 S., 16,80 DM/f. Stud. 13,80 DM

Aktuelle Kommentare

Klaus-Peter Wolf

Es ist noch nicht zu spät:

Die SPD vor ihrem »Nachrüstungsparteitag«

Dieser Herbst könnte einen tiefgreifenden Einschnitt in der innen- und außenpolitischen Entwicklung der Bundesrepublik bringen. Entweder es gelingt — im deutschen Interesse — den Willen der Bevölkerung durchzusetzen und eine Stationierung neuer amerikanischer Atomraketen zu verhindern, oder unser Land wird zu einem beliebig verwendbaren Faustpfand der westlichen Führungsmacht degradiert. »Fünf vor zwölf« kann die SPD auf einem außerordentlichen Parteitag Anfang November in Bonn — unmittelbar nach der bundesweiten Friedenswoche — ihre bisherige Haltung korrigieren. Es wäre jedoch eine Illusion, zu glauben, die derzeitigen Absetzbewegungen der SPD und auch des DGB vom NATO-Rüstungsbeschluß würden im Selbstlauf zu einem klaren Nein führen. Ein solches Votum muß noch in den beiden großen Organisationen der Arbeiterbewegung und mit der Friedensbewegung erkämpft werden. Denn die »Front der Rüstungsbefürworter« in Washington, London und Bonn steht und entfaltet weiterhin Druck.

Gegenwärtig versucht die SPD-Führung mit angeblich »neuen« Interessen der USA nach dem Dezember-Beschluß von 1979 ihre zunehmende Distanz zur »Nachrüstung« zu begründen. Aber waren nicht die wesentlichen politischen und militär-strategischen Grundbedingungen vor 1979 schon so durchschaubar wie ihre fadenscheinigen Begründungen? Pershing II und Cruise Missiles waren zu keinem Zeitpunkt als »Antwort« auf die sowjetische SS 20 gedacht. Pershing II waren von Anfang an Erstschlags-, also Kriegführungswaffen. Ihre Schnelligkeit und Treffsicherheit sollten es den USA ermöglichen, einen Atomkrieg »begrenzen« und »gewinnen« zu können. Solche Raketen, die die politisch-militärischen Zentren der UdSSR ausschalten können, während die SS 20 die Machtzentren der USA nicht erreichen, müssen destabilisierend wirken. Und ihre Stationierung auf bundesdeutschem Boden wird die Bundesrepublik zu einer Zielscheibe erster Klasse werden lassen.

Solche Gedanken sind mittlerweile in der Bevölkerung »Gemeingut«. Und da wollen hochkarätige sozialdemokratische Außenpolitiker und Rüstungsexperten glaubhaft machen, sie hätten das nicht gewußt? Glauben kann man ihnen lediglich, daß sie nicht den Zusammenhang von ökonomischer Krise im Hauptland des kapitalistischen Teils der Erde und den (daraus resultierenden) aggressiven Militärstrategien der USA kennen. Denn dies ist ein »Kapitalfehler« der deutschen Sozialdemokratie. Wenn die USA nun spätestens seit Mitte der 70er Jahre auf Konfrontationspolitik umgeschaltet haben, weil sie sich die Rolle des führenden Weltpolizisten zurückerobern wollen, wenn sie also ihre ökonomischen, politischen und militärischen Interessen in Mittelamerika, Afrika, im Nahen Osten und in Westeuropa gleichermaßen sichern wollen, dann brauchen sie die Pershing II. Mit diesen Mittelstreckenraketen wollen sie versuchen, von der UdSSR Wohlverhalten zu erpressen. Dies ist auch nach 1979 keine »neue« Lage.

Und »neu« ist deshalb auch nicht, daß die Genfer Verhandlungen über Mittelstreckenraketen keine Lösung »im deutschen Interesse« bringen können. Dennoch will die SPD — bis zum heutigen Tag — auf ihrem bevorstehenden Parteitag »das dann vorliegende Er-

gebnis der Verhandlungen prüfen und im Lichte dieser Prüfung ihren Beschluß zur Frage der Stationierung fassen« (Handreichung der Bundestagsfraktion vom 31. Mai 1983). Genf bringt kein Ergebnis über eine wirksame und kontrollierbare Abrüstung, ohne daß es in den USA eine grundlegende Neugestaltung der Wirtschafts-, Innen- und Außenpolitik gibt. In diesem Sinne müssen wir Erhard Epplers These, »es wird in Genf keine Einigung geben können, ohne daß es in Amerika eine Regierungskrise gibt« (Vorwärts, 11. August 1983), präzisieren. Der Verzicht auf die Stationierung läßt sich nicht an den Genfer Verhandlungstischen, sondern nur durch den politischen Druck einer noch stärker werdenden Friedensbewegung in Westeuropa und in den USA erzwingen. Um die SPD aus jedem Verdacht einer (weiteren) Wankelmütigkeit herauszuführen, wäre auf dem Parteitag nur ein Satz zu beschließen: »Die SPD lehnt die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles auf dem Territorium der Bundesrepublik ab.«

Seine Begründung und eine »Vergangenheitsbewältigung« — welchen Anteil SPD-Politiker am Zustandekommen des NATO-Beschlusses hatten und welcher Schaden der Partei dadurch entstanden ist — müssen in der (Parteitags-)Debatte erfolgen. Jetzt kommt es auf das NEIN an und darauf, daß die SPD ihre Mitglieder mobilisiert, sich in der Friedensbewegung, im Betrieb, im Bekanntenkreis, in den Vereinen zu engagieren. Die noch vorhandenen — wenn auch wesentlich reduzierten — Berührungspunkte, gemeinsam mit allen Raketengegnern zu handeln, müssen bis zur bundesweiten Friedenswoche überwunden werden. Sozialdemokraten und DGB-Gewerkschafter können die Friedensbewegung im Herbst noch stärken, wenn der DGB seine Mitglieder für die 15minütige Gedenkpause in Betrieben und Büros aktiviert. Die Rüstungsbefürworter sehen die »Gefahr« der weiteren Annäherung und Verschmelzung zwischen DGB und SPD sowie der Friedensbewegung. Sie werden alles unternehmen, um dies zu verhindern. Das — denkbare — breite Bündnis soll gesprengt werden durch: ein neues Demonstrationsstrafrecht (s. den nachstehenden Kommentar von Peter Strieder in diesem Heft); den Vorwurf, die Friedensbewegung sei antim Amerikanisch; und die ständigen Attacken gegen die Mitarbeit von Kommunisten in der Friedensbewegung.

Auch diese Strategie ist nicht neu. Hat es die bundesdeutsche Rechte in den letzten Jahren doch z.T. geschafft, das Ende der 60er Jahre begründete gesellschaftliche Bündnis zwischen Arbeiterschaft und kritischer Intelligenz zu schwächen und dazu beizutragen, SPD und DGB gegen die »neuen sozialen Bewegungen« zu richten. Dieses Bündnis muß — angefangen bei der Raketenfrage — erneut geschmiedet werden. Die weitere Gewaltfreiheit der Friedensbewegung gehört deshalb zu den unverzichtbaren politischen Prinzipien. Unter dieser Voraussetzung ist eine Toleranz verschiedener Aktionsformen ebenso unverzichtbar. Die Raketenstationierung politisch zu verhindern, heißt bei den gegenwärtigen Interessen der Bonner Regierungsparteien und der Mehrheitsverhältnisse im Bundestag, »auf der Straße« und in den Betrieben mehrheitsfähig zu werden. Der »Krefelder Appell«, die Volksbefragung, betriebliche Gedenkpausen, Fastenaktionen, friedliche Sitzblockaden, Großdemonstrationen usw. sind keine konkurrierenden Aktionsformen.

Kann die Stationierung verhindert werden, würde dies eine klare Niederlage für die Konfrontationspolitiker in den USA bedeuten. Ein solcher Schritt zur militärischen Abrüstung in West und Ost könnte die friedliche Koexistenz sichern helfen.

Peter Strieder

Weniger Demokratie wagen!

Mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder Geldstrafe soll künftig bestraft werden, wer sich nach Aufforderung durch die Polizei nicht aus einer »gewalttätigen Menge« entfernt. Straffrei soll nur bleiben, wer sich in Ausübung seines Berufs in der Demonstration befindet, Sanitäter, Ärzte, Journalisten, oder als sogenannter Abwiegler andere von Gewalt abhält. Im Gegensatz zum strafrechtlichen Grundsatz — im Zweifel für den Angeklagten — muß der Angeklagte nach der Novellierung hier notfalls vor Gericht seinen mäßigen Einfluß beweisen.

CDU/CSU/FDP haben mit dieser Novellierung, so behaupten sie, die Konsequenz aus den Krefelder »Krawallen« im Demonstrationsstrafrecht gezogen. Mit dieser Heuchelei soll von den wahren Intentionen abgelenkt werden.

Bereits im August 1982 wurde in den »Thesen der CDU für die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland« gefordert, daß der Straftatbestand des Landesfriedensbruchs »in wirkungsvoller Weise umgestaltet« werden müsse. Weiter läßt sich dem Programm entnehmen, daß eine gesetzliche Bestimmung geschaffen werden soll, »die die passive Bewaffnung von Demonstranten sowie die Vermummung verbietet und unter Strafe stellt« und ein Straftatbestand für den Aufruf wieder eingeführt werden müsse. Die wichtigste Forderung der CDU steht nach Verabschiedung im Kabinett vor der Realisierung. Bei den anderen »Reformen« zielt sich die FDP noch.

Die neue Vorschrift richtet sich nicht gegen die, die Gewalt als Mittel der Auseinandersetzung ansehen. Nach §125 StGB wird nämlich mit Freiheitsstrafe oder Geldstrafe bestraft, wer sich an Gewalttätigkeiten gegen Menschen oder Sachen aus einer Menschenmenge heraus beteiligt. Die von der Rechtskoalition gewünschte Ergänzung dieser Vorschrift zielt ausschließlich auf friedliche Demonstrationen. »Gewalttätig« ist eine »Menge« nämlich nicht nur dann, wenn aus ihr heraus Steine fliegen. Gewalt ist nach der bisherigen Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes beispielsweise auch das Sitzen auf Straßenschienen. In Konsequenz dieser Ansicht haben die Staatsanwaltschaften Baden-Württembergs mittlerweile die Blockierungen von Zufahrten zu militärischen Einrichtungen durch die Friedensbewegung wegen Nötigung, die begrifflich die Anwendung von Gewalt voraussetzt, angeklagt.

Jedes friedliche sit-in, modern Blockade genannt, verwandelt sich so in eine »gewalttätige Menge«. Wer sich nach Aufforderung durch die Polizei entfernt und so auf sein Demonstrationsrecht verzichtet, bleibt straffrei. Aus friedlichen Demonstranten, die auf ihrem Grundrecht auf Versammlungsfreiheit bestehen; werden Straftäter. Bekanntschaft mit dem neuen Gesetz werden also viele machen. Der Präsident des Bundesgerichtshofes fragt besorgt: »Sollen Tausende von Demonstranten wie Kriegsgefangene in die Untersuchungshaft geführt werden?«

Diese Vision kann sich erfüllen. Wie soll man/frau sich aus einer Demonstration mit 100000 Teilnehmern entfernen? Wird sich die Polizei die Chance von Massenverhaftungen entgehen lassen, wenn es ihr schon nicht gelingt, die Störer zu fassen? In Berlin löste die Polizei am 18.6.83 eine Demonstration auf und setzte gleichzeitig Tränengas ein. Die Straßen waren bereits abgeriegelt. Wie sollen Alte und Kinder schnell genug sein? — Deutlich ist, daß der angebliche Zweck, die Isolierung von Gewalttätern, so nicht erreicht werden kann.

Eine andere Überlegung leitet die Bundesregierung: Mit dem novellierten §125 StGB sollen wir alle getroffen werden. Die Angst vor Strafverfolgung soll uns auf öffentlichen Protest verzichten lassen. Die Breite und Stärke der Friedensbewegung nimmt für die Regierenden offensichtlich bedrohliche Ausmaße an. Wenn schon die Mehrheit der Bevölkerung den Umfragen zufolge gegen die Stationierung von Pershing II und Cruise Missile ist, soll sie wenigstens davon abgehalten werden, ihre Ablehnung öffentlich zu zeigen. Die Bundesregierung fürchtet, die Stationierung neuer amerikanischer Atomraketen nur um den Preis des Zerbrechens des gesellschaftlichen Konsenses durchsetzen zu können, wird die Friedensbewegung nicht bald gestoppt. Gerade in Zeiten wirtschaftlicher Krisen aber, deren Lasten im wesentlichen die abhängig Beschäftigten tragen sollen, ist eine weitgehende innenpolitische Stabilität notwendig. Die Verwirklichung der innenpolitischen Wende durch eine Verschärfung der Strafgesetze erscheint der Bundesregierung auch deshalb so dringlich, weil SPD und DGB ihre Beziehungen zur Friedensbewegung intensiviert haben. Sowohl die Linie des SPD-Parteivorstandes als auch die Beschlüsse des DGB-Bundesvorstandes zur Teilnahme an den Friedensaktionen im Herbst sind hierfür Beweise. Seit die SPD in der Opposition ist, scheint sich ihre bisherige Parlamentsfixierung etwas zu lockern. Auch daraus kann sich für den Kampf um Frieden und Abrüstung ein zusätzlicher Mobilisierungseffekt ergeben. In der Einschüchterung und Kriminalisierung der Friedensbewegung sieht deshalb die Bundesregierung ihre Chance.

Aber nicht nur auf die Friedensaktionen zielt diese Wende. Für die Regierung steht zu befürchten, daß auch Sozialabbau und Arbeitslosigkeit nicht länger hingenommen werden. Die IG Metall konstatiert angesichts der Verschärfung des Demonstrationsstrafrechts einen »Konfliktkurs zum demokratischen, mündigen und kritischen Bürger«. Sie weiß, daß sie neben vielen anderen Aktionsformen beispielsweise im Kampf um die 35-Stunden-Woche auch ihre traditionelle Kampfform, Demonstrationen, einsetzen muß. Werden aktive Gewerkschafter zu potentiellen Kriminellen gestempelt, sinken ihre Erfolgsaussichten. Weitere »Reformen« sind von Herrn Zimmermann angekündigt:

Das Vermummungsverbot. Hämisch werfen die Medien Demonstranten vor, nicht offen zu ihren politischen Ansichten stehen zu wollen. Mit keinem Wort wird jedoch erwähnt, daß Bewerber für den öffentlichen Dienst nur zu oft die Teilnahme an Demonstrationen vorgehalten wurde. Wenn sichergestellt ist, daß die friedliche Teilnahme an einer Demonstration nirgendwo registriert wird und sich Polizisten durch Dienstnummern zu erkennen geben, werden die meisten bereit sein, auf einen »Vermummungsschutz« zu verzichten. Aber erst dann!

Das Verbot der »passiven Bewaffnung«. Zur Klarstellung: Bewaffnung hat in diesem Zusammenhang nichts mit Waffen zu tun. Der Kampf begriff der »passiven Bewaffnung« meint einfach nur Schutzmittel gegen die Gewalt anderer. Darunter zählt neben der Zitrone gegen Tränengas auch der Motorradhelm. Ein derartiges Verbot des Tragens von Schutzmitteln während einer Demonstration würde bedeuten, daß sich jeder Teilnehmer der Gewaltanwendung anderer (ohne die Legitimität der Gewalt beurteilen zu wollen) schutzlos ausliefern muß.

Hier wird das Staatsverständnis der Konservativen sichtbar, wie schon in Zimmermanns »Spiegel-Spruch«: »Wenn der örtliche Polizeieinsatzleiter sagt: Bitte entfernen Sie sich, und der entfernt sich nicht, dann ist er schon kein normaler Bürger.« Der Staatsapparat handelt also per se rechtmäßig. Dem hat sich der Untertan, wie schon zu Kaisers Zeiten, zu fügen. Wenn auch nicht zu erwarten ist, daß dieser Bundesinnenminister ständig mit dem Grundgesetz unterm Arm herumläuft, sollte ihm wenigstens geraten werden, ab und

zu darin zu lesen. Er wird Interessantes finden: »Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.« (Art. 20 Abs. 1) »Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung ist an Gesetz und Recht gebunden.« (Art. 20 Abs. 3)

Die CDU/CSU/FDP-Regierung braucht die politische Wende: Nur eingeschüchterte Bürger lassen sich den Angriff auf ihre sozialen Rechte gefallen. Gewerkschaften und Friedensbewegung haben auch hier identische Interessen. Sie brauchen kritische und selbstbewußte Menschen, wollen sie erfolgreich sein. Sie sollten sich gemeinsam wehren!

WIENER
TAGEBUCH
links & unabhängig

Mai 1983



Polnische Schlangenrezepte
Widerstand in Lateinamerika
Spanische »realpolitik«
Gefährdeter »buongoverno«
Marx am Schwarzenbergplatz
Reagans Laserschirm
Künstler und 68er-Bewegung
Kafka und die Entfremdung

Abo-Gebühren: S 200.- (Ausland S 260.-)
Studenten: S 130.- (Ausland S 200.-)
Adresse: 1040 Wien, Belvederg.10, Tel.651952

Nicaragua braucht unsere Hilfe!

Die Sandinisten befreiten 1979 Nicaragua von dem Diktator Somoza und seinen Söldnern. Vier Jahre danach gibt es noch immer keinen Frieden. Geflohene Somoza-Söldner versuchen mit massiver Unterstützung der USA und der Regierung Honduras, mit Überfällen im Grenzgebiet den Krieg nach Nicaragua zu tragen. Die Regierung der USA, insbesondere die CIA, und ihrer Söldner-Clique müssen gestoppt werden. Seit der Befreiung ist viel Aufbauarbeit geleistet und eine breite Alphabetisierungskampagne gestartet worden. Doch ohne unsere Solidarität ist vieles in Nicaragua gefährdet. Zu dem massiven Druck durch die USA kommt der wirtschaftliche Boykott. Die USA haben die Zuckerimporte — ein Hauptausfuhrerzeugnis Nicaraguas — drastisch gekürzt. Gleichzeitig wird die Militärhilfe für die Militärrunta in El Salvador und in der gesamten mittelamerikanischen Region drastisch erhöht. Eine direkte militärische US-Intervention wird vom Präsidenten der Vereinigten Staaten ausdrücklich nicht ausgeschlossen. Große US-Marine-Verbände blockieren die Küsten und sind jederzeit »einsatzbereit«.

Was können Gewerkschafter tun?

In der Vergangenheit wurden alle Aktivitäten und Sammelaktionen direkt auf das DGB-Projekt »Werkzeuge für Nicaragua« konzentriert. Insgesamt sind seit Oktober 1981 fast 700000 DM gesammelt worden. Davon sind ca. 240000 DM (vor allem von der IGM) den Nicas übergeben worden; das restliche Geld liegt noch auf dem Konto. Das Geld ist bisher noch nicht überwiesen bzw. von den Nicas abgerufen worden, weil das geplante Projekt im Kampfgebiet liegt und auf absehbare Zeit nicht weitergebaut werden kann. Da aber die Sammelaktion gezielt auf dieses nicht-staatliche Projekt orientiert war (und ist), sieht sich der DGB offensichtlich außerstande, die Spendengelder für andere — jetzt notwendige — Hilfsmaßnahmen zu nutzen. Wenn also jetzt direkt auf das DGB-Konto gespendet würde, käme das Geld den Nicas — nach dem derzeitigen Stand der Dinge — erst dann zugute, wenn Frieden in Nicaragua wäre und an dem Projekt weitergebaut werden könnte.

Wir wollen aber jetzt helfen. Wir hoffen deshalb, daß uns der DGB konkrete Teilprojekte nennt, für die die von uns gespendeten Gelder unmittelbar verwandt werden können — ansonsten werden wir das Geld direkt der Botschaft von Nicaragua für Nahrungsmittel und/oder Medikamente zur Verfügung stellen. — Wir bitten, den Aufbau und die Verteidigung Nicaraguas finanziell zu unterstützen. Als Orientierung schlagen wir 1/2 Prozent des Einkommens vor (möglichst als Scheck gleich für das ganze Jahr). Bisher haben wir bereits über 5000 DM gesammelt. Mit den Geldern wollen wir vor allem die bereits vom DGB unterstützten Projekte finanzieren helfen. — Wir streben persönliche Kontakte mit Kolleginnen und Kollegen aus Nicaragua an. (Vom Briefwechsel mit Gewerkschaftern über Einladungen bis hin zu langfristigen Planungen von Bildungsurlaubsreisen.)

Leistet bitte Euren solidarischen Beitrag

In Nicaragua kämpfen Menschen ums Überleben. Es wird sie stärken — nicht nur finanziell —, wenn sie wissen, ihr Kampf wird von vielen Freunden — in aller Welt — unterstützt. **Diese Solidarität gibt Kraft.** Laßt uns hier alles tun, was den Menschen hilft. Wenn Nicaragua niedergemetzelt werden kann, sind mir mitverantwortlich.

Bitte zahlt möglichst per Verrechnungsscheck (an die Adresse siehe unten schicken) oder Überweisung auf das Konto 21 52 97 83 00 bei der Bank für Gemeinwirtschaft Düsseldorf (BLZ 300 101 11).

Hans Moll-Benz, Rothkehlichenweg 7a, 4150 Krefeld-Forstwald, Telefon 02151-362 82

Diskussionsschwerpunkt

Erich Ott

Ziel: 35-Stunden-Woche

Seit die IG Metall auf ihrem 12. Ordentlichen Gewerkschaftstag im September 1977 in ihrer Entschließung Nr. 12 zur »Tarifpolitik« die Forderung nach der »Einführung der 35-Stunden-Woche erhob¹, sind sechs Jahre vergangen. Der Arbeitskampf in der Eisen- und Stahlindustrie 1978/79 sollte den Einstieg in die 35-Stunden-Woche als tarifpolitische Zielsetzung auch für andere Bereiche bringen, was jedoch insbesondere wegen der Entschlossenheit und Härte der Arbeitgeber in diesem Arbeitskampf nicht gelang.² In ihrem »*Tabu-Katalog*« — der bis heute schon Leitlinie der Unternehmerpolitik ist — hatten die Arbeitgeber schon 1965 eine rigide Festlegung zur geschlossenen Abwehr gewerkschaftlicher Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung getroffen. Insbesondere der rapide Anstieg der Arbeitslosigkeit seit 1980 mußte die Forderung nach beschäftigungswirksamen Arbeitszeitverkürzungen weiter unterstreichen. Trotz der bis heute mit harter Ablehnung reagierenden Arbeitgeber ist die Einsicht in die Notwendigkeit von Arbeitszeitverkürzungen mit dem Ziel der Entlastung des Arbeitsmarktes auch in breiten Teilen der Öffentlichkeit unbestritten. Fragen und Differenzen gibt es zu dem Wie und Wann, den verschiedenen Formen von Arbeitszeitverkürzung und ihren Wirkungen. Die unterschiedlichen Bewertungen, verbunden mit divergierenden Interessen und Zielsetzungen, existieren sowohl innerhalb der inzwischen sehr breit geführten wissenschaftlichen Debatte³, innerhalb und zwischen den politischen Parteien, aber auch in einigen wesentlichen Fragen zwischen Einzelgewerkschaften des DGB.

Warum 35-Stunden-Woche?

Den gewerkschaftlichen Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung in der historischen und aktuellen Entwicklung liegen zwei Hauptargumentationslinien zugrunde: *erstens* Arbeitszeitverkürzung als Beitrag zur *Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen* der abhängig Beschäftigten, also zur Abmilderung von Arbeitsbelastungen in Dauer und Intensität der täglichen oder wöchentlichen Arbeitszeit und damit gleichzeitig zur Veränderung der außerbetrieblichen Lebensgestaltung durch vermehrte Regenerations- und Freizeit; *zweitens* Arbeitszeitverkürzung als Beitrag zur *positiven Beeinflussung der Arbeitsmarktsituation*, also zur Verminderung der Arbeitslosigkeit, ein Begründungszusammenhang, der vor allem in Krisenzeiten (Weimarer Republik) im Vordergrund stand. In der gegenwärtigen Diskussion um Arbeitszeitverkürzung werden in allen gewerkschaftlichen Begründungen beide Argumentationen als Forderungsgrundlagen formuliert. Dabei bietet das Ziel der humaneren Gestaltung der Arbeitsbedingungen angesichts zunehmender Belastungen und Gesundheitsgefährdungen am Arbeitsplatz sowie verstärkter Arbeitsintensivierung durch den Einsatz neuer Technologien bereits für sich genommen eine mehr als hinreichende Begründung für die Forderung nach verkürzten Arbeitszeiten. Dennoch steht die Beschäftigungssituation an erster Stelle in den Diskussionen, da die hohe und sich weiter steigernde Arbeitslosigkeit zum dominierenden sozialen Problem geworden ist. Folglich sind auch die verschiedenen Formen und Modelle von Arbeitszeitverkürzung in dieser Prioritätenfolge und der entsprechenden kalkulierbaren Auswirkung zu prüfen. Ohne

Arbeitszeitverkürzungen wäre — wie die *Tabelle 1* zeigt — die Arbeitslosigkeit allein im Zeitraum von 1973 bis 1979 um 650000 angestiegen, womit der nachhaltige Beschäftigungseffekt bzw. beschäftigungssichernde Effekt auch von relativ geringfügigen Arbeitszeitverkürzungen deutlich wird.

Tab. 1: Beschäftigungswirkung (netto) und Entlastung der Arbeitslosigkeit durch arbeitszeitverkürzende Maßnahmen von 1973 bis 1979
(in 1 000 Personen)

	Beschäftigungswirkung	Entlastungswirkung bei der Arbeitslosigkeit
1. Jahresarbeitszeit	+ 745	(498
1.1 Tarifliche Wochenarbeitszeit	+ 240	(160
1.2 Tariflicher Erholungsurlaub	+ 190	(127
1.3 Mehrarbeit	+ 259	(173
1.4 Kurzarbeit	+ 21	(14
1.5 Krankenstand	(58	+ 39
1.6 Sonstige	+ 93	(63
2. Lebensarbeitszeit	+ 229	(152
2.1 10. Schuljahr	+ 68	(45
2.2 Vorgezogenes Altersruhegeld	+ 138	(92
2.3 Mutterschaftsurlaub	+ 23	(15
Insgesamt: 1. + 2.	+ 974	(650

Quelle: Bundesarbeitsblatt 4/1982

Sowohl in der innergewerkschaftlichen Meinungs- und Willensbildung als auch in der wissenschaftlichen und politischen Diskussion sowie in öffentlichen Erörterungen wurden Arbeitszeitverkürzungsformen ausgiebig diskutiert, so z.B.: Verkürzung der Lebensarbeitszeit durch Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze, was eine Aufgabe des Gesetzgebers ist; Tariffrente als vorgezogene Ruhestandsregelung auf der Basis von Tarifverträgen (Döding-Plan); individuelle Arbeitszeitflexibilisierung mit mehr Teilarbeitszeit, Aufteilung von Vollzeitarbeitsplätzen durch job-sharing etc. auf der Basis individueller Arbeitsverträge statt Tarifverträgen sowie die Einführung der 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich für alle Arbeitnehmer. Während die Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze eine gesetzliche Regelung erfordert, die von gewerkschaftlicher Seite stets begrüßt wurde, berühren Tariffrente und Arbeitszeitflexibilisierung die gewerkschaftliche Tarifpolitik direkt. Die Begründung für die 35-Stunden-Woche als zentrale und einheitliche Tarifforderung der Gewerkschaften statt anderer Formen basiert vorwiegend auf folgenden Argumenten:

Erstens: Die 35-Stunden-Woche bzw. allgemeine Wochenarbeitszeitverkürzungen bringen rechnerisch und faktisch den höchsten Beschäftigungseffekt, der unter Abzug von Rationalisierungswirkungen bei ca. der Hälfte bis zwei Drittel der Verkürzungszeit liegt, also bei fünf Stunden Wochenarbeitszeitverkürzung einen gesicherten Beschäftigungseffekt (Sicherung vorhandener und Schaffung neuer Arbeitsplätze) zwischen 1,43 bis 1,85 Mio. bedeuten würde, im Unterschied zur Tariffrente mit etwa 0,4 Mio. und einem noch geringfügigeren bzw. kaum definierbaren und mit weiteren Problemen besetzten Effekt bei individuellen Arbeitszeitflexibilisierungen in größerem Umfang.⁴

Tabelle 2: Beschäftigungswirkungen der Wochenarbeitszeitverkürzung

Anzahl der abhängig Beschäftigten	Reduzie- rung der Wochen- arbeitszeit von 40 Std. auf	Rechne- rischer (Brutto-) Beschäf- tigungs- effekt ¹	Tatsächlicher (Netto-) Beschäftigungseffekt	
			Variante I ²	Variante II ³
20000 ⁴	39	513	257	333
20513 ⁵	38	540	270	351
21334 ⁵	37	569	284	369
21622 ⁵	36	601	301	391
22223 ⁵	35	635	318	413
Summe		2858	1430	1857

- 1 Der rechnerische Beschäftigungseffekt ergibt sich aus folgender Formel

$$\frac{\text{ausgefallene Arbeitszeit} \times \text{abhängig Beschäftigte}}{\text{Arbeitszeit je Erwerbstätiger nach der Verkürzung}} = \text{Mehrbedarf an Arbeitskräften}$$
- 2 Die Arbeitszeitverkürzung wird zu 50% durch zusätzliche Produktivität aufgefangen.
 3 Die Arbeitszeitverkürzung wird zu 35% durch zusätzliche Produktivität aufgefangen.
 4 1983 gibt es nach der WSI-Prognose ca. 22085 Mio abhängig Beschäftigte. Davon werden ca. 11% Teilzeitbeschäftigte abgezogen, die weniger als 30 Stunden die Woche arbeiten und für die Wochenarbeitszeitverkürzung vermutlich nicht unmittelbar wirksam wird. Aus rechnerischen Gründen wird dann von einer aufgerundeten Zahl von 20 Mio abhängig Beschäftigten ausgegangen.
 5 Die rechnerische Mehrbeschäftigung der vorherigen Arbeitszeitverkürzung wird zu der Zahl der abhängig Beschäftigten hinzuaddiert. Falls hier die tatsächliche Mehrbeschäftigung hinzuaddiert würde, wäre bei einer Arbeitszeitverkürzung in mehreren Stufen die Summe niedriger als bei einer einstufigen Arbeitszeitverkürzung. Die Differenz ist jedoch gering.

Quelle: Memorandum '83, a.a.O., S. 305

Hierbei zeigt sich allerdings auch deutlich, daß der Beschäftigungseffekt und insbesondere die Wirkung hinsichtlich der Schaffung neuer Arbeitsplätze umso stärker ist, je größer die Verkürzungsmargen sind. D.h. für eine deutliche und spürbare Entlastung des Arbeitsmarkts sind Verkürzungen der Wochenarbeitszeit um 4 bis 5 Stunden erforderlich, während sich z.B. 1 bis 2 Stunden nicht nur absolut, sondern auch relativ sehr viel schwächer in neuen Arbeitsplätzen niederschlagen, sich hingegen aber in arbeitsplatzsichernden Effekten ausdrücken. Aber auch eine 35-Stunden-Woche würde die Arbeitslosigkeit nicht beseitigen, sondern lediglich vermindern und beschäftigungssichernd wirken. Dies zeigen die derzeitigen Arbeits- und Erwerbslosenzahlen deutlich und die Erwartungen der nächsten Jahre, die zusätzliche großangelegte Beschäftigungsprogramme erforderlich machen, um perspektivisch die Arbeitsmarktlage positiv zu verändern.⁵

Zweitens: Im Unterschied zu den anderen genannten Modellen, die jeweils nur bestimmte Beschäftigungsgruppen erreichen (z.B. Döding-Plan, die über 58jährigen Arbeitnehmer) und somit auch nur diese in den Genuß einer zeitlichen Reduzierung von Arbeits-

belastungen kommen, ist die 35-Stunden-Woche eine *allgemeine*, d.h. für alle Arbeitnehmer angestrebte Reduzierung der Arbeitszeit und damit auch ein allgemeiner Beitrag (Chance) zur humaneren Arbeitsgestaltung, zur Verminderung von Gesundheitsverschleiß und Erhöhung der Freizeit.

Drittens: Aus der allgemeinen Betroffenheit leitet sich auch das Argument der Schaffung wirksamer Durchsetzungsvoraussetzungen für Arbeitszeitverkürzungen gegenüber der starren Arbeitgeberfront ab. Die zu erwartende harte Konfrontation der Tarifparteien erfordert auf gewerkschaftlicher Seite auch die strategische Überlegung, wie die Kampfkraft der abhängig Beschäftigten am stärksten zu entfalten ist, um *wirksame* (d.h. sowohl arbeitsmarktpolitisch als auch die Arbeitsbedingungen betreffend) Arbeitszeitverkürzungen durchzusetzen. Die Tatsache, daß das direkte Interesse und die breite Betroffenheit auch die beste Voraussetzung des solidarischen Handelns der großen Masse der Arbeitnehmer sind, läßt erkennen, daß nur die Wochenarbeitszeitverkürzung in der Lage ist, die erforderliche Kampfkraft zu erzeugen, im Unterschied zu allen anderen Modellen von Arbeitszeitverkürzung.

Viertens: Es stellt sich eine gemeinsame Basis der Betroffenheit zahlreicher Einzelgewerkschaften dadurch her, daß zum Ende des Jahres 1983 etwa 70% aller Manteltarifverträge und Arbeitszeitabkommen kündbar sind oder waren. So wird die Formulierung einer gemeinsamen Forderung und Strategie für ein einheitliches Ziel objektiv begünstigt und zugleich die Voraussetzung zur Entfaltung einer größeren Kampfkraft geschaffen, als diese von einer Einzelgewerkschaft entfaltet werden kann. D.h. es ist die Basis für eine DGB-einheitliche Tarifpolitik in der Arbeitszeitfrage möglich, und jeder, der die gegenwärtigen Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit realistisch bewertet, weiß, daß dies für eine erfolgreiche Tarifaufeinanderersetzung in der Arbeitszeitfrage erforderlich ist. Eine solche einheitliche Forderung kann nach Lage der Dinge und einer begründeten Prioritätenentscheidung nur die Konzentration auf die 35-Stunden-Woche sein.

Es bleiben selbstverständlich eine Reihe von Problemen, die damit nicht automatisch gelöst sind, die sich für andere Formen der Arbeitszeitverkürzung zumeist noch gravierender stellen. Dies sind z.B. die Notwendigkeiten zur betrieblichen oder tarifvertraglichen Absicherung, um Verschärfungen des Arbeitstempos und der Arbeitsintensivierung zu vermeiden, die Verhinderung der Ausdehnung von Schicht- und Nachtarbeit und eine Einschränkung von Überstunden etc.

Differenzen und Kontroversen

Formen der Arbeitszeitverkürzung

Die Kontroverse um die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich war und ist nicht nur zwischen den Tarifkontrahenten Gewerkschaften und Arbeitgebern angelegt. Vielmehr zeigten sich im Diskussionsverlauf der letzten Jahre deutliche Differenzen in Inhalten, Forderungen, Einschätzungen, Zielsetzungen, Unterstützung und Kampfbereitschaft innerhalb des Spektrums, was man im weitesten Sinne als Arbeiterbewegung bezeichnet. So z.B. innerhalb und zwischen einzelnen Gewerkschaften, aber auch auf die SPD bezogen: während der Regierungszeit und danach. Innerhalb der Gewerkschaften gab es sehr früh einen Konsens über die Forderung und Strategie zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich, vor allem zwischen IG Metall, IG Druck und Papier, Gewerkschaft HBV und Gewerkschaft Holz und Kunststoff. Hingegen wurde von der Gewerkschaft NGG und ihrem Vorsitzenden Günter Döding das Tarifrentenmodell verfochten,

nicht ohne dabei auf Erfolge im Bereich wegweisender humanisierender Arbeitszeitverkürzungen für ältere Arbeitnehmer (z.B. Bierbrauerregelung) verweisen zu können. Dennoch ist die Position der NGG im Hinblick auf eine zwischengewerkschaftliche Konsensbildung mehr von der Konfliktvermeidungsstrategie geprägt als von einem Zweifel daran, daß das Konzept der 35-Stunden-Woche die wirkungsvollste Form der Arbeitszeitverkürzung darstellt. Diese stärker sozialpartnerschaftliche Orientierung und gewerkschaftliche Festlegung ist sicherlich auch der wesentliche Hintergrund für den tarifvertraglichen Einzelgang der IG Chemie mit ihrem vorzeitigen und im Kern gegen den Kampf um die 35-Stunden-Woche gerichteten Tarifabschluß zur Arbeitszeitregelung in der Chemischen Industrie, womit die 40-Stunden-Woche bis zum 1.1.1988 für diesen Tarifbereich festgeschrieben ist. Daß dies nicht gerade die Kampfkraft und Einheit der Gewerkschaften gegenüber den Arbeitgebern — die den Abschluß mit der IG Chemie als wegweisenden Erfolg feierten — stärkt, ist ebenso offensichtlich wie die Tatsache, daß sich damit die inner- bzw. zwischen-gewerkschaftliche Kontroverse verstärkt. Damit wurde nicht nur wichtige Kraft absorbiert, die für die Vorbereitung der Tarifauseinandersetzungen um die Wochenarbeitszeitverkürzung besser verwandt worden wäre, sondern auch die Einheit der Forderung nach der »35-Stunden-Woche« mit vollem Lohnausgleich — wie sie seit Jahren beschlossenes DGB-Programm ist — in Frage gestellt.

Mit massiven Anstrengungen und nach harten Diskussionen siegte dennoch deutlich sichtbar die Solidarität und Einheit innerhalb des DGB, die sich in einem entsprechenden gemeinsamen Beschluß des DGB-Bundesvorstandes mit den Vorständen aller Einzelgewerkschaften im Juni 1983 ausdrückte, in dessen Einleitung formuliert wird: »Die Durchsetzung von Arbeitszeitverkürzungen ist für die Gewerkschaften die wichtigste Aufgabe der qualitativen Tarifpolitik in den nächsten Jahren. Bei der ablehnenden Haltung der Arbeitgeberverbände (*Tabu-Katalog*) wird dieses Ziel nur dann erreicht werden können, wenn die im Deutschen Gewerkschaftsbund zusammengeschlossenen Gewerkschaften und Industriegewerkschaften sich durch solidarisches Handeln gemeinsam unterstützen.« Neben anderen Punkten der gemeinsamen Vorbereitung und Unterstützung werden dort folgende Aussagen getroffen: »1. Zentrale Aufgabe der Mitgliedsgewerkschaften des DGB ist die Verkürzung der Wochenarbeitszeit mit dem Ziel der 35-Stunden-Woche. (...) 2. Um das Tabu der Arbeitgeberverbände gegen jede Form der Arbeitszeitverkürzung zu brechen, ist eine gegenseitige Unterstützung bei der Durchsetzung von tarifvertraglichen Arbeitszeitverkürzungen erforderlich. Den Gewerkschaften und Industriegewerkschaften wird deshalb empfohlen, die tarifvertraglichen Arbeitszeitvorschriften zum 31.12.1983 bzw. zum nächstmöglichen Termin zu kündigen. (...) 3. Sind zur Durchsetzung von Arbeitszeitverkürzung Arbeitskämpfmaßnahmen notwendig, sollen diese rechtzeitig abgestimmt werden.« Mit dieser Entschließung ist ein wichtiger Markstein gesetzt, der die Kampfkraft und das mögliche einheitliche Handeln aller im DGB zusammengeschlossenen Einzelgewerkschaften deutlich werden läßt.

Die SPD, ihre Arbeitsgemeinschaften, die Parlamentarier und Regierungsmitglieder (bis September 1982) bieten in der Diskussion um Arbeitszeitverkürzung ein differenziertes Bild. Die prinzipielle Unterstützung von beschäftigungswirksamen und arbeitshumanisierenden Arbeitszeitverkürzungen wurde und wird durchgängig proklamiert, mit besonderer Vehemenz und mit stärkerer Konkretisierung seit dem Gang in die Bonner Opposition. Differenziert stellen sich die Positionen im sozialdemokratischen Spektrum zum einen durch die Vielfalt der Formen, die als unterstützenswert angesehen werden, und durch inhaltliche Akzente. Individuelle Arbeitszeitflexibilisierungen — wie sie vorwiegend

aus dem Spektrum vorgebracht wurden, das sich gegen die Priorität der Wochenarbeitszeitverkürzung ausspricht — wurden zunächst mit einigen sozialpolitischen Akzentuierungen ebenso euphorisch aufgegriffen wie das Tarifrentenmodell, aber auch die Wochenarbeitszeitverkürzung wird als ein wichtiger Weg angesehen⁶, wobei sich wesentliche Teile der SPD allerdings schon frühzeitig in dem Streitpunkt um den Lohnausgleich von den gewerkschaftlichen Forderungen absetzen und sich schon im Vorfeld von Diskussionen und Tarifverhandlungen auf Abstriche am vollen Lohnausgleich bzw. dessen Relativierung festlegen⁷, jedoch bei zunehmender Betonung, daß dies Sache der Tarifparteien sei.⁸

Seit dem konservativen Regierungsantritt in Bonn und der Verdeutlichung ihrer Konzeption in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, die sich ausschließlich auf die Förderung von Unternehmerinteressen festgelegt hat und daraus auch öffentlich keinen Hehl macht, ist zusätzliche Bewegung in die sozialdemokratische Arbeitszeit- und Arbeitsmarktpolitik gekommen. Mit den erfolgversprechenden Ansätzen des Konzeptes eines »zweiten Arbeitsmarktes«, wie sie vom Hamburger SPD-Senat entwickelt werden⁹, und des leider erst in der Opposition in den Bundestag eingebrachten Gesetzentwurfs eines neuen und längst überfälligen »Arbeitszeitgesetzes«¹⁰ werden Positionen bezogen, die zwar schon während der Regierungszeit in der SPD als Forderungen existierten, die aber dennoch auch heute wichtige Schritte markieren können, wenn auch die parlamentarischen Durchsetzungschancen gering sind. Trotz dieser Bedingungen bedarf es dazu massiver Anstrengungen, besonders auch der Arbeitsgemeinschaften, die hier schon immer eine Vorreiterrolle gespielt haben (AFA, Jusos, ASF).

Die Frage des Lohnausgleichs

Während eine wachsende Zustimmung zur Wochenarbeitszeitverkürzung und der gewerkschaftlichen Prioritätensetzung für die 35-Stunden-Woche und ihre positiven Beschäftigungseffekte zunehmend erkannt werden kann und kaum noch ernsthaft bestritten wird, ist die Forderung nach »vollem Lohnausgleich« weiter ein Streitpunkt; größtenteils herrscht aber auch völlige Unklarheit über die Bedeutung dieser Forderung und über die tatsächlichen ökonomischen und sozialen Daten, die eine Bewertung dieser Forderung erst möglich machen.¹¹

Die ablehnende Position der Arbeitgeber gegenüber der 35-Stunden-Woche hat sich auch trotz vielfältiger Appelle und Modifizierungsvorschläge des Lohnausgleichs von Parteien, Verbänden, Regierung und Wissenschaftlern nicht geändert. Die Befürworter von Arbeitszeitverkürzungen haben sich jedoch polarisiert und die Differenzen hinsichtlich dieses Punktes stärker in den Mittelpunkt gestellt, ohne daß damit eine Verhandlungsbereitschaft der Arbeitgeberverbände über die Realisierung der Wochenarbeitszeitverkürzung erreicht werden konnte. Zwar ist die Arbeitszeitverkürzung und auch eine Vereinbarung hinsichtlich des Lohnausgleichs im wesentlichen eine tarifpolitische Frage, die in ihrer konkreten Gestaltung von der Kräftekonstellation der Tarifparteien bzw. von der Durchsetzungskraft der Gewerkschaften abhängig ist. Dennoch hat ein erheblicher Teil der gerade aus dem parteipolitischen Raum kommenden Diskussion über Verzicht oder Relativierung des Lohnausgleichs in dieser Situation, in der nicht einmal verhandelt wird — also im Vorfeld —, den Charakter von einseitigen Vorleistungen. Damit wird die gewerkschaftliche Verhandlungsposition auf der Basis ihrer Beschlußlage und der formulierten Forderungen »Einstieg in die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich« sicherlich nicht gestärkt.

Die Debatte um den Lohnausgleich zeichnet sich über weite Strecken vor allem durch

relative Unklarheit hinsichtlich dessen aus, was »voller Lohnausgleich« in der Intention der Gewerkschaften bedeutet, und durch mangelnde Berücksichtigung dessen, was ein Verzicht tatsächlich bewirken würde. Wenn z.B. die IG Metall definiert: »Verkürzung der Wochenarbeitszeit mit vollem Lohnausgleich heißt gleicher Lohn bei weniger Arbeitszeit¹², so bedeutet dies die Vermeidung von Reallohnverlusten bei der Einführung von kürzeren Arbeitszeiten, also eine der Kürzung entsprechende Anpassung der Stunden- und Stücklöhne sowie der Monatsgehälter.

Arbeitszeiten werden in Manteltarifverträgen (Laufzeit etwa drei bis fünf Jahre) oder ähnlichen Vereinbarungen geregelt und Lohnregelungen in Lohn- und Gehaltstarifverträgen (Laufzeit meist ein Jahr) oder Lohnrahmentarifverträgen (Laufzeit etwa drei bis fünf Jahre). Dies bedeutet einerseits eine tarifvertragliche Trennung von Arbeitszeitregelungen und Lohn-/Gehaltsabschlüssen, andererseits aber ein Gesamtpaket hinsichtlich des Lohnausgleichs, der im Zusammenhang der jeweiligen Lohntarifrunde oder eines Stufenplans zu regeln ist. Auf diesen Punkt bezieht sich auch die gewerkschaftliche Argumentation, daß voller Lohnausgleich bei Arbeitszeitverkürzung natürlich nicht automatisch in der dann laufenden Tarifrunde gleiche Lohnerhöhungen wie in den vorangegangenen Lohnrunden bedeutet. D.h. es wird natürlich akzeptiert, daß infolge von Arbeitszeitverkürzungen (beispielsweise in der Größenordnung von zwei bis fünf Wochenstunden) und erforderlichen Neueinstellungen den Betrieben zusätzliche Kosten entstehen, die legitimerweise von der Arbeitgebereite als Vorkosten in die Verhandlungen um die Lohn- und Gehaltstarife eingebracht werden und dort eine der zu berücksichtigenden Größen darstellen. Von Gewerkschaftsseite werden ebenso selbstverständlich die Produktivitätssteigerungen als kostenmindernde Größe vorgetragen und bei der Findung der Tarifeinigung berücksichtigt. So kann dies beispielsweise bedeuten, daß die Tarifierhöhungen in der jeweiligen Laufzeit des Tarifvertrages nach Einigung über eine Wochenarbeitszeitverkürzung entsprechend geringer ausfallen, als es ohne diese Arbeitszeitverkürzung der Fall gewesen wäre.

Das Beispiel des Einstiegs in die 35-Stunden-Woche mit mehrjährigem Stufenplan zu ihrer vollen Verwirklichung könnte als Grundlage für folgende Berechnungen dienen, die nach einer Kündigung der Manteltarifverträge zum Ende des Jahres 1983 angenommen werden könnten. Eine erste Verkürzung für 1984 in einem Umfang von 2 Wochenarbeitsstunden würde vorgenommen, was auf 40 Stunden bezogen eine Verkürzung der Arbeitszeit um 5% bedeutet. Daraus ergäbe sich ein Bruttobeschäftigungseffekt von ca. 1,1 Mio. Arbeitsplätzen, wovon nach allgemein wissenschaftlich anerkannten Berechnungen ca. 35 bis 50% durch betriebliche Produktivitätssteigerungen aufgesogen würden. Die Minderungen des Beschäftigungseffektes werden vorherrschend mit ca. 50% angegeben; neuere Berechnungen sehen aber begründet auch einen Rationalisierungseffekt von lediglich ca. 35%, d.h. 65% Nettobeschäftigungswirkung bei 50% Nettobeschäftigungseffekt von ca. 540000 und bei 65% von ca. 750000.¹⁴ Dies sind Durchschnittswerte, die sich im Einzelfall branchen- und betriebsgrößenspezifisch stark modifizieren können, wie auch einzelne branchenspezifische Untersuchungen zeigen. Allein im Haushaltsbereich der Bundesanstalt für Arbeit würde dies eine Einsparung von ca. 16 Milliarden DM an Unterstützungsleistungen bewirken.

Auf der Kostenseite muß bei einem vollen Lohnausgleich ein rechnerischer Kosteneffekt von ca. 5,3% angenommen werden. Dieser ist in Bezug zu setzen zu einer zu erwartenden Produktivitätssteigerung (je Erwerbstätigenstunde) von ca. 3,2% und der spezifischen arbeitszeitinduzierten Produktivitätssteigerung von ca. 1,5%. Durch beide Formen

von Produktivitätssteigerung werden ca. 4,7% der Kosten von ca. 5,3% aufgesogen, die bei einer in einem Zuge erfolgenden Arbeitszeitverkürzung von 2 Wochenstunden entstehen können. Es verbleiben demnach ca. 0,6% Kosten bei einer verteilungspolitisch neutralen Arbeitszeitverkürzung, also bei gleichbleibender Lohnquote. Dabei ist davon auszugehen, daß eine allgemeine Reallohnsicherung durch Ausgleich der Preissteigerungsrate stattfindet, was ja bekanntlich seit 1980/81 in Tarifabschlüssen nicht mehr der Fall ist.

Ausgehend von dieser Rechnung unter Voraussetzung der genannten Produktivitätssteigerung, ergibt sich daraus, daß eine verteilungspolitisch neutrale Arbeitszeitverkürzung um 2 Wochenstunden mit vollem Lohnausgleich — d.h. unter Ausschluß anderer tarifpolitischer Zielsetzungen — wie etwa Einkommensumverteilung — und kostenneutral möglich ist, bei einer allgemeinen Lohnerhöhung in Höhe der Preissteigerung (ca. 4%), vermindert um die 0,6% zusätzlicher Kosten, also ein Tarifabschluß in Höhe von ca. 3,4% verteilungsneutral möglich wäre.¹⁵ Damit dürfte sich auch die Argumentation der Arbeitgeberverbände mit einem für die Unternehmen nicht zu verkraftenden Anstieg der Personalkosten von ca. 2,5 bis 3% bei einer Stunde¹⁶ und somit 5 bis 6% bei zwei Stunden Wochenarbeitszeitverkürzung entmystifizieren. Für diese Kostengröße als reale Belastungen sind die Berechnungsgrundlagen nicht belegt. Die Produktivitätssteigerung als Verteilungsspielraum bleibt dabei ungenannt. Vielmehr sind besonders bei der Argumentation mit Personalkostensteigerung Zweifel angebracht, wenn man den Personalkostenanteil zu den Gesamtkosten der Unternehmen in Bezug setzt. Sie stellen in den meisten Branchen nur den geringeren Anteil im Verhältnis zu den Kapitalkosten dar (z.B. in der Chemie ca. 20%, Elektroindustrie ca. 30% Personalkosten). In neueren Untersuchungen zu diesem Thema wird sogar die Schlußfolgerung gezogen, daß das Kostenargument nur sehr abgeschwächt und bestenfalls in Einzelfällen ernsthaft als Argument in der Diskussion um Arbeitszeitverkürzung vorgebracht werden kann, da die Reaktionsmöglichkeiten der Unternehmen in vielfältiger Weise Kostenminderungen zuließen.¹⁷ In diesem Zusammenhang darf jedoch nicht unerwähnt bleiben, daß wünschenswert starke Beschäftigungseffekte insbesondere dann bei Arbeitszeitverkürzungen eintreten, wenn dies erheblich über die Produktivitätssteigerung hinausgehen. Ausgleich der Produktivitätssteigerung durch Arbeitszeitverkürzung hat vor allem den Effekt der Vermeidung eines weiteren Beschäftigungsabbaus und der Sicherung des jeweiligen Beschäftigungsstandes. Dies bedeutet, daß es für eine spürbare Entlastung des Arbeitsmarktes — was erklärtermaßen eine gewerkschaftliche Zielsetzung der tariflichen Arbeitszeitverkürzung ist — zwingend wird, über den verteilungspolitisch neutralen Raum hinaus Forderungen zu erheben und Vereinbarungen durchzusetzen.

Das aufgezeigte Beispiel — sowohl in den Kostenwirkungen einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit als auch im angedeuteten tariflichen Verfahrensmodus — soll hier kein mögliches Ergebnis aufzeigen, sondern einen Weg skizzieren, in dessen Bahnen eine sachliche Verhandlung um den Einstieg in die 35-Stunden-Woche möglich ist und auf dessen Basis der Lohnausgleich argumentativ erörtert werden kann. Die Beschäftigungswirkungen, darüber müssen sich alle Beteiligten im klaren sein, werden sich dabei vor allem in unmittelbarer Abhängigkeit zur Größenordnung der Verkürzungsmargen und -zeiträume bewegen. Der Lohnausgleich ist jedoch nicht nur unter den Kompensationsgesichtspunkten von Kosten und Produktivitätssteigerung für die Arbeitszeitverkürzung von Bedeutung, sondern insbesondere auch im Hinblick auf die konkreten Auswirkungen für die Lebensbedingungen und Einkommensverhältnisse der Betroffenen. Ein teilweiser oder gänzlicher Verzicht auf Lohnausgleich bedeutet in jedem Falle einen weiteren Reallohnverlust der

Arbeitnehmer. Bei Tarifabschlüssen, die seit 1980/81 regelmäßig unterhalb der Preissteigerungsrate liegen, folgt daraus ein seit drei Jahren absinkendes Realeinkommen, das sich im Falle einer Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich weiter vermindern würde. Daraus müßten zwangsläufig erhebliche Einschränkungen des allgemeinen Lebensstandards der großen Masse der Arbeitnehmer und in zunehmendem Umfang auch existentielle Bedrohung und Verarmung großer Bevölkerungsteile folgen. Deshalb kann ein Verzicht auf Lohnausgleich kein akzeptabler Ansatz für den Einstieg in die 35-Stunden-Woche sein, sowohl aus dem Gesichtspunkt sich verschlechternder Lebensbedingungen heraus als auch aus der dann in verstärktem Maße einsetzenden zwingenden Kompensation der Einkommensverluste, die direkte gegenteilige Wirkungen zu den Absichten der Arbeitszeitverkürzung hätten.

Für große Teile der arbeitenden Bevölkerung ist ein weiterer Reallohnverlust bedrohlich. Aus einem solchen Zwang der Alternativen heraus würde eine Arbeitszeitverkürzung nicht mehr attraktiv, wenn sie mit Einkommensverlusten verbunden ist. Sie werden sich unter diesen Voraussetzungen möglicherweise gegen Arbeitszeitverkürzungen aussprechen, was sicherlich in dieser Form nicht in gleichem Maße für die Bezieher hoher Einkommen gilt. Es muß also davon ausgegangen werden, daß große Teile der Arbeitnehmer — bei einer Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich — bestrebt sein werden, die eingetretenen Verluste an verfügbarem Einkommen auszugleichen. Die Formen, in denen dies geschehen kann, sind nicht unbekannt, da sie doch auch bereits jetzt in erheblichem Umfang Realität sind. Überstunden werden in verstärktem Maße wahrgenommen und zunehmend attraktiv, solange keine schärfere Handhabung der Genehmigungsverfahren in Sicht ist. Vor allem aber wird die von allen Seiten angeprangerte »Schwarzarbeit« ein zentraler Bereich sein, in dem sich beschäftigte und unbeschäftigte Arbeitnehmer den Ausgleich für ihre Einkommenseinbußen suchen. Auch Nebenverdienste etwa aus geringfügiger Teilzeitarbeit in verschiedenen Formen sind ein weiterer Bereich der Kompensation, erst recht bei denjenigen, deren Einkommen mittelbar von der Bemessungsgröße des Reallohnniveaus abhängig ist, wie z.B. Arbeitslosenunterstützungs- und Sozialhilfeempfänger, Rentner etc.

Will man diese negativen Effekte vermeiden und wirksame Arbeitszeitverkürzungen betreiben, so müssen dabei folgende Voraussetzungen des Lohnausgleichsproblems akzeptiert werden: Der Verlust von Realeinkommen der Arbeitnehmer in der Folge von Arbeitszeitverkürzung wird bei diesen Ausgleichsaktivitäten auslösen, die bei einem erheblichen Teil der Beschäftigten höher bewertet werden als die Verkürzung der Arbeitszeit und vermehrte Freizeit, was sich arbeitsmarktpolitisch negativ auswirkt. Die kaufkraftfähige volkswirtschaftliche Nachfrage aus Einkommen der abhängig Beschäftigten muß zumindest erhalten bleiben (voller Lohnausgleich), wenn eine weiter rückläufige Nachfrage vermieden werden soll, die negativ auf die Beschäftigungssituation durchschlagen würde. Die Frage einer beschäftigungspolitisch wirksamen Wirtschaftspolitik über die Steigerung der Nachfrage (nachfrageorientierte Konzeption) ist hier von gravierender Bedeutung, da eine geschwächte Nachfrage keine Impulse zu beschäftigungswirksamen Investitionen auslöst, denn bekanntlich investieren Betriebe zum Ausbau ihrer Produktion nur dann, wenn erkennbare Absatzchancen für ihre Produkte — also kauffähige Nachfrage — besteht. Dies bedeutet, daß mit einer als wirtschaftspolitisch richtig erkannten Konzeption zur Nachfragestärkung eine Arbeitszeitverkürzung mit Verzicht auf Lohnausgleich nicht vereinbar ist. Nach neuesten Berechnungen würden sich z.B. für die Sozialversicherung bei einer 35-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich Defizite in der Größenordnung von 26 Milliarden DM

und Steuermindereinnahmen von ca. 20 Milliarden DM ergeben; hingegen bei vollem Lohnausgleich und 50%igem Beschäftigungseffekt Mehreinnahmen der Sozialversicherung von ca. 15,5 Milliarden und Steuernehreinnahmen von ca. 12 Milliarden, was die Möglichkeit der Beitrags- und Steuersenkung bedeuten könnte. Für die Steigerung der privaten volkswirtschaftlichen Nachfrage werden bei vollem Lohnausgleich Größenordnungen bis zu 19% errechnet.¹⁸

Ausblick

Die Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit haben sich in der Folge von Krise und rapide wachsender Arbeitslosigkeit massiv zugunsten der Arbeitgeber verändert. Eine vorbehaltlose Unterstützung finden sie in der CDU/CSU/FDP-Bundesregierung, die alles daransetzen wird, den Kapitalinteressen zu dienen und die Lasten auf die sozial Schwachen umzuverteilen.

Unter solchen Voraussetzungen ist absehbar, daß der Kampf um die 35-Stunden-Woche zum härtesten Tarifkonflikt seit Bestehen der Bundesrepublik eskalieren kann, wobei die Ziele des Tarifkampfes im Grunde genommen gesamtwirtschaftliche Erfordernisse darstellen, die nicht nur im Interesse der Gewerkschaften und ihrer Mitglieder liegen. Die Arbeitslosigkeit ist nicht von den Gewerkschaften und den Arbeitnehmern erzeugt worden, sondern sie ist Ergebnis der Wirkungsmechanismen eines Wirtschaftssystems, das auf privater Kapitalverfügung beruht. Das Kapital war aber stets bestrebt, eine industrielle Reservearmee zu erhalten, um seine Machtposition zu festigen, was die Frage aufwirft, weshalb jeder Arbeitgebervertreter und auch alle konservativen Politiker heute immer wieder beteuern, alles für den Abbau der Arbeitslosigkeit zu tun, und dennoch entgegengesetzt handeln. Die gesellschaftlichen Legitimationsversuche und ihre entgegengesetzte Praxis sind aber weiten Teilen der Bevölkerung nicht transparent, worin eine Ursache für Interessenverwirrung und Orientierungslosigkeit besteht.

Seit die Arbeitgeber der 35-Stunden-Woche in den letzten Monaten zunehmend die »individuelle Arbeitszeitflexibilisierung«¹⁹ unter Berufung auf Arbeitnehmerinteressen an mehr Freiheit und Individualität als Kampfbegriff entgegensetzen, ordnen sich die Fronten. Umso stärker bedarf es der Aufklärung und Diskussion aller sich der Arbeiterbewegung verbunden fühlenden Kräfte, um den gewerkschaftlichen Kampf solidarisch zu unterstützen.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Entschließungen, Anträge, Materialien. 12. o. Gewerkschaftstag der IG Metall (18.-24.9.1977), Frankfurt/M. 1977, S.328).
- 2 Vgl. Der Arbeitskampf in der Eisen- und Stahlindustrie (1978/79). Darstellung und Dokumentation. Hrsg. von der IG Metall, o.O.u.J. (1979).
- 3 Einen gewissen Überblick vermitteln die Beiträge in den Sammelbänden: C. Offe u.a. (Hrsg.): Arbeitszeitpolitik — Formen und Folgen einer Neuverteilung der Arbeitszeit, Frankfurt/M., New York 1982; T. Kutsch und F. Vilmar (Hrsg.): Arbeitszeitverkürzung — Ein Weg zur Vollbeschäftigung? Opladen 1983; F.W. Scharpf u.a. (Hrsg.): Aktive Arbeitsmarktpolitik — Erfahrungen und neue Wege. Frankfurt/M., New York 1982; M. Bolle u.a. (Hrsg.): Analytische und empirische Aspekte der Arbeitszeitgestaltung auf betrieblicher und überbetrieblicher Ebene. München 1982; WSI-Arbeitsmaterialien: Arbeitszeitverkürzung. Düsseldorf 1983.
- 4 Vgl. Memorandum '83: Qualitatives Wachstum, Arbeitszeitverkürzung, Vergesellschaftung — Alternativen zu Unternehmerstaat und Krisenpolitik. Köln 1983, S.288ff., 268ff. und 395.
- 5 Vgl. ebd., S.142ff.

- 6 Vgl. Sozialdemokratische Perspektiven zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung — Arbeit für alle. In: Politik — Aktuelle Informationen der SPD, H.2./April 1982, S.5f.
- 7 Vgl. Leitlinien für eine aktive Beschäftigungspolitik. In: ebd., H.7./Oktober 1982, S.3f. Ferner: W. Brandt: Mehr Beschäftigung durch weniger Arbeit. In: Die Zeit v. 28./29.7.1982, S.23.
- 8 Vgl. Beschluß des SPD-Vorstandes v. 11.10.1982 »Arbeitszeitpolitik«. o.O.u.J., S.3.
- 9 Vgl. R. Kasiske: »Zweiter Arbeitsmarkt« — Ein notwendiger Schritt zur Einlösung des Rechts auf Arbeit. In: Die Neue Gesellschaft, H.6/1983, S.520ff.
- 10 Vgl. Bundestags-Drucksache 10/121 v. 8.6.1983.
- 11 Vgl. dazu: E. Ott: Arbeitszeitverkürzung und Lohnausgleich. In: Die Neue Gesellschaft, H.6/1983, S.509ff.; H. Seifert und R. Welzmüller: Arbeitszeitverkürzung und Verteilung. In: WSI-Mitteilungen H.4/1983, S.217ff.; Memorandum '83, a.a.O., S.324ff.
- 12 IG Metall: Tarifpolitische Prioritätenbildung »Arbeitszeitverkürzung«. Frankfurt/M. 1982, S.15.
- 13 Vgl. M. Bolle, a.a.O., S.13ff.
- 14 Vgl. Memorandum '83, a.a.O., S.304ff.
- 15 Vgl. dazu auch: H. Seifert und R. Welzmüller, a.a.O., S.221; Memorandum '83, a.a.O., S.327.
- 16 So BDA-Präsident Otto Esser auf dem SPD-Forum »Arbeitszeitverkürzung« am 5.11.1982.
- 17 Vgl. M. Bolle, a.a.O., S.292.
- 18 Vgl. dazu: R. Schettkat: Auswirkungen einer generellen Arbeitszeitverkürzung auf öffentliche Haushalte, Arbeitnehmerinkommen und gesamtwirtschaftliche Nachfrage. WZB-discussion papers IIM/LMP 83-15, Berlin/W. 1983.
- 19 Vgl. dazu: G. Bäcker und H. Seifert: Arbeitszeitpolitische Kontroverse. Individuelle Flexibilität oder tarifvertragliches Regelsystem. In: Offe u.a., a.a.O., S.244ff.; E. Ott: »Neue Arbeitszeitpolitik« und Job Sharing, Bedingungen, Interessen und Gefährdungen einer Individualisierung der Arbeitszeit. In: WSI-Mitteilungen H.3/1982, S.163ff. — Siehe dazu insbesondere den Beitrag von Bäcker und Bispinck in diesem Heft.

Chronologische Veröffentlichungen des WSI zum Thema »Arbeitszeitverkürzung«

- Seifert, H.: Alternative Instrumente zur Reduzierung von Arbeitslosigkeit. In: WSI-Mitteilungen, H.2/1976
- Seifert, H.: Weniger Arbeitslose durch Arbeitszeitverkürzung. In: DGB-Landesbezirk NW, Arbeitsmarktpolitische Perspektiven in Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1977
- Seifert, H.: Zur Kontroverse um die Arbeitszeitverkürzung. In: WSI-Mitteilungen, H.4/1977
- Küchle, H., und H. Seifert: Was sind die wirklichen Ursachen der Arbeitslosigkeit? Gewerkschaftliche Forderungen zur Arbeitsmarktpolitik. In: Der Bürger im Staat. Hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, 28.Jg., H.3/Sept. 1978
- Seifert, H.: Abbau der Arbeitslosigkeit durch Arbeitszeitverkürzung. In: wisu 2/1979
- Gerlach, G., H. Kohl und H. Seifert: Arbeitszeitverkürzung — Problemanalyse alternativer Lösungsmöglichkeiten. Vervielfältigtes Manuskript, Düsseldorf 1979
- Kohl, H., und H. Seifert: Überlegungen zu einer zukunftsbezogenen Arbeitszeitpolitik — Gesellschafts-, arbeitsmarkt- und betriebspolitische Grundfragen. In: WSI-Mitteilungen 1/1980
- Gerlach, G.: Begrenzung der Mehrarbeit durch Tarifvertrag — Probleme, Beispiele, Wirkungen. In: WSI-Mitteilungen 1/1980
- Küchle, H.: Neuere Projekte zur Arbeitszeitverkürzung. In: WSI-Mitteilungen H.12/1980, S.722ff.
- Bäcker, G., und G. Naegele: Arbeitsmarkt, Altersgrenze und die Ausgliederung älterer Arbeitnehmer — Einige Anmerkungen zur Forderung nach einer weiteren Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze. In: WSI-Mitteilungen 11/1981

- Bäcker, G.: Teilzeitarbeit und individuelle Arbeitszeitflexibilisierung — Festschreibung der Benachteiligung von Frauen in Beruf und Familie. In: WSI-Mitteilungen 4/1981
- Seifert, H.: Kontroverse Positionen in der Arbeitszeitpolitik. In: Sozialer Fortschritt 7-8/1981
- Bäcker, G., und H. Seifert: Arbeitszeitpolitische Kontroverse: Individuelle Flexibilität oder tarifvertragliches Regelsystem. In: Offe, C., Hinrichs, K., und H. Wiesenenthal (Hrsg.), Arbeitszeitpolitik, Formen und Folgen einer Neuverteilung der Arbeitszeit. Frankfurt/M. 1982
- Bosch, G.: Job-Sharing — Vorteile für den Arbeitnehmer? Ein Kommentar aus gewerkschaftlicher Sicht. In: Die Betriebswirtschaft. 42/1982. S.315-319
- Seifert, H.: Gewerkschaften und Arbeitszeitpolitik in der Bundesrepublik. In: Peters, W. (Hrsg.), Beiträge aus dem Arbeitskreis SAMF zur Diskussion über Probleme der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik. Arbeitspapier 1982-2
- Seifert, H., und G. Bäcker: Arbeitszeitverkürzung durch individuelle Flexibilität oder tarifvertragliches Regelsystem. In: WSI-Mitteilungen 2/1982
- Bäcker, G.: Neue Arbeitszeitsysteme: Jedem seine individuelle Arbeitszeit? In: frauen und arbeit 11-12/1982
- Bäcker, G.: Teilzeitarbeit und andere flexible Arbeitszeitmodelle — Hintergründe und Bewertung aus gewerkschaftlicher Sicht. In: Sonderinformationen des Bundesfrauensekretariats der Gewerkschaft ÖTV. Stuttgart 1983
- Bäcker, G., und G. Naegle: Früher in den Ruhestand — aber wie? Sozial- und arbeitsmarktpolitische Aspekte einer weiteren Absenkung der Altersgrenze. In: Sozialer Fortschritt 2-3-4/1983
- Seifert, H.: Arbeitszeitpolitische Kontroversen. In: Kutsch, Th., und F. Vilmar (Hrsg.): Arbeitszeitverkürzung — Ein Weg zur Vollbeschäftigung. Opladen 1983
- WSI-Projektgruppe »Humanisierung der Arbeit«, Informationspaket Flexible Arbeitszeiten. Düsseldorf 1983
- Seifert, H., und R. Welzmüller: Arbeitszeitverkürzung und Verteilung. In: WSI-Mitteilungen, H.4/1983
- Bosch, G., Arbeitszeit und Rationalisierung — Ergebnisse betrieblicher Fallstudien —, In: WSI-Mitteilungen, H.4/1983
- Lecher, W.: Arbeitslosigkeit und Arbeitszeitpolitik im internationalen Überblick. In: WSI-Mitteilungen, H.4/1983

Veröffentlichungen des WSI-Tarifarchivs

- Tarifvertragliche *Urlaubsdauer* in ausgewählten Tarifbereichen. Juli 1981
- Entwicklung der *Wochenarbeitszeit* und der *Urlaubsdauer*. April 1982
- Tarifvertragliche Bestimmungen zur *Teilzeitarbeit* in ausgewählten Tarifbereichen. August 1982
- Tarifvertragliche Bestimmungen zur *Mehrarbeit*. Januar 1983.
- Tarifvertragliche Bestimmungen zur *Schichtfreizeit*. März 1983
- Tarifvertragliche Bestimmungen zur *Altersfreizeit*. März 1983

Gerhard Bäcker und Reinhard Bispinck

Flexibilisierung der Arbeitszeit

1. Mehr Zeitsouveränität und mehr Arbeitsplätze durch Arbeitszeitflexibilisierung?

In der politischen Auseinandersetzung um die gewerkschaftliche Forderung nach einer Wochenarbeitszeitverkürzung wird seit einiger Zeit immer stärker die »Arbeitszeitflexibilisierung« als Alternative dargestellt. Zwar, so die Argumentation in der veröffentlichten Meinung, sei angesichts der dauerhaft dramatischen Arbeitsmarktlage Arbeitszeitverkürzung unvermeidlich, aber nicht in der teuren und starren tarifvertraglichen, kollektiven Form. Vielmehr soll jeder einzelne Arbeitnehmer seine Arbeitszeit flexibel gestalten, er soll entsprechend seinen Wünschen und Interessen Dauer und Lage der Arbeitszeit selbstbestimmt festlegen. Dieses Modell wollen wir im folgenden überprüfen.¹

Kennzeichnend für die Arbeitszeitflexibilisierung ist, daß es sich hierbei um das einzige Modell der Arbeitszeitverkürzung handelt, dem sich die Arbeitgeber nicht verschließen wollen. Es wird sogar — in expliziter Abgrenzung zur Forderung der IG Metall nach der 35-Stunden-Woche — von den Metall-Arbeitgebern offensiv propagiert. Gestützt wird die Flexibilisierungskonzeption von Überlegungen im wissenschaftlichen Raum. Hier werden schon seit längerem die positiven Effekte der Flexibilisierung gepriesen. So handelt es sich nach Auffassung von Mertens um Konzepte, »die für keinen der Beteiligten mit Opfern verbunden sind, sondern für alle mit Wohlfahrtsgewinnen«². Teriet — einer der führenden Protagonisten einer »neuen Arbeitszeitpolitik« — verspricht sich eine »Arbeitszeit nach Maß«, die »Wiedergewinnung von Zeitsouveränität«, die »Wahlfreiheit« zwischen Arbeitszeit, Einkommen und Freizeit mit der Folge einer »selbstgestalteten Arbeits- und Lebensplanung«³. Auf diese Weise soll nicht lediglich ein Beitrag zur humaneren Gestaltung der Arbeitszeit geleistet werden, zugleich erhoffen sich die Befürworter der neuen Arbeitszeitpolitik auch einen spürbaren Entlastungseffekt auf dem Arbeitsmarkt.

2. Anspruch und Realität

2.1 Praktizierte flexible Arbeitszeitregelungen

Bereits ein kurzer Blick auf die derzeit existierenden Arbeitszeitstrukturen zeigt, daß hier von Starrheit, Rigidität und Uniformiertheit in keiner Weise die Rede sein kann. Im Gegenteil finden sich in der betrieblichen Praxis auf der Basis geltender gesetzlicher und tariflicher Arbeitszeitbestimmungen vielfältige Formen flexibler Arbeitszeitgestaltung, die in der aktuellen Diskussion systematisch aus der Betrachtung ausgeblendet werden. Dies ist umso problematischer, als die praktizierten flexiblen Arbeitszeitregelungen kaum ein Mehr an Zeitsouveränität, sondern oftmals genau das Gegenteil bewirken. Die derzeit betriebene Arbeitszeitflexibilisierung bildet vielmehr einen integrierten Bestandteil unternehmerischer Strategien zur umfassenden Flexibilisierung des Personaleinsatzes.

- Im Rahmen der geltenden Arbeitszeitordnung sind Wochenarbeitszeiten bis zu 72 Stunden zulässig. Tatsächlich leisteten die abhängig Beschäftigten 1982 durchschnittlich 1,92 Stunden/Woche und 80,24 Stunden/Jahr *Mehrarbeit*.⁴
- In Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Entwicklung kommt auch dem Instrument der *Kurzarbeit* eine hohe Bedeutung hinsichtlich der flexiblen Gestaltung des Personaleinsatzes zu. So betrug im Jahr 1982 die Zahl der Kurzarbeiter durchschnittlich 601 100.⁵

- Auch alle Formen von *Nacht- und Schichtarbeit* weichen von der Normalarbeitszeit ab und dienen der flexiblen Anpassung des Personaleinsatzes an die Betriebs- und Produktionserfordernisse. In den vergangenen Jahrzehnten ist die Zahl der Schichtarbeiter ständig angestiegen. Heute liegt sie bei rund 3,5 Mio.⁶
 - Insbesondere im Bereich des Einzelhandels stellt die *kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit* (Kapovaz) eine weitverbreitete Form der flexibleren Arbeitszeitgestaltung dar. In hochperfektionierter Art und Weise wird der Personaleinsatz an die Kundenfrequenz und den Arbeitsanfall insgesamt angepaßt.
 - Die quantitativ bei weitem bedeutsamste Form der flexiblen Arbeitszeitgestaltung ist die *Teilarbeitszeit*. Teilzeitarbeit kann dabei mit Frauenarbeit gleichgesetzt werden, denn die Quote teilzeitarbeitender Männer ist sehr gering (4% aller Teilzeitarbeitsverhältnisse). Insgesamt ist die Teilzeitarbeit in den vergangenen Jahren rapide angestiegen. 1981 arbeiteten rund 31% aller abhängig beschäftigten Frauen in Teilzeitarbeit.⁷
- Dieser knappe Überblick zeigt bereits, daß die Behauptung, die derzeit geltenden gesetzlichen und tarifvertraglichen Normen preßten die Arbeitnehmer in ein Zwangskorsett starrer, unveränderbarer Arbeitszeiten, nicht aufrechterhalten werden kann.

2.2 Das Beispiel Teilzeitarbeit

Zur Struktur der gegenwärtigen Teilzeitarbeit läßt sich feststellen, daß es sich mehrheitlich um körperlich wie psychisch belastende Arbeitsplätze handelt, die zudem kaum Aufstiegschancen bieten. Die erreichten Löhne und Gehälter sind gering, sie liegen durchweg am unteren Ende der Verdiensthierarchie, oftmals noch unterhalb des Sozialhilfeniveaus. Die Folge sind unzureichende Sozialleistungen, d.h. Arbeitslosengeld und auch die spätere Rente liegen ebenfalls häufig unter dem Sozialhilfesatz.

Im Vergleich zu diesem ausschließlich auf Frauen bezogenen und mehrfach benachteiligten Teilarbeitsmarkt der »klassischen« Teilzeitarbeit fallen Teilzeitarbeitsplätze in attraktiven, qualifizierten Tätigkeitsbereichen quantitativ kaum ins Gewicht. Hier sind die Unternehmer weitaus zurückhaltender, nicht, weil sich Teilzeitarbeitsplätze aus technischen oder organisatorischen Gründen gar nicht einrichten ließen, sondern vielmehr deswegen, weil die mit Teilzeitarbeit angestrebten Kosten- und Produktivitätsvorteile bei den qualifizierten Berufen weit geringer ausfallen.

Einige der wenigen positiven Ausnahmen sind die Teilzeitmöglichkeiten für Beamte und insbesondere für Lehrer. Je nach landesrechtlicher Regelung haben Lehrer einen *Rechtsanspruch* darauf, an ihrem Arbeitsplatz für eine bestimmte Zeit teilzeitig (bei entsprechender Minderung des Bruttogehaltes) zu arbeiten und auf Antrag dann wieder in die normale Arbeitszeit zurückzukehren. Während früher noch die Kindererziehung Voraussetzung für die Inanspruchnahme der Regelung war, bedarf es heute eines speziellen Grundes nicht mehr. Entscheidender Vorteil dabei ist also, daß die Beschäftigten selbst tatsächlich die *Wahlfreiheit* behalten und insofern das Angebotsmonopol des Arbeitgebers eingeschränkt ist.

In die genau gegenteilige Richtung zielt dagegen der seit einigen Jahren zunehmende Trend, den Beschäftigten auch gegen ihren Willen *Teilzeitarbeit aufzuzwingen*: So ist es in einigen Bereichen der Privatwirtschaft, wie z.B. im Einzelhandel, mittlerweile für Frauen nur noch möglich, eine Teilzeitstelle zu bekommen. Es mehrten sich auch die Fälle, in denen die Beschäftigten von den Arbeitgebern vor die Wahl gestellt werden, entweder von einem Vollzeit- auf ein Teilzeitarbeitsverhältnis überzuwechseln oder aber die eigene Entlassung bzw. die anderer Beschäftigter in Kauf zu nehmen. Der öffentliche Dienst spielt

bei diesem Trend zum *Zwang zur Teilzeitarbeit*, oder präziser gesagt, zur unbezahlten Kurzarbeit derzeit die Vorreiterrolle. Bei der Bundesbahn beispielsweise werden Auszubildende nur übernommen, wenn sie Teilzeitarbeit akzeptieren, und in nahezu allen Bundesländern hat sich die Praxis eingebürgert, angehenden Lehrern nach ihrer Referendarzeit ausschließlich Teilzeitstellen anzubieten. Weil andere Arbeitsmöglichkeiten den Betroffenen nicht geboten werden bzw. nicht offenstehen, degeneriert ihr Anspruch auf einen qualifikationsgerechten vollzeitigen Arbeitsplatz günstigenfalls zu einem Recht auf Teilzeitarbeit.

2.3 Zur Situation und Interessenlage teilzeitarbeitender Frauen

Zwar sind die derzeit bestehenden flexiblen Arbeitszeitstrukturen das Ergebnis unternehmerischer Rationalisierungs- und Personaleinsatzstrategien, dennoch läßt sich daraus nicht umstandslos der Schluß ziehen, daß sie immer und in jedem Fall in unüberbrückbarem Gegensatz zu den Wünschen und Bedürfnissen der Arbeitnehmer stehen. Am Beispiel der Teilzeitarbeit wird deutlich, daß gerade angesichts der bestehenden und kurzfristig nicht beliebig veränderbaren sozialen und ökonomischen Rahmenbedingungen ein solches Arbeitsverhältnis häufig eine der wenigen, wenn nicht die einzige Möglichkeit zur Erwerbstätigkeit von Frauen mit Haushalts- und Erziehungsaufgaben darstellt. Die Erwerbsbeteiligung vor allem von verheirateten Frauen und Müttern ist — trotz der Krise — kontinuierlich angestiegen. Dies ist das Ergebnis eines vielschichtigen Einstellungs- und Bewußtseinswandels der Frauen selbst; sie wollen beides, sowohl erwerbstätig sein als auch zugleich Kinder erziehen. Der Anspruch der Frauen, durch eigene dauerhafte Erwerbstätigkeit ihren Lebensunterhalt zu sichern und so die materielle Grundlage für eine eigenständige Gestaltung ihres Lebens zu schaffen, stößt allerdings auf die noch weithin vorherrschende traditionelle Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau im Haushalt und bei der Kindererziehung. Die daraus entstehende Doppelbelastung der Frauen, die auch durch das völlig unzureichende öffentliche Angebot an familienergänzenden und -unterstützenden sozialen Diensten und Einrichtungen nur wenig gemildert wird, läßt vielen Frauen häufig keine andere Möglichkeit, als ein Teilzeitarbeitsverhältnis zu suchen, weil eine vollzeitige Arbeit von 40 Stunden nicht verkraftet werden kann oder nicht gewünscht wird.

Den Hintergrund der Interessen- und Bedürfnislage von Frauen gilt es im Auge zu behalten, wenn Teilzeitarbeit bewertet werden muß. Da der Hinweis auf den Hintergrund die konkreten, aktuell anstehenden Probleme aber nicht löst (denn die Männer werden ihr Rollenverhalten nicht so schnell aufgeben, und die Kindertagesstätten sind nicht vorhanden!), kann es *nicht darum gehen, Teilzeitarbeit von Frauen generell abzulehnen*. Eine solche undifferenzierte Ablehnung wird der komplizierten Lage nicht gerecht. Vielmehr muß nach Wegen gesucht werden, um die negativen Bedingungen dieser Arbeitsverhältnisse durch den Ausbau tarifvertraglicher und gesetzlicher Schutzregelungen zu unterbinden.

Allerdings ist dabei ein Dilemma nicht zu übersehen: Die geschlechtsspezifische Aufgabenteilung bei den Haushalts- und Erziehungsaufgaben bleibt unberührt, weil eben die Frau nur teilzeitig erwerbstätig ist. Nicht zuletzt sind es ja auch die Männer, die sich am vehementesten für Teilzeitarbeit (von Frauen) einsetzen. Und unproblematisiert bleibt auch das Defizit an familienergänzenden Einrichtungen, denn wenn die Mütter nur teilzeitig arbeiten, gibt es auch keinen Bedarf an Tagesstätten und Ganztagschulen... Die im Rahmen des Sozialabbaus vollzogene Einschränkung von Diensten und von Einrichtungen rechtfertigt sich durch die erzwungenen Reaktionen der Mütter, die sich ganz oder teilweise aus dem Arbeitsleben zurückziehen müssen.

3. Das Verhältnis von individueller und kollektiver Arbeitszeitgestaltung

Die Konfrontation der weitreichenden Zielvorstellungen mit den in der Realität vorfindbaren Arbeitszeitstrukturen und ihren sozialen Konsequenzen läßt deutlich werden, daß zumindest bei den Befürwortern einer neuen Arbeitszeitpolitik eine grundfalsche Auffassung über das Verhältnis von individueller und kollektiver Arbeitszeitgestaltung vorherrscht. Typisch ist in diesem Zusammenhang die Auffassung von Teriet, »daß der einzelne immer noch am besten selbst und ohne Bevormundung beurteilen kann, welche Wahl er zur optimalen Ausschöpfung seiner Lebenschancen treffen muß und wie er mit einem seiner kostbarsten Güter, der Lebenszeit, umgehen will«⁸. Hier liegen alte liberalistische Vorstellungen zugrunde, wonach gesetzliche und tarifvertragliche Regelungen der Arbeitszeit Einschränkungen der individuellen Vertragsfreiheit darstellen, welche die autonomen und gleichberechtigten Wirtschaftssubjekte (in diesem Fall die Arbeitnehmer) daran hindern, ihre Vorstellungen einer optimalen Güterkombination (hier Arbeitszeit, Einkommen, Freizeit) zu realisieren.

Ausgeblendet bleibt bei diesem durchaus wohlklingenden Denkmuster die schlichte, aber elementare Frage nach den objektiv gegebenen Handlungs- und Wahlmöglichkeiten eines auf Lohnarbeit angewiesenen Beschäftigten, der letztlich nur durch den Verkauf seiner Arbeitskraft seine materielle Existenz sichern kann und der nicht in der Lage ist, sein Arbeitskraftangebot räumlich oder zeitlich beliebig zu variieren oder womöglich ganz zurückzuhalten. Auf dem Arbeitsmarkt herrscht aus diesem Grunde ein systematisches Machtungleichgewicht zugunsten der Unternehmer, die Arbeitskräfte im wesentlichen nach ihrem Kosten-Nutzen-Kalkül rekrutieren. Sie sind demnach auch im Besitz der Definitionsmacht über die Arbeitsbedingungen, so daß insbesondere bei Zeiten chronischer Massenarbeitslosigkeit höchstens einige wenige Arbeitskräfte mit starker Verhandlungsposition in der Lage sind, individuelle Arbeitszeitwünsche zu realisieren.

Für die Masse der Beschäftigten bringt erst der solidarische Zusammenschluß in Gewerkschaften die Möglichkeit, auf der Grundlage des Lohnarbeitsverhältnisses die grundlegenden Arbeitsbedingungen wie z.B. die Entlohnung, Lage und Dauer der Arbeitszeit, Gesundheitsschutz usw. kollektiv so zu regeln, daß überhaupt erst die Voraussetzungen für die Gestaltung individueller Freiheitsspielräume geschaffen werden. Wenn nun kritisiert wird, daß die derzeitigen kollektiven Arbeitszeitregelungen nur unzureichende individuelle Wahl- und Gestaltungsmöglichkeiten von Dauer und Lage der Arbeitszeit für den Arbeitnehmer eröffnen, und dieser Vorwurf gilt sicherlich zu Recht, dann muß berücksichtigt werden, daß die wenigen tarifvertraglich abgesicherten individuellen Möglichkeiten (z.B. *Anspruch* auf Bildungsurlaub, auf kürzere Arbeitszeiten für besonders belastete oder ältere Arbeitnehmer, auf Elternurlaub), erst kollektiv gegen den Widerstand der Arbeitgeber durchgesetzt werden mußten.

4. Zukünftige Formen der individuellen Flexibilisierung der Arbeitszeit

Arbeitsplätze mit einer von der Normalarbeitszeit abweichenden Zeitstruktur werden weiterhin vorrangig in solchen Tätigkeitsbereichen eingerichtet, die bei einer Aufspaltung z.B. in zwei oder mehr Teilzeitarbeitsplätze keine größeren technisch-organisatorischen und betriebspolitischen Probleme aufwerfen. Überall da, wo es sich um überschaubare, begrenzte, einfache und sich häufig wiederholbare Arbeitsvollzüge mit nur geringen Qualifikationsanforderungen handelt, ist am ehesten mit einer Ausweitung flexibler Arbeitszeitstrukturen zu rechnen. Günstige Voraussetzungen sind für das Unternehmen zusätzlich auch dann gegeben, wenn der Arbeitsanfall im Zeitablauf sehr stark variiert, aber zugleich

weitgehend voraussehbar ist. Durch den zeitlich exakten Einsatz von Teilzeitarbeitskräften kann hierdurch die Beschäftigung einer Vollzeitarbeitskraft, bei deren Anwesenheit auch »unproduktive« Leerzeiten anfallen, vermieden werden. Immer dann jedoch, wenn die Aufteilung von Arbeitsvollzügen und -plätzen potentielle Reibungsverluste durch zusätzlichen Informations- und Abstimmungsbedarf, die Klärung von Zuständigkeiten usw. hervorruft, wie dies bei komplexeren, qualifizierten Tätigkeiten wahrscheinlich ist, erscheint aus betriebswirtschaftlicher Sicht eine flexible Arbeitszeitgestaltung wenig sinnvoll. In dem Maße, wie die Einführung neuer Technologien zur Standardisierung und Routinisierung auch von bislang qualifizierten Tätigkeiten führt, kann indes auch hier mit einer Ausweitung flexibler Arbeitszeitgestaltung gerechnet werden:

(1) Ein zentraler Bereich für (flexible) Teilzeitarbeit werden die *Büro- und Verwaltungstätigkeiten* bleiben. Der Einsatz computergestützter Büro- und Kommunikationstechnologie fordert hier die Ausweitung der Teilzeitarbeit geradezu heraus, weil auf diese Weise eine bessere Auslastung der aufwendigen EDV-Systeme und damit erhebliche Rationalisierungseffekte erzielt werden können. Schutzvorschriften z.B. zur Pausenregelung und zur Einrichtung von Mischarbeitsplätzen bei Bildschirmarbeit können auf diese Weise umgangen werden.

(2) Ein starker Rationalisierungsschub erfaßt derzeit den gesamten Bereich des *Einzelhandels*. Hier geht es den großen Warenhäusern, den Filialketten, aber auch dem Facheinzelhandel um das rasche und möglichst dauerhafte Absenken des umsatzbezogenen Personalkostenanteils, indem die Personaldecke möglichst dünn gehalten wird und der Personaleinsatz weitestgehend der Kundenfrequenz und dem sonstigen Arbeitsanfall angepaßt wird. Zentrales Instrument ist die Flexibilisierung der Arbeitszeiten durch verschiedene Kapovaz-Systeme und durch eine perfektionierte, z.T. computergestützte Personaleinsatzplanung.

(3) Völlig neue Möglichkeiten der Flexibilisierung der Arbeitszeit werden sich zukünftig durch die sogenannte »*elektronische Heimarbeit*« ergeben. In dem Maße, wie die geplante Breitbandverkabelung in der Bundesrepublik fortschreitet, ist die Auslagerung zahlreicher Schreib- und Sachbearbeitertätigkeiten in allen Wirtschaftszweigen auf die Haushalte technisch überhaupt kein Problem mehr. Bereits heute gibt es Studien zu den Einsatzmöglichkeiten elektronischer Heimarbeit und laufen praktische Modellversuche zur Heimarbeit unter Nutzung des Teletex-Systems der Bundespost.

(4) Nachdem bereits erfolgreiche Versuche zur Einführung von *Gleitzeit im Produktionsbereich* durchgeführt wurden, nehmen jetzt auch Bestrebungen zu, eine weitergehende Flexibilisierung der Arbeitszeit in diesem Bereich zu realisieren. In Baden-Württemberg werden in mehreren Betrieben öffentlich geförderte Modellversuche zur Planung und Einführung flexibler Arbeitszeitmodelle z.B. in der Montage, in der Teilefertigung, in der Kunststoffspritzerei, in technischen Büros usw. durchgeführt. Beim VW-Konzern werden derzeit Überlegungen angestellt, den Arbeitnehmern *Jahresarbeitsverträge* anzubieten, wobei das fest vereinbarte Arbeitspensum je nach Arbeitsanfall über das Jahr verteilt wird.

5. Betriebliche Strategien und die Beschäftigungseffekte

Die Flexibilisierung der Arbeitszeit, und hierbei insbesondere die Ausweitung der Teilzeitarbeit, erweist sich für die Zukunft als ein Instrument in der umfassenden Strategie der Unternehmen, Produktion und Personaleinsatz insgesamt flexibler zu gestalten. Wie die Beispiele gezeigt haben, hat diese Strategie mit dem weitreichenden Anspruch der prokla-

mierten »Zeitsouveränität« wenig gemein. Unter beschäftigungspolitischen Gesichtspunkten ist darüber hinaus zu hinterfragen, ob die Flexibilisierungsstrategie entsprechend ihrem Anspruch tatsächlich merklich dazu beiträgt, den Arbeitsmarkt zu entlasten und durch Umverteilung des Arbeitsvolumens mehr Menschen einen Arbeitsplatz zu geben. Zur Beantwortung der Frage müssen die Motive und Bedingungen der betrieblichen Personalpolitik näher betrachtet werden. Dabei ist zu erkennen, daß gerade die Arbeitszeitflexibilisierung ein wesentliches *Instrument* zur Rationalisierung und Leistungsintensivierung darstellt, um durch eine höhere Arbeitsproduktivität das betriebliche Arbeitsvolumen zu reduzieren. Folgende Faktoren weisen in diese Richtung:

- Flexible Arbeitszeiten führen zu einer höheren Arbeitsproduktivität, da Krankheits-, Fehl- und Unfallzeiten geringer sind. Sie sind zudem mit einer weiteren Arbeitsintensivierung verbunden, weil der biologische Rhythmus des Menschen mit seinen Leistungshochs und -tiefs voll ausgenutzt wird. Untersuchungen haben z.B. ergeben, daß Teilzeitkräfte bis zu einem Drittel höhere Leistungen pro Zeiteinheit bringen als Vollzeitkräfte. Der wichtigste Vorteil liegt in der exakten Anpassung der Arbeitszeit an den Arbeitsanfall, weil auf diese Weise der Personalbedarf z.T. drastisch gesenkt werden kann.
- Aufgrund der vorliegenden praktischen Erfahrungen muß daher damit gerechnet werden, daß aufgrund dieser produktivitätssteigernden Effekte längst nicht in allen Fällen bei der Aufteilung eines Vollzeitarbeitsplatzes zwei Teilzeitarbeitsplätze mit je 20 Stunden eingerichtet werden, sondern daß von den 40 Wochenstunden z.B. insgesamt nur 30 übrigbleiben.
- Der Leistungsdruck nimmt aber auch für die Vollzeitbeschäftigung langfristig zu, weil die Gefahr besteht, daß Unternehmen die flexible Arbeitszeitgestaltung zu einer Anhebung des allgemeinen Leistungsniveaus nutzen werden, indem z.B. das Leistungsniveau bei einer vierstündigen Teilzeitarbeit als allgemeine Norm angesetzt wird. Inhumane Arbeitsbedingungen werden durch die vermehrte Einrichtung von (variablen) Teilzeitarbeitsplätzen tendenziell zementiert, weil durch die verringerte Arbeitszeit die Toleranzschwelle für gesundheitsgefährdende Belastungen nach oben verschoben wird und so Maßnahmen zur Humanisierung der Arbeit unterlaufen werden.

Zusammenfassend läßt sich also festhalten, daß beim Einsatz flexibler Arbeitszeiten die *zusätzlichen* Produktivitätsreserven *sehr* hoch sind und der Beschäftigungseffekt dementsprechend gering bleibt. Eine Quantifizierung läßt sich aber kaum vornehmen, da nach einzelnen Tätigkeitsbereichen differenziert werden müßte. Sicherlich ist aber auch richtig, daß durch die Aufteilung von Vollzeitarbeitsplätzen (insbesondere bei zeitgebundenen Tätigkeiten, die sich nicht ohne weiteres intensivieren lassen) die Zahl der zur Verfügung stehenden Arbeitsplätze auf dem Arbeitsmarkt steigt. Gleichwohl stellte eine massenhafte Ausweitung von Teilzeitarbeitsplätzen keinen wirksamen Beitrag zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung dar: Der Beschäftigungseffekt bleibt aufgrund der überdurchschnittlich hohen Produktivitätsreserven weit hinter dem einer Verkürzung der Wochen- oder Lebensarbeitszeit zurück. Sodann steht einer Verringerung der Zahl der Teilzeitarbeitslosen bei Realisierung einer solchen Strategie eine stagnierende, im ungünstigsten Fall sogar steigende Zahl von Vollzeitbeitslosen gegenüber. Eine forcierte Ausweitung der Teilzeitarbeit kann schließlich auch nicht mit der besonderen Betroffenheit der Teilzeitbeschäftigten vom Risiko der Arbeitslosigkeit begründet werden, da sich die Arbeitslosenquote von Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten weitgehend aneinander angenähert haben. Sie lagen im Februar 1983 übereinstimmend bei je 10,4%. Auch das Verhältnis von Ar-

beitslosen zu offenen Stellen fällt bei den beiden Gruppen mit 1:37 und 1:42 nicht mehr wesentlich auseinander.⁹

6. Wünschen die Arbeitnehmer die individuelle Arbeitszeitflexibilisierung?

Die Protagonisten der individuellen flexiblen Arbeitszeitgestaltung begründen die Notwendigkeit einer neuen Arbeitszeitspolitik regelmäßig auch mit dem Hinweis, daß Umfrageergebnissen¹⁰ zufolge ein großer Teil der Arbeitnehmer, Frauen wie Männer, Beschäftigte wie Arbeitslose, wöchentliche Arbeitszeiten unter 40 Stunden wünsche und auch bereit sei, entsprechende *Einkommenseinbußen* hinzunehmen. In Teilbereichen der Bevölkerung sei ein tiefgreifender Sinn- und Wertewandel zu beobachten, der zu einer veränderten Einstellung insbesondere gegenüber der herkömmlichen Erwerbsarbeit führe. Individuelle Arbeitszeitflexibilisierung sei deswegen ein geeignetes Instrument, diesen z.T. neu entstandenen Bedürfnissen Rechnung zu tragen. Unzweifelhaft an dieser Argumentation — wie aussagefähig und repräsentativ die Umfragen im einzelnen auch immer sein mögen — ist der Tatbestand, daß trotz vorangegangener Maßnahmen zur Arbeitszeitverkürzung z.B. durch Urlaubsverlängerung, Vorverlegung der Altersgrenze, Arbeitszeitverkürzung für besondere Personengruppen usw. ein starkes Bedürfnis nach einer weiteren Verkürzung insbesondere der wöchentlichen Arbeitszeit besteht.

Ursächlich dafür ist ein ganzes Bündel sehr verschiedenartiger Faktoren: Zunächst verbirgt sich dahinter ganz einfach der Wunsch nach mehr arbeitsfreier Zeit, um stärker, als dies bisher möglich ist, den eigenen Interessen und (Freizeit-)Wünschen nachgehen zu können. Die Arbeitszeitwünsche konzentrieren sich dabei auf die Zeitspanne zwischen 30 und 36 Stunden und lassen sich als Plädoyer für eine 35- oder gar 30-Stunden-Woche interpretieren. Rationalisierungsmaßnahmen, Einführung neuer Technologien, Leistungsverdichtung und -intensivierung haben in vielen Bereichen die Belastungen und Beanspruchungen durch den Arbeitsprozeß in den vergangenen Jahren deutlich ansteigen lassen. Die zunehmende Sensibilisierung der Arbeitnehmer hinsichtlich der Qualität und der Bedingungen ihrer Arbeit hat ihrerseits dazu beigetragen, daß die Forderung nach einer kürzeren Arbeitszeit an Gewicht gewonnen hat. Schließlich gibt es auch eine — allerdings zahlenmäßig sehr begrenzte — Gruppe von überwiegend hoch qualifizierten und weit überdurchschnittlich verdienenden Arbeitnehmern (z.B. Lehrer, Professoren — insbesondere wenn in diesen Fällen beide Ehepartner gut verdienen), die auch um den Preis einer spürbaren Einkommensreduzierung an einer deutlichen Verkürzung ihrer Arbeitszeit interessiert sind.

Aus diesen Faktoren und Tatbeständen auf eine weitverbreitete Bereitschaft zum Einkommensverzicht bei individuell flexiblen Arbeitszeitregelungen zu schließen, ist aber unzulässig: Die Einkommensverhältnisse der großen Mehrheit der Arbeitnehmer lassen eine Arbeitszeitverkürzung bei Verzicht auf einen Lohnausgleich nicht zu. Insbesondere der seit drei Jahren anhaltende Reallohnabbau und die Kürzung zahlreicher Sozialleistungen haben die Einkommenssituation der Arbeitnehmerfamilien z.T. drastisch verschlechtert. Aber auch schon die Zahlen von 1980 machen nachdenklich: 1980 verfügten 40% der Arbeiterhaushalte über ein Haushaltseinkommen von unter 2000 DM; bei den Angestelltenhaushalten lag dieses Einkommen bei 2300 DM und bei den Beamtenhaushalten bei 2700 DM.¹¹ Die Nettoeinkommen der Erwerbstätigen lagen 1981 bei den Männern zu 68,4% (Arbeiter), 30,1% (Angestellte), 35,2% (Beamte) unter 1800 DM. Bei den Frauen betragen diese Quoten 98,6% (!!) (Arbeiterinnen), 98,2% (Angestellte), 86,6% (Beamtinnen).¹²

Vor dem Hintergrund dieser Daten müssen die in der Presse hochgespielten Beispiele der Gruppe von Lehrern oder Universitätsprofessoren, die durch Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich eine weitere Stelle ermöglichen, als gefährlich eingeschätzt werden. Sie sind zwar gut gemeint, bleiben aber für die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit ohne Bedeutung, da sie suggerieren, es mangle nur an der Opferbereitschaft der Beschäftigten, um durch die Verringerung der Arbeitszeit und des Einkommens Arbeitslose zu beschäftigen.

Die Entwicklung des Erwerbsverhaltens der Frauen zeigt, daß hier eine quantitativ bedeutsame Gruppierung *auch* stärker an Vollzeitarbeit interessiert ist. Nicht zuletzt die Tatsache, daß etwa drei Viertel der arbeitslosen Frauen einen Vollzeit- und keinen Teilzeitarbeitsplatz suchen, ist dafür ein Beleg.

Der immer noch sehr hohe Anteil der geleisteten Mehrarbeit und auch die nach wie vor beachtlich hohe subjektive Bereitschaft zu Nacht- und Schichtarbeit sind zum großen Teil Ausdruck materieller Notwendigkeit. Die gewerkschaftlichen Schwierigkeiten einer wirkungsvollen Politik zur Eindämmung und Begrenzung von Mehrarbeit, Nacht- und Schichtarbeit haben ihren Grund nicht zuletzt darin, daß die dadurch erzielten zusätzlichen Einkommensbestandteile fest in das Haushaltsbudget der Arbeitnehmer eingerechnet und die Arbeitnehmer darauf nicht zu verzichten bereit sind. So kann es auch nicht verwundern, daß in einer Reihe von Befragungen ein großer Teil der Beschäftigten den Wunsch äußert, länger zu arbeiten.¹³

7. Die Perspektive: Gesetzliche und tarifliche Absicherung von flexiblen Arbeitszeiten nach den Bedürfnissen der Arbeitnehmer

Welche Konsequenzen entstehen für die gewerkschaftliche Betriebs- und Tarifpolitik? Zunächst liegt auf der Hand, daß in dem Maße, wie eine Auffächerung der Normalarbeitszeit sich durchsetzt, damit eine Parzellierung und Spaltung der Belegschaften einhergeht, die nur noch im begrenzten Umfang gemeinsame und einheitliche arbeitszeitpolitische Interessen haben. Auch in den täglichen betrieblichen Auseinandersetzungen wirkt sich eine Aufspaltung und Aufsplitterung der Arbeitszeiten negativ aus: So sehen teilzeitbeschäftigte Frauen ihre Arbeit vielfach als Übergangslösung an, leisten nur wenig Widerstand gegen unternehmerische Rationalisierungsmaßnahmen und organisieren sich auch weniger gewerkschaftlich. Für die betriebliche Interessenvertretung wird die Arbeit unvermeidlich schwerer, weil die Interessenunterschiede zwischen den Beschäftigten zunehmen und die Regelungs- und Vertretungsfunktion der Betriebs- und Personalräte gegenüber dem Arbeitgeber immer stärker beschnitten wird. Eine Politik der forcierten Arbeitszeitflexibilisierung auf individueller, *einzelvertraglicher* Ebene untergräbt auf diese Weise systematisch die Erfolgsvoraussetzungen für eine erfolgreiche, die Gesamtheit der Beschäftigten umfassende Arbeitszeitpolitik. Sie tut dies auch insofern, als jede Form von Teilzeitarbeit faktisch eine Art von Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich darstellt. Wenn gerade die Arbeitgeber die individuelle Arbeitszeitflexibilisierung so stark favorisieren, *verbirgt sich dahinter eben dieser politisch-strategische Angriff nicht nur auf die Forderung nach der 35-Stunden-Woche, sondern allgemein auf solidarische, kollektivvertragliche Arbeitszeitregelungen*. Zugespitzt geht es um das Kalkül, Tarifverträge auszuhöhlen und aufzuweichen, indem immer mehr Beschäftigte aus dem Regelungsbereich der tariflichen Normalarbeitszeit herausgenommen werden.

Bei der Benennung dieser Gefahren und der Ablehnung der Flexibilisierungsstrategien darf es jedoch nicht bleiben. Dadurch wird weder die weitere Ausbreitung dieser Arbeits-

zeitform verhindert noch dem Tatbestand Rechnung getragen, daß kollektivvertragliche Regelungen für flexiblere Arbeitszeiten fast völlig fehlen. Dieses Regelungsdefizit hat nämlich erst mit dazu beigetragen, daß die negativen Auswirkungen verschiedener flexibler Arbeitszeitformen sich haben weitgehend ungehindert durchsetzen können. Die unzureichende tarifvertragliche Absicherung z.B. der Teilzeitarbeit ist mittlerweile unbestritten; daß sich aber hier jahrelang wenig getan hat, ist nicht unabhängig von dem Charakteristikum der Teilzeitarbeit zu sehen: Sie ist »lediglich« reine Frauenarbeit und hat deswegen nicht den politischen Stellenwert, der ihr entsprechend der Problemlage zukommen müßte.

Zur Beseitigung der zahlreichen Benachteiligungen bei den verschiedenen Teilzeitformen liegen seit einiger Zeit detaillierte Vorstellungen vor. Sie beziehen sich z.B. auf die sozial- und tarifrechtliche Gleichstellung des Teilzeitbeschäftigten mit den Vollzeitbeschäftigten hinsichtlich der Leistungen, der Bezahlung und Eingruppierung, der Aufstiegs- und Weiterbildungsmöglichkeiten. Weiterhin wird gefordert, daß Arbeitsverhältnisse nur oberhalb der Grenze der »geringfügigen Beschäftigung« abgeschlossen werden dürfen, daß die Arbeitszeiten im voraus festgelegt werden und nicht mehr unter eine tägliche Mindestdauer fallen und daß Teilzeitbeschäftigte bevorzugten Zugang zu Vollzeitbeschäftigten haben.¹⁴ Die Beseitigung der negativen Konsequenzen flexibler Arbeitszeitpolitik z.B. durch tarifvertragliche Regelungen setzt allerdings besondere Anstrengungen voraus, weil die Unternehmen auf die spezifischen personalpolitischen Vorteile und die Rationalisierungseffekte dieser unregelmäßigen Arbeitsformen nicht freiwillig verzichten werden.

Auch wenn bereits der Schutz vor den negativen Folgen von Teilzeitarbeit und anderen flexiblen Arbeitszeitformen erhebliche Durchsetzungsprobleme aufwirft: Bei dieser eher defensiven Strategie darf nicht stehengeblieben werden. Denn es steht außer Zweifel, daß ein weit verbreiteter Wunsch nach Arbeitszeiten besteht, die sich stärker den individuellen Bedingungen und Interessen des einzelnen Arbeitnehmers anpassen. Vor allem die Beschäftigtengruppen in besonderen sozialen Situationen haben häufig den Wunsch nach einer Arbeitsunterbrechung oder nach einer in Dauer (und Lage) ihren spezifischen Bedürfnissen entgegenkommenden Arbeitszeit. Dies betrifft z.B. Eltern mit Kindern, Beschäftigte mit schweren gesundheitlichen Beeinträchtigungen, Arbeitnehmer in der letzten Phase vor dem Ruhestand, Beschäftigte, die eine Weiterbildung absolvieren wollen usw. Warum sollte in diesen und weiteren Fällen nicht eine Teilzeitarbeitsmöglichkeit wie bei den Lehrern geschaffen werden? Erforderlich wäre nämlich ein für alle Betroffenen gültiger Rechtsanspruch auf freiwillige (zeitlich begrenzte) Teilzeitarbeit am angestammten Arbeitsplatz mit dem Rückkehrrecht auf ein Vollzeitbeschäftigungsverhältnis. Mit einer derartigen Regelung wäre die Macht der Arbeitgeber durchbrochen, über die Quantität und Qualität von Teilzeitarbeitsplätzen allein nach ihren Rentabilitätskalkülen zu entscheiden. Offen bleibt allerdings der Einkommensausgleich.

Natürlich stellt sich bei solchen weitreichenden Forderungen das Durchsetzungsproblem erst recht. Deshalb ergibt sich die Frage nach der Gewichtung von tariflicher oder gesetzlicher Regelung. Da es sich hierbei eher um die sozialpolitisch begründete Verbesserung der Lage einzelner Arbeitnehmergruppen handelt, wäre eine gesetzliche Regelung dieser Möglichkeiten sinnvoll. Zum einen, um staatliche Sozialpolitik und den Gesetzgeber nicht aus der Verantwortung für den sozialen Schutz besonders belasteter Bevölkerungsgruppen zu entlassen, und zum anderen, um nicht zu einer Überfrachtung der Tarifpolitik mit immer mehr, z.T. sehr speziellen Aufgaben zu kommen. Denn angesichts der aktuellen Lage, wie sie sich vor dem Hintergrund chronischer und ansteigender Massenar-

beitslosigkeit darstellt, bestehen für die gewerkschaftlichen, tarifpolitischen Anstrengungen zur Arbeitszeitverkürzung wohl nur dann realistische Erfolgsaussichten, wenn eine klare Prioritätensetzung und eine Konzentration auf die wichtigsten und erfolgversprechendsten Forderungen stattfindet. Eine gleichzeitige Durchsetzung einer Reihe von verschiedenen arbeitszeitpolitischen Forderungen dürfte angesichts des Widerstandes der Arbeitgeberverbände gegen jegliche Form der kollektiven Arbeitszeitverkürzung dagegen kaum Realisierungschancen besitzen.

Die Möglichkeiten zur gesetzlichen Regelung sind breit gesteckt. Zur Verbesserung der Situation von erwerbstätigen Müttern und Vätern bieten sich u.a. folgende Maßnahmen an, die in verschiedenen Nachbarländern z.T. schon seit langem realisiert sind:

- Elternurlaub (wahlweise für Mütter und Väter) bei Arbeitsplatzgarantie und Einkommensersatzleistungen
- Ausweitung des bezahlten Urlaubs bei der Pflege von erkrankten Kindern und Angehörigen
- Zeitweilige Verkürzung der täglichen Arbeitszeit am angestammten Arbeitsplatz mit Einkommensersatzleistungen durch den Arbeitgeber oder durch den Staat, wie dies ja z.B. für ältere Arbeitnehmer in der Zigarettenindustrie seit Jahren möglich ist.

Vor dem Hintergrund der dramatischen Arbeitsmarktlage kann es jedoch keinen Zweifel daran geben, daß sich die gewerkschaftliche Tarifpolitik auf die Durchsetzung der Wochenarbeitszeitverkürzung, auf die 35-Stunden-Woche konzentrieren wird. Die 35-Stunden-Woche hat nicht nur die weitaus größten tatsächlichen Beschäftigungseffekte gegenüber allen anderen Formen der Arbeitszeitverkürzung, sie trägt ganz wesentlich dazu bei, allen Arbeitnehmern über ein größeres Maß an Freizeit eine bessere Gestaltung ihrer Lebenstätigkeiten zu ermöglichen.

Anmerkungen

- 1 Vgl. dazu ausführlich: Arbeitsgruppe »Alternativen der Wirtschaftspolitik«: Memorandum 1983, Teil B: 35 Stunden sind genug! Abbau der Massenarbeitslosigkeit und Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen durch Arbeitszeitverkürzung. Köln 1983.
- 2 Mertens, D.: Neue Arbeitszeitpolitik und Arbeitsmarkt. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 3/1983, S.268.
- 3 Teriet, B.: »Zeitsouveränität« durch flexible Arbeitszeit. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 31/1976, S.3ff.
- 4 Reyher, L., u.a.: Arbeitszeit und Arbeitsmarkt, a.a.O., S.91.
- 5 Presseinformationen der Bundesanstalt für Arbeit: Arbeitsmarktzahlen für Januar 1983. Nürnberg 1983.
- 6 Vgl. Schardt, L.: Schichtarbeit. In: Zimmermann, L. (Hrsg.): Humane Arbeit — Leitfaden für Arbeitnehmer, Bd.4, Reinbek 1982, S.234ff.
- 7 Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Stand und Entwicklung der Erwerbstätigkeit 1981. Fachserie 1, Reihe 4.11, Wiesbaden 1982, S.57ff.
- 8 Teriet, B.: »Zeitsouveränität« durch flexible Arbeitszeit, a.a.O., S.9.
- 9 Presseinformationen der Bundesanstalt für Arbeit: Arbeitsmarktzahlen für Februar 1983. Nürnberg 1983.
- 10 Vgl. dazu u.a. Mertens, D.: Neue Arbeitszeitpolitik ..., a.a.O., S.264ff.; Brinkmann, C.: Veränderung des Arbeitsvolumenangebots bei Realisierung von Arbeitszeitwünschen. Befragungsergebnisse und Modellrechnungen. In: Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 56. Nürnberg 1981, S.147ff. — Zu anderen Ergebnissen kommen: Engfer, U., K. Hinrichs, C. Offe und H. Wiesenthal: Arbeitszeitsituation und Arbeitszeitverkürzung in der Sicht der Beschäftigten. Ergebnisse einer Arbeitnehmerbefragung, Bielefeld 1982 (Manuskript).

Michael Ernst-Pörksen

Bewegung in der alternativen Wirtschaftspolitik

Memoranden und das Wirtschaftsprogramm der Grünen

Wo Männer wie Carlo Carstens und Helmuth Kohl regieren und repräsentieren, ist hohe Zeit für Satire. Für das Entwickeln politischer Alternativen, die mit sozialistischer Perspektive über die bestehenden sozialökonomischen Strukturen hinausweisen, sind die Zeiten gegenwärtig allerdings mehr als lausig. Weil nahezu jede Forderung mit dem lakonischen Hinweis auf Nichtdurchsetzbarkeit gekippt werden kann, werden einerseits — auf der Suche nach Durchsetzbarem — die Scheuklappen enger geschnallt, Systemkritik vernachlässigt und der »politische Gegner« ins Visier genommen. Damit ist das Visier dann aber auch vollständig ausgefüllt. Die Vorstellung andererseits, es sei ohnehin nichts durchsetzbar, wird schnell zum Freibrief für jene, die es generell vorziehen, saubere Lösungen zu konzipieren, und das Schmutzgeschäft des politischen Durchsetzens den »Kleinkrämern« und »Technokraten« überlassen. Mit Blick auf die Debatte zwischen Gewerkschaftslinken und Grün-Alternativen kommt es mir häufig so vor, als sei die Auseinandersetzung um eine andere Wirtschaftspolitik schon wieder und immer noch an genau diesem Punkt.

Dennoch gibt es Lichtblicke: So zeigen die Grünen mit ihrem im Januar '83 vorgelegten Programm »Gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau — Sinnvoll arbeiten — Solidarisch leben« (im folgenden Wirtschaftsprogramm der Grünen oder GW), daß sie sich auch in Sachen Wirtschafts- und Sozialpolitik zu einer eigenständigen Kraft neben und gegen die rechtsliberale Regierungskoalition, aber auch neben und gegen die gewerkschaftsorientierte Sozialdemokratie entwickelt haben.

Immerhin üben die Grünen in diesem Programm heftigste Kritik am kapitalistischen Wirtschaften, fordern den Einbau überbetrieblicher und den Ausbau betrieblicher Mitbestimmung, sprechen sich für ein Beschäftigungssofortprogramm, für die 35-Stunden-Woche und gegen den Abbau des Sozialstaats aus. Wer das im Mai vorgelegte »Memorandum '83« der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik nur flüchtig durchblättert, sieht sehr schnell, daß die zitierten Forderungen der Grünen — unter Berücksichtigung der beschränkten politischen Reichweite der Memoranden — in etwa auch das Programm der Gewerkschaftslinken sind.

Die Übereinstimmung gilt jedoch nur für den ersten Blick. Unter der (tagespolitischen) Oberfläche zeigen sich weit auseinanderstrebende Grundorientierungen, die ihrerseits wieder auf die Möglichkeiten wirklicher Zusammenarbeit negativ wirken. So findet das Memorandum bei den Grünen bisher so gut wie keine positive Resonanz. Auf der anderen Seite werden die Grünen mitunter nach wie vor als Ein-Punkt-Bewegung verkannt, in der »Probleme und Interessen der Arbeiterbewegung bislang wenig Verständnis und Resonanz finden« (Dybowsky u.a., 54).

Bevor daher der Frage nachgegangen werden kann, unter welchen Bedingungen Grüne und Gewerkschaftslinken kooperieren können, muß zunächst geklärt werden, ob denn die materielle, praktisch-programmatische Basis für eine solche Zusammenarbeit überhaupt vorhanden ist. Dies ist keineswegs unstrittig.

Daß Grüne und Gewerkschaftslinken nicht nur gleiche Ziele mit unterschiedlichen Mitteln zu erreichen suchen, sondern auch durchaus Verschiedenes wollen, läßt sich für die

Wirtschaftspolitik an einigen Punkten deutlich machen. Die Stichworte, auf die ich mich hier konzentrieren will, sind dabei: die Rolle des Staates und der staatlichen Beschäftigungspolitik, die Wünschbarkeit weiteren Wirtschaftswachstums und die Notwendigkeit von Arbeitszeitverkürzungsmaßnahmen.

Stichwort: Staatliche Beschäftigungspolitik

Die Position der *Memoranden* zur Notwendigkeit einer expansiven Fiskalpolitik ist zunächst eindeutig: Unter der Parole »Vorrang für Vollbeschäftigung« (Titel des Memorandums '79 und als Kommentar zum Titel des SVR-Gutachtens »Vorrang für den Geldwert« gedacht) liegen die Vorschläge »auf drei Ebenen:

- kurzfristig werden der Einsatz traditioneller keynesianischer Instrumente zur Steigerung der kaufkräftigen Nachfrage sowie eine Verkürzung der Arbeitszeit gefordert;
- gleichzeitig soll die Verwirklichung der angestrebten Beschäftigungseffekte durch administrative Begleitmaßnahmen (wie Auflagenbindung, Preiskontrollen usw.) gewährleistet und kontrolliert werden;
- mittel- und langfristig sollen gesellschaftliche Planungs- und Lenkungsprozesse an die Stelle privater Verfügungsgewalt über den gesellschaftlichen Produktionsapparat und der Profitorientierung der Produktionsentscheidungen treten« (Bömer/Huffschmid/Sörgel, 275).

Dabei nimmt die zuerst genannte Ebene den breitesten Raum ein. Im Falle brachliegender Produktionskapazitäten soll der Staat die unzureichende private Nachfrage kompensieren, und zwar sowohl durch den monetären Eingriff in den ökonomischen Kreislauf als auch durch die unmittelbare Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen des öffentlichen Bedarfs. Dabei soll sich der Staat an jenen Ausgabebereichen orientieren, »die hohe Beschäftigungseffekte besitzen und gleichzeitig gesellschaftliche Mangelbereiche bedienen (...). Beschäftigungs- und Produktionsstrukturpolitik bilden eine *Einheit*.« (Ernst-Pörksen/Hickel, 140)

Die Konzentration der *Memoranden* auf staatliche Politik findet ihre Berechtigung im großen ökonomischen Gewicht des Staates: Wirtschaftspolitik *ist* zu einem erheblichen Teil staatliche Politik. Staatliches Ausgabe- und Einnahmeverhalten nimmt darüber hinaus weiten Einfluß auf die gesellschaftspolitischen Handlungsmöglichkeiten außerhalb des Staatssektors — sichtbar im Zusammenspiel restriktiver Haushaltspolitik und Gegenreform. Dennoch ist die pointierte Zuspitzung politischer Strategien auf staatliches Handeln auch problematisch, vor allem dann, wenn sich die tatsächliche Wirtschaftspolitik des Staates mehr und mehr von der in den *Memoranden* in immer tieferer Detailliertheit vorgetragenen Ausrichtung entfernt und gänzlich anderen Handlungsmustern folgt. Die forcierte Orientierung sozialer Bewegungen auf staatliche Politik wird in dem Maße illusorisch, wie die geforderten Maßnahmen am realen Verhalten des Staates vorbeigehen, auch wenn diese Forderungen »an sich« realistisch sind. Dies enthebt nicht der Notwendigkeit, staatliche Politik zu thematisieren und Alternativen zu formulieren, zeigt aber die Notwendigkeit an — wie am Beispiel Arbeitszeitverkürzung in den *Memoranden* teilweise schon realisiert —, jene Strategien stärker in den Vordergrund zu rücken, die nicht auf staatliches Handeln orientieren.

Zweitens weisen die Vorschläge der *Memoranden* nach wie vor eine vor allem quantitative, auf monetäre Größen gerichtete Orientierung auf. Beschäftigungs- und Produktionsstrukturpolitik bilden nur *konzeptionell* eine Einheit. In den Ausführungen der *Memoranden* selbst dominiert die Analyse von *Ausgabevolumen*, *Finanzierungsformen* und *quantitative*

tativen Beschäftigungswirkungen. Dies ist angesichts der herrschenden Massenarbeitslosigkeit, der staatlichen Restriktionspolitik und der Lüge von der Nichtfinanzierbarkeit expansiver Staatshaushalte zwar verständlich und als Analyse staatlicher Handlungsmöglichkeiten auch politisch unabdingbar. Dennoch bleibt eine solche Analyse bei der Frage des »Wieviel« an staatlicher Kompensation privater Nachfrage stehen und reduziert die ebenfalls unabdingbare Analyse des »Wofür« auf die Aufzählung gewünschter Ausgabenbereiche in Form knapper Spiegelstrichformulierungen. Statt als gesellschaftlich notwendig erkannte Bedürfnisse zu quantifizieren und daraus — soweit eine staatliche Versorgung jeweils in Frage kommt — erforderliche Haushaltsausgaben nach Volumen und Struktur zu bestimmen, ergeben sich die Größenordnungen staatlicher Ausgabenprogramme in den Memoranden aus der gewünschten Beschäftigungsmenge und der geschätzten Größe des Ausgabenmultiplikators. Die so gefundene Summe wird dann auf meist nicht näher analysierte Bedarfswörter »verteilt«. An dieser Stelle reduziert sich die wirtschaftspolitische Alternative auf das Zurverfügungstellen von mehr Geld. Die postulierte Einheit von Beschäftigungs- und Produktionsstrukturpolitik bleibt dabei auf der Strecke.

Auch die *Grünen* setzen in ihrer wirtschaftspolitischen Programmatik auf den Staat. Dies überrascht keineswegs: muß doch jede soziale Bewegung nach einer gewissen Zeit der Konsolidierung staatliche Gesetzlichkeit und ökonomische Potenz des öffentlichen Sektors als wichtigen Hebel zur Durchsetzung eigener Zielsetzungen wahrnehmen. So halten es die Grünen für »möglich und notwendig, über die öffentlichen Haushalte und staatliche Gesetzgebung der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Krise entgegenzusteuern und zugleich den Einstieg in strukturelle Veränderungen zu versuchen« (GW, 10).

Dennoch ist es verblüffend, daß innerhalb eines nicht allzu umfangreichen Programms eine staatliche Beschäftigungspolitik, die auf weiteres Wachstum setzt, global als »illusionär« gekennzeichnet wird, gleichzeitig aber ebensolche — selbstredend »ökologisch sinnvollen« — Beschäftigungsprogramme »sichere Arbeitsplätze« schaffen sollen (GW, 14), ja sogar »wesentlich mehr« (GW, 20) als die bisherigen, ökologisch bekanntermaßen weniger sinnvollen Beschäftigungsprogramme. Mehr Arbeitsplätze aber heißt Wachstum, wenn nicht in gleichem Maße die Arbeitszeit gesenkt und die Arbeitsproduktivität verringert wird. Mit anderen Worten: Staatliche Beschäftigungsprogramme sind immer auf Wachstum orientiert, auch wenn sie »ökologisch sinnvoll« ausgelegt sind.

Nicht weniger Irrsinn birgt das Nebeneinander solch globaler Formulierungen wie: »Einerseits führen selbst 'sozialstaatliche' Maßnahmen durch *Bürokratisierung* und Kontrolle zu *Entmündigung* von Betroffenen und verfehlen damit den notwendigen sozialen Effekt« (GW, 5) und der ebenso global-naiven Vorstellung, daß über den staatlichen Sektor allein deshalb, weil er »auch« im Kapitalismus eine so große Bedeutung hat, »der Anfang für grundsätzliche Änderungen gemacht werden« könne (GW, 14). Die Staatskritik der Grünen scheint politiktheoretisch auf so wackligen Beinen zu stehen, daß allein die schlichte Erkenntnis, der Staat könne vielleicht doch eine gewisse Rolle spielen, den Damm brechen und den Staat zum omnipotenten und willigen Vehikel alternativer Entwicklungsstrategien werden läßt (vgl. hierzu auch die Kritik Diemers an den Sozial-Thesen der Grünen).

Dennoch gelingt es den Grünen besser als dem Memorandumkreis, Kriterien für Ausmaß und Struktur staatlicher Ausgabenprogramme aus vorher bestimmten Bereichen gesellschaftlicher Bedürftigkeit abzuleiten. Die materiellen Bereiche staatlicher Aktivität sind hier selbst Gegenstand der Analyse. Hier liegt die Stärke des Wirtschaftsprogramms der Grünen, hier kann man auch was lernen. Die Vorstellungen, wie ein solches Beschäfti-

gungsprogramm auf gesamtwirtschaftliche Kreisläufe wirkt und wie es finanziert werden kann, sind allerdings entweder nicht vorhanden oder dürftig oder schlicht falsch. So sitzen die Grünen nach wie vor der Allerweltsvorstellung auf, die Verschuldung des Staates sei etwas Negatives, weil Unseriöses, wenn auch »unter bestimmten Umständen ... unabdingbar«. Davon sind sie offenbar so sehr überzeugt, daß sie diese Haltung noch nicht einmal für begründenswert halten. Rührend ist darüber hinaus die dankenswerte Versicherung, daß sich »die Grünen für zinsgünstige Verschuldungsformen ein(setzen)« wollen: ein Glück ... Immerhin: Die Tabuisierung staatlicher Beschäftigungsprogramme ist zumindest teilweise überwunden. Weil diese Wende aber wenig überzeugend dargelegt ist, der innerparteiliche Kompromiß sich zum Teil in direkt entgegengesetzten Orientierungen niederschlägt, wäre es nicht überraschend, wenn die anstehende Neuformulierung des Wirtschaftsprogramms hinter diesen Entwicklungsstand wieder zurückfallen würde. Es wäre damit ein wichtiges Feld der Verklammerung von Gewerkschaftslinken und Grünen erneut blockiert.

Stichwort: Wachstum

Die kritische Haltung der Grünen gegenüber weiterem Wachstum ist bekannt. Das Wirtschaftsprogramm bietet hier wenig Neues: »Die Grünen sind überzeugt, daß es in der Bundesrepublik Deutschland genauso wie in den anderen Industrienationen nicht zu wenig industrielle Produktion gibt, sondern zuviel ...« (GW, 3) Nach wie vor gilt der Kapitalismus den Grünen vor allem als Industriegesellschaft und hierin nicht zu unterscheiden von den »sogenannten real-sozialistischen Gesellschaftssysteme(n)«: »beide Systeme sind Varianten einer entfremdeten Fabrik- und Bürogesellschaft, die sich an zerstörerischem industriellen Wachstum ausrichtet« (GW, 6). Auch hier wieder ätzender Dilettantismus in Sachen politisch-ökonomischer Analyse, der uns aber nicht weiter ablenken soll vom Wachstumsthema.

Wachstum ist für die Grünen kein Weg, Massenarbeitslosigkeit abzubauen, weil die hierfür erforderlichen Wachstumsraten bereits in zehn Jahren eine Verdopplung der bereits jetzt als zu groß angesehenen Warenberge bedeuten würde: »Es bedarf wahrlich nur des gesunden Menschenverstandes, um einzusehen, daß es so nicht gehen kann und darf!« (GW, 5)

Nun hat der »gesunde Menschenverstand« immerhin Jahrhunderte lang die Sonne wandern sehen; auf ihn ist also wenig Verlaß. Wenn die Arbeitslosigkeit nicht einfach umdefiniert werden soll in »Arbeit im informellen Sektor«, wenn Arbeitslosigkeit im formalen Sektor also nennenswert abgebaut werden soll, dann ist dies nur bei weitestgehender Arbeitszeitverkürzung und Senkung der Arbeitsproduktivität ohne Wachstum möglich. Dabei ist das Wachstum gar nicht notwendig das Mittel, durch das Arbeitslosigkeit abgebaut wird, sondern es ergibt sich einfach daraus, daß mehr Menschen arbeiten.

Wie bereits erwähnt, halten es die Grünen für einen Vorzug der von ihnen favorisierten Beschäftigungsprogramme, daß sie mehr zusätzliche Arbeit in Bewegung setzen als Beschäftigungsprogramme des traditionellen Typs. Mit anderen Worten: Was den wachstumsorientierten Beschäftigungsprogrammen der sozialliberalen Regierung nicht gelang, soll jetzt das Investitionsprogramm der Grünen bringen: Wachstum!

Dieses Ergebnis kommt zustande, weil es die Grünen geflissentlich vermeiden, klarzustellen, was sie unter Wachstum verstehen. Wo es in ihrem Wirtschaftsprogramm nämlich um industrielle Produktion geht, ist Wachstumskritik angesagt, wo es aber um »ökologisch sinnvolle Investitionen« geht (Recycling, öffentlicher Nahverkehr, Stadterneuerung

etc.), darf es gerne etwas mehr sein, ja sogar »Nachfragesicherung« wird zu Papier gebracht (GW, 14). Ob aber mehr Autos, Cheeseburgers, Panzer und Kunstdünger hergestellt werden oder ob mehr Dämmplatten für Lärmschutzmaßnahmen, Container für Altglas und Solarzellen für Sonnenkollektoren produziert werden müssen: Vom Standpunkt gesamtwirtschaftlicher Rechnungslegung handelt es sich um alternative Formen von Wachstum.

So stellt sich unter der Hand heraus, daß die Grünen die falsche Alternative »Wachstum oder Schrumpfung« gar nicht durchhalten können und statt dessen auf Umwegen zu der — im übrigen weitaus sinnvolleren — Frage kommen, was soll wachsen, was soll schrumpfen — oder anders formuliert: Wie soll die materielle Struktur der gesellschaftlichen Gesamtarbeit aussehen? Ob nach qualitativer und quantitativer Ermittlung gesellschaftlicher Bedarfe die Gesamtarbeit größer oder kleiner als vorher sein wird, ist ebenso Ergebnis und nicht Voraussetzung wie die Frage, ob der Produktionswert der geleisteten Gesamtarbeit wächst oder nicht.

Der *Memorandumkreis* formuliert im Gegensatz zu den Grünen — aber ebenso global — eine Wachstumsstrategie. Zwar wird die Kategorie des »qualitativen Wachstums« aufgegriffen. Das '82er Memorandum tritt bei der Formulierung einer »qualitativen« Wachstumsstrategie sogar aus dem Bereich staatlicher Beschäftigungsprogramme heraus und formuliert Anforderungen an gesamtwirtschaftliche Produktionsstrukturen (Memo. '82, 177ff.). Dennoch ist die Kategorie des qualitativen Wachstums zu eng, um »das Ziel einer durchgreifenden Humanisierung und Ökologisierung der Produktion« (ebd., 177) abdecken zu können. Die »Strategie qualitativen Wachstums« (ebd., 178) ist zwar gegen ein unkontrolliertes Wachstum gerichtet, bleibt aber Wachstumsstrategie. Humanisierung und Ökologisierung der Produktion erfordern aber nicht nur die Qualifizierung der Zuwächse, sondern auch das Zurückschrauben von Produkten und Produktionsformen, die diesen Zielen widersprechen.

In diesem Sinne spricht das Memorandum '82 von der »Reallokation der vorhandenen produktiven Ressourcen« (ebd., 178). Die Beispiele, die hierfür genannt werden, verdecken allerdings das Problem, statt es zu konkretisieren: »Abbau der Ausgaben für private Werbung, Verhinderung des Rhein-Main-Donau-Kanals und ähnlicher Projekte, Rüstungsabbau, Besteuerung des Luxuskonsums etc.« (ebd.) Vom Rüstungsabbau abgesehen, handelt es sich hier um Randbereiche der gesellschaftlichen Produktion. Die Kernbereiche (Automobil, Chemie etc.) werden nicht einbezogen. Dabei ist dies teilweise implizit im Forderungskatalog enthalten: Wenn nämlich beispielsweise der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs gefordert ist, dann kann man zu den Produktionsplänen der Automobilindustrie nicht schweigen, es sei denn, man vertraut auf die stille Wirkung der Marktgesetze, wenn tatsächlich einmal die öffentlichen Nahverkehrssysteme zur attraktiven Konkurrenz für den privaten Automobilverkehr werden sollten. Kurz: Wer hier und heute den öffentlichen Nahverkehr ausbauen will, der muß gleichzeitig die Einschränkung der Automobilproduktion fordern, zumindest deren Wachstum beschränken wollen.

Das Arbeitsplatzargument ist in diesem Zusammenhang schnell bei der Hand — und schon deshalb verdächtig. Bei näherem Hinsehen erweist es sich als sachlich falsch und politisch fatal. Sachlich falsch ist es, weil es unterstellt, man könne einen Arbeitsplatzabbau im Bereich des privaten Nahverkehrs verhindern, wenn der öffentliche Nahverkehr zur attraktiven Alternative wird. Politisch fatal ist es, weil es tendenziell für jede Produktion unter jeglichen Bedingungen Geltung beanspruchen kann. Wer den Rüstungsetat senken und die Verkabelung der Republik verhindern will, steht zwar vor dem Problem, wie die damit

verbundenen Arbeitsplatzverluste kompensiert werden können. Er darf aber vor diesem Problem nicht davonlaufen und aus Furcht um drohende Arbeitsplatzverluste Rüstungsproduktion und Verkabelungspläne aufrechterhalten wollen.

Was für die Bereiche Rüstungsproduktion und Telekommunikation gilt, das gilt auch für alle andern Produktionsbereiche: Die Tatsache, daß dort Menschen ihren Lebensunterhalt verdienen und sozial verankert sind, ist dann kein hinreichendes Argument für die Aufrechterhaltung der Produktion, wenn die dort hergestellten Produkte oder die zur Anwendung kommenden Produktionsverfahren ökologisch und/oder sozial unverträglich sind bzw. die Lebensfähigkeit ganzer Regionen gefährden. Der Memorandumkreis hat — wenn auch eher am Rande — deutlich gemacht, daß die geforderte Humanisierung und Ökologisierung der gesellschaftlichen Produktion das Wachstumstempo verringern und die Produktivitätssteigerung vermutlich dämpfen wird (Memo '82, 186f.). Er sollte auch darlegen, daß Humanisierung und Ökologisierung zwar Arbeitsplätze schafft, aber auch Arbeitsplätze abschafft, besser: abschaffen *will*. Es kann für eine alternative Wirtschaftspolitik ohnehin gar nicht darum gehen, pauschal *Arbeitsplätze* zu schützen: Schutzbedürftig sind allein die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Menschen. Dies ist keineswegs dasselbe und kann durchaus in Widerspruch zueinander geraten. Am Beispiel von Rüstung und Telekommunikation hat der Memorandumkreis dies selbst deutlich gemacht. Es scheint mir dringend geboten, daß die Analyse an dieser Stelle weitergeführt wird.

Stichwort: Arbeitszeitverkürzung

Die gewerkschaftlich orientierte Linke ist sich mit den Grünen einig, daß die Arbeitszeit verkürzt werden muß. Auch die Begründungen für diese Forderung decken sich weitgehend: Die Arbeitszeitverkürzung ist beschäftigungspolitisch wie im weiteren Sinne gesellschaftspolitisch geboten. Streitpunkte ergeben sich hinsichtlich des Lohnausgleichs und der Formen von Arbeitszeitverkürzung, die Priorität genießen sollen.

Der Memorandumkreis plädiert für die Konzentration auf eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit (35-Stunden-Woche) bei vollem Lohnausgleich. Die Verkürzung der Wochenarbeitszeit wird allen anderen Formen der Arbeitszeitverkürzung vorgezogen, weil sie »arbeitsmarktpolitisch am effektivsten ist«, »alle Beschäftigten einbezieht« und »den Bedürfnissen nach sinnvoller Verbindung von Arbeit, Privatleben und gesellschaftspolitischer Aktivität der abhängig Beschäftigten am ehesten gerecht wird« (Memo. '83, 27). Dabei wendet sich der Memorandumkreis vor allem gegen die Individualisierung der Arbeitszeitverkürzung im Konzept der Flexibilisierung der Arbeitszeit (Teilarbeitszeit, job-sharing, Leiharbeit, Heimarbeit etc.), weil solche Strategien die Rechtsstellung und Einkommensmöglichkeiten der Lohnabhängigen erheblich verschlechtern und dabei — wenn überhaupt — wenig zum Abbau der Arbeitslosigkeit beitragen.

Der Lohnausgleich (= gleiche Monatseinkommen bei sinkender Arbeitszeit) wird für erforderlich gehalten, weil zum einen der Beschäftigungseffekt nicht durch (Lohn-)Kaufkraftverluste zunichte gemacht werden soll und zum anderen die Reallohnseinbußen der letzten Jahre weitere Einkommensverluste unzumutbar machen. Der Lohnausgleich wird gleichzeitig als machbar angesehen, weil die Steigerung der Arbeitsproduktivität in verkürzten Arbeitszeiten weitergegeben werden kann, ohne daß Lohnkürzungen aus Kosten- oder Finanzierungsaspekten erforderlich wären.

Diese Position ist im neuesten Memorandum ausführlich und meiner Meinung nach stichhaltig dargelegt (vgl. ebd., 245-338), weshalb ich an dieser Stelle auf weitergehende Begründungen verzichten will.

Die *Grünen* sprechen sich ebenfalls für die 35-Stunden-Woche als einen »ersten Schritt« (GW, 12) aus. Andere Formen der Arbeitszeitverkürzung werden nur unter der Bedingung unterstützt, daß sie in ihrer Ausgestaltung nicht gegen die Beschäftigten wirken. Mit aller Deutlichkeit werden auch die gerade im Umfeld der Grünen vielfach positiv bewerteten Flexibilisierungsstrategien kritisiert: Die Teilzeitarbeit muß tarifvertraglich und sozialversicherungsrechtlich abgesichert werden, Modelle des job-sharing werden »mit Entschiedenheit« abgelehnt (GW, 13). Damit sprechen sich die Grünen ebenso wie die Gewerkschaftslinken generell für kollektive Arbeitszeitregelungen aus. Angesichts des Mangels an Übereinstimmung soll diese hier besonders hervorgehoben werden, zumal sie an einer Stelle vorzufinden ist, die in den nächsten Jahren erhebliche Bedeutung gewinnen wird.

In der Frage des Lohnausgleichs sind die Grünen weniger entschieden. Zwar heißt es, daß »der volle Einkommensausgleich für die Bezieher unterer und mittlerer Einkommen erforderlich« ist (GW, 12). Dennoch wird die Arbeitszeitverkürzung mit der Umverteilung der Einkommen »von oben nach unten« verknüpft, was nichts anderes bedeutet, als daß für einen Teil der Beschäftigten der Lohnausgleich wegfallen soll (vgl. ebd.).

Derlei Konstruktionen erwecken immer den Eindruck, als könne man die Arbeitszeitverkürzung — »im Interesse der Sache« — durch die Beschäftigten selbst finanzieren lassen, aber unter Berücksichtigung eines sozialen Ausgleichs. Ein Blick auf die Einkommensverhältnisse von Industriearbeitern zeigt, daß hier wenig Spielraum für eine solche Strategie besteht. Die Nettoeinkommen der *Arbeiter* lagen hier 1982 im Durchschnitt bei 1936 DM, bei *Arbeiterinnen* bei 1339 DM im Monat. Bei den *Angestellten* im Einzelhandel liegen die entsprechenden Zahlen bei 2116 DM (Männer) und 1375 DM (Frauen). In der Industrie verdienen Angestellte im Durchschnitt 2621 (Männer) bzw. 1698 DM (Frauen). Was die Durchschnittszahlen verbergen, ist folgendes: Nur 10% der Arbeiter verdienen mehr als 2200 DM, bei den Angestellten und Beamten immerhin 50%. Bei den Frauen waren es 0,4% (Arbeiterinnen), 6,4% (Angestellte) und 43% (Beamtinnen) (alle Zahlen aus Welzmüller, 361ff.).

Aus der Perspektive der leitenden Angestellten, der Lehrer und Professoren wären also Arbeitszeitverkürzung und Einkommensverzicht angesagt, weil die Einkommen hier genügend Spielraum bieten. Eine Umverteilung zugunsten der unteren Einkommen wäre hier aber in jedem Falle, also auch ohne Arbeitszeitverkürzung angezeigt. Die Grünen liegen daher richtig, wenn sie die Verteilung der Einkommen problematisieren, und zwar nicht nur im Hinblick auf Löhne und Profite, sondern innerhalb der Arbeitseinkommen selbst. Dies geschieht zumindest implizit auch bei den Gewerkschaften, wo es um Festlegungsforderungen, Sockelbeträge etc. bei Tarifverhandlungen geht.

Eine Verknüpfung der Umverteilung der Einkommen mit der Arbeitszeitverkürzung ist jedoch völlig unangebracht, weil die Masse der Lohnabhängigen zu jenen unteren und mittleren Einkommensklassen zählt, für die auch bei den Grünen zu Recht ein Lohnausgleich gefordert wird. Der Hinweis auf mögliche Umverteilungsspielräume suggeriert Finanzierungspotentiale, die nicht wirklich vorhanden bzw. zu gering sind, und kippt Wasser auf die Mühlen jener, die den Lohnausgleich verhindern und damit die Arbeitszeitverkürzung für die Beschäftigten selbst unattraktiv machen wollen.

Wer die Verkürzung der Arbeitszeit für unabdingbar hält, wer gleichzeitig eingesehen hat, daß die Arbeitszeitverkürzung nur durch den Einsatz der Beschäftigten selbst — und das heißt vor allem durch den Einsatz der Gewerkschaften — durchgesetzt werden kann (vgl. GW, 31), der muß die Bedingungen thematisieren, unter denen die Beschäftigten

überhaupt in der Lage sind, Arbeitszeitverkürzungen zu wollen. Er muß einen Unterschied machen zwischen Arbeitszeitverkürzung und Kurzarbeit oder, anders formuliert: Gegenüber den Unternehmern wird eine Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich leichter durchzusetzen sein, dann aber nur gegen den Willen der Beschäftigten.

Dennoch findet sich beim Stichwort Arbeitszeitverkürzung die größte Annäherung von Grünen und gewerkschaftsorientierten Linken. Die anderen Felder (neben den bereits genannten Stichworten sind es vor allem Fragen der Humanisierungsfähigkeit der industriellen Arbeit und Fragen des Verhältnisses zentraler und dezentraler Planung) sind in weitaus stärkerem Maße kontrovers, so daß gemeinsames Handeln nicht ohne weiteres möglich erscheint. Die Diskussion um den Sozialabbau zeigt allerdings, daß eine Annäherung der Positionen möglich ist: So haben die Grünen das unfruchtbare Gegeneinandersetzen von Staat und Selbsthilfe in der Forderung nach einem »Umbau des Sozialstaates« aufgebrochen (vgl. die Sozial-Thesen der Grünen bei Opielka u.a.), während gewerkschaftsorientierte Sozialpolitiker längst davon abgegangen sind, eine alternative Sozialpolitik auf Finanzierungsalternativen des Sozialstaats zu reduzieren (vgl. vor allem Memo. '82). Das Beispiel zeigt auch, daß gemeinsames Handeln vor allem auf der Basis jeweils interner Diskussionsprozesse entwickelt werden muß und weitaus weniger auf eine »geschickte Bündnispolitik« gesetzt werden kann, die bemüht ist, kleinste gemeinsame Nenner zu finden.

Literaturverzeichnis

- Bömer, H., J. Huffs Schmid und A. Sörgel, 1980: Alternative Wirtschaftspolitik. In: Deppe, F., u.a. (Hrsg.), *Marxismus und Arbeiterbewegung*, Frankfurt/M.
- Diemer, N., 1983: Umbaupläne, noch in Arbeit — Kritik der grünen Sozialthesen. In: *Widersprüche* 8
- Dybowski, H., u.a., 1983: *Nicht wehrlos — doch wohin?* Frankfurt/M.
- Ernst-Pörksen, M., und R. Hickel, 1982: *Strategieprobleme alternativer Wirtschaftspolitik*. In: *Prokla* 47
- Memorandum '82. Köln 1982
- Memorandum '83, Köln 1983
- Opielka, M., u.a., 1983: *Umbau statt Abbau des Sozialstaats — Thesen für eine ökologische Sozialpolitik*. In: *Widersprüche* 8
- Welzmüller, R., 1983: *Daten zur Einkommensentwicklung*. In: *WSI-Mitteilungen* 6

Hermann Bömer

Beispiel Stahlkrise

— das Ringen um Alternativen

Pilotcharakter der Stahlkrise

Wenn im Bausektor oder in der Textil- und Bekleidungsindustrie jährlich zehntausende Arbeitsplätze vernichtet werden, *ohne* daß der (vorhandene) Widerstand sich nennenswert Gehör verschaffen kann, so ist dies bei den Betroffenen und der Bevölkerung der entsprechenden Stahlstandortregion inzwischen beinahe undenkbar geworden. Der hohe gewerkschaftliche Organisationsgrad, die gewachsene Rolle der gewerkschaftlichen Vertrauensleutekörper, die Konzentration der Stahlarbeiter in den Großbetrieben, die außerordentliche Bedeutung der Stahlindustrie als Arbeitgeber in den Montanrevieren sowie die hohe Aktivität linker und demokratischer Kräfte schaffen günstige Bedingungen, gegen die Neuordnungspläne des Stahl- und Finanzkapitals effektiven Widerstand zu leisten.

Aus der Sicht der Stahl- und Bankmanager besteht die Aufgabe darin, zum ersten Male in der Geschichte der Bundesrepublik unter den Bedingungen der Massenarbeitslosigkeit einen Kernbereich der Industrie mit kämpferischen Traditionen der Arbeiterbewegung »neu zu ordnen«, d.h. hier Kapazitäts- und Arbeitsplatzvernichtung im großen Stil (40% von 250 000 $\hat{=}$ ca. 100 000) zu betreiben, dabei ganze Stahlorte zu liquidieren und »nebenbei« noch die Montanmitbestimmung abzuschaffen. Die Vernichtung der ca. 350 000 Arbeitsplätze im Ruhrkohlebergbau von 1957-1978 verlief im Gegensatz zur heutigen Lage im Stahlbereich unter der Voraussetzung, daß zahlreiche Ersatzarbeitsplätze vor allem im tertiären Sektor geschaffen und das Arbeitskräfteangebot durch verlängerte Schulzeiten, Senkung des Rentenalters usw. verknappert wurde und daß eine insgesamt großzügige Sozialplanfinanzierung erfolgte.

Inzwischen werden auch die Beschäftigten anderer Wirtschaftszweige wie der Wertindustrie, Teile der Elektroindustrie (AEG, Grundig, SEL) sowie der Automobilindustrie (MAN, IVECO) von verschärftem Arbeitsplatzabbau betroffen. Ein offenes Geheimnis ist, daß im Steinkohlenbergbau und bei der Bundesbahn ein Kahlschlag programmiert wird. Selbst in der chemischen Industrie werden Pläne zur Stilllegung von Kunststoff- und Grundstoffkapazitäten geschmiedet (vgl. FAZ v. 1.8.1983: »Nun auch Kunststoffe«). Es ist also keineswegs übertrieben, wenn man dem Kampf in der Eisen- und Stahlindustrie exemplarischen Charakter für die Gesamtauseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit in der Bundesrepublik beimißt. Dies war auch schon im Winter 1978/79 der Fall, als die Stahlarbeiter versuchten, den Einstieg in die 35-Stunden-Woche — übrigens bei weit günstigeren wirtschaftlichen Bedingungen — durchzusetzen, was jedoch im Gegensatz zu den Unternehmerverbänden von der Gewerkschaftsbewegung insgesamt damals nicht erkannt wurde. Schließlich werden die Stahlkonzerne dazu auserkoren, auch in der Bundesrepublik durchzusetzen, was derzeit in der Wirtschaftspresse der USA und Westeuropas enthusiastisch gefeiert wird: daß es — wie bei Chrysler bewiesen — möglich ist, durch brutale Standort- und Arbeitsplatzvernichtung angeschlagene Konzerne wieder in die Profitzone zu führen (vgl. »Lee Jacoccas Triumph. Wie Chrysler saniert wurde« in der FAZ v. 27.7.1983). Daß der Preis hierfür der Hungernotstand in Detroit und anderen Großstädten ist, daß sich die wirtschaftliche Situation insgesamt in den USA seit Ende der 70er Jahre radikal verschlechtert, wird hierbei unterschlagen.

Das strategische Konzept der Stahlkonzerne, der Bundesregierung und der EG-Kommission

Die bis 1980 vorgehaltenen und gegenüber dem absoluten Boomjahr noch ausgedehnten Kapazitäten sollen um etwa 30% verringert werden.¹ Konzernübergreifende Investitionskooperation soll gleichzeitig auf die nächste Stufe der Produktivkraftentwicklung führen, um einen erneuten Aufbau von konkurrenzbedingten Überkapazitäten zu verhindern. Die klassische Funktion der Krise, nämlich Kapital zu entwerten als Voraussetzung für eine Verbesserung der Kapitalverwertung, soll also zur Wirkung gebracht werden, obwohl doch die klassischen Rahmenbedingungen hierfür nicht mehr vorhanden sind: Die Preiskonkurrenz nach unten, die zu einer Realaufwertung der Kaufkraft führen könnte, ist durch die Richtpreis- und Quotenkartelle der EG aufgehoben. Der Konkurs bereits total überschuldeter und mit hohen Verlusten arbeitender Stahlkonzerne wird (zumindest bis jetzt) durch massive staatliche Subventionen verhindert (Saarstahl GmbH, BSC, Cockerill usw.). Innerhalb der herrschenden Klasse und speziell in den Regierungen läuft heute eine intensive Debatte ab über die Frage, welche *Methoden* zur Wiedererlangung der Profitabilität der angeschlagenen Konzerne und Branchen durch Kapazitäts- und Belegschaftsabbau zu bevorzugen seien.

1. Die Stahlmoderatoren² fordern die Reduzierung der Kapazitäten entsprechend den EG-Richtlinien, die »Maximierung des Gesamt-Rationalisierungspotentials, die Optimierung der zukünftigen Investitionen sowie die Minimierung der erforderlichen Hilfen der öffentlichen Hand« und behaupten, daß die dann noch vorhandenen Arbeitsplätze möglichst sicher sind. Werden aber die Stahlkapazitäten vollständig an die krisenbedingt gesunkene Stahlnachfrage angepaßt und entsprechend massenhaft Arbeitsplätze vernichtet (in allen Zweigen mit Überkapazitäten), so werden die restlichen Arbeitsplätze kaum sicherer, weil die steigende Massenarbeitslosigkeit die Massenkaukraft weiter verringert, so daß auch ein kapazitätserweiternder Investitionsboom unmöglich wird. In Großbritannien z.B. hat die staatliche British Steel Corporation seit 1977 die Zahl der Arbeitsplätze von 225 000 auf unter 80 000 drastisch vermindert und gleichzeitig in wenigen Werken stark investiert. Dennoch sind — wie es heißt — aufgrund »unerwarteter« Nachfrageausfälle im letzten Jahr die Verluste mit ca. 380 Mio. £ nicht geringer geworden, obwohl mit einer radikalen Reduzierung des Verlustes gerechnet worden war.

Die Stahlmoderatoren fordern, daß das EG-Preis- und Quotenkartell bis 1985 erhalten bleibt, daß der Staat der Stahlindustrie Subventionen in Höhe von zunächst ca. 3 Mrd. DM gewährt und daß die Stahlkonzerne die nächste Zentralisationsrunde mit der Bildung der Gruppe Rhein (Thyssen und Krupp) und der Gruppe Ruhr (Hoesch, Klöckner und Salzgitter) realisieren, damit die bundesdeutsche Stahlindustrie nach dem für 1985 zu erwartenden auch geforderten Fall der Schutzmauern international konkurrenzfähig sei. Danach müsse dann der Markt bzw. die dann konzerninterne Kostensituation entscheiden, welche Standorte zu liquidieren seien.

2. Die Bundesregierung neigt im großen und ganzen diesem Konzept der Stahlkonzerne und Großbanken zu. In ihrem Beschluß vom 14.6.1983 hat sie insgesamt 3 Mrd. DM Subventionen für die Stahlindustrie vorgeschlagen, davon 1,2 Mrd. DM als Investitionszulage, die von 10% auf 20% erhöht werden soll, sowie 1,8 Mrd. DM als Zuschüsse (in Höhe von 50%) für Sozialpläne und Teilwertberichtigungen (sogenannte Abwrackprämien). 50% dieser 3 Mrd. DM sollen von den Stahlländern der EG aufgebracht werden. Im Unterschied zu den Stahlmoderatoren macht sie zur Zeit die Subventionen nicht von Fusionen bzw. unternehmensübergreifenden Kooperationsvereinbarungen zwischen den Kon-

zernen abhängig. Zugleich lehnt sie Bürgschaften ab. Damit könnten nur Unternehmen mit starker Selbstfinanzierungskraft und starker Bankenstützung (Thyssen) noch Großinvestitionen in allen Verarbeitungsstufen finanzieren, während die bundesdeutsche Konkurrenz mittelfristig — und dies ist ein notwendiger Bestandteil dieses Konzepts — bankrottieren und von Thyssen ausgeschlachtet würde. In dieses Bild paßt es, daß der größte Teil der Subventionen für die Finanzierung der Sozialpläne und Teilwertberichtigungen zur Verfügung gestellt werden soll. In jüngster Zeit verstärken sich jedoch die Stimmen der neokonservativen, marktradikalen Fraktion der Wirtschaftswissenschaftler und Kommentatoren, die jede Subvention für strukturschwache Branchen und Regionen verurteilen und statt dessen nach japanischem Vorbild eine Umlenkung dieser Mittel in die technologieintensiven Führungskonzerne anstreben. Da die Landesregierung Nordrhein-Westfalen sich derzeit weigert, das Konzept der Bundesregierung mitzutragen, könnte Lambsdorff geneigt sein, diesem seinen eigentlichen Ziel zu huldigen und die ihm lästige Strukturpolitik für strukturschwache Branchen und Regionen über Bord zu werfen. Zugleich werden von Unternehmerseite und CDU/FDP zunehmend Angriffe auf die Sozialpläne gestartet.³

3. Die SPD und die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen⁴ verlangen, daß der Staat selbst Vorstellungen über die gewünschten Fusionen entwickeln soll und seine Subventionen hauptsächlich an Investitionsauflagen binden soll; d.h. es wird nach dem »Vorbild« des Saarstahl-Vertrages von 1978 ein entsprechender Vertrag für die gesamte bundesdeutsche Stahlindustrie angestrebt, bei dem auch regionale Gesichtspunkte berücksichtigt werden sollen. Die Schwäche dieses Konzepts liegt erstens in der Akzeptierung der drastischen Kapazitätsvernichtung, zweitens in der Unterschätzung der Tiefe und Dauer der Krise, die prinzipielle Alternativen erfordert, sowie drittens in dem Mangel, die Probleme der Stahlindustrie (und anderer Krisenbranchen) nicht im Rahmen einer alternativen Wirtschafts- und Sozialpolitik insgesamt lösen zu wollen. Die Entwicklung einer wirklichen Alternative zum Krisenkonzept der Herrschenden müßte vielmehr auf der Grundlage einer realistischen Ursachenanalyse der Krise der Stahlindustrie und ihrer Regionen erfolgen.

Bundesregierung, Stahlkapital und die EG sehen die Ursache der Stahlkrise in der mangelnden Anpassungsfähigkeit an geänderte Rahmenbedingungen (Verringerung des spezifischen Stahlverbrauchs; allgemeine Reduzierung der Wachstumsraten; verstärkter Aufbau von Stahlkapazitäten in Ländern der Dritten Welt; nationale Erhaltungssubventionen statt Förderung von Modernisierungsinvestitionen). Die bundesdeutsche Stahlindustrie selbst legt besonderen Wert auf die Schuldzuweisung an das Ausland, das nicht bereit gewesen sei, die Eroberung von Marktanteilen durch die »überlegene« bundesdeutsche Stahlindustrie hinzunehmen. Diese Krisenerklärungen sind jedoch eher deskriptiver Natur. »Mangelnde Anpassungsfähigkeit« wird auf politische und sozialpsychologische Faktoren (Subventionsmentalität usw.), nicht jedoch auf die Tatsache zurückgeführt, daß es unter kapitalistischen Bedingungen keinen krisenfreien Strukturwandel geben kann und daß auch Konjunkturerinbrüche in dieser Gesellschaft gesetzmäßiger Natur sind. Schließlich kann die Funktion der »normalen« zyklischen Überproduktionskrise, nämlich kurzfristige, abrupte Vernichtung von überschüssigem Kapital zu leisten, bei monopolistischer Verfestigung der Kapitalstrukturen und ausdifferenzierter Kartellierung sowie entwickeltem staatsmonopolistischem Subventionswesen nicht mehr voll realisiert werden.

Die Stahlkrise ist damit das Resultat des Wirkens des Grundwiderspruchs dieser Gesellschaft, der hochgradig vergesellschafteten Produktion bei privater und zunehmend monopolistischer Organisation, der konkurrenzbedingten Überakkumulation von Kapital und

der aus ihr resultierenden Senkung der Massenkaukraft und Nachfrage. Da die objektiv notwendigen Strukturveränderungen (allmähliche Verringerung des spezifischen Stahlverbrauchs; Verschiebung des Verbrauchs- und Produktionsschwerpunkts zugunsten der Dritten Welt) unter diesen Bedingungen nicht planmäßig über die Investitionspolitik in Angriff genommen werden können, müssen schwere sektorale und Strukturkrisen die Folge sein.⁵

Vergesellschaftung als demokratische und antimonopolistische Alternative

Damit sind zugleich alle wesentlichen Elemente einer wirksamen und realistischen Alternative benannt:⁶ Verstaatlichung der Stahlkonzerne (Bundes- und Landeseigentum); Bildung einer nationalen Stahl AG mit regionalen, montanmitbestimmten Betriebsführungsgesellschaften; Ausbau der betrieblichen und überbetrieblichen Mitbestimmung; demokratisch kontrollierte Planung für diesen Wirtschaftszweig sowie die Montanregionen; Auflage eines großen, qualitativen Beschäftigungsprogramms (200 Mrd. DM für die 80er Jahre); Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich; Vergesellschaftung der Schlüsselbereiche der Wirtschaft (auch der Banken) sowie ihre demokratische Kontrolle und Planung als ein Element einer alternativen Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Nur dieses antimonopolistische Konzept, das auf härtesten Widerstand trifft, ist meines Erachtens in der Lage, einen für die Stahlarbeiter akzeptablen Ausweg aus der Krise zu finden. Eine »marktwirtschaftliche« Krisenlösungsstrategie wird dagegen die Stahlreviere in eine Massenarbeitslosigkeit stürzen, die vergleichbar sein wird mit der Situation nach 1929. Die radikale Zuspitzung der Kohlekrise ist hierfür ein weiterer Vorboten. Das Herausgreifen nur einzelner Elemente (z.B. der Arbeitszeitverkürzung) wird die Verschärfung der Krise nicht verhindern können. W. Väh, der mit J. Esser jahrelang die Krise der saarländischen Stahlindustrie und ihre korporatistischen Krisenlösungsversuche kritisch analysiert hat⁷, schlägt erstaunlicherweise die Fortsetzung des sozialpartnerschaftlichen Krisenlösungskonzepts und seine etwas modifizierte Übertragung auf die Bundesrepublik insgesamt nach dem Saarstahl-Modell vor. Seiner Meinung nach »entfällt jegliche Form der Verstaatlichung der Stahlindustrie als Alternative. Überlegungen zu Vor- und Nachteilen einer solchen Krisenlösung erübrigen sich, weil alle relevanten politischen und gesellschaftlichen Kräfte eine solche Lösung mit Nachdruck ablehnen.«⁸

Eine solche fatalistische Position ist das Ergebnis einer undialektischen Gewerkschafts- und Korporatismusanalyse, die die sich seit Jahren abzeichnende zunehmende Differenzierung der Positionen und Handlungen in der Arbeiterbewegung der Bundesrepublik schlicht ignoriert.⁹ Zugleich führt eine solche, die »soziale Konsensfähigkeit« aller Beteiligten (also auch der Großkapitalisten) beschwörende Konzeption zu einer massiven Unterschätzung des Konzeptionswandels der Unternehmerverbände, deren Ziel die »Sozialpartnerschaft auf niedrigerem Niveau« ist. Insofern ist die Konkursdrohung der Bundesregierung vom Dezember 1982 im Saarland, der bereits 1981 in Dortmund eine ähnliche Erpressung vorausging, die die Zustimmung zur Vernichtung von über 6000 Arbeitsplätzen erzwingt, kein einmaliger »Ausrutscher«, wie Väh vermutet, sondern das offene Signal für eine neue Gangart der Unternehmer und der Wendepolitiker, wie der Beschluß der Bundesregierung vom 28.6.1983 bezüglich der Saarstahl GmbH zeigt: Die Bundesregierung hat ihre Liquiditätshilfe an die Auflage gebunden, zusätzlich 4000 Stahlarbeiter zu entlassen!

Im Gegensatz zu Väh halte ich die Bewegung in den Stahlwerken (und darüber hinaus) für eine grundsätzlich alternative Krisenlogik für eine relevante gesellschaftliche

Kraft, weil sie auf ein tatsächliches Krisenlösungskonzept orientiert und von den Stahlarbeitern selbst getragen wird.¹⁰ In der Krise wird — praktisch aus einer Situation aussichtsloser nur-betrieblicher Verteidigungskämpfe — ein offensives Konzept entwickelt, hinter das sich alle Stahlarbeiter stellen können und das auch die Verbindung zu einem Antikrisenkonzept für die Gesamtwirtschaft enthält. Es ist deshalb nicht zufällig, daß diese Art des Kampfes gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die Arbeiterklasse inzwischen auch Nachahmung in anderen Industriezweigen findet, daß die Radikalisierung der Forderungen, Aktionen und Aktionsformen zunehmend als einzige Chance zur Verhinderung einer großen Krise angesehen wird. Daß dies ein nicht widerspruchs- und konfliktfreier Prozeß ist, liegt auf der Hand und wird aus den unterschiedlichen gewerkschaftlichen Reaktionsmustern auf die Wendepolitik deutlich.¹¹

Anmerkungen

- 1 Vgl. Kommission der EG: Allgemeine Ziele Stahl 1985. Brüssel 1982. Ferner wird eine Anhebung des Zentralisationsniveaus in der EG-Stahlindustrie sowie die Halbierung der Zahl der Produktionsstandorte gefordert. In welche Legitimationsschwierigkeiten die EG bei der Durchsetzung dieses Kurses kommt, zeigt anschaulich das Interview mit Barignon »Der Bruch ist hier und da ein bißchen groß«. In: itz-KVR-Regionaldienst, Sondernummer Stahl, Juni 1983.
- 2 Vgl. ausführlicher H. Bömer: Die Stahlkrise und ihre Moderatoren. In: DVZ v. 17. und 24.2.1983, sowie R. Schultz: Stahlkrise — und kein Ende in Sicht? In: itz-KVR-Regionaldienst, Sondernummer Stahl, Juni 1983, S.4ff.
- 3 Vgl. K. Biedenkopf in: itz-KVR-Regionaldienst, Sondernummer Stahl, Juni 1983, S.22ff.
- 4 Vgl. hierzu das Interview mit R. Jochimsen im itz-KVR-Regionaldienst, Sondernummer Stahl, Juni 1983.
- 5 Vgl. ausführlich H. Bömer: Regionale Strukturkrisen im staatsmonopolistischen Kapitalismus und marxistische Raumökonomie. Am Beispiel der Ruhrgebietskrise. In: Jahrbuch des IMSF 2, Frankfurt/M. 1979, S.138ff.
- 6 Vgl. hierzu Memorandum '81 und '83, Köln 1981 und 1983.
- 7 J. Esser: Gewerkschaften in der Krise. Frankfurt/M. 1982. Vgl. auch W. Väth und J. Esser: Die Bewältigung der Stahlkrise in der Bundesrepublik Deutschland. FU Berlin, Otto-Suhr-Institut, Occasional Papers, Berlin/W., Okt. 1982.
- 8 W. Väth: Alternativen der Restrukturierung. In: itz-KVR-Regionaldienst, Sondernummer Stahl, Juni 1983, S.30.
- 9 Vgl. hierzu W. Roßmann: Arbeiterklasse, soziale Bedürfnisse und gewerkschaftliche Politik. In: Marxistische Studien, Jahrbuch des IMSF 5, S.42ff., sowie H. Dybowski u.a.: Nicht wehrlos — doch wohin? Gewerkschaften und neue soziale Bewegungen unter der CDU-Herrschaft. Soziale Bewegungen 12, Analyse und Dokumentation des IMSF, Frankfurt/M. 1983.
- 10 Vgl. hierzu: »Heute stehen wir vor Situationen, die mit den Anfängen der Arbeiterbewegung zu tun haben.« In: Eine Perspektive für die Stahlindustrie. Die Mitbestimmung, H.6/1983, S.278ff.
- 11 Vgl. Anm. 9.

Ist ein konjunktureller Aufschwung in Sicht?

I. Einleitung

Gehen schon die Interpretationen der aktuellen Konjunkturlage weit auseinander, so trifft dies erst recht für die Prognosen zum weiteren Konjunkturverlauf zu. Das Spektrum reicht von sehr pessimistischen bis hin zu äußerst optimistischen Erwartungen. Die Vertreter der pessimistischen Auffassung meinen, die kapitalistischen Industriestaaten befänden sich in einer tiefen Strukturkrise, die sich gar zur Systemkrise entwickeln könne — auf jeden Fall sei ein nachhaltiger Aufschwung für längere Zeit nicht in Sicht. Verfechter optimistischer Varianten sind vor allem die Vertreter der jeweiligen Regierungsparteien in den einzelnen kapitalistischen Industriestaaten. Die Reagan-Administration z.B. verkündet seit nunmehr zwei Jahren in monotoner Regelmäßigkeit, daß der Aufschwung in den USA jetzt aber tatsächlich »Tritt gefaßt« habe. Nur: Die Wirtschaft mag sich bisher noch nicht so recht an die Regierungs-Prognosen halten. Zugegeben, aus der Sicht der jeweiligen Regierungsparteien ist diese zur Schau gestellte optimistische Erwartungshaltung verständlich. Erstens hegt jede Regierung die Hoffnung, daß sich ihre positive Prognose z.T. selbst erfüllen möge und zweitens will sie wiedergewählt werden, d.h. für Regierungsparteien verbietet sich eine ungeschminkte öffentliche Bestandsaufnahme der jeweiligen wirtschaftlichen Lage geradezu. Entsprechend *müssen* ihre Prognosen — zumindest die, die in der Öffentlichkeit vorgetragen werden — von einem optimistischen Grundton getragen sein.

Für die staatliche Haushaltsplanung ist ein übertriebener Optimismus jedoch weniger zweckmäßig. Bei der Schätzung der zu erwartenden Steuereinnahmen, Grundlage für die Planung der Staatsausgaben, kommt es auf wirklichkeitsnahe Prognosen über die wirtschaftliche Zukunft an. Insofern besteht ein lebhaftes Interesse an möglichst realistischen Prognosen zur Entwicklung des Bruttosozialprodukts und der Beschäftigung.

II. Bisherige Erfahrungen mit Konjunktur-Prognosen

Die Erfahrungen mit Konjunktur-Prognosen von Regierung, Bundesbank, Sachverständigenrat und von renommierten Forschungsinstituten lassen sich nur als ausgesprochen negativ bezeichnen. Der Sachverständigenrat z.B. prognostizierte für die Jahre 1981 und 1982 jeweils ein reales Wachstum des Bruttosozialprodukts von 0,5%; tatsächlich erhöhte sich die Produktion überhaupt nicht, sie schrumpfte sogar um minus 0,2% bzw. minus 1,1%. Es stimmte also nicht einmal das Vorzeichen. In ihrem Jahresgutachten zum November 1974 formulierten die sogenannten »Fünf Weisen« noch: »Durch die gegenwärtigen Schwierigkeiten hindurch kann man sehen, daß die Wirtschaft unseres Landes in einem guten Zustand ist.«¹ Tatsächlich aber durchlief die Wirtschaft unmittelbar darauf den stärksten Konjunkturinbruch seit Bestehen der Bundesrepublik mit einem Rückgang des Bruttosozialprodukts von minus 1,8% und einem Anstieg der Arbeitslosenrate auf 4,7%. Das Ziel der Vollbeschäftigung ist seither nie wieder erreicht worden. Auch in den noch weiter zurückliegenden Jahren war die Treffsicherheit der Vorhersagen keineswegs besser. Die langanhaltende Wachstumsperiode der 50er und 60er Jahre hatte man eigentlich nicht für möglich gehalten; so drückte sich das allgemeine Erstaunen über die für den Kapitalismus ungewöhnlich lange anhaltende Phase der Prosperität denn auch in der Be-

zeichnung »Wirtschaftswunder« aus. Recht groß war dann wieder die Verwirrung, als diese Periode durch die erste Nachkriegskrise (1966/67) beendet wurde. Selbst für die große Weltwirtschaftskrise von 1929-32 gilt, daß sie weder in ihrer Schärfe noch in ihrer Dauer vorhergesagt worden ist. Als sie sich dann voll entfaltet hatte, sahen viele schon das Ende des kapitalistischen Wirtschaftssystems gekommen, was aber — nach dem Ende des II. Weltkrieges — folgte, war das »Wirtschaftswunder« einer für den Kapitalismus bisher einmaligen Periode eines langanhaltenden starken Wirtschaftswachstums.

Diese Erfahrungen machen schon deutlich, wie unzuverlässig Konjunkturprognosen sind; sie müssen in der Regel jeweils nach wenigen Monaten korrigiert werden. Die Reagan-Regierung z.B. revidierte in diesem Jahr schon zum dritten Mal ihre Vorhersage für das Wirtschaftswachstum in den USA. Die Prognose-Ziffern kletterten von 3,1% (Januar) über 4,7% (April) auf 5,5% (Juni). Das »Handelsblatt« bemerkt dazu:

»Die Trefferquote ... ist katastrophal. Im letzten Jahr dienten zwei Monate passabler Zahlen als Basis für die Prognose, daß die Konjunktur im Frühjahr ein 'rauschendes Come-back' feiern würde. Als der Trend schon nach unten wies, weisagten Regierungsexperten und viele private Ökonomen einen Aufschwung für das zweite Halbjahr 1982. Stattdessen rutschte die Wirtschaft in die tiefste Rezession der Nachkriegszeit. Die Basis, auf der die Reagan-Regierung jetzt rosigere Zeiten voraussagt, ist alles andere als solide.«²

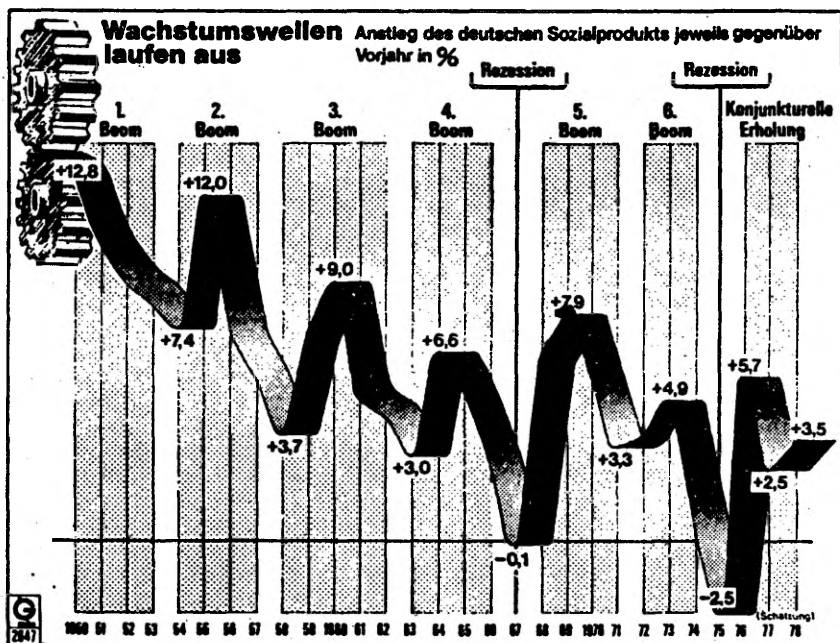
In der Regel sind die Prognosen nur eine Fortschreibung des jeweiligen aktuellen Wachstumstrends. Wächst die Wirtschaft, wird ein weiteres Wachstum vorhergesagt — und umgekehrt. Die konjunkturellen Wendepunkte, also der Zeitpunkt, zu dem ein Boom in die Krise »umkippt« bzw. der Zeitpunkt, zu dem die Talsohle einer Krise durchschritten ist, sind nach wie vor nicht exakt vorherbestimmbar: aber gerade darauf käme es ja für eine zuverlässige Konjunkturprognose an.

III. Grundlagen der Konjunktur-Prognosen

1. Grundzüge des bisherigen Konjunkturverlaufs

Die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik ist u.a. gekennzeichnet durch eine ausgeprägte Regelmäßigkeit des Konjunkturverlaufs. Der zeitliche Abstand von Zyklus zu Zyklus beträgt etwa 4 bis 5 Jahre. Über die Zyklen hinweg ist ein fallender Trend feststellbar, weshalb die Zeit seit Anfang der 50er Jahre mitunter auch als Phase des langanhaltenden Abschwungs im Kondratieff-Zyklus (der insgesamt 50 Jahre umfassen soll) interpretiert wird. Es ist jedoch darauf hinzuweisen, daß die Zyklen-Abfolge auch Beispiele aufweist, bei denen einer starken Krise (1967 = minus 0,1%) eine mildere folgte (1971 = 3,3%) — das gilt ähnlich auch für die Stärke der jeweiligen Aufschwünge (1964 = 6,6 und 1969 = 7,9%). Obwohl der Trend des Wirtschaftswachstums langfristig fällt, heißt das nicht notwendigerweise, daß jeder Aufschwung schwächer und jeder Konjunkturreinbruch stärker ausfällt als der jeweilige Vorgänger.

Bemerkenswert ist zudem die Tatsache, daß sich die nationalen Konjunkturverläufe der wichtigsten kapitalistischen Industriestaaten etwa seit Anfang der 70er Jahre zeitlich stark angeglichen haben. Seit die USA, Japan, die Bundesrepublik, Frankreich und England, die zusammen fast 50% der Weltproduktion auf sich vereinigen, gemeinsam in einer schweren Krise stecken, ziehen sie auch viele andere Staaten in den Strudel hinein, da sie sowohl weniger Rohstoffe und Maschinen für die eigene Verarbeitung als auch weniger Fertigprodukte für den eigenen (schrumpfenden) Konsum importieren. Durch diese zeitliche Angleichung der nationalen Konjunkturverläufe ergibt sich eine wesentliche Verschär-



fung der Probleme bei der Überwindung der Krise, weil das Export-Ventil als Ausgleich für die fehlende inländische Nachfrage nicht mehr zur Verfügung steht. Die Gleichzeitigkeit und Schwere der Krise führt vielmehr zur gegenseitigen Abschottung der nationalen Absatzmärkte. Insofern ist es berechtigt, heute von einer erheblichen Verstärkung der wirtschaftlichen Probleme zu sprechen. Gleichzeitig muß aber darauf verwiesen werden, daß es Dauerkrisen im Kapitalismus bisher noch nicht gegeben hat; bisher jedenfalls folgte auf jede Krise noch immer ein Boom. Bis zum Beweis des Gegenteils sollte man daher davon ausgehen, daß auch der gegenwärtigen Krise ein Boom folgen wird. Zu welchem Zeitpunkt und mit welcher Stärke das geschieht, bleibt jedoch ungewiß.

2. Krisentheoretische Grundlagen

Theoretische Grundlage einer Konjunkturprognose ist natürlich die jeweils vertretene Konjunktur- bzw. Krisentheorie. Weil aber die Interpretation der Krisenursachen nicht nur unter bürgerlichen, sondern auch unter marxistischen Autoren auf das heftigste umstritten ist, gibt es keine gemeinsame gesicherte theoretische Grundlage für Konjunkturprognosen. Die auf der bürgerlichen Seite z.Zt. vorherrschende Interpretation des Wirtschaftsablaufs besagt im Kern, daß das Wirtschaftssystem an sich stabil sei. Auftretende Störungen im Wachstumsprozeß würden allenfalls hervorgerufen durch sogenannte »externe Schocks«, wie z.B. die Ölpreis-Verteuerung durch die Opec. Die derzeit am radikalsten in den USA und in England verfolgte »angebotsorientierte Wirtschaftspolitik« ist ausschließlich darauf orientiert, die Angebotsbedingungen (sprich: Profite der Unternehmen) so zu verbessern, daß die Privatwirtschaft in die Lage versetzt wird, die angeblich immer nur von außen in das System hineingetragenen Störungen schneller zu überwinden.

Geht man davon aus, daß das Wirtschaftssystem die sogenannten »externen Schocks« selbständig überwindet, dann kann man konsequenterweise die Notwendigkeit einer Konjunkturankurbelung mit dem Ziel der Wiedererlangung von Vollbeschäftigung bestreiten. Nach dieser theoretischen Konzeption gilt es im Grunde nur abzuwarten, bis das System die von außen hereingetragenen Störungen »verdaut« hat.

Die Vertreter einer *nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik* interpretieren die Ursachen der Krise völlig anders. Für sie liegt das zentrale Konjunkturproblem darin, daß sich Angebot und Nachfrage wegen mangelnder Abstimmung beständig ungleich entwickeln. Übersteigt die Nachfrage das Angebot, so reagieren die Unternehmen auf doppelte Weise: Erstens erhöhen sie relativ rasch die Preise, um die überschüssige Nachfrage abzuschöpfen, zweitens beginnen sie den Ausbau ihrer Produktionskapazitäten in der Hoffnung, den erhöhten Stückgewinn noch häufiger kassieren zu können. Während also die reale Nachfrage durch die beschleunigte Geldentwertung gedrosselt wird, wird der Ausbau der Produktionskapazitäten erst mit einer gewissen Zeitverzögerung wirksam. Kommt es insgesamt zu einem zu starken Ausbau des Produktionspotentials im Vergleich zur realen Nachfrage, dann sinkt allmählich die Kapazitätsauslastung; in der Folge werden Erweiterungsinvestitionen gestoppt und Ersatzinvestitionen hinausgezögert. So sinkt die Nachfrage nach Investitionsgütern — und damit auch die Beschäftigung in diesem Bereich. Damit vermindern sich gleichfalls Profite, Lohneinkommen und Steuereinnahmen, was zur Folge hat, daß die Nachfrage nach Konsumgütern auch absolut rückläufig wird. Die entsprechenden Industriezweige müssen ihre Produktion einschränken und bestellen ihrerseits weniger Maschinen und Anlagen. Dieser Abwärtstrend hält so lange an, bis sich Angebot und Nachfrage wieder ausgleichen. Das kann geschehen entweder durch einen starken Abbau von Produktionsanlagen und/oder durch einen Anstieg der Produktion. Die *Verminderung* des Produktionspotentials erfolgt durch Unterlassung von Ersatzinvestitionen sowie durch die Zerstörung von Anlagen infolge von Firmenzusammenbrüchen. Die bestehende Nachfrage muß sich dann auf die noch verbleibenden Produktionsanlagen konzentrieren, wodurch deren Auslastung wieder steigt, obwohl die Gesamtnachfrage in der Summe gar nicht steigen ist.

Die Kluft zwischen Angebot und Nachfrage kann prinzipiell auch durch entsprechende Steigerungen bei allen vier Komponenten der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage geschlossen werden. Ein Wiederanstieg der *Investitionsgüternachfrage* ergibt sich nach einer (un-)gewissen Dauer der Krise, weil die zunächst hinausgezögerten Ersatzinvestitionen zumindest z.T. letztlich doch durchgeführt werden müssen, wenn das betreffende Unternehmen auf dem Markt bleiben will. Außerdem führt der Lager-Zyklus zu einem Wiederanstieg der Produktion: Zu Beginn der Krise sind nämlich die Lager überfüllt, woraufhin die Unternehmen die Produktion noch stärker einschränken als die Nachfrage aktuell gesunken ist, um ihre Lagerbestände abzubauen. Anschließend wird die Produktion wieder auf das Niveau der tatsächlichen Nachfrage heraufgefahren. Auch bei der *privaten Nachfrage* ergibt sich nach einer (un-)gewissen Zeit ein steigendes Volumen an Ersatzbeschaffungen vor allem im Bereich langlebiger Konsumgüter wie Möbel und Pkw. Nach einem Anstieg der Sparquote zu Beginn der Krise (»Angst-Sparen«) setzt nach einiger Zeit ein Prozeß des »Entsparens« ein — die Sparguthaben werden zum Zwecke der Anschaffung von langlebigen Konsumgütern wieder vermindert. Zudem bewirken die Lohnersatz-Zahlungen (Arbeitslosengeld, Sozialhilfe etc.), daß die Konsumnachfrage der Arbeitslosen, die, allerdings unfreiwillig, nichts mehr produzieren, doch in eingeschränktem Umfang weiter als Nachfrager auf dem Markt auftreten. Ferner sehen sich selbst konservative Regierungen

gezwungen, die *öffentliche Nachfrage* als konjunkturstabilisierendes Element einzusetzen — dies geschieht allerdings oft unfreiwillig und in krassem Gegensatz zur eigenen, in der Öffentlichkeit vertretenen Doktrin der »Haushaltssanierung«. Die Reagan-Regierung z. B. stellt laufend neue Rekorde in der Höhe der Staatsverschuldung auf, was letztlich nichts anderes besagt, als daß sie trotz »Sparpolitik« mehr ausgibt, als sie aktuell an Steuern etc. einnimmt. Schließlich kann die Lücke zwischen Angebot und Nachfrage auch durch einen Anstieg des *Exports* geschlossen werden. Gerade für ein Land wie die Bundesrepublik, die ein Viertel der Inlandsproduktion exportiert, ist die Auslandsnachfrage von erheblicher Bedeutung für die konjunkturelle Entwicklung. Allerdings setzt eine steigende Exportnachfrage im Prinzip den konjunkturellen Aufschwung in anderen Ländern voraus.

Eine steigende Auslastung bei den in der Krise reduzierten Produktionsanlagen führt bei diesen zu einer Senkung der Stückkosten; die Stückgewinne steigen und sie fallen auch wieder häufiger an. Damit steigen die Profite, Ersatzinvestitionen werden wegen der besseren Auslastung zügiger durchgeführt, das Beschäftigungsvolumen und die Massenkaufrkraft steigen. Dieser konjunkturelle Aufschwung-Prozess hält so lange an, bis erneut Überkapazitäten im Verhältnis zur zahlungsfähigen Nachfrage entstehen.

Aus dieser kurzen Darstellung des Krisenverlaufs ergeben sich bestimmte Kriterien für die Erstellung von Konjunkturprognosen. Vor allem kommt es darauf an, die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Nachfragekomponenten sowie die Auslastung der Produktionskapazitäten zu untersuchen. Es ist nun sehr aufschlußreich zu beobachten, welche Indikatoren von den bürgerlichen Analytikern für ihre Konjunkturprognosen verwendet werden. Obwohl sie nämlich in den theoretischen Auseinandersetzungen um die Frage nach den Krisenursachen den Ansatz der Unterkonsumtionstheorie bzw. der Überakkumulationstheorie weit von sich weisen, steht doch die Entwicklung der einzelnen *Nachfragekomponenten* im Mittelpunkt ihrer Konjunkturanalysen. Anhand einiger Zitate sei das beispielhaft belegt. Die Bundesbank schrieb in ihrem letzten Geschäftsbericht:

Der Exportausfall und die damit verbundenen dämpfenden Wirkungen auf die deutsche Wirtschaft erklären einen Großteil ... des 1982 gegenüber den ursprünglichen Erwartungen eingetretenen Rückgangs des Bruttosozialprodukts ... Mit dem Einbruch der Auslandsnachfrage im Verlauf von 1982 fiel in der Bundesrepublik ein wichtiger Faktor fort, der lange Zeit den von der Inlandsnachfrage ausgehenden Schwächetendenzen entgegengewirkt hatte. Viele Firmen sahen sich in ihren Absatzerwartungen enttäuscht und hielten sich bei neuen Investitionen zurück.«³

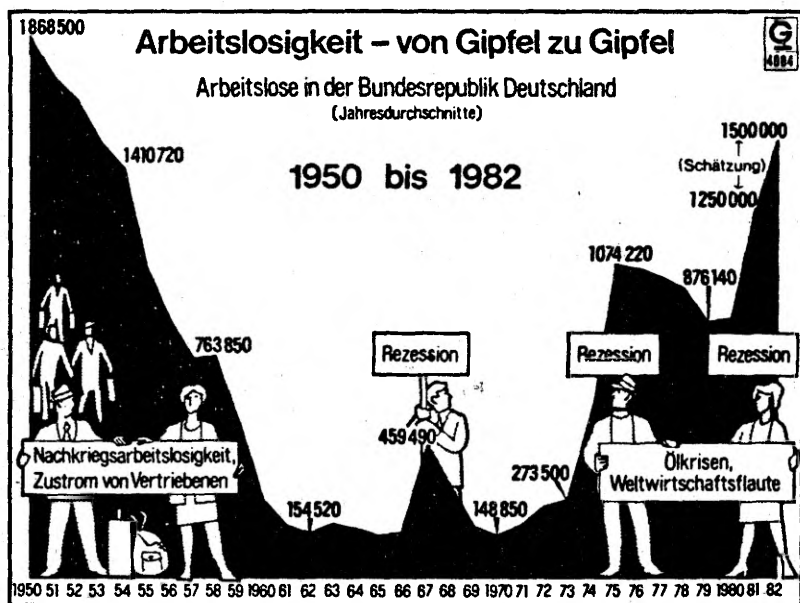
Der Sachverständigenrat (die »Fünf Weisen«) formulierte in einem Sondergutachten vom Oktober vorigen Jahres:

»Absatzeinbußen im Export, Einschränkungen bei den Investitionen, sinkende Beschäftigung und sinkende Realeinkommen mit der Folge, daß auch der private Verbrauch weiter zurückging, kennzeichnen die jüngste Entwicklung.«⁴ Weiter heißt es: »Wie bald sich die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik bessern und wie ausgeprägt die Erholung sein wird, dürfte zu einem guten Teil vom Exportgeschäft abhängen ...«⁵ Schließlich vertritt der Rat die Ansicht: »Bei den derzeit erkennbaren Nachfragetendenzen gibt es vorerst keinen Anreiz für eine Ausweitung der Produktion ... Beruhigen kann allenfalls, daß es voraussichtlich wieder aufwärts geht.«⁶

Das US-amerikanische Außenhandelsministerium ermittelte nach Angaben des »Handelsblatt« eine »breite Belebung in der Verbrauchernachfrage einschließlich des Wohnungsbaus, die zu einem kräftigen Anstieg der Industrieproduktion führte ... Das unerwartet schnelle Wachstum des Verbrauchsgütersektors weckte mittlerweile die Hoffnung, daß es doch noch zu einer Expansion der Investitionsnachfrage in diesem Jahr kommen könnte.«⁷

Diese Zitate zeigen, daß für die Konjunkturprognosen auch der bürgerlichen Theoretiker letztlich die Entwicklung der Endnachfrage (privater und öffentlicher Konsum sowie Auslandsnachfrage) das entscheidende Kriterium ist; nur bei einer ausreichend großen Endnachfrage können auch Impulse für die Nachfrage nach Investitionsgütern erwartet werden.

Bevor auf den Stand und die Entwicklungstendenzen wichtiger Konjunkturindikatoren eingegangen wird, seien noch einige Bemerkungen zur Verwendung des Begriffs »Aufschwung« gemacht: Dieser Ausdruck orientiert sich am Wachstum des Bruttosozialprodukts, nicht aber an der Entwicklung der Beschäftigung. Daher ist es möglich, von einem konjunkturellen Aufschwung zu sprechen, selbst wenn die Arbeitslosigkeit weiter steigt. Erhöht sich das Bruttosozialprodukt z.B. »nur« um 3%, während die Arbeitsproduktivität um 5% steigt, so werden unter sonst gleichen Umständen 2% weniger Arbeitskräfte beschäftigt. Eine solche Situation ist für das kapitalistische Wirtschaftssystem keineswegs eine Ausnahme, sondern eher Regelfall. Allerdings ist die Erwartungshaltung der Allgemeinheit derzeit noch immer geprägt von der Entwicklung in den 50er und 60er Jahren, als das Wachstum des Bruttosozialprodukts die Höhe des laufenden Produktivitätsanstieg deutlich überschnitt und die Konjunkturrückgänge nicht zu einer absolut geringeren Produktion, sondern lediglich zu einer Verminderung ihrer Wachstumsrate führten. Daraus wird die Hoffnung abgeleitet, daß dieses Wirtschaftssystem zur Vollbeschäftigung tendiere: wenn nämlich die Produktion auch in Krisenphasen nicht absolut fällt, sondern mit verminderter Rate weiter steigt, ist das Entstehen von massenhafter Dauerarbeitslosigkeit kaum zu befürchten.



Als die deutsche Wirtschaft nach der Währungsreform wieder Tritt zu fassen begann, waren zeitweilig bis zu 1,9 Millionen Männer und Frauen ohne Arbeit. Nach der Ölkrise 1974/75 steigt seitdem die Arbeitslosigkeit wieder steil an.

Tatsächlich aber ist Massenarbeitslosigkeit für das kapitalistische Wirtschaftssystem eine Dauererscheinung. Selbst in der relativ kurzen Zeitspanne seit Gründung der Bundesrepublik überwogen die Jahre mit Massenarbeitslosigkeit (vgl. das Schaubild): Nur 11 von nunmehr 35 Jahren herrschte in diesem Staat Vollbeschäftigung — wobei auch in den elf Jahren nicht von einem ausgeglichenen Arbeitsmarkt gesprochen werden kann, weil damals die Nachfrage nach Arbeitskräften das inländische Angebot dermaßen stark überstieg, daß sogar ausländische Arbeitskräfte angeworben wurden.

Spätestens mit der Krise von 1974/75 hat in der Bundesrepublik jedenfalls die Rückkehr zur kapitalistischen Normalität stattgefunden, d.h. daß Konjunkturkrisen zu Massenarbeitslosigkeit führen, Boom-Phasen aber keineswegs die Wiedererlangung der Vollbeschäftigung garantieren. Vollbeschäftigung kann in den nächsten Jahren nur dann erreicht werden, wenn das Wirtschaftswachstum längere Zeit deutlich höher ist als der Anstieg der Arbeitsproduktivität (z.Zt. beträgt er etwa 4%) und wenn gleichzeitig die Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich kräftig verkürzt wird.

IV. Zum aktuellen Stand zentraler Konjunkturdaten

Verliefe der aktuelle Konjunkturzyklus in der Bundesrepublik nach dem »traditionellen« Muster mit einem 4 bis 5-jährigen Abstand von Boom zu Boom, dann hätte die Talsohle der Krise bereits durchschritten sein müssen. Der gegenwärtige Abschwung (seit 1980) hält jedoch außergewöhnlich lange an, so daß er den »normalen Rahmen« für den Konjunkturablauf sozusagen sprengt. Ein Grund für die Verlängerung der Krisendauer ist in der erwähnten Angleichung der Konjunkturzyklen in den größten kapitalistischen Industriestaaten zu sehen, die zu verstärktem Handelsprotektionismus führt und die Krise enorm verschärft. Für eine detaillierte Betrachtung ist es sinnvoll, die Situation bei den einzelnen Komponenten der volkswirtschaftlichen Gesamtnachfrage zu untersuchen. Die *Konsumgüter-Nachfrage* war 1981 (minus 1,2%) und 1982 (minus 2,3%) erstmals seit Bestehen der Bundesrepublik absolut rückläufig. Ursache dafür sind der Reallohn-Verlust sowie die Angst um den Arbeitsplatz, die dazu geführt haben, daß von dem sinkenden Einkommen auch noch mehr gespart wurde (»Angstsparen«). In den letzten Tarifrunden ist es den Gewerkschaften wiederum nicht gelungen, den Reallohn zu sichern. Daher ist zu erwarten, daß der private Konsum noch weiter sinkt — es sei denn, die Konsumenten werden gezwungen, ihre Sparkonten abzubauen, um längst notwendige Ersatzanschaffungen zu tätigen (z.B. muß ein älterer Pkw ersetzt werden, weil er nur noch mit übermäßigem Reparaturaufwand in Betrieb gehalten werden kann).

Die *staatliche Nachfrage* geht derzeit real (also nach Abzug des Preisanstiegs) zurück; allerdings nicht im gleichen Tempo, in dem die Staatseinnahmen sinken. Die Entwicklung der öffentlichen Nachfrage ist stark abhängig von dem politischen Willen der Regierung, die Staatsverschuldung zu erhöhen, was für die Bundesrepublik ohne weiteres vertretbar wäre. Es ist allerdings zu bezweifeln, daß die Bereitschaft zu einer Ausweitung der Staatsverschuldung bei der jetzigen Regierung höher ist als bei ihrer Vorgängerin. Die *Auslandsnachfrage* spielt für ein Land wie die Bundesrepublik eine so enorme Rolle, daß ihr starker Einfluß auf die inländische Konjunkturentwicklung nicht zu bestreiten ist. Die Warenausfuhr der Bundesrepublik ist durch einen hohen Anteil an Investitionsgütern (Maschinen, komplette Industrieanlagen) gekennzeichnet. Damit ist der Export in starkem Maße abhängig von der Investitionstätigkeit, d.h. von der Konjunktur in anderen Staaten. Während der letzten Jahre waren die Opec-Staaten mit ihren Importen eine wichtige Stütze der

Konjunktur gerade in der Bundesrepublik. Der aktuelle Rückgang der Einnahmen in den Opec-Staaten schlägt sich jetzt in der Bundesrepublik als Ausfall von Export-Aufträgen nieder. Außerdem führt die Verschuldung von wichtigen »Schwellenländern« wie Brasilien und Mexiko dazu, daß auch aus diesen Staaten in nächster Zeit keine zusätzlichen Aufträge zu erwarten sind. Vom Export kann man sich also kaum eine konjunkturelle Belebung erhoffen. Die Nachfrage nach *Investitionsgütern* ist wesentlich bestimmt von der Auslastung der vorhandenen Anlagen; sie sind z.Zt. zu etwa 76% und damit relativ schlecht ausgelastet. Das hohe Tempo der Unternehmenszusammenbrüche wird daher vermutlich noch anhalten und für eine Einschränkung des Produktionspotentials und somit auch für dessen bessere Auslastung sorgen. Fraglich ist, ob unter dem Gesichtspunkt der Kapazitätsauslastung bereits Anreize für das zügigere Durchführen zumindest von Ersatzinvestitionen gegeben sind (für Erweiterungsinvestitionen gibt es außer in wenigen Ausnahmefällen z.T. keinen Anlaß). Unsicher ist, inwieweit in nächster Zeit »autonome« Investitionen in Angriff genommen werden, also solche Investitionen, die unabhängig von einem Anstieg der Endnachfrage durchgeführt werden. Zu nennen sind hier z.B. der Einbau von Filteranlagen auf Grund von Umweltschutzaufgaben und vor allem Investitionen in vermeintliche »Zukunftstechnologien«. Ein stabiler Konjunkturaufschwung ist nur dann zu erwarten, wenn die Auslastung der (in der Krise geschrumpften) Produktionskapazitäten die Unternehmen zur Durchführung von Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen veranlaßt. D.h., daß zunächst die Endnachfrage, also die *Kombination* aus *privatem* und *öffentlichem Konsum* sowie aus der *Exportnachfrage* so stark steigen muß, daß die vorhandenen Produktionskapazitäten ausgeweitet werden müssen.

Von der (Zins-)Kostenseite her ist zu befürchten, daß sich vorläufig keine Erleichterungen für den Konsum und die Investitionen (vor allem im Baugewerbe) ergeben. Bekanntlich betreibt die Bundesbank ihre Zinspolitik in starker Anlehnung an jene der USA; dort aber wird die Hochzins-Politik fortgesetzt. Allenfalls für die Phase kurz vor den US-Wahlen ist mit einer vorübergehenden Zinssenkung zu rechnen. Das daraufhin zu erwartende Aufflackern der Konjunktur (Baunachfrage etc.) wird von der Reagan-Administration sicherlich als Wahlkampfangewinn eingesetzt werden. Längerfristig ist jedoch auch von der Kostenseite her kaum mit Erleichterungen für den Konsum (langlebige Konsumgüter) bzw. für die Investitionen zu rechnen.

V. Schlußfolgerungen

Sowohl die Unternehmen als auch die Regierungen sind stark an zuverlässigen Prognosen zum Konjunkturverlauf interessiert. In diesem Wirtschaftssystem, in dem weder das Angebot noch die Nachfrage vorherbestimmbar sind, gibt es aber keine ausreichende Basis für eine verlässliche Prognose. Zu viele nicht bestimmbare Faktoren gehen in den Wirtschaftsprozess ein, als daß er präzise vorhergesagt werden könnte. So ist die konjunkturelle Entwicklung in der Bundesrepublik z.B. durch folgende außenpolitische Ereignisse in der jüngsten Vergangenheit stark beeinflußt worden: durch den Vietnam-Krieg, der erhöhte Exporte in die USA auslöste, und durch die Rohöl-Preiserhöhung, die einen Export-Boom in die Opec-Staaten ausgelöst hatte, der erst abbrach, als die Opec den Rohöl-Preis nicht mehr halten konnte. Derartige Ereignisse können in einer ökonomischen Prognose natürlich nicht vorhergesehen werden. Das gilt ebenso für die Entwicklung des inländischen Kräfteverhältnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, das (über die Reallohn-Entwicklung) den Umfang der inländischen Endnachfrage wesentlich bestimmt.

In der Summe kann nach den vorgetragenen Argumenten also nur *vermutet* werden,

daß die Krise sich vorläufig noch fortsetzt, weil vor allem von Seiten der Endnachfrage kaum Anreize für eine Produktionssteigerung zu erwarten sind und noch immer massenhafte Überkapazitäten bestehen. Um so problematischer ist die derzeit betriebene staatliche Wirtschaftspolitik der »Haushaltssanierung«. Der Staat verschärft die Krise mit seinem pro-zyklischen Ausgabeverhalten, statt sie durch eine expansive Ausgabenpolitik zu mildern. Merkwürdigerweise sind viele Kritiker einer verstärkten Ausgabenpolitik des Staates gleichzeitig Bewunderer der Wirtschaftspolitik im deutschen Faschismus, die es fertiggebracht habe, die Arbeitslosen (5,6 Millionen) innerhalb kürzester Frist »von der Straße zu holen«. Wie aber ist das bewerkstelligt worden? Durch die verstärkte Rüstung und insbesondere durch den umfangreichen Autobahnbau. Wenn aber die staatliche Nachfrage für Rüstungszwecke die Arbeitslosigkeit so rasch beseitigt hat — warum sollte das dann nicht auch gelingen, durch staatliche Aufträge für zivile Zwecke: Schulen und Kindergärten statt Kasernen, Infrastruktur- und Umweltschutz-Maßnahmen statt Autobahnen?

Die CDU-Parole, wonach die »Wende« in der Wirtschaft erreicht sei, ist kaum haltbar; eher haben wir es derzeit mit einer sozialpolitischen »Rolle rückwärts« zu tun. Die private Konsumnachfrage wird durch Lohnabbau und fortlaufende Streichungen im Sozialetat vermindert, ohne daß dem eine entsprechend erhöhte Nachfrage in anderen Bereichen (mit Ausnahme der Rüstung) gegenüberstünde. Die Tatsache, daß die Regierung ihre Steuerschätzungen laufend nach unten korrigiert und ständig weitere Sozialleistungen kürzt, spricht dafür, daß auch sie (insgeheim) von einem weiteren Rückgang der Konjunktur ausgeht. Schlagend ist das von der Thatcher-Regierung unter Beweis gestellt worden; sie hat im Mai dieses Jahres die Wahlen um einige Monate vorgezogen. Warum? Das »Handelsblatt« hat eine plausible Antwort: »Das sind die Wahlen, die die Wirtschaft wollte ... die stetig strömenden Hoffnungs- und Erfolgsmeldungen aus der Industrie haben die Entscheidung für Juni schließlich erzwungen ... Lieber jetzt als im Herbst, hieß es, wenn möglicherweise Inflationsrate und Arbeitslosenziffern wieder steigen.«⁸ Die britischen Wahlen sind also vorgezogen worden, weil sowohl die Regierung als auch die Unternehmer davon ausgehen, daß die Konjunkturdaten sich im Augenblick sogar noch vergleichsweise günstig darstellen und schon in einigen Monaten noch deutlich schlechter sein werden.

Anmerkungen

- 1 Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1974, Wiesbaden, S.7.
- 2 »Handelsblatt« vom 28.3.1983.
- 3 Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank für das Jahr 1982, S.3.
- 4 Sondergutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (»Zur wirtschaftlichen Lage im Oktober 1982«), Wiesbaden, S.2.
- 5 Ebd., S.7.
- 6 Ebd., S.13.
- 7 »Handelsblatt« vom 23.6.1983.
- 8 »Handelsblatt« vom 10.5.1983.

Dokumentation

Folgend dokumentieren wir eine Rede des Vorsitzenden der österreichischen Gewerkschaft der Privatangestellten und österreichischen Sozialministers, Alfred Dallinger, die er kürzlich vor dem Rationalisierungskuratorium der Deutschen Wirtschaft gehalten hat. Das Kuratorium als sozialpartnerschaftliche Institution begründete die Einladung eines österreichischen Politikers mit dem bemerkenswerten Satz: »Leider haben wir in der Bundesrepublik Deutschland keinen Politiker, der ein dezidiertes Eintreten für eine rasche Arbeitszeitverkürzung mit der Skepsis gegenüber dem freien Spiel der sogenannten Selbstheilkräfte des Marktes verbindet und daraus ein Bekenntnis des Staates, für Vollbeschäftigung zu sorgen, ableitet.«

Alfred Dallinger

Unterwegs zur arbeitslosen Gesellschaft?

Wenn wir die Vision einer arbeitslosen Gesellschaft einer genaueren Prüfung unterziehen, müssen wir uns bewußt sein, daß dieses arbeitslos gleichbedeutend mit menschenlos ist. Die von Arbeit »befreiten Menschen« bedeuten eine von den Menschen entleerte Arbeitswelt, eine im wahrsten Sinn des Wortes entmenschte Gesellschaft.

In zahlreichen Tagungen wird der technischen und wirtschaftlichen Seite der Auswirkungen der neuen Technologien breiter Raum eingeräumt. Der Teilaspekt der Problematik, der sich mit dem Menschen beziehungsweise den Auswirkungen der Technik auf den Menschen beschäftigt, wird allzu oft außer acht gelassen. Gerade diese Entwicklung erscheint mir aber im Interesse der arbeitenden Menschen besonders wichtig und diskutierenswert.

Der Einsatz neuer Technologien als Ersatz für die menschliche Arbeitskraft und die Begeisterung, mit der die neuen Technologien in zahlreichen Unternehmen im In- und Ausland angewendet werden, macht es aber nicht nur notwendig, diesen Themenbereich zu diskutieren, sondern auch Handlungen zu setzen, aktiv zu sein, damit nicht eines Tages die Maschine den Menschen ersetzt.

Die für uns heute schon begreifbare grenzenlose technische Totalität erfaßt tagtäglich weitere Bereiche des menschlichen Lebens, und manches ist für den Menschen wohl nur deshalb erträglich, weil die Veränderungen größtenteils unbemerkt und unmerklich vor sich gehen.

So hat die neue Technologie unsere Gesellschaftsstruktur bereits unauffällig unterwandert, hat die Basis für Eingriffe in unser Leben — ich möchte hier nur als ein Beispiel die Verkabelung unserer privaten Sphäre nennen — und Möglichkeiten zu einer totalen Kontrolle geschaffen, die Orwells »großer Bruder« bei weitem nicht erzielen konnte.

Die neue technologische Revolution

Seit Mitte der siebziger Jahre vollzieht sich dieser tiefgreifende technologische Wandel in immer kürzer werdenden Schüben. Die Tragweite der neuen, industriellen Revolution konkurriert schon heute mit den Auswirkungen der ersten industriellen Revolution.

Dazu kommt weiteres: Die gesamte industrialisierte Welt befindet sich seit Mitte der siebziger Jahre in einer der härtesten und schärfsten Wirtschaftskrisen. Diese krisenhafte Entwicklung konnte in Österreich — vor allem durch den starken Anteil der Gemeinwirtschaft sowie durch die Politik der Bundesregierung und des ÖGB — gebremst werden.

Die vorhandenen strukturellen Probleme, insbesondere die wirtschaftlichen Unterschiede zwischen den sogenannten armen und reichen Ländern, haben sich aber gerade durch diese Krise weltweit noch verschärft. Eine der verheerendsten Auswirkungen dieser Krise besteht darin, daß die Arbeitslosenzahlen, speziell in Europa, sprunghaft anstiegen und besonders Jugendliche davon hart betroffen sind.

War zu Beginn der Krise noch die vorherrschende Meinung, daß es sich dabei um eine der immer wiederkehrenden Rezessionsphasen innerhalb des kapitalistischen Wirtschaftsystems handle, die ja bald durch eine neuerliche Nachfrageresteigerung wieder zu einer Hochkonjunktur führen werde, müssen wir spätestens jetzt erkennen, daß der von allen erwartete Silberstreifen am Horizont noch nicht zu entdecken ist.

Dazu kommt eine Situation, die speziell durch die vorherrschenden wirtschaftlichen Probleme noch vorangetrieben wurde, nämlich die Tatsache, daß seitens der Unternehmer versucht wird, bestehende Absatzprobleme dadurch wertzumachen, daß die Gestehekosten für Produkte, aber auch für Dienstleistungen, soweit wie möglich gesenkt werden.

Prognosen über die Auswirkungen

Diese Senkung der Gestehekosten bei gleichzeitiger Steigerung der Produktivität wird durch eine in diesem Ausmaß nie dagewesene Rationalisierungswelle erreicht. Besonders der Angestelltensektor, der in den letzten Jahren einen großen Anstieg der Beschäftigtenzahlen erfahren hat — und hier sowohl der eigentliche Bürobereich der Industriebetriebe, aber auch Banken, Versicherungen sowie Einzel- und Großhandel —, ist davon sehr betroffen. Vor allem die Tätigkeiten weiblicher Angestellter sind Ziel arbeitsplatzsparender Rationalisierungen. Veränderungen in der Nachfragestruktur und in den Konkurrenzbedingungen, besonders im Export, führen weltweit in fast allen Industriezweigen zu einer Konzentration der Investitionen auf neue Produkte und Produktionstechnologien.

Bis vor einigen Jahren wurden über die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen bei der Entwicklung der Computertechnik optimistische Prognosen angestellt: Eine Automation würde nur den geringsten Teil der Arbeitenden erfassen und sollte für den Wegfall körperlicher Arbeit und stupider Arbeitsvollzüge sorgen und insgesamt zu einer Differenzierung und Höherqualifizierung der Arbeit führen. Besonders der Einsatz von Industrierobotern ist von dem Anspruch begleitet, zu einer Humanisierung der Arbeit beizutragen. Die mit der Entwicklung der Mikroelektronik bereits sichtbar gewordenen und noch absehbaren Folgen haben solchen Optimismus jedoch bisher nicht bestätigt. Bestätigt wird vielmehr, daß technologischer und sozialer Fortschritt nicht zwangsläufig parallel laufen.

Ob die Mikroelektronik — und sie ist es, die die Vorstellung einer arbeitslosen Gesellschaft erst ermöglicht — nun ein Fluch oder Segen ist, ob sie Arbeitsplätze vernichtet oder neue schafft — oder beides —, hängt nicht zuletzt davon ab, ob wir sie richtig zu nutzen wissen und ihre negativen Auswirkungen auf den Menschen egalisieren können.

Wir befinden uns also mitten in einer Entwicklung, die in ihrem Ausmaß nicht abzuschätzen ist, obwohl sie möglicherweise nicht allzu fern in der Zukunft liegt.

Die neuen Technologien schaffen neue Belastungen am Arbeitsplatz, denen die Gesellschaft, Staat, Arbeitnehmer und Arbeitgeber mehr Beachtung widmen müssen. Es wird notwendig sein, bereits im Stadium der Planung neuer Maschinen darauf zu achten, daß die Technik den menschlichen Fähigkeiten angepaßt ist, daß damit menschliche Geschicklichkeit und Qualifikation produktiver werden sollten. Die Entwicklung weist im Moment aber eher in die gegenteilige Richtung.

Die Auswirkung auf die Arbeitsplätze

Die damit verbundenen Befürchtungen und Gefahren sind nicht nur bereits in vielen Bereichen Realität, sie sind auch quantifizierbar. Das bundesdeutsche Institut für Produktionstechnik und Automatisierung hat berechnet, daß Computer und Industrieroboter bis 1990 80 bis 90 Prozent der Industriearbeit übernommen haben werden. Eine weitere Studie aus der BRD über die Entwicklung des Einsatzes von Industrierobotern ergab, daß — vereinfachend dargestellt — bei zehn aufgelösten Arbeitsplätzen ein neuer Arbeitsplatz geschaffen wird.

Nach anderen Berechnungen werden im Durchschnitt alle sechs Jahre um 20 Prozent weniger Menschen zur Produktion eines bestimmten Volumens benötigt, das heißt, diese technologische Entwicklung trägt zum Sinken der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit bei einem gegebenen Volumen von Produkten bei.

Irgendwo zwischen diesen Schätzungen über die Folgen der Rationalisierung liegt die Wahrheit, aber selbst die niedrigsten Schätzungen bedeuten eine Zahl von Arbeitslosen, die sich die Gesellschaft unter keinen Umständen leisten kann, weder finanziell noch auf Grund der Gefahren, die sich für die Demokratie aus der Arbeitslosigkeit ergeben, eine Entwicklung, die wir in den dreißiger Jahren bereits schmerzlich erlebt haben.

Schon heute sind die damaligen Arbeitslosenzahlen erreicht und überholt. Im Bereich der OECD waren 1982 30 Millionen Menschen ohne Arbeit. 1983 werden es 35 Millionen sein. Diese Arbeitslosenzahlen fallen in eine Zeit geringeren Wirtschaftswachstums und einer durch die Mikroelektronik erst möglich gewordenen Produktivitätssteigerung. Dementsprechend kann man die Lösungsvorschläge für diese Krise nicht eindimensional ansetzen, sondern muß den Zusammenhang der verschiedenen Parameter in ihrer Komplexität erkennen.

Die entscheidende Frage: Arbeitslosigkeit oder Arbeitszeitverkürzung?

Damit, daß man Tag für Tag gigantisch anwachsenden Arbeitslosenheere mit dem Prädikat »technologische Arbeitslosigkeit« versieht, ist es nicht getan. Es stellt sich vielmehr weltweit immer unüberhörbarer die Frage nach der Entscheidung: Inkaufnahme hoher und weiterhin steigender Arbeitslosigkeit oder Arbeitszeitverkürzung?

Wir lehnen die Inkaufnahme von Arbeitslosigkeit und tatenloses Zusehen bei der bedrohlichen Aufblähung der Arbeitslosenheere mit aller Entschiedenheit als zynisch und menschenverachtend ab und werden dementsprechend zusätzliche beschäftigungspolitische Maßnahmen setzen: Eine dieser Möglichkeiten ist — neben anderen zusätzlich notwendigen Maßnahmen — die Arbeitszeitverkürzung. Die Neuverteilung des Arbeitsvolumens ist eine beschäftigungspolitische Notwendigkeit, und diese Auffassung wird auch in wiederholten, eindringlichen Manifestationen des Europäischen Gewerkschaftsbundes bestätigt, der die Verkürzung der Arbeitszeit in verschiedensten Formen verlangt. Die von mir geforderte Arbeitszeitverkürzung ist eine Fortsetzung eines jahrzehntelangen Prozesses, der uns mehr Erholung, Freizeit und Selbstverwirklichung ermöglicht.

In der Zweiten Republik gab es laufend Arbeitszeitverkürzungen. Allein in der Zeit von 1970 bis 1980 wurde die wöchentliche Arbeitszeit von 45 auf 40 Stunden verringert, der Mindesturlaub auf vier Wochen erhöht, für Arbeiter der Fünfwochenurlaub nach 20 Dienstjahren eingeführt und bei den Angestellten die Anspruchsvoraussetzung für den Fünfwochenurlaub von 25 Dienstjahren auf 20 Dienstjahre herabgesetzt. Ohne diese Maßnahmen gäbe es heute an die 200 000 Beschäftigte in Österreich weniger.

Ich habe in meiner Funktion als Sozial- und Arbeitsminister die Auffassung vertreten, daß die Verkürzung der Wochenarbeitszeit jedenfalls in der zweiten Hälfte dieses Jahrzehnts realisiert werden muß, und dies radikal, also in einem Schritt von 40 auf 35 Stunden, um die angestrebten beschäftigungspolitischen Wirkungen zu erzielen und Kompensationsbestrebungen durch Überstunden und Produktivitätssteigerungen entgegenzuwirken. Die zwischenzeitige weitere Verschärfung der internationalen Wirtschaftskrise, die technologischen Veränderungen, die Millionenheere von Arbeitslosen und die dagegen zunehmend gesetzten Maßnahmen anderer Länder, die die Arbeitszeitverkürzung als beschäftigungspolitische Strategie einsetzen, bestärken mich jedoch in der Ansicht, daß auch in Österreich die Arbeitszeitverkürzung früher, als wir jetzt annehmen, notwendig werden wird. Das Faktum, daß durch Arbeitszeitverkürzung als Instrument zur Umverteilung des Arbeitsvolumens Beschäftigung geschaffen werden kann, steht — nach anfänglich noch recht unterschiedlichen Positionen — heute allgemein außer Streit.

Mitbestimmung im Interesse der Arbeitnehmer

Eine weitere Maßnahme zur Bewältigung der durch die neuen Technologien entstehenden Probleme ist ohne Zweifel die Erweiterung der Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer, die ja von den negativen Auswirkungen unmittelbar und nachhaltig betroffen sind.

Die technologische Entwicklung ist kein unabhängiger und unbeflußbarer Prozeß, die sozialen Folgen werden vielmehr entscheidend davon abhängen, inwieweit dieser Prozeß an den Bedürfnissen der Menschen statt an den Gewinninteressen orientiert ist und in welchem Ausmaß die Arbeitnehmer und ihre Interessenvertreter bei den technischen und organisatorischen Entscheidungen mitbestimmen und mitentscheiden können. Die moderne Technik kann, wenn sie richtig eingesetzt wird, der Forderung nach einer Humanisierung der Arbeitswelt ohne weiteres entsprechen. Und darin liegt auch die Chance der technischen Entwicklung: Ihre Nutzbarmachung für den Arbeitnehmer.

Gleichzeitig müssen aber auch die Gefahren der neuen Technologie erkannt und verhindert werden. Technische und wissenschaftliche Entwicklung wird vom Menschen initiiert, gesteuert und angewandt. Sie ist daher auch vom Menschen beeinflußbar. Die Nutzbarmachung für den Menschen erfolgt jedoch nicht automatisch.

Die Entwicklung auf dem Computersektor, die enorme Verkleinerung und Verbilligung der Computer und die damit verbundenen Einsatzmöglichkeiten zeigen, daß diese Organisations- und Planungstechnologie die Wirtschaft nicht planbarer gemacht hat. Das Vorhandensein von Planungsinstrumenten reicht daher nicht aus, da es kein technisches, sondern ein politisches Problem ist, ob die Technologie für den Menschen oder gegen ihn eingesetzt wird.

Gerade im Hinblick auf die zunehmende Rationalisierung im Dienstleistungssektor möchte ich davor warnen, zu meinen, daß man den Menschen beseitigen kann. Wenn die Dienstleistung vom Menschen befreit wird, dann ist sie nicht wert, als Dienstleistung im positiven Sinn des Wortes bezeichnet zu werden. Hier gilt es — und ich erblicke darin eine ganz wesentliche Aufgabe der Gewerkschaften —, durch eine entsprechend ausgebaute und wirkungsvoll ausgeübte Mitbestimmung und Mitgestaltung von allem Anfang an mit allem Nachdruck gegenzusteuern. — Weiter haben wir einer Gefahr entgegenzusehen, die scharf an die Grenzen der Menschenwürde heranreicht, nämlich der Kontrolle der Arbeitsabläufe und auch der Kontrolle der Tätigkeiten des einzelnen. Ich unterstelle in keiner Weise, daß dies zunächst beabsichtigt ist — aber ich möchte auf die Eigengesetzlichkeit verweisen, der solche Veränderungen unterworfen sind.

Offensive wirtschaftliche Mitbestimmung

Nach wie vor liegen die Bereiche Arbeitsorganisation und Arbeitsgestaltung in der Kompetenz des Managements. Die Wirtschaft steht nicht, wie immer wieder behauptet wird, im Dienste des Menschen. In unserer Gesellschaft wird produziert um der Produktion willen, erzeugt wird das, was am meisten Gewinn verspricht und nicht das, was die Menschen am dringendsten brauchen.

Eine Humanisierung der Arbeitswelt ist daher nur durch eine Demokratisierung der Gestaltungsentscheidung möglich. Das bedeutet die Mitbestimmung der Betroffenen und ihrer Vertretung.

Die technologische Entwicklung verstärkt auch die Notwendigkeit einer gesellschaftlichen Planung, die Teil einer Wirtschaftsdemokratie ist. Heute stellt sich vor allem die Notwendigkeit einer offensiven Mitbestimmung. Darunter verstehe ich, daß wir nicht nur auf eine vorhandene und entwickelte Technologie reagieren, sondern agieren, indem wir Technik selbst in unsere Vorstellungen und Forderungen einbeziehen und die Technik als aktives Instrument menschengerechter Arbeitsgestaltung verwenden.

Diese Strategie setzt eine entsprechende Erweiterung der Mitbestimmungsrechte voraus, eine langfristige und umfassende Planung der betrieblichen und überbetrieblichen Entwicklung unter Einbeziehung von Betriebsrat und Gewerkschaft und vor allem ein Umdenken in den gesellschaftlichen Wertvorstellungen und dem, was als nützlich und produktiv angesehen wird.

Wir müssen uns in den Entwicklungsgang integrieren, um ihn zu beeinflussen. Nicht als Maschinenstürmer, nicht als Verhinderer der technologischen Entwicklung, aber als Mahner und Wahrer der Menschenwürde der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben.

Jetzt haben wir es noch in der Hand, die Entwicklung in bestimmte Richtungen zu lenken. Nur dann, wenn wir die Mikroelektronik zum Nutzen des Menschen einsetzen können, wird der Weg in eine entmenschte Arbeitswelt zu vermeiden sein — und wir werden alles daransetzen, daß dies geschieht, damit die Zukunft den Menschen und nicht den Robotern gehört.

spw-Taschenbücher**KAPITALISTISCHE KRISE UND STRATEGIEN DER EUROLINKEN**

Fragen einer sozialistischen Politik in Westeuropa

Herausgeber:
 Dr. Axel Albers
 Prof. Dr. Hans Bondoux
 Dr. Hans Buci-Glucksmann
 Dr. Hans Cap
 Dr. Hans Coates
 Dr. Hans F. Haug
 Dr. Hans Hindels
 Dr. Hans Ingrao
 Dr. Hans Ohlsson
 Dr. Hans Vikström

spw

Kriegsgefahr, kapitalistische Krise, ökologische Zerstörung und eine veränderte Politik der Rechten erfordern die Neuformulierung des sozialistischen Projekts für die westeuropäischen Länder. Wo sind schon heute die Elemente einer Kultur der Veränderung und einer Vergesellschaftung von Macht? Was sind die Aufgaben eines erneuerten Marxismus angesichts der Frauenbewegung? Sozialdemokraten aus Großbritannien, Frankreich, Schweden, Österreich und der BRD diskutieren mit linken Gewerkschaftern, marxistischen Theoretikern und Eurokommunisten den Krisenzusammenhang von Kapital und Sozialstaat sowie die gemeinsamen Handlungsmöglichkeiten in den sozialen Bewegungen.

Abendroth, Albers, Bondoux, Buci-Glucksmann, Cap, Coates, F. Haug, W.F. Haug, Hindels, Ingrao, Ohlsson, Trentin, Vikström u.a.

ISBN 3-922489-03-6

158 Seiten, br., 21,50 DM (zzgl. Versand)

Bestellungen an: spw-Vertrieb, Libellenstr. 6a, D-1000 Berlin 38

Sozialismus

Marxistische Zeitschrift
Heft 5-83 September

Wie weit reicht die Friedensutopie?



Aktuelles Interview mit
Erhard Eppler

**Kollaps der
Weltwirtschaft**

**Epochengemälde:
Kassandra**

Einzelpreis: DM 8.-; Abo: DM 42.- (+ Porto)
Kennenlernangebot: 2 Hefte für zusammen
DM 10.- ; Schein oder Scheck an

VSA, Postfach 50 15 71, 2000 Hamburg 50

Interview

Gewerkschaften in der Defensive?

Interview mit Julius Lehlbach, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Rheinland Pfalz*

spw: Nach unserer Auffassung haben die diesjährigen Tarifeinverständigungen erneut betätigt, daß sich die Gewerkschaften in der Bundesrepublik in einer gesellschaftspolitischen Defensive befinden. Teilst Du diese Auffassung und mit welcher gewerkschaftlichen Politik könnte man das »Blatt wenden«?

Lehlbach: Es ist meines Erachtens schwierig, an Hand der Tarifeinverständigung von einem Jahr von Defensive oder Offensive zu sprechen. Man muß das in den größeren Zusammenhängen der gesellschaftlichen und ökonomischen Gesamtkonstellation sehen. Aufgrund einer weltweiten Wirtschaftskrise sind die Verteilungsspielräume eben andere geworden. Und in diesem Zusammenhang sind die Tarifeinverständigungen auch wieder nur ein politisches Handlungsfeld, auf dem die Gewerkschaften als Tarifpartei tätig werden können. Der Handlungsspielraum der Gewerkschaften ist gegenwärtig wegen der Arbeitslosigkeit sehr gering. Das eigentliche gesellschaftspolitische Problem wäre daher, die weiter steigende Massenarbeitslosigkeit — man rechnet bis in die 90er Jahre mit über 5 Millionen — zu beseitigen, aber es ist gegenwärtig von der schwarz-gelben Koalition außer großen Worten kein Erfolg in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu erwarten. Die Gewerkschaften werden im Rahmen der Tarifautonomie ihren Beitrag zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit durch Arbeitszeitverkürzung leisten und damit versuchen, »das Blatt zu wenden«. Der DGB-Bundeskongreß im Mai 1982 hat in Berlin beschlossen, sich zunächst der Verkürzung der Wochenarbeitszeit durch die 35-Stunden-Woche zu widmen. Von den Einzel-Gewerkschaften werden sich im nächsten Jahr die IG-Metall, die HBV, die Gewerkschaft Holz und Kunststoff und die Industriegewerkschaft Druck und Papier diese Zielsetzung vornehmen. Auch diese längerfristige Schwerpunktsetzung muß man im Auge haben wenn man die auf bloße Einkommensverbesserungen gerichtete diesjährige Tarifrunde richtig einschätzen will. Denn angesichts der harten Haltung der Arbeitgeber in der Arbeitszeitfrage, die sie im Tabukatalog festgeschrieben haben, muß bei der Durchsetzung der 35-Stunden-Woche mit hartem Widerstand gerechnet werden. Die Aktivitäten der Gewerkschaften konzentrieren sich daher schwerpunktmäßig auf diese Zielsetzung im Jahr 1984.

spw: Der diesjährige Tarifabschluß bei der IG-Chemie zeigt aber, daß die gewerkschaftlichen Reihen in dieser Frage nach wie vor nicht geschlossen sind. Ist es unter diesen Bedingungen überhaupt möglich, diesen schweren Kampf im kommenden Jahr erfolgreich zu führen?

Lehlbach: Ich kann hier auf das eben Gesagte im großen und ganzen verweisen. Ansonsten ist sicher zuzugeben, daß nicht alle Einzel-Gewerkschaften sich die 35-Stunden-Woche im nächsten Jahr auf ihre Fahnen geschrieben haben — weil sie längerfristig vertraglich gebunden sind —, dennoch ist klar hervorzuheben, daß der DGB-Bundesvorstand in seiner Sitzung im Juni 1983 eindeutig beschlossen hat — und da sind alle Einzel-Gewerkschaften vertreten —, daß sie einheitlich die Zielsetzungen der 35-Stunden-Woche im nächsten Jahr unterstützen werden.

* Das Interview mit Julius Lehlbach führte Dieter Scholz

spw: Zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung fordert der DGB eine Wirtschaftspolitik des »qualitativen Wachstums«. Diese Politik hatte sich bereits die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung unter Kanzler Helmut Schmidt auf die Fahnen geschrieben und ist damit gescheitert. Hätten die Gewerkschaften nicht allen Anlaß, Konsequenzen aus dem Scheitern dieser Politik zu ziehen, statt ihre Neuaufgabe zu fordern?

Lehlbach: Ich muß hier zunächst ganz klar widersprechen, daß die letzte Bundesregierung unter Kanzler Schmidt eine Vollbeschäftigungspolitik nach den Vorstellungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes betrieben hat. Diese Tatsache hat auch der Kanzlerkandidat und jetzige Oppositionsführer, Hans-Jochen Vogel, in der letzten Wahlkampfsendung vor dem 6. März deutlich hervorgehoben. Der Wirtschaftsgraf Lambsdorff hat hier die SPD mit ihren wirtschaftspolitischen Vorstellungen anscheinend vollkommen blockiert. Der DGB wendet sich daher gegen die immer wieder erhobene falsche Behauptung, Beschäftigungsprogramme seien wirkungslos. In der Vergangenheit wurde allein mit dem Zukunftsinvestitionsprogramm (ZIP) nur ein Programm im Sinne der DGB-Vorschläge verwirklicht. Mit diesem Programm wurden in der zweiten Hälfte der 70er Jahre nachweislich 350000 Arbeitsplätze geschaffen. Die mit diesem alleinigen Programm begonnene Politik wurde jedoch nicht konsequent fortgesetzt, so daß wir weit davon entfernt sind, das vom DGB verlangte zusätzliche staatliche Beschäftigungsprogramm mit einem auf 5 Jahre verteilten Volumen von mindestens 50 Milliarden D-Mark auf den Weg gebracht zu haben. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hält eine beschäftigungssichernde Finanzpolitik weiterhin für notwendig. Gleichzeitig müssen aber auch die seit einigen Jahren rückläufigen Investitionen der Gebietskörperschaften auf ihr früheres Niveau angehoben werden. Was hier gegenwärtig abläuft, ist ein negatives Beschäftigungsprogramm, das unter der Parole »weniger Staat« oder »Entstaatlichung« von der Union vorangetrieben wird.

spw: Der DGB Rheinland-Pfalz hat sich in den letzten Monaten sehr kritisch mit dem Kabel-Pilotprojekt in Ludwigshafen auseinandergesetzt. Was ist Eure Kritik an diesem Projekt?

Lehlbach: Die Kritik des Deutschen Gewerkschaftsbundes an diesem Projekt bewegt sich auf mehreren Ebenen. Zunächst wird dadurch Etikettenschwindel betrieben, daß dem Bürger vorgegaukelt wird, hier handele es sich lediglich um einen rückholbaren Versuch. Der jetzige Postminister, Schwarz-Schilling, ist in diesem Punkte schon ehrlicher, wenn er betont, daß diese Investitionen von Millionen und Milliarden nicht mehr rückholbar seien. Die immer weitere Ausdehnung des Versuchsgebietes zeigt auch deutlich, daß hier schon ganz andere Sachzwänge herrschen, die nicht mehr als Versuch aufgefaßt werden können. Ein weiterer Kritikpunkt ist die Finanzierung. Hier wird von der Bundespost nicht kostendeckend eine Verkabelung dem Bürger angeboten, damit er durch die Billigkeit zu einem Kabelanschluß verlockt wird. Die nicht gedeckten Kosten müssen dann vor allem von den Telefonkunden über ihre Gebühren aufgebracht werden und zum Teil der Fernseher über den Kabelgroschen bei seinen Fernsehgebühren. Das heißt, dem Bürger wird hier die Finanzierung einer riesentechnischen Entwicklung aufgebürdet, deren Nutzen wir für den Arbeitnehmer zunächst gering einschätzen.

Der Schwerpunkt unserer Kritik liegt jedoch auf der eindeutig verschleiern den Akzentsetzung der Diskussion um diese »Neue Medien«. Es geht hier nicht um das Problem von 20 und mehr Fernsehprogrammen, sondern es geht um einen enormen Rationalisierungsschub, der schätzungsweise die Arbeitslosigkeit um bis zu 2,5 Millionen erhöhen wird. Diese politische Verschleierungstaktik bei der politischen Durchsetzung der neuen Medien

aufzudecken, war in einer gewissen Phase unser Hauptanliegen. Und wenn man dies so sieht, dann kommt man weg von dem Streit zwischen den Parteien, ob das Kupferkoaxialkabel oder das Glasfaserkabel die technisch günstigere Variante der Verkabelung ist. Ein weiterer besonderer Akzent unserer Kritik — was jetzt gerade im Zusammenhang mit der Ratifizierung des Bildschirmtextstaatsvertrages in den Länderparlamenten von Bedeutung ist — ist die Durchsetzung von Heimarbeit auf elektronischer Basis z.B. durch Bildschirmtext. Wenn hier vom Gesetzgeber nicht Schutzmaßnahmen eingebaut werden, dann tritt das ein, was ich im Oktober 1981 schon warnend vorausgesagt habe, »daß die Bildschirmheimarbeiterinnen bei ständiger Arbeitsbereitschaft und ohne gewerkschaftlichen Schutz sozial in die finstersten Zeiten des 19. Jahrhunderts zurückgeworfen werden«. Diese neue Heimarbeit bedeutet eben, Mütter sollen sich um ihre Kinder und Familie kümmern und gleichzeitig im Wohnzimmer an einem Bildschirmterminal sitzen und Texte verarbeiten bzw. Daten und Vorgänge in die elektronische Datenverarbeitung der Großrechner irgendwelcher Firmen einspeisen — ohne eine schützende Regelung durch Tarifverträge und in akkordähnlicher Arbeit. Die Betriebsverfassung wird hier natürlich überhaupt nicht greifen. So werden Subunternehmertum und Leiharbeit auf diesem Feld ihr asoziales Treiben ausdehnen. Diesen Gesamtzusammenhang hat der Kollege Lothar Zimmermann vom DGB-Bundesvorstand auf unserer Medientagung 1982 auf die kurze Formel gebracht: Neue Medien sind ein Angriff auf Kopf, Konto und Arbeitsplatz.

spw: Generell scheint sich in den letzten Jahren die Position der Gewerkschaften zu neuen Technologien zu ändern. Im Gegensatz zu den 70er Jahren überwiegen zunehmend negative Einschätzungen. Ist die Politik der »Modernisierung der Volkswirtschaft« falsch, die die Gewerkschaften eindeutig unterstützt haben?

Lehlbach: Die gewerkschaftliche Position zur technischen Entwicklung hat sich seitdem allmählich geändert, seit die Produktivität das Wachstum übersteigt, das heißt, durch immer effektivere neuere Maschinen und weniger Arbeit wird immer mehr produziert. Diese neue Haltung der Deutschen Gewerkschaften hat ihren Ausdruck gefunden im letzten Grundsatzprogramm, in dem nämlich »technischer Fortschritt« gestrichen wurde. Die technische Entwicklung bedeutet, wie das Gesagte zeigt, eben nicht nur Fortschritt. Die Arbeitnehmer müssen es im Gegenteil zur Zeit erleben, daß die technische Entwicklung in erster Linie gegen sie gerichtet ist, das heißt, nicht nur durch die Arbeitslosigkeit, sondern auch durch Lohnminderungen bei Abgruppierungen u.ä. mehr. Es kommt als darauf an zu überprüfen, welche Technik und welches Wachstum. Der DGB spricht daher auch seit dem letzten Grundsatzprogramm vom qualitativen Wachstum; das heißt, einer Bestimmung der Richtung des Wachstums. Das gleiche gilt für so etwas wie Modernisierung der Volkswirtschaft. Das heißt, wir müssen fragen, wohin soll modernisiert werden? Und nach unseren bisherigen Erfahrungen und Einschätzungen wird das allein über Marktsteuerung nicht mehr gehen.

spw: Abschließend möchte ich das Thema Frieden ansprechen, das ja alle politischen Kräfte in den kommenden Monaten noch stärker fordern wird als in der Vergangenheit. Im Rahmen dieser Diskussion ist von Euch mehrfach auf die Gefährdung der Bevölkerung in beiden deutschen Staaten durch die Lagerung chemischer Kampfstoffe verwiesen worden und Ihr habt die Bundesregierung aufgefordert, gegen diese Lagerung aktiv zu werden. Hatte Eure Initiative schon Erfolg?

Lehlbach: Unsere Initiative hat sicher bisher sehr großen Erfolg gehabt. Es ist nämlich erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik gelungen — außer vorherigen einzelörtlichen und sporadischen Aktivitäten —, das Thema C-Waffen bundesweit in die

Diskussion zu bringen und das C-Waffen-Thema neben der Diskussion um die Nachrüstung mit Pershing II und Cruise Missiles in die Friedensbewegung einzubetten. Auf Grund von drei großen Anfragen wird im Bundestag auch demnächst über dieses Thema ausführlich und im großen Rahmen diskutiert werden müssen. Im übrigen: erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik! Weiter haben wir Erfolg gehabt, daß unsere Verfassungsbeschwerde, in der entschieden werden muß, ob die Bundesrepublik ein souveräner Staat ist oder ob wir noch ein besetztes Land sind, vom Bundesverfassungsgericht angenommen worden ist. Wir haben jedoch noch keinen Erfolg gehabt, was die Beseitigung des Giftgases in der Westpfalz und an anderen Orten in der Bundesrepublik anbelangt. Die gegenwärtige Bundesregierung hat auf meine Aufforderung, dazu Stellung zu nehmen, bisher auch nur sehr ausweichend geantwortet.

spw: Welche Position hat der DGB Rheinland-Pfalz zur Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen und was hältst Du von dem Vorschlag, die Stationierung ggf. mit einem Generalstreik zu verhindern?

Lehlbach: Der DGB-Landesbezirk Rheinland-Pfalz hat zur Frage der Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik keine andere Haltung als der DGB insgesamt, der nämlich auf seinem Kongreß im Mai 1982 in Berlin beschlossen hat: »es darf keine Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen in Europa geben«. Zur Frage des Generalstreiks hat der DGB-Bundesvorstand ebenfalls eindeutig und einstimmig seine Meinung ausgedrückt, es gibt andere Mittel für die Gewerkschaften, dieses Thema in den Betrieben anzusprechen. Ich meine hier vor allem die von dem Bundesverfassungsrichter Simon in die Debatte gebrachte konsultative Volksbefragung, die letztlich die Bundesregierung nicht binden kann, aber man könnte dadurch noch einmal sehr deutlich machen, was die Arbeitnehmer von dieser Vernichtungsmaschinerie, die einen Atomkrieg immer mehr in den Bereich des Möglichen rückt, halten. Ansonsten hat der DGB-Bundesvorstand ebenfalls beschlossen, die Großdemonstrationen der Friedensbewegung am 22. Oktober zu unterstützen. In Rheinland-Pfalz haben wir außerdem als DGB eine lange Tradition des Antikriegstages am 1. September, an dem wir uns immer gegen jede Form der Hochrüstung in Ost und West ausgesprochen haben. Auch in diesem Jahr wenden wir uns gegen atomare Massenvernichtungsmittel, amerikanische Giftgaslager, Kampfflugzeuge und Raketenbatterien, die unser Land zum NATO-Flugzeugträger Nr. 1 machen. Welch politische Breite die Unterstützung unserer Forderungen inzwischen erreicht hat, zeigt sich u.a. auch darin, daß dieses Jahr Alfred Mechttersheimer und Franz Alt auf unserer Kundgebung sprechen.

spw: Wir danken Dir für dieses Interview, Kollege Lehlbach.

Analysen

Wolfgang Däubler

Friedensbewegung, Widerstand und Recht*

Es beginnt sich unter Juristen herumzusprechen: Pershing II und Cruise Missiles in der Bundesrepublik zu stationieren, ist nicht ohne Konfrontation mit dem Grundgesetz möglich. Bundesrichter Recken hat dies vor wenigen Tagen verdeutlicht¹, der »Verband demokratischer Juristen« (VDJ) und der »Republikanische Anwaltverein« (RAV) haben entsprechende Aussagen gemacht.² Die wichtigsten Argumente sollen im folgenden zusammengefaßt werden.³

Verfassungsrecht gegen Stationierung

Die Stationierung von Nuklearraketen auf deutschem Boden verstößt gegen die *Souveränität* der Bundesrepublik. Wie man weiß, liegt die Letztentscheidung über den Einsatz dieser Waffen beim amerikanischen Präsidenten. Er entscheidet über Leben und Tod der deutschen Bevölkerung; ob wir weiterleben oder ausgelöscht werden, hängt von seinem Knopfdruck ab. Eine derartige Preisgabe vitaler Souveränitätsrechte ist im Grundgesetz nicht vorgesehen: Art. 20 Abs. 2 Grundgesetz (GG) bekennt sich zur Volkssouveränität — eine Bestimmung, die nach Art. 79 Abs. 3 GG nicht einmal durch verfassungsänderndes Gesetz eingeschränkt oder aufgehoben werden kann. Mit dieser Zentralnorm ist es schlechthin unvereinbar, wenn unser Schicksal nicht von uns selbst, sondern von einem ausländischen Staatsoberhaupt und seinen Generälen entschieden wird. Art. 24 GG gibt nur die Möglichkeit, Hohheitsrechte auf zwischenstaatliche Einrichtungen oder ein kollektives Sicherheitssystem zu übertragen, meint also einen anderen Fall. Deutschland-Vertrag und Stationierungsvertrag garantieren — ihre Verfassungskonformität einmal unterstellt — nur jenen Stand an Truppen und Bewaffnung, der bei Inkrafttreten dieser Verträge, also im Mai 1955 bestand. Von Nuklearraketen, die in 4 Minuten Moskau erreichen, war damals jedoch noch nicht die Rede.

Über die Stationierung muß zum zweiten der Gesetzgeber entscheiden. Sein sogenannter *Gesetzesvorbehalt* betrifft nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts alle für das Gemeinschaftsleben wesentlichen Fragen.⁴ Bei ihnen darf nun nicht etwa mit einer Blanko-Ermächtigung gearbeitet werden; wie im Zusammenhang mit dem Bau von Kernkraftwerken ausdrücklich hervorgehoben, kommt der Gesetzgeber seiner Aufgabe nur dann nach, wenn er alle in dem betreffenden Sachgebiet anfallenden Einzelregelungen selbst trifft. Dazu gehören Sicherheitsvorkehrungen gegen Unfälle, dazu gehört unter anderem die Entscheidung über die Standorte. Entsprechendes ist im Fall der geplanten Stationierung — wie wir wissen — nicht vorgesehen. Der Gesetzgeber wird allenfalls gefragt, wenn es um die Bewilligung von NATO-Infrastruktur-Mitteln geht. Darüber hinaus wird er nicht eingeschaltet; das Vertrauen in amerikanische und deutsche Generäle scheint größer zu sein als das in die gewählten Vertreter des deutschen Volkes.

Verletzt ist zum dritten das *Grundrecht auf Leben und Gesundheit* nach Art. 2 Abs. 2

* Der vorliegende Beitrag gibt den um Nachweise ergänzten Vortrag wieder, den der Verfasser bei dem Friedensforum der Richter und Staatsanwälte am 4.6.1983 in Bonn gehalten hat.

GG. Nach der Mülheim-Kärlich-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts sind die von gefährlichen Unternehmungen Betroffenen anzuhören, bevor vollendete Tatsachen geschaffen werden.⁵ Niemand kann ernsthaft daran zweifeln, daß schon von der Unfallgefahr her Raketen nicht weniger, sondern mehr Risiken in sich bergen als Kernkraftwerke. Von einer Einschaltung der Betroffenen ist bislang jedoch nicht die Rede: Wer selbst die Orte geheimhält, wo stationiert werden soll⁶, hat offensichtlich nicht die Absicht, den vom Bundesverfassungsgericht aufgestellten demokratischen Mindestanforderungen Rechnung zu tragen. Während die englische und die italienische Regierung hier Offenheit praktizieren, müssen wir uns aus amerikanischen Quellen über die Stationierungsorte informieren. Daß die Pershing II in Neckarsulm, Mutlangen bei Schwäbisch Gmünd und Neuulm, und daß die Cruise Missiles bei Wünschheim in der Pfalz stationiert werden sollen, kann man in amerikanischen Zeitungen nachlesen, bei uns wird es wie ein Staatsgeheimnis behandelt. Nicht die vom Grundgesetz geforderte bewußte Einschaltung der Betroffenen ist gewollt, sondern das schlichte Gegenteil: Wir sollen in Unwissenheit gehalten, Protest soll so im Keime erstickt werden. Dies widerspricht Geist und Buchstaben einer freiheitlichen Demokratie.

Verletzt ist schließlich das *Friedensprinzip des Grundgesetzes*. Es verlangt von allen deutschen Staatsorganen, militärische Maßnahmen ausschließlich am Verteidigungszweck zu orientieren. Verfassungswidrig ist deshalb jedes Vorhaben, das die Kriegsgefahr erhöht, das die Schwelle nuklearer Auseinandersetzungen senkt. Die Pershing II erreicht in wenigen Minuten Moskau und zerstört auf Grund ihrer Treffsicherheit die militärischen Kommandostellen des Warschauer Pakts gewissermaßen von einem Augenblick auf den anderen. Die dadurch angerichtete Verwirrung kann dazu benutzt werden, im Laufe der dann folgenden 30 bis 60 Minuten auch die strategischen Interkontinentalraketen der Sowjetunion zu zerstören. Es liegt auf der Hand, daß der Warschauer Pakt das Leben unter dem Damoklesschwert nicht akzeptieren kann.

Im Rahmen der Genfer Verhandlungen wurde deshalb angekündigt, in Kürze automatische Frühwarn- und Entscheidungssysteme zu installieren, die etwa 1 Minute nach dem festgestellten Start der Pershing II den Gegenschlag sowjetischer Raketen auslösen. Menschliche Entscheidungsmöglichkeiten scheinen damit ausgeschlossen: Wenn die Computer der Anlage die Flugbahn der westlichen Rakete bestimmt haben, werden die sowjetischen Raketen automatisch gestartet.⁷ Wir wissen, daß auch Computer irren können. Bisher wurde eine Fehlalarm noch immer durch menschliches Eingreifen korrigiert. Davon kann in Zukunft nicht mehr die Rede sein. Der Zufall entscheidet darüber, ob das Pulverfaß explodiert, auf dem wir sitzen.

Durch die Stationierung der Pershing II einen derartigen Zustand zu provozieren, ist ein Verhalten, das nicht der Verteidigung dient, sondern die Schwelle des Krieges senkt. Die eigene Existenz vom guten Funktionieren fremder Computer abhängig zu machen, überschreitet den politischen Entscheidungsrahmen, der einer Regierung gesteckt ist.

Das Friedensprinzip ist aber auch in einer anderen Hinsicht verletzt. Es verlangt von der deutschen Staatsgewalt, sich — gewissermaßen als Minimalstandard — an jene Anforderungen zu halten, die das *Völkerrecht* auf ein friedliches Zusammenleben der Völker aufgestellt hat. Die geplante Stationierung verstößt jedoch gegen Art. 2 Ziffer 4 der UN-Charta, der jede Drohung mit militärischer Gewalt verbietet. Die einzige Ausnahme, die diese Vorschrift kennt, folgt aus dem Recht zur Selbstverteidigung nach Art. 51 der Charta: Militärische Mittel, die man im Falle eines fremden Angriffs einsetzen dürfte, kann man selbstverständlich auch vorher für einen solchen Fall androhen. Der Ersteinsatz von

Nuklearwaffen gehört jedoch nicht zu diesen Mitteln. Nicht nur die amerikanischen Bischöfe, auch die Völkerrechtler sind sich einig, daß der Ersteinsatz gegen die Haager Landkriegsordnung, das Genfer Protokoll von 1925, den Grundsatz über den Schutz der Zivilbevölkerung und die Grundlagen des Kriegsrechts verstößt.⁸ Die Drohung mit dem Ersteinsatz ist aber der entscheidende und nie in Abrede gestellte Teil der NATO-Strategie der »flexible response«. Diese ist deshalb nicht mit Art. 2 Ziffer 4 der UN-Charta vereinbar. Das vom Grundgesetz in Bezug genommene Völkerrecht verpflichtet die Bundesregierung, wie auch alle anderen Staatsorgane, jede Mitwirkung an derartigen Maßnahmen zu unterlassen. Das heißt zusammengefaßt: Wer sich daher gegen die Stationierung wendet, nimmt nationale Interessen wahr; er ist im besten Sinne des Wortes ein Patriot. Wer sich gegen die Stationierung wendet, verteidigt die Rechte des Parlaments. Wer sich gegen die Stationierung wendet, verteidigt Grundrechte und demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten. Wer sich gegen die Stationierung wendet, nimmt das Friedensprinzip und den Verteidigungsauftrag ernst. Er sorgt für die Verwirklichung des Völkerrechts.

Das Wort »Widerstand« weckt in der Bundesrepublik Assoziationen zur Anwendung von Gewalt, zu evidentem Bruch bestehenden Rechts.⁹ »Widerstand« ist jedoch ein notwendiger Teil des demokratischen Prozesses. Sich nicht zu fügen, nein zu sagen, zu protestieren und Gegenaktionen zu organisieren, ist das von niemanden ernstlich bestreitbare Recht jedes Bürgers in einem demokratisch verfaßten Gemeinwesen. Es mag manchmal schwerfallen, dafür bei uns Beifall zu finden — trotzdem ist es an der Zeit, sich auch hier von obrigkeitstaatlichen Traditionen zu befreien. Widerstand ist gerechtfertigt!

Widerstandsformen: »atomwaffenfreie« Gemeinden und Volksbefragung

Worin kann unser Widerstand konkret bestehen? — Das Ziel ist die Verhinderung der Stationierung. Die heutige parlamentarische Mehrheit wird sie nicht aus eigenem Antrieb ablehnen; sie muß politisch zu einem »Nein« veranlaßt werden. Hierfür gibt es eine entscheidende Voraussetzung: Die politischen Schwierigkeiten, die sich die Bundesregierung einhandelt, müssen größer sein als die militärischen Vorteile, die nach ihrer eigenen Einschätzung mit der Stationierung verbunden sind. Insoweit kann die Erfahrung mit der Volkszählung als Vorbild dienen.

Welche Maßnahmen kommen in Betracht? — Im Rahmen des bestehenden Rechts gibt es eine Reihe von Möglichkeiten, die bei weitem noch nicht ausgeschöpft sind. Aus dem großen Kreis der in Betracht kommenden Aktionen sind einige hervorzuheben, die zum Teil auch juristische Erörterungen provoziert haben. Die elementarste Form des Widerstands ist die Meinungskundgabe und der Protest — Massendemonstration und Unterschriftsaktionen sind die bislang wichtigsten Beispiele. Weiter gehört hierher die *Erklärung des Gemeindegebiets zur atomwaffen- und giftgasfreien Zone*. Was hierzu insbesondere von konservativen Innenministerien gesagt wird, liegt so gut wie immer neben der Sache. Natürlich können sich Gemeinden nicht in die Außen- und Sicherheitspolitik einmischen, doch darum geht es in Wirklichkeit gar nicht. Legt man die bisher bekannten Beschlüsse zugrunde, so geht es nur darum, daß sich die Gemeinde im Rahmen ihrer Kompetenzen gegen eine Stationierung festlegen will. Dies ist zulässig: Niemand kann ihr verbieten, von vornherein zu bestimmen, daß sie etwa ihre Anhörungs- und Mitwirkungsrechte nach dem Landbeschaffungs- und dem Bundesbaugesetz in der Weise ausübt, daß sie allen Stationierungsvorhaben strikt widerspricht. Weiter hat sie auch die Möglichkeit, sich im Wege eines Appells an die zuständigen Bundesorgane zu wenden. Ein Hinweis auf die Stimmung in der Bevölkerung mag dort sogar willkommen sein. Vertrauliche Informationen

dieser Art wären im Verteidigungsministerium mit Sicherheit immer willkommen — warum sollten dann öffentliche Erklärungen aus Kompetenzgründen scheitern?¹⁰

Ein anderes wichtiges Mittel, das das Niveau der bisher behandelten Formen der Meinungsäußerung überschreitet, ist die sogenannte *konsultative Volksbefragung*. Als rein innersgesellschaftliche Form der politischen Willensbildung ist sie auch nach der in den 50er Jahren entwickelten Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zulässig. Dies kann im einzelnen hier nicht begründet werden.¹¹ Deshalb nur ein Hinweis: Volksbefragungen hängen in ihrem politischen Stellenwert entscheidend davon ab, wer die Definitionsmacht über die zu stellenden Fragen hat. Die Erfahrungen der V. Republik in Frankreich bieten hier genügend Anschauungsmaterial. Fragen können nichtssagend sein und am wirklichen Problem vorbeigehen; so kämen wir sicher nicht viel weiter, wenn die Frage: »Sind Sie für die Abschaffung von Pershing II und SS 20?« von 95% der Bürger mit »Ja« beantwortet würde. Geradezu eine Farce wäre es, würde etwa formuliert: »Sind Sie für oder gegen eine sowjetische Überlegenheit im Bereich der Mittelstreckenraketen?« Insofern hat die Volksbefragung nur dann einen Sinn, wenn sie nicht nur als solche erzwungen, sondern auch durchgesetzt wird, daß neutrale, das Problem wirklich bezeichnende Fragen gestellt werden. Scheitert das Vorhaben einer konsultativen Volksbefragung von vornherein schon als solches an den parlamentarischen Mehrheitsverhältnissen, so kann die Forderung als solche allerdings einen gewissen Aufklärungseffekt entfalten. Der Bevölkerung wird durch die Ablehnung deutlich gemacht, daß ihre Meinung nicht gefragt ist, daß es möglicherweise nicht nur in den Regierungsparteien viele Leute gibt, die vor der Meinung des Volkes Angst haben und eigene Entscheidungskompetenzen geschmälert sehen. Dies kann viele Mitbürger veranlassen, sich andere Formen zu überlegen, wie sie ihren Überlebensinteressen Ausdruck verleihen können. Die Sorge um den Frieden und die Bewahrung der bestehenden Ordnung kann weiter dazu führen, daß sich die Vorstellungen über die Ausübung bestehender Rechte ändern. Dies gilt etwa für das Recht auf Kriegsdienstverweigerung. Die erhöhte Sensibilisierung für Probleme der Aufrüstung kann dazu führen, daß sich die Zahl der Kriegsdienstverweigerer drastisch erhöht. Was würde geschehen, wenn 70% eines Jahrgangs von Wehrpflichtigen zu dem Ergebnis kämen, der Dienst mit der Waffe sei generell abzulehnen? Welche Auswirkungen hätten entsprechende Verweigerungsquoten beim folgenden Jahrgang? Es geht hier nicht darum, irgend jemanden zur mißbräuchlichen Ausübung von Grundrechten zu ermuntern, doch muß es erlaubt sein, die Frage zu stellen, welche Konsequenzen ein bedingungsloses Durchziehen der Aufrüstungspolitik haben könnte. Was ist nun juristisch zu zwei Handlungsformen der Friedensbewegung zu sagen, die voraussichtlich im Mittelpunkt der kommenden Auseinandersetzungen stehen werden?

Blockaden, Streiks: gewaltfreie Aktionen illegal?

Zum einen geht es um die *gewaltfreie Blockade militärischer Einrichtungen*. Als Juristen wissen wir, daß der Gewaltbegriff des Bundesgerichtshofes nicht identisch ist mit dem Gewaltbegriff der Friedensbewegung. Passives Sitzen auf Straßenbahnschienen wird seit der Läßle-Entscheidung als »Gewalt« qualifiziert¹², dasselbe gilt bei lautstarkem wissenschaftlichem Protestieren, das einen Hochschullehrer zum Abbruch seiner Vorlesung zwingt.¹³ In anderem Zusammenhang — etwa bei Sittlichkeitsdelikten — wird die Schwelle der Gewalt erst später erreicht¹⁴, der Rechtsprechung fehlt insoweit die innere Folgerichtigkeit. Welche grotesken Ergebnisse es hätte, wollte man die Läßle-Entscheidung konsequent zu Ende denken, ist unter anderem von Geilen¹⁵ und Koffka¹⁶ dargelegt worden. Die Dro-

hung mit der Auflösung eines Verlöbnisses oder der Erhebung einer Scheidungsklage kann das geistig-körperliche Wohlbefinden durchaus negativ beeinflussen; als »Gewalt« würde sie gegebenenfalls den Drohenden wegen Nötigung oder gar wegen Sittlichkeitsdelikten strafbar machen. Hätten zum Beispiel belastende Veröffentlichungen über einen Minister dessen Rücktritt zum Ziel, so läge eine strafbare Nötigung von Staatsorganen vor. Diese beiden Beispiele mögen genügen, um zu zeigen, daß sich mit diesem Gewaltbegriff nahezu alles bestrafen läßt, was nach Ansicht von Staatsanwaltschaft und Bundesgerichtshof unerwünscht ist. Eine solche Blanko-Vollmacht an die Gerichte verstößt jedoch gegen den rechtsstaatlichen Grundsatz, wonach die Strafbarkeit eines Verhaltens schon vor der Tat eindeutig feststehen muß. Dieser in Art. 103 Abs. 2 GG niedergelegten Voraussetzung wird nur der klassische Gewaltbegriff des Reichsgerichts gerecht, wonach physische Gewalt gegen den Angegriffenen eingesetzt werden muß. Genau dies ist beim Blockieren einer Ausfahrt aber nicht der Fall; die Fahrer der Militärlastwagen können sich als Personen weiter frei bewegen. Die Grenze zur Strafbarkeit wäre erst dann überschritten, wenn man sie zum Beispiel aus den Lkws herauszerren oder in einem bestimmten Raum einsperren würde.

Selbst wenn man sich auf den Standpunkt des Bundesgerichtshofes stellen würde, ist noch lange nicht gesagt, daß auch die von § 240 Strafgesetzbuch (StGB) geforderte Verwerflichkeit der Gewaltanwendung vorliegt. Nach Auffassung des Bundesgerichtshofes ist bei der Feststellung der Verwerflichkeit »auf das Rechtsempfinden des Volkes zu achten«. ¹⁷ Es komme daher darauf an, ob die Handlung »nach allgemeinem Urteil« sittlich zu mißbilligen sei; sie müsse unter Berücksichtigung aller Umstände eindeutig so anstößig sein, daß sie »als gröberer Angriff auf die Entschlußfreiheit anderer der Zurechtweisung mit den Mitteln des Strafrechts bedürfe.« ¹⁸ Wie das Rechtsempfinden des Volkes und die sittliche Mißbilligung im einzelnen festzustellen sind, hat der Bundesgerichtshof nie präzisiert. In der Praxis legt er seinen Urteilen das zugrunde, was seine Mitglieder für das »Rechtsempfinden des Volkes« halten. Nimmt man stattdessen die eigenen Grundsätze des Bundesgerichtshofes beim Wort, so kann von »Volksbewußtsein« nicht die Rede sein, wenn ein bestimmtes Verhalten allenfalls von einem Teil der Bevölkerung abgelehnt, von einem anderen dagegen als durchaus anerkennenswert angesehen wird. Bei solchen Meinungsverschiedenheiten besteht eben keine von der ganzen Rechtsgemeinschaft getragene Überzeugung, und nur ein Verstoß gegen diese könnte ja ein Verhalten verwerflich und damit nach § 240 StGB strafbar machen. Auch muß es für die Frage der Verwerflichkeit eine Rolle spielen, ob für oder gegen irgendwelche beliebigen Ziele demonstriert wird, oder ob es darum geht, einen verfassungswidrigen Zustand — hier: die Stationierung — zu verhindern. Das Amtsgericht Frankfurt hat 1969 die Verwerflichkeit von Blockadeaktionen gegen Springer mit einem Hinweis auf die Unerträglichkeit der Pressekonzentration verneint ¹⁹ — wieviel eher muß man dann diesen Schluß ziehen, wenn es um einen Anschlag auf unsere Sicherheit, wenn es um eine drastische Erhöhung der Kriegsgefahr geht?

Die zweite in jüngster Zeit verstärkt diskutierte Handlungsform ist der *politische Demonstrationstreik*. Auch hier hat die Friedensbewegung die höchstrichterliche Rechtsprechung zunächst einmal gegen sich. So hat etwa das Landesarbeitsgericht München im Dezember 1979 einen Streik bei Rundfunk und Fernsehen durch einstweilige Verfügung verboten, weil der Protest gegen die damals geplante Auflösung des NDR kein zulässiges Streikziel gewesen wäre. ²⁰ Dies läßt sich unter vielen Aspekten in Zweifel ziehen. So ist etwa zu fragen, wie eigentlich das Sanktionspotential anderer Gruppen der Gesellschaft beschaffen ist, wenn Unternehmer in Aussicht stellen, Risikofreude zu entwickeln und neu

zu investieren, falls eine bestimmte Partei gewählt wird — ist dies nicht im Grunde ein viel wirksameres Druckmittel als ein halbtägiger Streik in den Massenmedien oder den öffentlichen Verkehrsbetrieben? Weiter sollte man sich bei der Handhabung des Streikrechts ein wenig mehr an die historische Entwicklung erinnern: Waren nicht die (illegalen) Arbeitsniederlegungen am 1. Mai im Kaiserreich wie in der Weimarer Republik ein Stück Demonstration für bessere Lebensverhältnisse, ein deutlicher Protest gegen die existentielle Benachteiligung der arbeitenden Klasse? Ist nicht der Anlaß heute um so mehr gegeben, als nicht nur bestimmte Teile der sozialen Existenz, sondern diese selbst auf dem Spiel steht? Rechtsfragen sind Machtfragen. Wohin sich die Waage der Justitia neigt, hängt nicht zuletzt davon ab, welchen Rückhalt die Friedensbewegung in der Gesellschaft besitzt, wieviel moralische Unterstützung ihre Forderungen erfahren. Der Schwerpunkt der Arbeit muß daher im politischen Bereich liegen. Die letzten Wochen haben insbesondere aus den Gewerkschaften eine Reihe von ermutigenden Signalen gebracht. Auch wenn es spät ist, wir haben immer noch eine Chance.

Anmerkungen

- 1 Frankfurter Rundschau vom 31.5.1983.
- 2 Die Stellungnahmen sind abgedruckt in: Blätter für deutsche und internationale Politik 1982, Köln, 509 und 511.
- 3 Eingehend dargelegt bei Däubler, Stationierung und Grundgesetz, 2. Aufl., Reinbek 1983
- 4 BVerfGE 40, 237, 249; 49, 89, 126.
- 5 BVerfGE 53, 30, 77.
- 6 Siehe die Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Würzbach auf die Anfrage des Abgeordneten Kirschner (BT-Drucksache 9/2408, 23).
- 7 Dazu Haefner, *Der Spiegel* vom 16.5.1983 (Nr.20), 226f.
- 8 Siehe die Nachweise bei Däubler, a.a.O., 40ff. Zur völkerrechtlichen Situation siehe auch Stuby, Der Nachrüstungsbeschluß im Lichte des Völkerrechts, in: Wider die »herrschende Meinung«. Beiträge für Wolfgang Abendroth, Frankfurt/M. 1982, 120ff. Vgl. weiter Paech-Stuby (Hrsg.), Juristen gegen Kriegsgefahr in Europa. Protokoll einer internationalen Konferenz, Köln 1983.
- 9 Die Berufung auf das Widerstandsrecht des Art. 20 Abs. 4 GG scheidet schon daran, daß »anderweitige Abhilfe« über die Gerichte noch möglich ist. Selbst wenn man dies verneinen sollte, weil man die Gerichte als in den bestehenden Herrschaftsapparat total integriert und damit gleichfalls auf verfassungswidrigem Kurs sieht, ist wenig gewonnen: Genau diese Gerichte würden im Streitfall darüber entscheiden, ob die Voraussetzungen des Art. 20 Abs. 4 (oder eines naturrechtlichen Widerstandsrechts) vorliegen.
- 10 Näher zur Diskussion um kommunale atomwaffenfreie Zonen siehe Huber NVwZ (Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht) 1982, 662; Däubler, ZRP (Zeitschrift für Rechtspolitik) 1983, 112; Ladeur DuR (Demokratie und Recht) 1983, 30. — Ein grundsätzliches Recht der Gemeinde, die Ausübung ihrer Befugnisse im Verteidigungssektor durch einen Beschluß vorzuprogrammieren, wird bejaht in einer neueren Entscheidung des OVG Lüneburg (Beschluß vom 16. Mai 1983, Az: 5 OV B 9/83).
- 11 Näher dazu Holtfort und Däubler, Blätter für deutsche und internationale Politik 1982, 1415.
- 12 BGHSt 23, 56.
- 13 BGH NJW 19882, 189.
- 14 BGH NJW 1981.
- 15 Festschrift für Hellmuth Mayer, 446ff.
- 16 JR 1964, 39.
- 17 BGHSt 1, 84, 86; 4, 254, 256; 17, 329, 331.
- 18 BGHSt 17, 329, 332.
- 19 AG Frankfurt/M. JZ 1969, 200.
- 20 LAG München NJW 1980, 957ff.

Jon Bloomfield

Jahr der Entscheidung*

Der nachstehend abgedruckte Beitrag wurde *Marxism Today*, der theoretischen Zeitschrift der KP Großbritanniens, entnommen. Er wurde bereits im März dieses Jahres geschrieben, noch vor den Unterhaus-Wahlen, die Anfang Juni eine stabile parlamentarische Basis für den Kurs des Thatcherismus brachten. Die Chancen der britischen Friedensbewegung, politische Mehrheiten für atomare Abrüstung und Entspannung zu schaffen, sind heute geringer, als vor sechs Monaten angenommen werden konnte.

Der Artikel ist in verschiedener Hinsicht aufschlußreich. Er informiert über Lagebeurteilung und strategische Probleme in der Friedensbewegung eines Landes, dessen Bedeutung für die Politik der NATO am ehesten mit der der BRD verglichen werden kann. Wenn auch nicht die Pershing II, so soll in Großbritannien der Großteil der Cruise missiles disloziert werden. Anders als in Italien und erst recht in Frankreich hat sich in Großbritannien während der letzten Jahre eine breite, überparteiliche Massenbewegung für Frieden und Abrüstung entwickelt, in der Fraueninitiativen, Teile der Kirchen und der Arbeiterbewegung verbunden sind. Auch die strategische Lage der britischen Friedensbewegung ähnelt in manchem der in der BRD; hier wie dort erfolgt der Kampf in den kommenden vier Jahren gegen eine Regierung der bürgerlichen Rechten, die die Politik der NATO und ihrer führenden Macht weitgehend zu unterstützen gewillt ist.

Der Autor gibt einen interessanten Überblick über Aufbau und Zusammensetzung der Friedensbewegung in Großbritannien, die in der *Campaign for Nuclear Disarmament (CND)* viel stärker als die bundesdeutsche Bewegung mit dem Koordinationsausschuß eine feste organisatorische Form angenommen hat. Im Kontext der Frage, wie die Friedensbewegung politisch entscheidend werden kann, argumentiert *Bloomfield* gegen die Alternative Unilateralismus oder Multilateralismus. In dieser Gegenüberstellung sieht er eine Spaltung sich abzeichnen, fürchtet er die Schwächung im Kampf gegen die eigentlichen Befürworter jedweder Aufrüstungspolitik. *Bloomfield* plädiert für nationale Initiativen und Vorleistungen auf dem Gebiet atomarer Abrüstung, die keineswegs internationale Abmachungen ausschließen, sondern vielmehr vorbereiten und begleiten sollen. Diese Politik (unilateral action) des Verzichts auf Cruise missiles und Trident-U-Boote wird abgegrenzt von einer vollständigen, einseitigen atomaren und konventionellen Abrüstung (one-sided); die Begriffe *unilateral* und *one-sided* artikulieren mithin verschiedene Konzepte, weshalb *unilateral* als Fremdwort belassen und nicht mit »einseitig« übersetzt wird.

Am Ende formuliert der Beitrag eine Position zu der auch bei uns umstrittenen Frage der Schwerpunkte und Formen der Herbst-Aktionen.

Die Redaktion

Seit 1980 hat sich die Friedensbewegung in weiten Teilen Westeuropas entfaltet. Ihr Widerstand gegen die Einführung weiterer neuer Atomwaffen hat breite Unterstützung gefunden und verlich der großen Sorge der Öffentlichkeit über das atomare Wettrüsten Ausdruck. In Großbritannien wurde die CND die am schnellsten wachsende und dynamischste Volksbewegung des Landes. Anfangs bestand die Reaktion des politischen und militärischen Establishments auf diese Bewegungen gemeinhin darin, sie zu verniedlichen und als unbedeutend hinzustellen. Manchmal behandelten Sprecher wie Lord Carrington die Friedensbewegung gönnerhaft als gutwillig, wenn auch fehlgeleitet, doch zunächst gab es

* Der Artikel erschien in englischer Sprache unter dem Titel »Year of Decision« in der April-Ausgabe von *Marxism Today*, London 1983. Mit freundlicher Genehmigung der Redaktion bringen wir eine geringfügig gekürzte Übersetzung. Die Übertragung ins Deutsche besorgten *Carl Chung* und *Frank Heidenreich*.

kaum Befürchtungen, daß sie zu einer wesentlichen Herausforderung für die Militärpolitik der NATO und ihrer Mitgliedstaaten werden würde. Die Serie aufeinander abgestimmter Anti-Atomwaffen-Demonstrationen im August 1981 warf diese Einschätzung über den Haufen. Mitte 1982 hatte sich die Reaktion auf die Friedensbewegung definitiv umgekehrt. Reagans Westeuropa-Visite im Juni 1982 signalisierte, daß eine Gegenoffensive ernsthaft in Gang kam. Als das Datum der Stationierung der Pershing II und der Cruise missile näher rückte, kurbelten die Gegner des NATO-Beschlusses, diese neue Kategorie von Atomwaffen einzuführen, ihren Kampf an und gerieten entsprechend unter erneuten Beschuß.

Bis heute hat die Friedensbewegung in Großbritannien und Westeuropa ihre Dynamik erhalten und verstärkt. Ihr bemerkenswertester Erfolg war, den atomaren Rüstungswettlauf zu einer zentralen Frage der politischen Auseinandersetzung gemacht zu haben. Das Problem, dem die Bewegung nun gegenübersteht, ist, ob sie in den nächsten Monaten ein günstiges Ergebnis in dieser Auseinandersetzung erreichen kann. Die Stationierung der Pershing-II- und Cruise-Raketen zu verhindern, ist die entscheidende Frage. Für die Friedensbewegung in Großbritannien würde ein Erfolg die Themen des Abzugs der US-Atombasen und des Austritts aus der NATO auf die Tagesordnung setzen. Wie also kann die Friedensbewegung der Herausforderung ihrer Widersacher begegnen und eine populäre Massenbewegung aufbauen, stark genug, um ihre kurzfristigen Ziele zu erreichen?

Der Schauplatz Europa

Der Wiederaufschwung der Friedensbewegungen ist eng mit einer Reihe von militärischen Entscheidungen und Erklärungen der USA seit Mitte bzw. Ende der 70er Jahre verbunden. Zu den bezeichnendsten zählten die Entscheidung, die Neutronenbombe zu produzieren; die Folge der Erklärungen von Beamten des Pentagons zur Führbarkeit und Gewinnbarkeit eines begrenzten Atomkriegs; und die NATO-Pläne zur Aufstellung von Cruise- und Pershing-II-Raketen in Europa. Es wurde argumentiert, diese Raketen dienten lediglich der »Modernisierung« des atomaren Arsenalen der NATO und ermöglichten ihr, die Strategie der »flexiblen Antwort« fortzuführen. Aber die 108 Pershing II und 464 Cruise Missiles würden der Regierung der Vereinigten Staaten eine noch nie dagewesene Fähigkeit verschaffen, die Sowjetunion von europäischem Boden aus anzugreifen. Die Stationierung dieser Raketen ist eine Komponente des allgemeinen Aufrüstungsschubs, der von der Reagan-Administration unternommen wird. Schon am Ende der Amtsperiode der Carter-Administration wurde deutlich, daß das vorherrschende Bestreben der politischen und militärischen Kreise in Washington war, amerikanische Macht unter Beweis zu stellen. Unter Reagan wurden diese Kräfte vorherrschend. Ihre Absicht ist es, zu gewährleisten, daß die USA die Position der stärksten militärischen Macht der Welt wiedererlangen. Ein gewaltiges konventionelles Aufrüstungsprogramm, die Schnelle Eingreiftruppe, drastische Steigerungen des Verteidigungsbudgets und der Bau der MX-Interkontinentalrakete sind Teile dieses Maßnahmenbündels. Cruise- und Pershing-II-Raketen drücken diese militärische Kapazität in Europa aus.

Der öffentlichen Besorgnis in Westeuropa bewußt, versuchen US-Politiker Einverständnis für ihre europäische Militärpolitik durch die »Null-Lösung« zu gewinnen. (...) Da jedoch die Masse der sowjetischen Waffen mittlerer Reichweite landgestützt ist, während die der USA und der NATO — F 111, Poseidon-U-Boote usw. — vorwiegend luft- und seegestützt sind, wäre dieses Angebot ein ungleicher Tausch. Da die USA sich zudem noch weigern, die britischen und französischen Atomwaffen in das militärische Gleichge-

wicht in Europa einzubeziehen, wird das Ungleichgewicht in ihren Vorschlägen erdrückend. Die »Null-Lösung« stellt eine Verhandlungsposition dar, die, würde sie akzeptiert, die USA entscheidend begünstigen würde. Es überrascht daher nicht, daß die sowjetische Regierung die sogenannte »Null-Lösung« ausgesprochen kühl aufgenommen hat. Unter der Führung Andropows hat sie der Abrüstungspolitik besondere Aufmerksamkeit gewidmet und neue Anstöße gegeben. Für den europäischen Raum hat sie zwei wesentliche Vorschläge unterbreitet: 1. eine 480 km breite, von atomaren Gefechtsfeldwaffen freie Zone entlang der Grenze zwischen Ost und West zu errichten; 2. in Europa nur so viele Raketen zu behalten, wie Großbritannien und Frankreich zusammen haben. In einer Diskussion mit dem Kanzlerkandidaten der SPD Vogel im Januar dieses Jahres wurde bestätigt, daß dieser Vorschlag die Verschrottung einiger SS 20 einschließt, nicht nur deren Abzug hinter den Ural.

Die ersten Reaktionen der US-amerikanischen, britischen und französischen Regierungen waren negativ. Cheyssons Moskaubesuch im Februar schien keine Veränderung in der Haltung der französischen Regierung anzudeuten. Normalerweise wäre dies entweder ein Zeichen für einen Stillstand oder eine Kompromißformel für ein Rüstungskontrollabkommen, das in der Stationierung von mehr Waffen münden würde. In diesem Fall ist ein anderes Ergebnis möglich. Können die Massenbewegungen für Frieden und die Wähler in Westeuropa eine Abrüstungslösung erreichen?

Ihre Fähigkeit, einen Erfolg zu erzielen, wird von vier Faktoren abhängen: Der Erhaltung und Weiterentwicklung einer sozialen Bewegung, die verschiedene Kräfte vereint; der Einigung auf eine klare, kurzfristige Aktionspolitik (campaigning policy); der Abwehr von Gegenangriffen ihrer Widersacher; und einer Handlungsperspektive, die alle Träger und Unterstützer der Friedensbewegung vereint und die ihre Feinde isoliert. Wie sind die Aussichten hierfür in Großbritannien?

Neue Merkmale der Bewegung

Die Friedensbewegung hat bereits die beeindruckende Fähigkeit entwickelt, ein breites Spektrum von Menschen in ihre Reihen zu ziehen, einschließlich vieler ohne bisherige Erfahrungen im politischen Kampf. Die mehr als 1000 lokalen CND-Gruppen mit über einer Viertelmillion Mitgliedern, zusammen mit den vielen anderen Friedensgruppen, geben der Friedensbewegung eine organisatorische Kraft, die bei Ein-Punkt-Bewegungen selten ist. Sie wird durch die nationale Organisation der CND mit 55000 Mitgliedern, zahlreichen Gruppen von Fachleuten (specialist sections), einem Presse- und Publikationsdienst, einem Vorstand (council) und einer Geschäftsführung (executive) verstärkt, die fähig sind, zu koordinieren und Initiativen zu ergreifen. All diese Merkmale versetzen die CND in die Lage, der Friedensbewegung Zusammenhalt und eine klare Zielsetzung zu verleihen, und helfen, neue Kräfte in die Aktionen der Friedensbewegung einzubeziehen. In dieser Hinsicht hat das vergangene Jahr einen eindrucksvollen Zuwachs an »institutioneller« Unterstützung gebracht. (...) Die Stärke der »Wissenschaftler gegen Atomwaffen« (SANA) und die Ärztekampagne gegen Atomwaffen haben die Breite und den weitreichenden Einfluß der Friedensbewegung deutlich gemacht. Religiöse Organisationen traten bislang zwar nicht so hervor wie in den Niederlanden und Westdeutschland, aber eine beachtliche, wenn auch noch nicht mehrheitliche Grundstimmung (groundswell) ist unverkennbar. Während die Ablehnung des Berichts »Die Kirche und die Bombe« durch die Generalsynode der *Church of England* im Februar einen Rückschlag darstellte, zeigte das beispiellose Interesse an den Verhandlungen der Synode, daß die Kirche ein relevanter Teil der Frie-

densbewegung ist. Am bemerkenswertesten ist das Auftreten der Frauen-Friedensbewegung als starkes, autonomes Element der Bewegung während der letzten achtzehn Monate. Das Friedens-Camp der Frauen und ihre Aktionen in Greenham Common waren der bislang dramatischste, ideenreichste und wirksamste Eingriff in die Auseinandersetzung um die neuen Atomwaffen. Die Festnahme und Inhaftierung dieser Friedenskämpferinnen weckte tiefe und weitverbreitete Sympathie für ihr Anliegen. Die beispiellose Antwort von 30000 Frauen, die am 12.12.1982 die US-Luftwaffenbasis einkreisten, verdeutlicht das Ausmaß der Unterstützung für die Friedenskämpferinnen in ihrem mitreißen Kampf gegen die Cruise Missiles. Infolge dieser Ereignisse zeigten Meinungsumfragen eine Beschleunigung des älteren Trends, daß nämlich die Cruise Missiles bei Frauen stärker als bei Männern auf Ablehnung stoßen. Teil des Anliegens der Bewegung ist die Berücksichtigung und Betonung von Aspekten der Erfahrungen von Frauen — von Aspekten, die für sie bekannt und vertraut sind und die auch die Bindungen (common links) unter Frauen ausdrücken und unterstreichen. Gleichzeitig bricht die Bewegung die Passivität und Unterordnung auf, die traditionell mit der Rolle der Frau verbunden ist.

Auf ihre eigene Weise, in einem ihren Organisationen angemessenen Tempo und Stil haben die Friedenskämpfer in den Gewerkschaften, Kirchen, in Frauengruppen und Berufsorganisationen gearbeitet und häufig für ihre Sache Erfolge erzielt. Anfang 1983 hatte die Abrüstungsbewegung eine breitere Unterstützung in der Öffentlichkeit als je zuvor.

Das breite Bündnis für den Frieden

Es waren die Pläne der USA, Großbritanniens und der NATO, neue Atomwaffen zu stationieren, die das Wiederaufleben der Friedensbewegung auslösten. Es ist eindeutig diese Opposition gegen Cruise, Pershing II und Trident, wo sich die Öffentlichkeit am stärksten beunruhigt fühlt. Dies wurde durch zwei Meinungsumfragen bestätigt, die beide klare Mehrheiten gegen die Stationierung der Cruise Missiles und die Beschaffung der Trident auswiesen. Während eine *vollständige unilaterale atomare Abrüstung* von einem Fünftel bis einem Viertel der Befragten befürwortet wurde, gibt es deutliche Mehrheiten für *unilaterale Schritte* der britischen Regierung, um *jede weitere Eskalation des Wettrüstens zu stoppen*.

Die Friedensbewegung hat eine gesellschaftliche Mehrheit in einigen dringenden Fragen der Atomrüstung gewonnen. Die Frage, der sie nun gegenübersteht, ist, diese Mehrheit in eine politische Mehrheit umzusetzen. Es gibt mächtige und grundlegende Tendenzen in Großbritannien und Westeuropa, die ein besseres Terrain für die Friedensbewegung schaffen. Je stärker und geschlossener die Bewegung wird, desto aussichtsreicher ist es, die Annahmen, auf die viele politische Parteien, Militärs und Wissenschaftler ihre Militärpolitik seit dem II. Weltkrieg gegründet haben, zu zerstören (dislodge). Die Veränderungen, die bereits in der Labour Party und der SPD stattgefunden haben, sind Indikatoren für diese Entwicklung. In dieser bewegten Zeit (period of flux) ist es für die Friedensbewegung wichtig, daß sie sich mit allen verbündet, die wirklich Abrüstung erstreben, daß sie die Grundlagen einer Einigung sucht und gleichzeitig klar formuliert.

In Großbritannien gibt es eine Gruppe im militärischen und wissenschaftlichen Establishment, die mit den zentralen Kräften der Friedensbewegung in der Opposition gegen die Aufrüstungspläne und einen neuen Kalten Krieg übereinstimmt. Wenn Feldmarschall Lord Carver schreibt, »daß Anzahl und Vielfalt ihrer [US-amerikanischen und sowjetischen] atomaren Waffensysteme das zur Abschreckung Notwendige bei weitem übertreffen; und daß weitere selbständige Systeme überflüssig sind«, so sagt er der derzei-

tigen US-amerikanischen und britischen Verteidigungspolitik direkt den Kampf an. Ähnlich greifen Carver und Zuckermann (der ehemalige wissenschaftliche Chefberater der Regierung) die Politik der NATO an, wenn sie auf eine Erklärung seitens des Westens, auf den Ersteinsatz von Atomwaffen zu verzichten, verbunden mit ausgehandelten Reduzierungen der atomaren Potentiale, drängen. (...)

Konfrontiert mit einer von der militärischen Rechten dominierten Regierung, die Aufrüstung und »Frieden durch Stärke« erstrebt, ist die Einigkeit eines so breit wie möglich gehaltenen Spektrums lebensnotwendig. Dabei ist die kritische Grenze nicht die zwischen Multilateralisten und Unilateralisten, sondern die zwischen Aufrüstern und Abrüstern. Heute ist in Großbritannien ein gemeinsames Programm einer Einigung von der Mitte bis zur Linken des politischen Spektrums denkbar. Seine zentrale Forderung lautet, daß das Wettrüsten aufgehoben werden muß und daß Schritte, es zurückzuschrauben, eingeleitet werden müssen. Das schließt Maßnahmen der Regierung, die Stationierung der Cruise Missiles zu verweigern und die Trident zu streichen, ebenso ein wie das Drängen auf seriöse Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR zur Reduzierung der Atomwaffenpotentiale aller Kategorien.

Dies ist ein Programm, das der enormen Betroffenheit der Öffentlichkeit in der Frage der Atomrüstung Ausdruck zu geben vermag und beginnt, das Wettrüsten umzukehren. Mit diesem Programm kann eine politische Mehrheit gewonnen werden. Die Massen- und Volksbewegung für atomare Abrüstung hat schon unter anderem bewirkt, daß das rechte Zentrum der Labour Party sich der Opposition gegen die Cruise angeschlossen hat. Ehemalige glühende Multilateralisten wie Denis Healey und Roy Hattersley haben die Notwendigkeit unilateraler Schritte akzeptiert. Es ist erforderlich, einen ähnlich konzentrierten Druck auf die Liberale Partei auszuüben. (...) Sehr viel schwerer wird es sein, die SDP (Socialdemocratic Party) zu verändern, da ihre Fraktion den harten Kern der eingefleischten Atlantiker repräsentiert, die der Politik der NATO verpflichtet und die glühendsten Antagonisten der Friedensbewegung sind. (...)

Die Notwendigkeit unilateraler Schritte

Für die Friedensbewegung wäre die dargelegte Politik ein Minimalprogramm. Einseitige Initiativen seitens der britischen Regierung wären für seine Realisierung von zentraler Bedeutung. Hier bestehen erhebliche Meinungsverschiedenheiten zwischen den entscheidenden Politikern und Kommentatoren einerseits und der Friedensbewegung andererseits, da noch viele von ihrer unbegrenzten und oft dogmatischen Unbeweglichkeit in dieser Frage abrücken müssen. Eingehend auf aufrichtige Befürworter multilateraler Abrüstungslösungen, muß die Frage unilateraler Schritte in zwei unterschiedliche Bereiche unterteilt werden: in das Wettrüsten der beiden Hauptmächte und in die eigenständige Abschreckung Großbritanniens. Bezogen auf den ersten Punkt, liefern auf eigene Vorleistungen gerichtete (unilateralist) Friedensbewegungen wichtige Anstöße für den Abrüstungsprozeß, die bislang fehlten. Sie sind eine autonome populäre Kraft, die versucht, die Politik ihrer jeweiligen Regierung, unabhängig vom Ausgang der Genfer Gespräche, zu ändern. Dieser Versuch richtet sich *nicht gegen die Rolle multilateraler Verhandlungen*. Die CND und entsprechende Bewegungen in anderen Ländern müssen sowohl auf die Verteidigungspolitik ihrer Regierungen Einfluß nehmen und sie bestimmen als auch eine internationale Dynamik in der Abrüstung aufbauen. Unilaterales Vorgehen bietet der Abrüstungsbewegung ein scharfes Instrument. Es würde den Frieden zu einer Frage der Massenpolitik machen und den Abrüstern einen Trumpf in die Hand geben. Viel eher als das — bis jetzt vergeblich

che — Warten und Hoffen auf ein positives Ergebnis der Spitzengespräche schaffen unilaterale Schritte zur Abrüstung für die Friedensbewegung Spielräume für eigenständiges Handeln. Gleichzeitig verweigern sie der eskalierenden Logik der Parität und des Gleichgewichts des Schreckens im Zeitalter des Overkills die Anerkennung, jenen Konzepten, die so häufig die Anhänger multilateraler Lösungen täuschen und lähmen.

Es gibt Anzeichen dafür, daß die ehrlichen multilateralen Abrüster ihre Position überdenken. So gab der ehemalige Vorsitzende der Liberalen Partei Richard Holme kürzlich zu: »30 Jahre multilaterale Verhandlungen brachten nur sehr begrenzte Ergebnisse, die wenig mehr bewirkten, als das Tempo des Wettrüstens zu begleiten [orchestrate]«. Wie bereits erwähnt, hat die Mitte-Rechte der Labour Party ihren Standpunkt bezüglich der Stationierung der Cruise geändert. In Anbetracht einer neuen Generation nuklearer Waffensysteme, die Vorstellungen zur Führbarkeit eines begrenzten Atomkriegs fördern, ist die Neubewertung der Rolle unilateraler Abrüstungsschritte durch die ehrlichen Multilateralisten so dringend wie überfällig. (...)

Bezüglich der britischen Situation kann man von einem weitgehenden, aber nicht allgemeinen Konsens für unilaterale Abrüstungsschritte sprechen, der sich aus einer Reihe spezifisch britischer Faktoren ergibt: Erstens aus der Tatsache, daß wir derzeit eine nicht so bedeutende Atommacht mit geringem Gewicht für das atomare Gleichgewicht sind. Der Verzicht auf die britischen Atomwaffen würde einigen Nutzen bringen. Er würde Ressourcen für alternative Verwendung freisetzen. Es gäbe eine Unterbrechung in der Rüstungsspirale, ein Beispiel dafür, daß das eskalierende Wettrüsten aufgehalten werden kann. Weiterhin wäre ein solcher Schritt ein Zeichen ernsthafter Verpflichtung zur Nichtweiterverbreitung von Nuklearwaffen.

Die öffentliche Unterstützung der vollständigen unilateralen atomaren Abrüstung Großbritanniens ist viel begrenzter als im Kampf gegen die neuen Raketen. Ein Hauptgrund dafür ist das weitverbreitete Mißverständnis, daß Unilateralismus die völlige, auch konventionelle, Abrüstung einschließt und »uns wehrlos machen« würde. Doch das ist nicht das Ziel der Friedensbewegung. Es gibt Möglichkeiten alternativer, nichtatomarer Außen- und Verteidigungspolitik, die sowohl effektiver als auch den wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes angemessen wären. Eine solche Politik muß noch sorgfältig weiter ausgearbeitet werden, und die Parteien, die die Friedensbewegung unterstützen, haben in diesem Punkt eine große Verantwortung. Eine gut durchdachte Politik, klar und verständlich ausgedrückt, würde zur Überwindung der allgemeinen Zweifel in der Öffentlichkeit beitragen und aufzeigen, daß ein Land ohne Atomwaffen hinreichend verteidigt werden kann. In dieser Sicht wird ein deutliches Mißverhältnis zwischen Umfang und Leistungsvermögen unserer derzeitigen militärischen Kapazität erkennbar. Die Labour-Führung und der Verteidigungsminister ihres Schattenkabinetts, John Silkin, reagierten auf den Chauvinismus (jingoism) des Falklandkrieges mit der Forderung, die Mittel, die für die Beschaffung der Trident vorgesehen waren, in die Modernisierung der Marine umzu- leiten. Diese Politik schmeckt nach Opportunismus. Eine alternative Verteidigungspolitik müßte solche imperialen und globalen Ansprüche strikt zurückweisen und ausschließlich für jenes Maß an militärischer Stärke sorgen, das ausreicht, die Sicherheit der eigenen Nation zu gewährleisten.

Die thatcheristische Antwort

Seit den Wahlen im Mai 1979 hat die konservative Regierung eine harte und aggressive Verteidigungspolitik verfolgt. Die steigenden Rüstungsausgaben und die Modernisierung

des britischen Atomwaffenarsenals mit Trident-U-Booten haben Schlüsselfunktion für ihr Ziel, »ein starkes Großbritannien« wiedererstehen zu lassen. Der Falklandkrieg zeigte die Bereitschaft der Regierung, zur Lösung internationaler Konflikte Gewalt anzuwenden, und gab Frau Thatcher Gelegenheit, sich als kühnen, furchtlosen Führer darzustellen. Der Thatcherismus entwickelt einen bestimmten Inhalt und Stil in verteidigungs- und außenpolitischen Angelegenheiten wie schon vorher in der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Einige seiner Schwerpunkte sind seit dem Jahreswechsel deutlicher geworden, als die Regierung ihr ganzes Gewicht und all ihre Mittel gegen die Friedensbewegung warf. Im typisch thatcheristischen Stil wurde die Friedensbewegung direkt herausgefordert. Nicht ein Versuch wurde gemacht, diejenigen, denen das Wettrüsten Sorge bereitet, durch eine Belebung multilateraler Initiativen und deren aktiver Unterstützung durch die Regierung anzusprechen. In allen Fällen schloß dies das Abstimmungsverhalten der Regierung in der UNO aus. Statt dessen verlegt sich der Thatcherismus auf eine »entschlossene Herangehensweise« in den internationalen Beziehungen. Die Sowjetunion wird als tyrannische, diktatorische Macht, die die Welt militärisch beherrschen will, dargestellt. Mit ihrer typisch hausgemachten Philosophie vermittelte Thatcher ihre Anschauungen einer Gruppe Schulkinder: »Die Welt ist wie ein Spielplatz, wo ein brutaler Kerl (bully) einen Schwächling angreifen will.« Auf diese Art versucht der Thatcherismus vom Thema abzulenken und die Fragestellung zu verwandeln. Für ihn steht nicht mehr die Frage des Wettrüstens im Mittelpunkt, sondern die Haltung zur Sowjetunion. In diesem Zusammenhang werden die neuen Atomwaffen gerechtfertigt. Indem sie den Zusammenhang der Auseinandersetzung verändern und nur eine starre Alternative anbieten, hoffen die Thatcheristen, die Millionen, die das Wettrüsten betroffen macht und verunsichert, zu nötigen, es als gegenwärtige — vielleicht unglückliche — Notwendigkeit zu akzeptieren.

Bei dieser Herangehensweise stellt sich das Gefühl des »déjà vu« ein. Die Entwicklung der A- und H-Bombe in den 50er Jahren wurde genau auf diese Weise gerechtfertigt, wie uns erst kürzlich der Film »Atomic Café« veranschaulichte. Weil dies einmal zog, glaubt die Hart-Rechte, es würde wieder ziehen. Wie in den 50er Jahren ist diese Rechtfertigung mit stürmischen ideologischen Angriffen gegen die Friedensbewegung verbunden. Ein Element dabei ist, die Kommunisten in der Friedensbewegung herauszustellen. Sie sind der »Infiltration« und als »Agenten Moskaus« angeklagt. Und in einem Verfahren wegen Beihilfe wird die Friedensbewegung beschuldigt, Moskaus Arbeit zu besorgen und der nützliche Idiot (unwitting dupe) der »sowjetischen Propagandamaschine« zu sein. Ein zweites Element betont, wie gefährlich die Friedensbewegung für das Land sei, und suggeriert, sie sei anti-patriotisch. Dieser Behauptung wurde durch den oft wiederholten Vorwurf, die Friedensbewegung würde Beschwichtigungspolitik (appeasement) betreiben, Auftrieb gegeben.

Hier wird deutlich, mit welchen Mitteln die Hart-Rechte Ton und Sprache in der Friedensdiskussion zu verformen versucht. Sie beabsichtigt, die tief verwurzelte Ablehnung der Bevölkerung gegen die Beschwichtigungspolitik der Vorkriegszeit gegen die Friedensbewegung zu wenden. Einige Minister haben den Unilateralismus in einseitige (one-sided) Abrüstung umbenannt. Und sie versuchen sogar, den Begriff »Frieden« sich anzueignen, und beschuldigen CND, die Kraft zu sein, die den Krieg wahrscheinlicher macht. Das alles läuft auf einen ungeheuren Angriff gegen die Friedensbewegung hinaus, von Ministern begleitet, durch Teile der Massenmedien verstärkt und aus Mitteln des Verteidigungsministeriums gespeist. Einige verbündete Kampforganisationen engagieren sich in Schmutzpropaganda und operieren mit üblen Tricks. Eine besonnene, aber entschlossene Antwort

der Friedensbewegung auf diese Herausforderung ist jetzt dringend erforderlich. Es war wesentlich, daß sie sich nicht von der zentralen Frage ablenken ließ. Die in der Friedensbewegung Aktiven haben die unterschiedlichsten Ansichten über die Sowjetunion, und nur eine Handvoll steht ihr völlig unkritisch gegenüber. Heute herrscht in der Friedensbewegung Einigkeit darüber, daß der Atomkrieg die größte Bedrohung für Großbritannien und Europa darstellt und daß die Reduzierung der Anzahl der Atomwaffen und ihr Abzug vom ganzen Kontinent die Hauptaufgabe ist. Von diesem Kurs darf sich die Friedensbewegung nicht abbringen lassen.

Gegenangriff

In diesem Zusammenhang müssen eine Menge Behauptungen aus dem thatcheristischen Repertoire entschieden zurückgewiesen werden. Erstens muß das Bild vom Westen als wehrloser »Schwächling« widerlegt werden. Dieses Bild der eigenen Schwäche ist seit Jahrhunderten die Standardklage der Generäle, wenn sie neue Waffen wollen. Alle verfügbaren unabhängigen Untersuchungen bezeugen eine klare atomare Parität zwischen Ost und West auf der Ebene massiven Overkills. Zweitens wird die Thatcher/Reagan-Weltsicht der sowjetischen Absichten nicht nur von der Friedensbewegung, sondern auch von manchen Stimmen des Establishments zurückgewiesen. Der ideologische Chefarchitekt des ersten Kalten Krieges, George Kennan, verwarf die expansionistische Einschätzung der UdSSR in den 60er Jahren. Selbst das britische Außenministerium behauptet nicht, daß die UdSSR darauf abzielt, die Welt militärisch zu beherrschen. Die scharfen Divergenzen zwischen Pym und Thatcher bezüglich der Antwort auf die Andropow-Vorschläge sind dafür bezeichnend. Es ist wichtig, diese Meinungsverschiedenheiten so herauszustellen, daß es der thatcheristischen Rechten nicht gelingt, einen glatten Konsens ihrer Einschätzungen zu präsentieren. Drittens muß die CND als demokratische Bewegung den McCarthyistischen Verleumdungen bezüglich der Politik der Kommunisten widerstehen. Über den Kurs der (britischen) Kommunistischen Partei gibt ihr Programm »Der Britische Weg zum Sozialismus« Auskunft, das enge Bindungen zu breiten Volksbewegungen anstrebt. Ihre Mitglieder beteiligen sich offen und nicht getarnt an der Arbeit des CND und versuchen, eine breite Aktionseinheit zu entwickeln. Die ausgewogene Einschätzung der sozialistischen Länder durch die KP wird nicht von vielen in der Friedensbewegung geteilt, dennoch ist sie eine wohlüberlegte und unabhängige Position. Viertens beruht der Vorwurf der Beschwichtigungspolitik auf zwei falschen Voraussetzungen: daß der Westen gegenüber der Sowjetunion militärisch unterlegen sei und daß man einfache Vergleiche zwischen einem konventionellen und einem atomaren Krieg ziehen könne. Diese Fehleinschätzungen sind mit einer allzu augenscheinlichen Verzerrung der Geschichte in den 30er Jahren gekoppelt. Damals forderte die Politik der Linken kollektive Sicherheit gegen die nazistische Bedrohung. Die Masse der Konservativen Partei und der herrschenden Klasse lehnte diese Politik, die eine Allianz mit der UdSSR einschloß, aufgrund ihres tiefverwurzelten Hasses gegen die sowjetische Regierung ab. Statt dessen zog sie es vor, die Nazis zu beschwichtigen und sie gegen den Osten zu wenden. Das ist die *politische* Parallele bis heute. Ihr Widerwille gegen die UdSSR rechtfertigte die Beschwichtigungs-Politik der 30er Jahre, wie sie heute die Aufrüstung rechtfertigt. Der einzig neue Zug ist die dreiste Heuchelei, mit der die »Schuldigen« der 30er Jahre — die Konservativen im allgemeinen, Sir Alec Douglas Home im besonderen, *The Times*, *The Daily Mail* — gegen die Politik predigen, die sie so gut zu betreiben verstanden.

Eine politische Mehrheit gewinnen

Die Kampfansage der militaristischen Rechten kann vereitelt werden. Die Friedensbewegung beunruhigt und verwirrt die Thatcheristen. Heseltines Weigerung, mit der CND öffentlich zu diskutieren, ist für diese Unsicherheit symptomatisch, wie auch der — inzwischen zurückgezogene — Vorschlag, eine Million Pfund Sterling zur Werbung für die Regierungspolitik auszugeben.

In den kommenden Monaten wird es besonders wichtig sein, das breite Bündnis der Friedensbewegung zu festigen und eine schlagende und klare Antwort auf den thatcheristischen Angriff zu geben. Dabei ist eine Kombination der Aktionsformen (campaigning activities) von vitaler Bedeutung. Basisarbeit an Haustüren, auf der Straße und an den Arbeitsplätzen muß mit lokalen und regionalen demonstrativen Aktionen verschmelzen, während gleichzeitig durch die CND eine beispiellose Mobilisierung für landesweite Aktionen organisiert werden muß. Flankierend und in den Kampf der Bewegung integriert, sollen gewaltfreie direkte Aktionen in den Friedens-Camps durchgeführt werden, die als dramatischer Appell der Bewegung eine wirksame Publizität verschaffen können. Diese Vielfalt der Aktionen wird es einer großen Zahl von Unterstützern ermöglichen, am Friedenskampf teilzunehmen. Die Organisationen der Arbeiterklasse müssen viel systematischer aktiviert werden. Die Einrichtung von Friedensgruppen am Arbeitsplatz, Verbreitung von Materialien zum Friedensthema in Fabriken, Geldsammlungen und Besuche in Friedens-Camps, Reden bei Gewerkschaftsversammlungen und gezielte Streikaktionen (selective industrial actions), wo sie möglich sind, gehören zu den Ideen, die dringend der Erwägung bedürfen. (...) Es ist für die Friedensbewegung lebenswichtig, ihre Breite und Einheit zu bewahren, die bis heute ihre Hauptstärke war. Sie darf sich jetzt, da der »heiße Herbst« näherrückt, nicht zerstreuen lassen.

Diese Perspektive wird von zwei Seiten grundsätzlich in Frage gestellt: Erstens von denen, die CND zu einem Anhängsel der Labour Party machen wollen. Gruppen wie die trotzkistische IMG haben immer schon gegen die Interpretation der CND als eines Volksbündnisses opponiert. Diesen Gruppen hat sich nun auch die *Tribune* angeschlossen. Ihr Leitartikel zur CND-Konferenz im Dezember 1982 spottete über die »vielen bequemen Leute aus den Home Counties«, die CND unterstützen, aber Tory oder SDP wählen, »um ihren bequemen Lebensstil zu bewahren«. CND hätte ihre Mitglieder auffordern sollen, Labour zu wählen, und den, »der die Hitze nicht mag, die Küche zu verlassen«. Würde diese Aufforderung, die CND getreu der Parole »Zutritt nur für Labour-Wähler« zu beschränken, befolgt, würde man genau die Grundlage unterminieren, auf der die Bewegung so erfolgreich aufgebaut worden ist. So würde die Bewegung gespalten und es den Nicht-Labour-Politikern leicht gemacht, dem Friedensthema mit der Begründung, die CND sei nur eine Vorfeldorganisation von Labour, auszuweichen. Eine derartige Forderung ist sektiererisch im klassischen Sinne des Voranstellens der Bedürfnisse der eigenen Partei vor die der Bewegung. Eine Partei, die nach atomarer Abrüstung strebt, sollte sich völlig in die breite Bewegung einbringen und bei ihrem Ausbau helfen, statt zu versuchen, der Bewegung Parteiparolen aufzudrücken. Die Labour-Party wird für die Anhänger atomarer Abrüstung in dem Grade attraktiver, in dem sie sich in die Bewegung einbringt und sich unzweideutig für eine nicht-nukleare Verteidigungspolitik einsetzt.

Zum zweiten gibt es die Ansicht, wonach direkte Aktionen gegen Raketenbasen der Weg zur Verhinderung der Stationierung seien. Der Erfolg in Greenham Common verlieh dieser Ansicht Auftrieb, wenngleich die Tatsache, daß diese Aktion ausschließlich von Frauen durchgeführt wurde, zur Verhinderung gewalttätiger Auseinandersetzungen maß-

geblich beitrug und die Polizei in die Defensive zwang. Nichtsdestoweniger ist es ein erster Fehler, zu glauben, daß physische Aktionen und ziviler Ungehorsam in Greenham Common die Raketen aufhalten werden. Das wäre ein gefährlicher Weg für die Friedensbewegung. Warum? Erstens ist dieser Weg eine Abkürzung, die der oft beschwerlichen Aufgabe ausweicht, eine politische Mehrheit zu gewinnen. Zweitens ist es unrealistisch anzunehmen, daß »Hunderttausende Frauen und Kinder« Greenham Common für längere Zeit besetzen werden. Drittens räumt dieser Weg dem Erklettern von Zäunen, der Besetzung von Raketensilos, an denen nur eine kleine Minderheit der CND wird teilnehmen können und wollen, Priorität und übermäßige Bedeutung ein. (...) Die Gefahr besteht, daß sie zu »Elite«-Aktionen werden, durchgeführt von einer für zivilen Ungehorsam geschulten Avantgarde. Auf der CND-Konferenz gab es überwältigende Übereinstimmung hinsichtlich der bedeutenden, aber klar begrenzten Rolle gewaltfreier direkter Aktionen für die Bewegung. Sie müssen eine integrierte Komponente des Kampfes bilden, die mit den Massenaktionen eng verknüpft ist und ihre Isolation vermeidet. Eine Mischung von reinen Frauenaktionen und gemischten Aktionen kann das erreichen, vorausgesetzt, daß sie auf den Rahmen der Gesamtbewegung bezogen sind. (...)

Die westeuropäische Friedensbewegung sieht bewegten Zeiten entgegen. Das kommende Jahr kann entscheidende Siege bringen, obwohl die Ergebnisse der bundesdeutschen und der britischen Wahlen Rückschläge waren. Anders als vor zwanzig Jahren hat sich die Friedensbewegung über ganze Länder ausgebreitet. Sie hat eine breitere soziale Basis und größeren politischen Realismus. In Großbritannien liegt für sie eine politische Mehrheit im Bereich des Möglichen. Deshalb ist die thatcheristische Rechte so beunruhigt. Sie versucht, das Potential der Unterstützer der Friedensbewegung auseinanderzudividieren und ihrem zentralen Thema auszuweichen. Dennoch kann der Thatcherismus geschlagen werden, vorausgesetzt, die Friedensbewegung verfolgt eine Strategie, die darauf abzielt, eine gesellschaftliche und politische Mehrheit zu gewinnen, und die sich auf die dringendsten Fragen der Bewegung konzentriert. Erfolge in diesen Bereichen würden einen beträchtlichen Spielraum für weitere Schritte zur atomaren Abrüstung schaffen. Sie würden ferner auf weitere Felder der Innen- und der internationalen Politik zurückwirken.

Uwe Kremer

Vor einem neuen Stadium des Reformismus?

Mehr als eine Replik auf Albers* und Beling/Scholz**

I

Originalität ist zweifellos kein Kriterium für die Richtigkeit von Analysen und Positionsbestimmungen. Dennoch hätte ich mir in den von Albers und Beling/Scholz verfaßten Artikeln zur gegenwärtigen Lage der Sozialdemokratie schon etwas mehr gewünscht. Denn ich glaube, daß eben diese Lage auch eine Überprüfung grundlegender Denkmuster von marxistischen Sozialdemokraten erforderlich macht — mehr noch: daß eine solche Überprüfung längst überfällig ist. Detlev Albers wendet sich zu Beginn seines Artikels gegen »jede Form des selbstgenügsamen 'wir haben es ja schon immer gewußt'«, da dies die Verarbeitung der sozialdemokratischen Niederlage vom 6. März nur blockieren würde. Aber leider wird Albers seinem eigenen Anspruch kaum gerecht, sondern scheint mir in ein altbekanntes Grundschema zurückzufallen, das freilich bei Beling/Scholz noch wesentlich deutlicher zutage tritt:

A) »Das Ende der sozialliberalen Koalition signalisiert zugleich das Ende des Weges von Godesberg. Es hat sich für die Perspektive der Sozialdemokratie nicht ausgezahlt, als Volkspartei auf die Formulierung von Klasseninteressen zu verzichten.« (Beling/Scholz, 214) »Die programmatische Festlegung von Godesberg, anstelle der endgültig für aussichtslos gehaltenen 'Systemfrage' tatsächlich nur noch für solche Veränderungen einzutreten, die im Rahmen der 'marktwirtschaftlichen Ordnung' realisierbar erschienen, muß als der eigentliche Ziel- und Fluchtpunkt erkannt werden, von dem aus die Krise des Kapitals zu einer nicht minder einschneidenden der SPD werden konnte.« (Albers, 209)

B) Daraus ergibt sich, daß die SPD, »will sie jemals wieder hegemoniefähig werden, ohne die Wiederentdeckung, Wiederaneignung einer systemüberwindenden sozialistischen Perspektive als ihr ureigenes, neue Bündnisse ermöglichendes Terrain nicht auskommen wird« (Albers, 212). »Die SPD hat nur mit sozialistischen Positionen eine Zukunft (...) Marx ist für die SPD unentbehrlich geworden.« (Beling/Scholz, 218)

C) »Dafür werden Marxisten in der SPD gebraucht.« (Beling/Scholz, ebd.) — Sie wissen ja seit jeher am besten, was für die »traditionsreiche, kampferfahrene Partei« (Beling/Scholz, 217) am besten ist (obwohl sich die Parteimehrheit seit ca. 70 Jahren herzlich wenig um deren gut gemeinte Ratschläge kümmert).

D) Wie kommen diese Gedankengänge zusammen? Nun: »Marxistische Sozialdemokraten betrachten die Veränderung der SPD zu einer konsequent sozialistischen Partei als eine zwar langandauernde, ... letztlich aber prinzipiell lösbare und für den gesellschaftlichen Veränderungsprozeß unabdingbare Kampfaufgabe.« (Beling/Scholz, 215f.)

Ich möchte bezweifeln, daß die *spw*-Rubrik »Analysen« der richtige Ort für die Wiedergabe dieser Gedankengänge ist. Denn *erstens* beschränkt sich die »Analyse« der bisherigen Entwicklung der SPD auf die Wiedergabe altbekannter Standardformeln; *zweitens* führt dies in der Abschätzung der politischen Perspektiven zu einem klaren Voluntarismus, d.h. es wird nicht gefragt, wie sich die SPD in Zukunft real entwickeln wird, sondern nur dargestellt, wie sie sich nach Auffassung der Marxisten gefälligst zu entwickeln hätte. *Drittens*

* Detlev Albers: Unsere Aufgaben nach dem 6. März. In: *spw* 19, Juni 1983, S.209ff.

** Günter Beling und Olaf Scholz: Nach dem Scheitern des »Godesberger Weges«. In: ebd., S.213ff.

ist man schließlich schon gewohnt, daß die Rede von der konsequent-sozialistischen Transformation der Sozialdemokratie als prinzipiell lösbarer Kampfaufgabe, mit der die Kluft zwischen real existierender und vorgestellter SPD überbrückt werden soll, überhaupt keiner analytischen Begründung bedarf — entweder man glaubt es, oder man glaubt es nicht. Aber wohlgemerkt: Ich will mit diesen Bemerkungen nicht die vielen wichtigen Hinweise — insbesondere im Artikel von Albers (z.B. auf das »Sozialistische Projekt« der Franzosen, auf die Neuformulierung des SPD-Grundsatzprogramms) — abkanzeln, sondern deutlich darauf hinweisen, daß sie bei weitem nicht ausreichen, um das historische Phänomen des sozialdemokratischen Reformismus in seiner realen Entwicklung angemessen zu erfassen.

II

Um nun diese Kritik positiv zu wenden, will ich zunächst meine Grundannahmen verdeutlichen:

1. Wenn ich von Sozialdemokratie spreche, dann nicht als einer organisatorischen Form, hinter der sich alles mögliche verbergen kann, sondern von einem Reformismus, der sich historisch als Grundstruktur der Sozialdemokratie sowohl national als auch international herausgebildet hat. Mit dem Hinweis auf die historisch gewachsene Grundstruktur möchte ich mich in zwei Richtungen absetzen: a) gegenüber ahistorisch-objektivistischen Ableitungen der Sozialdemokratie aus den kapitalistischen Grundstrukturen bzw. ihnen entsprechenden objektiven Bewußtseinsformen, für die sozialdemokratische Politik auf immer und ewig in reformistischen Grenzen befangen bleibt; b) gegenüber politizistisch-voluntaristischen Auffassungen, in denen der sozialdemokratische Reformismus als Verirrung und strategische Fehlentscheidung interpretiert wird, der gegenüber die Marxisten als Retter der Arbeiterbewegung gelten müssen.

2. Man muß sich also auch von Vorstellungen lösen, die — wie der objektivistische Ansatz — die Entwicklung des Reformismus als einen Reflex auf die Kapitalbewegung begreifen oder aber — wie im voluntaristischen Ansatz — diese Entwicklung als Resultat eines Spiels äußerer Kräfte (bürgerliche versus marxistische, fortschrittliche Massenbewegungen versus herrschende Klasse) ansehen. In beiden Fällen werden bestimmte Rahmenbedingungen reformistischer Politik in einer Weise verabsolutiert, daß dem Reformismus prinzipiell die Fähigkeit abgesprochen werden muß, eigenständige politisch-gesellschaftliche »Projekte« zu entwickeln. Dieses Denkmuster, wonach der Reformismus hoffnungslos dazu verdammt sei, sich entweder der bürgerlichen Hegemonie zu unterwerfen oder in einen revolutionär-sozialistischen Kontext überzugehen, muß endgültig über Bord geworfen werden.

3. Der Reformismus der Sozialdemokratie ist also mehr als eine aus der ökonomischen Basis ableitbare politische Erscheinung, mehr als ein bürgerlich-sozialistischer Bastard, der durch das Einwirken diverser politischer und sozialer Kräfte von links und rechts, oben und unten strukturiert wird. Er hat vielmehr in der bürgerlichen Gesellschaft eine *eigene* Geschichte — mit spezifischen Entwicklungsetappen, die dem jeweiligen Entwicklungsstand der bürgerlichen Gesellschaft entsprechen und durch die Tendenz gekennzeichnet sind, in je spezifischer Weise ökonomische, soziale, politische wie auch ideologische und kulturelle Elemente zu einem reformistischen »Projekt« zu verdichten. Es kommt daher darauf an, die darin steckende *historische* Logik in der Entwicklung der reformistischen Sozialdemokratie zu erfassen, um sich heutigen und zukünftigen Entwicklungen der SPD analytisch annähern zu können.

4. In der Entwicklung der internationalen Sozialdemokratie kann — abgesehen von ihrer national sehr differenzierten »archaischen« Phase — eine Unterscheidung getroffen werden zwischen einer *klassisch-reformistischen* und einer *keynesianisch-reformistischen* Etappe, wobei als Bruchpunkt die große Weltwirtschaftskrise Ende der zwanziger bzw. Anfang der dreißiger Jahre angesehen werden muß. Während der klassische Reformismus sowohl strategisch (Arbeitsteilung Gewerkschaften — Partei) als auch in seiner entwickeltesten Programmatik (Wirtschaftsdemokratie — politische Demokratie) in der Sphärenentrennung von Politik/Staat (bzw. ihren »Spielregeln«) und Ökonomie/Markt (bzw. ihren »Spielregeln«) verharrte — und insofern auch ökonomietheoretisch »klassisch« war! —, ist der keynesianische Reformismus durch das »Projekt« gekennzeichnet, auf der Grundlage miteinander verflochtener ökonomischer, gesellschaftlicher und politischer Strukturen *und* Prozesse eine »Einschreibung« der Arbeiterbewegung in die Strukturen der bürgerlichen Gesellschaft zu erreichen, ihr den sozialdemokratischen Stempel aufzudrücken. Die angestrebte hegemoniale Stellung beruhte auf der »Verantwortung« für den Gesamtzusammenhang der bürgerlichen Gesellschaft, wodurch zugleich andere soziale Schichten und Individuen angesprochen wurden; keynesianische Wirtschaftssteuerung; »liberaler« bzw. »gesellschaftlicher« Korporatismus, »welfare state«, Volksparteikonzept stehen als Stichworte für dieses »Projekt«.

III

Entscheidend ist nun, den Übergang zum keynesianischen Reformismus (in der BRD: der »Godesberger Weg«) nicht als Verirrung oder Fehlentscheidung abzutun, sondern die historische und konzeptionelle Rationalität dieses Vorgangs zu erfassen. Für eine solche Rationalität sprechen m.E. zumindest zwei Faktoren: *Einerseits* war der klassische, noch stark vom »Marxismus« Hilferdings und Kautskys geprägte Reformismus außerstande, die notwendige Dynamik zu entwickeln, um auf den tiefgreifenden Strukturwandel der bürgerlichen Gesellschaft reagieren zu können und als politisch gestaltende Kraft hegemoniefähig zu werden. Die Hilflosigkeit gegenüber der Weltwirtschaftskrise und ihren Auswirkungen (s. beispielhaft die wirtschaftspolitische Debatte in SPD und ADGB Anfang der dreißiger Jahre) signalisierten seine historische Überfälligkeit, nicht nur an revolutionären, sondern auch an reformistischen Maßstäben gemessen. *Andererseits* läßt sich nun vor allem am schwedischen Beispiel zeigen, wie über einen keynesianischen Reformismus diese Herausforderung angenommen und eine tiefe »Einschreibung« der Arbeiterbewegung, ihrer Organisationen und ihres Gedankengutes ins Werk gesetzt werden konnte.

Hieran, aber auch an anderen Beispielen läßt sich zeigen, daß der Reformismus also sehr wohl zu eigenständigen Projekten in der Lage ist (die freilich den Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft nicht verlassen). Insofern war der mit einer gewissen historischen Verspätung durchgeführte Bruch der SPD mit dem klassischen, »marxistisch« geprägten zugunsten eines keynesianischen, am schwedischen Vorbild orientierten Reformismus ein durchaus in der Entwicklungslogik der reformistischen Arbeiterbewegung liegender und nicht von vornherein aussichtsloser Vorgang (das eigentliche Problem war m.E. die durch Faschismus und Restauration verschuldete »Verspätung« der SPD gegenüber anderen Sozialdemokratien). Nebenbei bemerkt: Ich möchte nicht den Eindruck einer historischen Alternativlosigkeit erwecken; man muß aber sehen, daß sich auf marxistischer Seite erst sehr spät ein Pendant zum keynesianischen Reformismus — in Form der SMK-Theorie — entwickelte, dessen Wirksamkeit in der BRD zweifellos durch allgemein bekannte Faktoren (Antikommunismus etc., etc.) drastisch eingeschränkt war (dieser Gedankengang setzt

voraus, daß man keynesianischen Reformismus und den Marxismus der SMK-Theorie derselben Entwicklungsstufe der bürgerlichen Gesellschaft zuordnet).

IV

Wenn man nun heute von einem Scheitern der westdeutschen Sozialdemokratie sprechen muß, dann nicht nur anhand eines »revolutionär-marxistischen« Maßstabs (denn war sie danach nicht schon immer gescheitert?), sondern auch und gerade an ihrem eigenen Maßstab, d.h. am Maßstab eines Reformismus der schwedischen (aber auch österreichischen) Sozialdemokratie! Meine These lautet, daß *in diesem Sinne* die SPD nicht wegen »Godesberg«, wegen ihrer Abweichung vom sozialistischen Tugendpfad gescheitert ist, sondern weil es ihr nicht gelungen ist, einen einigermaßen konsistenten Reformismus zu konzipieren und vor allem zu praktizieren. Ich halte es mithin für falsch, so zu tun, als sei von vornherein eine sogenannte konsequent sozialistische Politik für die SPD die einzig erfolgversprechende Alternative gewesen. Ich habe eher den Eindruck, daß die sozialistische Linke die Dimensionen des »Godesberger Weges« im Zusammenhang mit der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft nicht ausreichend erfaßt hat und von daher dem modernen Reformismus ziemlich begriffslos gegenübersteht bzw. in objektivistischen und voluntaristischen Manövern »ihr Glück« versuchte.

Hieraus sind nun zwei Schlußfolgerungen zu ziehen: Erstens ist die sozialliberale bzw. sozialdemokratische Politik der letzten 15 Jahre vor diesem Hintergrund einer unvoreingenommenen Analyse zu unterziehen und darüber die Frage zu klären, warum es der SPD nicht gelungen ist, sich so fest in die Strukturen der bürgerlichen Gesellschaft einzuschreiben wie etwa die schwedische oder österreichische Sozialdemokratie. Die meisten traditionellen Kritikpunkte marxistischer Sozialdemokraten am sozialliberalen Reformismus können hier herangezogen werden, sind aber noch zu verkoppeln mit einer systematischen Reformpolitikanalyse, einer Untersuchung der Entwicklung keynesianischer, korporatistischer und wohlfahrtsstaatlicher Strukturen sowie ihrer Rückwirkung auf die privaten Lebenssphären, kulturellen Praxen, Denkmuster und Wertvorstellungen der Gesellschaftsmitglieder. Gramsci ist zwar auch in der BRD-Linken in aller Munde, seine »Anwendung« auf die westdeutsche Arbeiterbewegung und ihren sozialdemokratischen Reformismus steht aber noch aus (während Chr. Buci-Glucksmann und G. Therborn im »Fall Schweden« einen sehr interessanten Versuch gewagt haben, vgl. ihr Buch »Der sozialdemokratische Staat«, Hamburg 1982).

Zweitens muß man — erst recht angesichts der auf absehbare Zeit anhaltenden Schwäche marxistischer Kräfte in der SPD! — davon ausgehen, daß sich der Reformismus nach seiner eigenen Entwicklungslogik verändern wird und nicht nach den Wunschvorstellungen der marxistischen Linken (natürlich wird diese Entwicklung durch die verschiedensten Faktoren von außen und innen modifiziert und gebrochen, in »reiner« Form gibt es sie nicht). Wollen Marxisten ihre Eingriffsmöglichkeiten in der Sozialdemokratie auf nicht-voluntaristische Weise bestimmen, so müssen sie sich dieser Entwicklungslogik vergewissern und, ausgehend von der gegenwärtigen Situation, eine nüchterne Prognose der sozialdemokratischen Zukunft erstellen.

V

Die Sozialdemokratie steht heute — nach dem 6. März — nicht vor der Entscheidungsfrage, ob sie die *Herforder Thesen* übernimmt oder den »Godesberger Weg« fortsetzt, damit der bürgerlichen Hegemonie erliegt und hoffnungslos dahinsiecht. Wer mehr über die

wirkliche Zukunft der SPD erfahren will, sollte sich vielmehr das im Februar 1982 erschienene Diskussionspapier der Grundwertekommission beim Parteivorstand »Die Arbeiterbewegung und der Wandel gesellschaftlichen Bewußtseins und Verhaltens« zu Gemüte führen! Viele Anzeichen deuten nämlich daraufhin, daß »Godesberg« so oder so eine immer geringere Rolle für die Weiterentwicklung der SPD spielen wird. Allerdings bahnt sich danach offenbar keine marxistische Renaissance in der Sozialdemokratie an, sondern etwas ganz anderes: *Die in der weiteren Diskussion zu überprüfende Hypothese lautet, daß nach dem Übergang vom klassischen zum keynesianischen Reformismus sich ein neuerlicher Etappenwechsel in der Geschichte der Sozialdemokratie anbahnt, ein Übergang in ein drittes, gewissermaßen post-keynesianisches Stadium des Reformismus.* Die dazugehörenden Überlegungen lauten wie folgt:

Wir befinden uns in der Tat am Ende einer bestimmten Entwicklungsphase, in der a) über keynesianischen Staatsinterventionismus, korporatistische Strukturen, bürokratischen Wohlfahrtsstaat etc. ein Arrangement zwischen Arbeiterbewegung, »neuen Mittelschichten«, sozialdemokratisch geführtem Staat und monopolkapitalistischer Herrschaft bis zu einem gewissen Punkt aufgebaut werden konnte; in der sich b) aber ebenso wichtige Strukturveränderungen in den persönlichen Lebenssphären der Menschen, in der individuellen und kollektiven Konsumtion, im Verhältnis von Produktions- und Reproduktionsbereich, in den kulturellen Praxen und ideologischen Wertvorstellungen der Gesellschaftsmitglieder parallel vollzogen; und in der schließlich c) die verschiedenen Momente zunehmend miteinander kollidierten — einerseits in den Strukturen des Arrangements selbst (vor allem über Klassenauseinandersetzen), andererseits als Konflikt zwischen »neuen«, nicht direkt klassenbestimmten Bedürfnissen und den Strukturen des reformistisch-monopolkapitalistischen Arrangements. Tatsächlich war es nicht nur das Monopolkapital, das über seine politisch-ideologischen Agenturen das Ende des keynesianischen Reformismus vorbereitete, sondern ebenso waren es die sogenannten neuen sozialen Bewegungen, die — obwohl gewissermaßen Produkt der Sozialdemokratie — diesen Entwicklungstypus sozialdemokratischer Politik in Frage stellten.

Mir scheint, daß sich gleichzeitig mit der Krise des alten ein neuer Typ von Reformismus in Elementarform herausbilden konnte, zunächst außerhalb, dann in immer größeren Bereichen der Sozialdemokratie selbst: ein Typ, den man in seiner rudimentären, unentwickelten Form als »alternativen« oder »Öko«-Reformismus bezeichnen könnte (ohne daß mich diese Begriffswahl zufriedenstellt). In dieser Form ist für ihn entscheidend die Akzentsetzung auf die Entfaltung des persönlichen Individuums und seiner Selbsttätigkeit als Mittel und Zweck gesellschaftlicher Emanzipation bei Relativierung klassenmäßig bestimmter, ökonomiezentrierter und staatsfixierter Konstellationen, die bislang — in unterschiedlicher Gewichtung — im Mittelpunkt reformistischer Projektbildungen und Strategien standen. Im Mittelpunkt steht der Zusammenhang von persönlichen Lebenssphären auf der einen und Staat/Ökonomie auf der anderen Seite (also nicht mehr der Zusammenhang *zwischen* Staat und Ökonomie). Diese Verschiebung des reformistischen Problemfeldes ist aber ein Produkt des keynesianischen Reformismus der Arbeiterbewegung, insofern er einerseits mit einer bedeutsamen Erweiterung des persönlichen Lebensspielraums der Individuen (vor allem im »Reproduktionsbereich«) verbunden war und diese Erweiterung andererseits mit den für ihn typischen Strukturen kollidierte.

Dieser Typ des Reformismus artikulierte sich in den sogenannten neuen sozialen Bewegungen und bei den Grünen noch häufig in bornierter, nicht hegemoniefähiger Form. Die Formulierungen der Grundwertekommission wie auch die gegenwärtigen Umdenkungs-

prozesse in der SPD können m.E. als Indizien dafür angesehen werden, daß sich über die Sozialdemokratie ein neues reformistisches Projekt herauszubilden beginnt, in dem die strukturellen Veränderungen der kapitalistischen Akkumulationsbewegung, die Vertretung der »traditionellen« Interessen der Arbeiterbewegung und die Bewältigung der oben angedeuteten neuen Problemlagen miteinander in Einklang gebracht werden sollen — und zwar im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft. Eine sich in diesem Zusammenhang abzeichnende Linie ist, die »Modernisierung der Volkswirtschaft«, die Verkürzung der Arbeitszeit und die Weiterentwicklung des persönlichen Lebensspielraums der Individuen miteinander zu verbinden. Ein weiterer Aspekt ist der Versuch, das Konzept der Volkspartei mit Blick auf die sogenannten neuen sozialen Bewegungen und die dahinterstehenden Interessen- und Bedürfnislagen neu zu formulieren. Richtig ist daran in der Tat, daß nur diejenige Kraft wird hegemoniefähig werden können, die der wachsenden Bedeutung nicht unmittelbar klassenspezifischer, sondern durch den Reproduktionsbereich, persönliche Lebenssphären jenseits der Ökonomie, kulturelle Praxen usw. bestimmter Interessenlagen und Wertorientierungen Rechnung trägt. Die SPD tut dies in zunehmendem Maße — aber eben in ihrem reformistischen Kontext und nicht in dem von den Marxisten für richtig gehaltenen. (Zur Diskussion der Entwicklungsperspektiven der SPD *in dem hier skizzierten Zusammenhang* vgl. V. Gransow und C. Offe: Politische Kultur und sozialdemokratische Regierungspolitik, in: *Das Argument* 128, 1981, S.551ff.; M. Jäger: Integrationskrise der SPD — Acht Thesen, in: *Das Argument* 135, 1982, S.688ff.; J. Raschke: Jenseits der Volkspartei, in: *Das Argument* 137, 1983, S.54ff.)

VI

Unsere Aufgabe ist es, diese Hypothese zu überprüfen, zu prüfen also, ob sich aus dem Niedergang des keynesianischen Reformismus und der Vielzahl neuer Elemente reformistischer Praxis ein sozialdemokratischer Reformismus »neuen Typs« herausbildet. Dies schließt natürlich eine polit-ökonomische Abschätzung der Erfolgsaussichten eines solchen »Projekts« ein. Dazu nur so viel: Ich sehe nicht, daß sich der Kapitalismus bzw. die herrschende Klasse nicht auch auf die von den »neuen sozialen Bewegungen« artikulierten Bedürfnisse und Forderungen ökonomisch wie politisch einstellen könnte. Ich stelle hier also zusätzlich die Hypothese auf, daß das Monopolkapital im Prinzip flexibel genug ist, um die Überlebensfähigkeit eines solchen Typs von Reformismus zu »gewährleisten«. Dieser dürfte demnach konzipiert sein als ein Arrangement, das sowohl Teilen der herrschenden Klasse (insbesondere »fortgeschrittener« Kapitalfraktionen) als auch Teilen der »neuen sozialen Bewegungen« eine Perspektive im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft bietet.

Es fällt mir zugegebenermaßen schwer, aus diesen Überlegungen schon Konsequenzen für marxistische Sozialdemokraten abzuleiten. Es ging mir zunächst nur um den Grundsatz: Marxisten haben zuerst die wahrscheinliche reale Entwicklung zu prognostizieren und auf dieser Grundlage ihre Politik zu bestimmen, statt die gewünschte Entwicklung an die Stelle der realen zu setzen (dies ändert sich erst, wenn marxistische Kräfte selbst eine entscheidende gesellschaftsgestaltende Kraft werden). Wird meine Hypothese im Grundsatz bejaht, können folgende Konsequenzen zumindest angedeutet werden: Um nicht wie beim Übergang vom klassischen zum keynesianischen Reformismus aufgerieben zu werden, kommt es für die Marxisten (insbesondere natürlich in der SPD) darauf an, mit der Entwicklung der Sozialdemokratie »Schritt zu halten«, wenn nicht sogar einen konzeptionellen »Vorsprung« zu entwickeln (dies würde z.B. eine Überprüfung der *Herforder*

Thesen und ihrer Angemessenheit für die angebrochene neue Entwicklungsphase einschließen). Dadurch erhöht sich auf der einen Seite die produktive Bedeutung eigenständiger Diskussionszusammenhänge von Marxisten/Linkssozialisten innerhalb und außerhalb der SPD, d.h. die Bedeutung ihres produktiven Zusammenwirkens ungeachtet ihrer theoretisch-geschichtlichen Herkunft und organisationspolitischen Perspektiven. Auf der anderen Seite gilt es deutlich zu machen, daß der Marxismus zwar notwendigerweise in Verbindung mit einer revolutionären Praxis steht, aber auch wichtige Beiträge zur Neuformulierung eines reformistischen »Projekts« liefern kann, ohne darin aufzugehen. Diese Überlegung könnte — um die Anregung von Detlev Albers aufzugreifen — konkretisiert werden in der Frage, wie man zur Neuformulierung eines sozialdemokratischen Grundsatzprogramms steht.

IMSF - MSB - Masch - (Marburg)

MARXISTISCHE WOCHE '83

9. bis 14. Oktober 1983 in Marburg

Arbeiterklasse und Intelligenz Kampfbedingungen in den 80er Jahren

Themen

Kern der Arbeiterklasse, Geschichte, Stellung, Perspektiven
Arbeiterbewegung und Intelligenz
Historischer Materialismus und Kultur
Globale ökologische Krise und Friedenskampf
Frauenbewegung
Marxismus und Politiktheorie

Referenten

Klaus Pickshaus, Dr. Robert Steigerwald, Prof. Dr. Hans Heinz Holz,
Dr. Heidi Knake-Werner, Dr. Heike Flessner,
Prof. Dr. Susanne Schunter-Kleemann, Prof. Dr. Frank Deppe u.a.

Weitere Veranstaltungen und Diskussionen im Rahmenprogramm

Tagungsbeitrag DM 50; mit Übernachtung DM 100.

Anmeldung und weitere Informationen bei

Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF)
6000 Frankfurt/M., Liebigstraße 6, Telefon 0611/72 49 14

Ein neues Programm als Konsequenz der Wahlniederlage?

Zur beginnenden Diskussion um ein neues Grundsatzprogramm der SPD

I

Seit dem Scheitern der sozialliberalen Koalition und verstärkt nach der Wahlniederlage der SPD am 6. März mehren sich die Stimmen, die für eine neue Grundsatzprogrammdiskussion in der SPD eintreten. Bereits in der Schlußphase der sozialliberalen Koalition griffen die starken innerparteilichen Auseinandersetzungen um die sozialdemokratische Regierungspolitik auf die programmatische Ebene über. Die Löwenthal-Thesen vom November 1981, vordergründig die Frage der Integrationsbreite der Partei und das Verhältnis der SPD zu den Grünen und Alternativen thematisierend, waren ein Versuch, in der tiefen Identitätskrise, in die die Sozialdemokratie durch die Politik der Aufrüstung und des Sozialabbaues geraten war, die Position der Partei in sozialliberal-systemstabilisierendem Sinne programmatisch festzuschreiben, die SPD als »Partei der demokratischen und sozialen Fortentwicklung der arbeitsteiligen Industriegesellschaft«¹ zu definieren.

Aber nicht nur vom äußerst rechten Flügel der Partei kamen Anstöße zu einer Programmdebatte. Der Münchener Parteitag vom April 1982 beauftragte den Parteivorstand und die Grundwertekommission mit einem Bericht über die Veränderungen, die seit Verabschiedung des Godesberger Programms vor nunmehr fast 25 Jahren eingetreten seien. Im August 1982 forderte Peter Glotz eine Fortschreibung des Godesberger Programms: »Das Godesberger Programm war eine bedeutende und auf der Höhe der damaligen Zeit befindliche Zeitanalyse. Aber das Jahr 1982 ist natürlich nicht das Jahr 1959. (...) Wir brauchen auch eine neue Theorie des Wohlfahrtsstaates.« Sicherlich war sein Bestreben, »eine Theorie der Sozialpolitik, die auf die heutigen Probleme bezogen ist«, da die bisherige »Art von Sozialpolitik ... unter dem Problemdruck der 80er Jahre nicht einfach fortzuschreiben« sei,² zum wichtigsten programmatischen Defizit der SPD zu erklären, auch der aktuelle und durchsichtige Versuch, mitten in der »Haushaltsoperation '83« die Theorie der Partei der Praxis der von ihr betriebenen Sparpolitik anzupassen³ (und damit die Sozialstaatskonzeption, die seit Weimar die Praxis und seit Godesberg auch den programmatischen Kern sozialdemokratischer Interessenvertretungspolitik ausmacht, dem prokapitalistischen Krisenmanagement zu opfern), doch darf diese Zielsetzung, die bei Glotz und Strasser seit langem im modischen Anknüpfen an alternative Selbsthilfemodelle zu finden ist,⁴ nicht nur als tagespolitisch motivierte Legitimation des sozialdemokratischen Regierungshandelns, sondern auch als Versuch konzeptioneller Revision der Grundsatzprogrammatische der Partei gesehen werden.

Nach dem Verlust der Regierungsmacht meldeten sich Brandt, Glotz, Löwenthal, de With, Strasser, von Oertzen und Eppler mit Forderungen für eine Überarbeitung des Godesberger Programms zu Wort.⁵ Die Grundwertekommission will im Frühherbst dieses Jahres ein Papier mit Vorschlägen, was am Grundsatzprogramm geändert werden müsse, vorlegen.

Bemerkenswert an dieser Vorgeschichte einer möglichen Programmdiskussion ist dreierlei:

Erstens: Die Debatte ist vom rechten, integrationistischen Parteiflügel — in seinen unterschiedlichen Schattierungen von Löwenthal bis Brandt und Glotz — begonnen worden,

der bislang das Godesberger Programm immer »als nicht zur Disposition stehend«⁶ kanonisiert hat.

Zweitens: Bislang verläuft diese Debatte weitgehend ohne Beteiligung der Parteibasis und keinesfalls auf deren Druck hin. Weder die Forderung nach einem neuen Grundsatzzprogramm noch auch nur nach einer gründlichen Analyse der Ursachen des Scheiterns der sozialliberalen Politik ist bis jetzt von relevanteren Teilen der Parteigliederungen erhoben worden. Dieses Fehlen einer kritischen Aufarbeitung des Abwirtschafens der Partei ist das Erstaunlichste an der inneren Entwicklung der SPD seit Oktober 1982.

Drittens: Die Debatte um ein neues Programm ist schon vor dem Scheitern der Koalition begonnen worden, und zwar hauptsächlich von denjenigen, die dieses Scheitern (und die vorhergehende Zerrüttung der Partei) zu verantworten haben. Ursächlich für diese Diskussion waren also nicht etwa Lernprozesse, die die Partei mit der in der Konsequenz selbstzerstörerischen Politik des Integrationismus in der Krise gemacht hat.

Es ergeben sich einige wichtige Fragen: Welche Intentionen verfolgen Parteiführung und Parteirechte mit einer Programmdebatte »von oben« zu diesem Zeitpunkt? Welche gesellschaftlichen und innerparteilichen Gründe veranlassen sie dazu? Wohin zielen die Vorstellungen für eine Programmüberarbeitung seitens der integrationistischen Kräfte und seitens der — sich in die beginnende Diskussion einschaltenden — Vertreter des reformistischen Flügels? Beginnen wir mit dem Letzteren:

II

Aus den bis jetzt eher spärlichen Hinweisen auf die inhaltlichen Veränderungen, die am Godesberger Programm vorgenommen werden sollen, lassen sich die thematischen Bereiche ablesen, die offenbar von Vertretern beider Parteiflügel als wichtig für eine Neuformulierung des Programms angesehen werden: »die Weiterentwicklung des alten sozialdemokratischen Themas Umweltschutz zu einer ökologischen Politik«⁷, die Zurücknahme der »Wachstumseuphorie« des Godesberger Programms, die »Definition von Fortschritt«, die Sozialpolitik, die Rolle der Frau in der Gesellschaft, die »Dritte-Welt-Problematik«, schließlich wird es »auch für die programmatischen Aussagen zur Sicherheitspolitik ... neue Überlegungen geben müssen«⁸.

Daß bei dieser Programmdiskussion die Grundsatzentscheidung von Godesberg für ein integrationistisches Politikkonzept⁹, begründet aus ethischen Grundwerten, nicht in Frage gestellt werden soll, betont Willy Brandt häufig: »Godesberg gilt weiter. Hier ist die geistige Kraft unserer Partei neu gefordert, ohne daß die Aufgabe, politische Perspektive zu entwickeln, uns weg von Godesberg führen darf. Die Grundwerte und Grundforderungen unseres Programms sind heute so gültig wie vor 25 Jahren.«¹⁰ Dies gilt besonders für die Auffassung, »daß sich die Marktwirtschaft als Ordnungsprinzip, gerade auch im Vergleich mit den Staatswirtschaften, eindeutig behauptet hat«¹¹.

Bei stärkerer Betonung der — auch bisher im Godesberger Programm ja vorhandenen — reformerischen Akzente scheint auch Peter von Oertzen diese Grundlage zu akzeptieren: »Wer glaubt, daß im Zuge dieses Entwicklungsprozesses die sozialdemokratische Partei auf sozialistische Positionen 'zurückkehren' könnte, die sie übrigens niemals in ihrer Geschichte innegehabt hat, der hängt Illusionen nach. Was man erwarten könnte, wäre eine deutlichere Bestimmung dessen, was einer demokratischen und sozialen Reformpartei breiter Arbeitnehmerschichten im Spätkapitalismus möglich ist.«¹²

Da die grundsätzliche Orientierung auf eine Politik des in der Marktwirtschaft Möglichen nicht preisgegeben werden soll, werden sich die neuen Programmpunkte im wesentli-

chen auf Einzelfragen beschränken, die von den Themen der »neuen sozialen Bewegungen« bestimmt werden, wobei die Auseinandersetzung darüber entbrennen wird, wieweit den Forderungen der Ökologie- und Frauenbewegung entgegengekommen werden soll. Während in diesen Fragen beim gegenwärtigen Kräfteverhältnis in der Partei, besonders wegen der relativen Stärke der ökoreformistischen Strömung, noch fortschrittliche Veränderungen der Programmatik zu erwarten sind (bei allen Gefahren, die von Nullwachstums-Theoretikern und von Bestrebungen ausgehen, »Fortschritt« künftig entsprechend der Krisenrealität ausschließlich nicht-materiell zu definieren), so wird eine Programmrevision im Bereich der Sozialpolitik sich wohl eindeutig gegen die Interessen der abhängig Beschäftigten richten: »Die sozialen Sicherungssysteme sind auf eine andere als die jetzige Wachstumsrate eingestellt und können deswegen nicht in allen ihren Elementen gehalten werden.«¹³ Die Position des Bundesgeschäftsführers Glotz unterstützt Peter von Oertzen, wobei er die in Einzelaspekten nicht unberechtigte Kritik der Alternativen an inhumanen Zügen der Sozialstaatsverwaltung geschickt aufgreift: »Dieses System des bürokratischen, paternalistischen Sozialstaats ist an der Grenze seiner Finanzierbarkeit angekommen und ist in dieser Form nicht mehr auszuweiten und ohne Kürzungen nicht mehr aufrechtzuerhalten.«¹⁴ Vom rechten Parteiflügel, für den Eugen Glombig diese Forderungen propagiert¹⁵, bis zum reformistischen Teil der Partei, dessen Vertreter Johano Strasser diese Diskussion 1979 mit seinem Buch »Grenzen des Sozialstaats?« eröffnete, herrscht offensichtlich Einigkeit (wenn auch aus teils unterschiedlichen Begründungen), die Theorie des Sozialstaats der Realität der Krise und der kapitalorientierten Sparpolitik anzupassen, eine theoretische Untermauerung des Sozialabbaus vorzunehmen.

Auch bei einer Neuformulierung der Sicherheitspolitik im Grundsatzprogramm sind Bedenken anzumelden. Die Überführung der aktuellen, möglicherweise das Überleben der Menschheit bestimmenden Auseinandersetzungen um die konkrete Frage der Stationierung US-amerikanischer Erstschlagswaffen in eine allgemeine Programmdiskussion um Sicherheitspolitik und Landesverteidigung kann die Intention beinhalten, die innerparteiliche Opposition von einer konkreten Handlungsorientierung gegen die »Nachrüstung« zugunsten einer abstrakten (und daher folgenlosen) Theoriedebatte um allgemeine Grundsätze sozialdemokratischer Verteidigungspolitik abzubringen und damit die innerparteilichen Auseinandersetzungen zu pazifizieren. Der Magdeburger Parteitag von 1929, wo es der Parteiführung gelang, statt über die Panzerkreuzeraffäre über allgemeine »Richtlinien zur Wehrpolitik« abstimmen zu lassen¹⁶, kann da als warnendes Beispiel dienen. — Aus den gegenwärtigen Präliminarien der Programmdebatte und unter Berücksichtigung sowohl der theoretischen Positionen in der Partei als auch des innerparteilichen Kräfteverhältnisses kann man — mit aller Vorsicht, die die Unentwickeltheit dieser Diskussion bislang gebietet — für die Inhalte der geplanten Programmenerneuerung vermuten, daß das vom dominanten integrationistischen Parteiflügel und von wichtigen Vertretern der reformistischen Strömung angestrebte Ergebnis ein in der grundlegenden Marktwirtschaftsorientierung festgeschriebenes, um ökologische und emanzipatorische Forderungen ergänzt und in der Sozialpolitik nach rechts revidiertes Godesberger Programm sein wird.¹⁷

III

Die Analyse der angestrebten und zu erwartenden Inhalte der Programmrevision wirft auch Licht auf die Gründe und Intentionen, die die Parteiführung jetzt zu dieser Programmdiskussion veranlassen. Mir erscheinen drei Aspekte wichtig:

Erstens zielt die Aufnahme ökologischer und emanzipatorischer Forderungen eindeutig auf die Integration der »neuen sozialen Bewegungen«, der Ökologie-, Anti-AKW- und Frauenbewegung. Eine ähnliche Absicht gegenüber der Friedensbewegung kann sich in der Neuformulierung der Verteidigungspolitik zeigen.

Diese Integrationsabsicht, die mit programmatischen Deklarationen in der Opposition natürlich ungleich billiger zu verfolgen ist als mit realen Veränderungen in der eigenen Regierungspolitik (weshalb alle Integrationsversuche in der Zeit der SPD-geführten Bundesregierung an den täglichen Erfahrungen mit deren Politik scheitern mußten), wird von Vertretern des rechten Parteiflügels mit Hinweis auf die gelungene Integration von Teilen der Studentenbewegung nach 1968 ständig als staatspolitische Aufgabe der SPD propagiert. Reformistische Teile der Partei verfolgen zwar ein im Ergebnis ähnliches Ziel organisatorischer Integration dieser Bewegungen, knüpfen aber daran die Hoffnung auf eine Veränderung der Partei und auf eine Stärkung der eigenen Position, wie sie nach 1968 durch das Hereinströmen kritischer Potentiale tatsächlich erfolgte, was wiederum den rechtesten Teil der Partei veranlaßte, diesen Integrationsbemühungen mit Mißtrauen und Ablehnung zu begegnen. Die Löwenthal-Thesen sind Ausdruck dieser Ablehnung.

Welche Hoffnungen und Perspektiven die Konservativen mit der Integrationskraft der SPD gegenüber systemkritischem grünem und alternativem Störpotential verbinden, zeigt eine Betrachtung des Kieler Politologen Werner Kaltefleiter:

»Der ... Preis, den die SPD für dieses Umwerben der Grünen zu zahlen hat, ist, daß sie den Mehrheitskonsens der politischen Mitte verspielt. (...) Kurzfristig gibt es für die SPD keine Lösung aus diesem Dilemma. Mit der Entscheidung für das Umwerben der Grünen und Alternativen leistet sie zunächst einen Beitrag zur Stabilisierung des deutschen Parteiensystems. Aber diese Integration der Grünen kann nicht von heute auf morgen geschehen. Es reicht nicht aus, daß die Grünen und Alternativen wieder aus den Parlamenten verschwinden, sondern sie müssen so stabil in die SPD zurückgeführt werden, daß die Partei sich wieder der politischen Mitte öffnen kann, ohne sofort an die linke Peripherie zu verlieren. Das kann lange dauern. Herbert Wehner sprach von fünfzehn Jahren.«¹⁸

Dieses Konzept ist deutlich: Die SPD möge sich — um den Preis langanhaltender Mehrheits- und Regierungsunfähigkeit — so weit nach links öffnen, daß sie das »unruhige Segment einer modernen Industriegesellschaft«¹⁹ aufzusaugen vermag. Ist diese Integration dauerhaft gelungen, kann und soll sich die Partei wieder nach rechts (zur »politischen Mitte« hin) bewegen, um dann wieder regierungswürdig zu werden. Sozialdemokraten, die ihre Integrationsaufgabe als Dienst an der Systemstabilität erfüllen wollen, sollten allerdings nicht übersehen, daß sie dies — zumindest im Kalkül der Rechten (die damit zwei Ziele zugleich erreichen will: die Unschädlichmachung der Grün-Alternativen und die Verhinderung einer erneuten SPD-Regierung) — mit dem Fernbleiben von der Regierung für eine lange Periode bezahlen sollen. Allerdings haben rechte Sozialdemokraten in der deutschen Geschichte schon größere Opfer gebracht, wenn es das Systemerhaltungsinteresse erheischte.

Zweitens soll die »von oben« begonnene Programmdebatte die Aufarbeitung des Scheiterns rechtssozialdemokratischer Politik in der Krise, wie es in der Regierungspolitik und in der von ihr bewirkten Zerrüttung des sozialdemokratischen Masseneinflusses und der Parteiorganisation²⁰ deutlich geworden ist, durch die Basis verhindern oder doch in die ungefährlicheren Bahnen einer theoretischen Diskussion über künftige Politik lenken. Da die Parteiführung hierbei die Initiative ergriffen hat, vermag sie Inhalte und Zielsetzung dieser Programmdiskussion weitgehend selbst zu setzen und zu kontrollieren. Es wäre ab-

wegig, zu vermuten, daß sie dabei eine gründliche Kritik ihres eigenen, für die Niederlagen der Partei ursächlichen Kurses intendierte. Eine kontrollierte und begrenzte Programmreform »von oben«, um möglichen Vorstößen für eine Kurskorrektur »von unten« zuvorzukommen; theoretische Zugeständnisse an die öko-reformistische Strömung zum Zweck auch der innerparteilichen Integration; die Beschäftigung der Partei auf Jahre hinaus mit einer abstrakten Programmdebatte, die (da sie erfahrungsgemäß hauptsächlich von der Linken geführt wird) die innerparteiliche Opposition jahrelang einbindet und von der praktischen Durchsetzung ihrer Positionen abhält, — dieses Konzept kann hinter den überraschenden Initiativen gerade des integrationistischen Parteiflügels für eine Neuformulierung des Grundsatzprogramms stehen.

In der jüngsten Geschichte der SPD sind bereits einmal nach ähnlichem Muster, beim Orientierungsrahmen '85, weitergehende politische Forderungen durch eine ausgedehnte Programmdebatte kanalisiert und schließlich gegenstandslos gemacht worden.²¹

Drittens: Neben der Integration der »neuen sozialen Bewegungen« und dem Versuch, die innerparteiliche Auseinandersetzung zu kanalisieren, kann die Programmdebatte zu diesem Zeitpunkt ein Weiteres leisten: Surrogat für reale Veränderungen in der praktischen Politik zu sein.

Es wurde bereits auf die schnelle Bereitschaft der teilweise erneuerten SPD-Führung zur Modifikation bisheriger Positionen nach dem Ende der sozialliberalen Koalition, insbesondere nach den Märzwahlen, hingewiesen. Mit Blick auf die Umwelt- und die Friedensbewegung und mit Rücksicht auf den innerparteilichen Druck wurde die Kernkraftoption der früheren Bundesregierung weitgehend aufgegeben, rückt die SPD täglich weiter von dem — von ihr in München 1982 noch bestätigten — NATO-Doppelbeschluß ab, kritisiert sie in scharfen Worten die von der CDU/FDP-Regierung betriebene Wirtschafts- und Haushaltspolitik, die die Sozialabbaumaßnahmen und die Steuerentlastung der Unternehmen der sozialliberalen Sparpolitik nur verschärft fortsetzt. Die Geschwindigkeit, mit der die Partei diese Positionsänderungen vollzieht, verleitet zu Illusionen über die Kraft und den Einfluß der innerparteilichen Opposition. Dieser Positionswandel ist zum Teil der Oppositionsrolle und ihren Möglichkeiten zu folgenloser verbaler Radikalität zu danken. Er ist überdies keineswegs in der Partei strukturell und personell abgesichert. Es sind größtenteils dieselben Mandatsträger und Funktionäre, die den Schmidt-Kurs bis zuletzt, bis zum Oktober verkündeten. Ein innerparteilicher Machtwechsel hat nicht stattgefunden, sieht man von der Bedeutungsminderung des äußersten rechten Teils der Bundestagsfraktion ab.

Untersucht man die Praxis der Partei und mißt sie an den öffentlich bekundeten neuen Positionen, so wird man genügend Widersprüche finden, die Zweifel an der Konsequenz und Dauerhaftigkeit dieses Positionswandels nähren: So haben beispielsweise weder die SPD-geführten Landesregierungen ihre krisenverschärfende Sparpolitik zugunsten beschäftigungswirksamer Investitionsprogramme aufgegeben, noch ist die Haltung der Parteiführung zur Friedensbewegung eindeutig. Ein prinzipielles Nein der Parteiführung zur Raketenstationierung steht jedenfalls noch aus, ihre Bereitschaft, sich mit einer quantitativ reduzierten Raketenauflistung (oder dem Verzicht auf Pershing II bei Stationierung der Cruise Missiles) abzufinden, muß aus ihren bisherigen Stellungnahmen gefolgert werden.

Die bislang erfolgten Veränderungen in der Politik der SPD, die — das sei nochmals betont — wesentlich auf den wachsenden Druck aus der Parteibasis und aus den außerparlamentarischen Bewegungen zurückgehen, sollen hier in ihrer positiven Bedeutung (auch

hinsichtlich ihrer stärkenden Rückwirkung auf diese Bewegungen und die SPD-Linke) nicht unterschätzt werden, doch soll vor Illusionen über die bisherige Reichweite und die Unumkehrbarkeit dieses Wandels gewarnt werden.

Bevor ein grundsätzlicher Positionswechsel in den wichtigsten kurz- und mittelfristigen Fragen der *praktischen Politik* hin zu einem konsequenten Widerstand gegen die Raketenstationierung, zu einer alternativen Wirtschafts- und Sozialpolitik und einer aktiven Unterstützung der gewerkschaftlichen Abwehrkämpfe gegen Krisenfolgen und Rationalisierungseffekte dauerhaft erkämpft worden ist, birgt jede »von oben« aufgesetzte Programmdiskussion die Gefahr an, die Stelle des Kampfes um die Veränderung der realen sozialdemokratischen Politik in den relevantesten gesellschaftlichen Bereichen die Durchsetzung von Programmkorrekturen auf dem Papier zu setzen.

IV

Die Inhalte und Gefahren einer Grundsatzprogrammdiskussion in der Sozialdemokratie zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind offenkundig. Da verwundert es, daß auch ein Vertreter der marxistischen SPD-Linken, Detlev Albers, diese Debatte fordert²² und rät, »die Linke sollte ... auf die Notwendigkeit wie die Chancen eines Vorhabens verweisen, daß man, ähnlich wie dies vor einigen Jahren die französischen Genossen taten, als die Ausarbeitung eines 'Sozialistischen Projekts' bezeichnen könnte«²³. Die Partei, die für die Interessen des Arbeiterlagers und für die der »neuen sozialen Bewegungen« eintreten müsse, könne niemals wieder hegemoniefähig werden »ohne die Wiederentdeckung, Wiederaneignung einer systemüberwindenden sozialistischen Perspektive als ihr ureigenes, neue Bündnisse ermöglichendes Terrain.«²⁴

Detlev Albers begründet seinen Vorschlag mit der »politischen Zäsur« des 6. März: »Fragwürdig geworden, weil an der Realität längst vor dem Wählerverhalten vom 6. März gescheitert, ist ein jahrzehntelang befolgtes und verinnerlichtes Grundverständnis sozialdemokratischer Politik.«²⁵ Oppositionsfähig »oder schlechthin politikfähig« könne die Partei nur werden, wenn sie nicht nur in den zentralen Arbeitsfeldern Frieden und Wirtschaftspolitik einen einschneidenden Kurswechsel vollziehe, sondern auch jetzt in »ausführlichen, demokratisch geführten Diskussionen ein neues, gemeinsam getragenes Grundsatzprogramm« erarbeite.²⁶ Allerdings könne auch das »beste Parteiprogramm den täglichen politischen Kampf um sozialen Fortschritt nicht ersetzen, sondern lediglich erleichtern.«²⁷

Es erscheint notwendig, auf diesen Vorschlag näher einzugehen, von dem ich meine, daß er für die marxistischen Kräfte in der SPD gegenwärtig irreführend und falsch ist.

Erstens: Nicht das Godesberger Programm ist die Ursache der gegenwärtigen Krise der Partei, sondern — wie Albers richtig bemerkt — ein jahrzehntelang befolgtes Grundverständnis rechtssozialdemokratischer Politik, dessen Kern das Konzept einer sozialen Ausgestaltung der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung ist. Die Aufrechterhaltung und Optimierung des kapitalistischen Reproduktionsprozesses, in dessen Rahmen eine schrittweise Verbesserung der Lage der abhängig Arbeitenden nur als möglich angesehen wird, ist in der Praxis seit mehr als 60 Jahren eigentliches Ziel integrationistischer Politik, wenngleich es erst in Godesberg programmatisch verankert wurde. Diese Konzeption erlaubt in Zeiten prosperierender Konjunktur reformerische Fortschritte für die Werktätigen, die die Wähler- und Mitgliedschaft der Partei bilden. In ökonomischen Krisensituationen gerät rechtssozialdemokratisches Regierungshandeln in ein auswegloses Dilemma: An die Stelle der Verteilung von Zuwächsen an die Arbeiterklasse tritt, vom Kapital energisch gefor-

dert, eine Krisenlösungsstrategie des Lohn- und Sozialabbaus, der forcierten Kapitalförderung und der Aufrüstung. Dieser Kurs untergräbt aber die Integrationskraft rechtssozialdemokratischer Politik (deretwegen sie anfänglich in der Krise auch die Unterstützung von Teilen des Kapitals erhält) und führt zur Zerrüttung des Masseneinflusses der Partei. Ist dieser Zustand erreicht, verliert die Sozialdemokratie die Regierungsmacht, sowohl durch Manöver des Kapitals, das die um ihre aktuelle Integrationskraft gegenüber der Arbeiterklasse gebrachte Partei nicht mehr benötigt, als auch durch wachsende innerparteiliche Auseinandersetzungen. Diesen Verlauf sozialdemokratischer Politik in der Krise können wir 1928-30 und 1980-82 beispielhaft verfolgen.

Es handelt sich um ein Grundmuster integrationistischer *und* reformistischer Politik, weitgehend unabhängig davon, welches Programm gerade gültig ist.²⁸ Eine Programmrevision alleine kann dieses Grundmuster nicht durchbrechen. Sie würde höchstens den vor Godesberg bestehenden Doppelcharakter der Partei, bei integrationistischer Praxis ein reformistisches Programm zu haben, wiederherstellen.²⁹ Eine Veränderung der *gesamten* Politik ist vonnöten, und die kann nur über einen Wandel sozialdemokratischen *Handelns* eingeleitet werden.

Zweitens: Alle Veränderungen von Parteiprogrammen der Arbeiterbewegung — sei es nach links oder nach rechts — waren das Ergebnis von vorangegangenen Veränderungen der realen Politik. Die Linkswendung von Erfurt 1891, die programmatische Durchsetzung des Marxismus in der deutschen Arbeiterbewegung, war nur möglich vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit dem Sozialistengesetz und der von ihm hervorgerufenen Veränderungen in der praktischen, revolutionären Politik der Sozialdemokratie. Umgekehrt war Godesberg nur das Produkt der langjährigen Dominanz integrationistischer Politik in der Praxis der Partei. Dem — natürlich theoriegeleiteten — Wandel der Praxis folgt die Veränderung des Programms (wenn diese tatsächlich Bedeutung haben soll und nicht allein taktischen Interessen — siehe Magdeburger Wehrprogramm — dient), nicht umgekehrt!

Deshalb kann für die marxistische Linke jetzt nicht eine Programmdebatte vorrangig sein, sondern der energische Kampf um einen Kurswechsel der Partei in den konkreten Fragen der Rüstungs-, der Umwelt- und der Krisenbekämpfungspolitik. Läßt sich hier ein Positionswandel erkämpfen, so sind reale Voraussetzungen für eine nicht-integrationistische Programmrevision gegeben, zumal wir in alle Auseinandersetzungen um die mittel- und kurzfristigen Probleme unsere sozialistischen Positionen einzubringen vermögen.

Drittens: Detlev Albers schätzt das Kräfteverhältnis in der Partei völlig falsch ein. Von einem »sozialistischen Projekt« nach französischem Vorbild kann angesichts der fortdauernden Dominanz des integrationistischen Flügels in der SPD doch nicht ernsthaft geredet werden, wenn man nicht lediglich Papiere für das Archiv verfassen will. Und die Ansicht, es sei »kaum zu erwarten, daß irgendeine der innerparteilichen Strömungen ihre Vorstellungen ohne Abstriche durchsetzen kann«³⁰, mag berechtigt sein, doch was der rechte Flügel in partieller Zusammenarbeit mit reformistischen Kräften um Strasser und von Oertzen — bei allen »Abstrichen« — gegenwärtig durchzusetzen vermag, sollte ausreichen, uns die Ergebnisse einer Programmdebatte nachhaltig zu verleiden. Oben ist versucht worden, diese zu erwartenden Ergebnisse zu skizzieren.³¹ Aber wenn man sich bereits in der Rolle nicht der »mühsam tolerierten Minderheit, sondern als eigentliche Träger« einer erneuerten SPD versteht³², mag die realistische Einschätzung des innerparteilichen Kräfteverhältnisses schwerfallen.

Viertens: Albers befürwortet die Programmdebatte auch unter den Aspekten der Inte-

gration der »neuen sozialen Bewegungen« und der innerparteilichen Integration: »Denn wo, wenn nicht hier, im Herausarbeiten einer konkreten sozialistischen Perspektive, erschließt sich für die Partei ein vergleichbar wichtiges, mit ihrer historischen Identität auf das engste verbundene Gelände, um verlorenen Boden in Richtung ihrer Stammwählerschaft aus dem Arbeitnehmerbereich wie gleichermaßen gegenüber den 'neuen sozialen Bewegungen' wieder wettzumachen?«³³ schreibt er in der »Neuen Gesellschaft« und spricht etwas später davon, daß die Partei »an ihre Stelle [gemeint sind die »neuen sozialen Bewegungen«, d. Verf.] treten können« soll.³⁴ Die Bereitschaft, mit der hier der Programmrevision die Funktion der Integration der Friedens-, Frauen- und Umweltbewegung zugemessen wird, ist ebenso erstaunlich wie die Aussage, die Entwicklung eines neuen SPD-Programms diene nicht zuletzt dem »Erfordernis, die Grundwerte und -ziele der Partei wieder zu einer Zusammenhalt stiftenden Kraft werden zu lassen.«³⁵ Diese Argumentation gerät objektiv in eine gefährliche Nähe zu den integrativen Intentionen, die die Parteiführung mit ihren Verstößen für eine Programmdiskussion verfolgt. Denn die Integration der »neuen sozialen Bewegungen« durch ein neues Programm würde, falls sie gelänge, den Außendruck für eine fortschrittliche Veränderung der sozialdemokratischen Politik vermindern und den Spielraum der SPD-Linken einschränken — was soll ausge-rechnet uns daran gelegen sein? Und nicht der Zusammenhalt der verschiedenen, antagonis-tischen Strömungen, sondern nur wachsende Differenzierung in der Partei kann den Boden bereiten, auf dem ein realer Wandel sozialdemokratischer Politik durch eine Stär-kung der Linken sich vollziehen kann.

V

Die Warnung vor einer allgemeinen Programmdiskussion in der SPD zum jetzigen Zeit-punkt bedeutet natürlich nicht eine Absage an theoretische Anstrengungen der marxisti-schen Linken.

So sehr auch der Kampf um eine praktische Wende sozialdemokratischer Politik im Vordergrund stehen muß, so sehr benötigen wir — zunächst in unseren eigenen Reihen — die ständige und genaue Analyse der Kampfbedingungen und -perspektiven. So sind bei-spielsweise die Untersuchung des Verlaufs und der Auswirkungen der Krise, mit all ihren Folgen für die Lebenssituation und das Bewußtsein der Arbeiterklasse, für die gewerk-schaftlichen Handlungsspielräume und Konzepte, für Veränderungen im politischen Sys-tem, die genaue Analyse der Kapitalstrategien und der ökonomischen und technolog-ischen Entwicklungstendenzen die unerläßliche Vorbedingung für die Formulierung mittel-wie langfristiger alternativer, sozialistischer Krisenbekämpfungsstrategien, die von uns in die aktuellen Auseinandersetzungen auf dem Felde der Wirtschafts- und Sozialpolitik ein-gebracht werden müssen. Nur mit einer solchen handlungsorientierten Theoriearbeit, die nicht für abstrakte Debatten um Programme und Sozialismusmodelle, sondern immer wieder für die konkreten Kämpfe — sei es um den Erhalt des Friedens, sei es um die Ab-wehr der Krisenlasten — das Rüstzeug liefert, können wir auch in unserer Partei zur Wie-derbelebung von Klassenbewußtsein beitragen und die Position der Linken stärken. Wir werden die Diskussion um ein neues SPD-Grundsatzprogramm, die nun — »von oben« initiert — anläuft, nicht verhindern können, aber wir sollten uns von ihr nicht von unse-rer eigentlichen jetzt anstehenden Aufgabe ablenken lassen, eine Wende in der realen Poli-tik zu erkämpfen. Und dafür gilt die so häufig zitierte (und dennoch so häufig mißachtete) Bemerkung von Karl Marx nach wie vor: »Jeder Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend Programme.«³⁶

Anmerkungen

- 1 R. Löwenthal: Identität und Zukunft der SPD. In: Die Neue Gesellschaft, H.12, 1981, S.1085-1089, hier: S.1089.
- 2 P. Glotz: »Ich bin kein Doktor Eisenbart der SPD«. Interview. In: Vorwärts vom 12.8.1982, S.6.
- 3 Vgl. P. Glotz: Wohlfahrtsstaat, Fiskalpolitik und Wachstum. Bemerkungen zum Haushalt '83. In: Die Neue Gesellschaft, H. 7, 1982, S.614-616.
- 4 Vgl. J. Strasser: Grenzen des Sozialstaats? Frankfurt/M., Köln 1979.
- 5 Vgl. G. Japs: »Godesberg kritisch abklopfen«. SPD beginnt Diskussion über Fortschreibung ihres Grundsatzprogramms von 1959. In: Vorwärts vom 26.5.1983, S.7.
- 6 Zehn-Punkte-Erklärung Willy Brandts vom 2. April 1974. In: Vorwärts vom 4.4.1974. Vgl. dazu auch die Rede Brandts vom November 1974 zum 15. Jahrestag des Godesberger Programms, W. Brandt: Godesberg geht es um die menschliche Gestaltung der Gesellschaft. In: Zum Auftrag des Godesberger Programms der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Reihe Theorie und Grundwerte, hrsg. vom Vorstand der SPD, Bonn o.J. [1975] , S.3-17. In seiner Gedenkrede zum 20. Jahrestag des Godesberger Programms am 14. November 1979 heißt es noch ausdrücklich: »Die SPD braucht für einen jetzt überschaubaren Zeitraum kein neues Grundsatzprogramm« — W. Brandt: Godesberg nicht verspielen! Reihe Theorie und Grundwerte, hrsg. vom Vorstand der SPD, Bonn o.J. [1979] , S.4.
- 7 P. Glotz: »Ich bin kein Doktor Eisenbart der SPD«, a.a.O.
- 8 G. Japs, a.a.O.
- 9 Zur Definition des Integrationismus vgl. H.-G. Hofschien und E. Ott: Die SPD nach 1959. Wandlung und innere Differenzierung sozialdemokratischer Politik. In: J. v. Freyberg u.a., Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1863-1975, 2. Aufl., Köln 1977, S.364-429, hier: S.365.
- 10 W. Brandt: Klare Perspektive für die neunziger Jahre. In: Sozialdemokrat Magazin, H.5, 1983, S.3.
- 11 W. Brandt, zit. n. G. Japs, a.a.O.
- 12 P. v. Oertzen, in: Sozialismus. Januar 1983.
- 13 P. Glotz: »Ich bin kein Doktor Eisenbart der SPD«, a.a.O. Die großbürgerliche FAZ lobte diese »vorsichtige Mahnung« eines »klugen Mannes« in einem Leitartikel. Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10.8.1982, S.1.
- 14 P. v. Oertzen, zit. n., G. Japs, a.a.O.
- 15 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 18.8.1982
- 16 Vgl. J. Harrer: Die Sozialdemokratie in Novemberrevolution und Weimarer Republik. In: J. v. Freyberg u.a., a.a.O., S. 65-179, hier: S. 147f.
- 17 Diese These wird durch die bisherigen Arbeiten der Grundwertekommission belegt. Vgl. Grundwerte in einer gefährdeten Welt. Vorgelegt von der Grundwerte-Kommission beim SPD-Parteivorstand, Reihe Theorie und Grundwerte, hrsg. v. Vorstand der SPD, Bonn o.J. [1977] ; sowie: Die Arbeiterbewegung und der Wandel gesellschaftlichen Bewusstseins und Verhaltens. Ein Diskussionspapier der Kommission Grundwerte beim SPD-Parteivorstand, Februar 1982, Reihe Theorie und Grundwerte, hrsg. v. Vorstand der SPD, Bonn o.J. [1982] . Die Veröffentlichungen der Grundwertekommission, die von E. Eppler zusammen mit R. Löwenthal und H. Rapp geleitet wird und in der — mit Ausnahme der marxistischen Linken — das ganze Spektrum der Partei vertreten ist (bei Überrepräsentanz reformistischer Kräfte), zeigen sehr deutlich das Bemühen, bei fortdauernder Option für eine kapitalistische Gesellschaftsstruktur ökologische Probleme sowie »neue Formen und Grundimpulse gesellschaftlich-politischen Verhaltens« (Die Arbeiterbewegung und der Wandel..., a.a.O., S.11) zu thematisieren.
- 18 W. Kaltefleiter in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zum »Parlament«, Folge 14, 1983, zit. n. Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 11.5.1983.

- 19 Ebd.
- 20 Ausführlich belegt dies: R. Eckert: Die Krise der SPD. Frankfurt/M. 1982, der allerdings zu zweifelhaften Wertungen über Charakter und Perspektiven sozialdemokratischer Politik kommt.
- 21 Vgl. Ökonomisch-politischer Orientierungsrahmen für die Jahre 1975-1985, hrsg. v. Vorstand der SPD, Bonn o.J. Zum ersten Entwurf vgl.: H.-G. Hofschien und E. Ott: Zur Einschätzung des Langzeitprogramm-Entwurfs der SPD, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H.3, 1973. Zum »OR '85« vgl.: W. Hecker: Zum Orientierungsrahmen '85 der SPD. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, H.7, 1975; sowie: D. Albers, K. Neumann und K. Wand (Hrsg.): Orientierungsrahmen ohne Alternative? Zur Diskussion um Alternativen sozialdemokratischer Politik. Berlin-West 1976.
- 22 D. Albers: Unsere Aufgabe nach dem 6. März. In: spw. Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft, H.19, Juni 1983, S.209-212, und: ders.: Der 6. März 1983, seine Ursachen und Folgen. In: Die Neue Gesellschaft, H.5, 1983, S.459-463.
- 23 D. Albers: Unsere Aufgaben ..., a.a.O., S.212.
- 24 Ebd.
- 25 Ebd. S.209. Seltsamerweise meint Albers in seinem Artikel in der Neuen Gesellschaft, das Godesberger Programm habe in der Phase 1969-72 »in einem akzeptablen, deshalb mehrheitsfähigen Verhältnis zu den vordringlichen gesellschaftlichen Problemen wie den auf ihre Lösung gerichteten Erwartungen der Bevölkerung, zumindest des Arbeitnehmerlagers« gestanden (D. Albers: Der 6. März 1983 ..., a.a.O., S.460). Seine Grundgedanken habe man als Regierungspartei zielstrebig zu verwirklichen gesucht. Erst in der Krise 1974/75 sei zu beobachten gewesen, »wie sich jetzt die Realität gesellschaftlicher Widersprüche und der Horizont sozialdemokratischer Lösungsversuche auseinanderentwickeln.« (Ebd., S.461) Solche eklatant widersprüchliche Beurteilung des Godesberger Programms in den beiden — gleichzeitig erschienenen — Aufsätzen mag den unterschiedlichen Publikationsorten geschuldet sein.
- 26 Ebd.
- 27 Ebd.
- 28 Die gegenwärtigen wirtschafts-, sozial- und rüstungspolitischen Maßnahmen der sozialistischen Regierung Frankreichs lassen, wenn sie in dieser Richtung fortgesetzt werden, einen ähnlichen Verlauf fürchten.
- 29 Vgl. J. Harrer: Zur Typologie und Definition sozialdemokratischer Politik, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H.6, 1974.
- 30 D. Albers: Unsere Aufgaben ..., a.a.O., S.212.
- 31 Siehe Abschnitt II dieses Aufsatzes. Allerdings meint auch Albers, »daß auf das Godesberger Programm keine Neuauflage des Erfurter Programms folgen kann, ja nicht einmal folgen sollte« (Unsere Aufgaben ..., a.a.O., S.212) — was immer auch mit dem letzten Halbsatz gemeint sein soll.
- 32 D. Albers, Unsere Aufgaben ...a.a.O., S.210.
- 33 ders.: Der 6. März 1983 ..., a.a.O., S.462
- 34 Ebd.
- 35 Ebd., S.463.
- 36 K. Marx: Brief an Wilhelm Bracke. In: K. Marx, F. Engels, Werke, Bd.19, Berlin (DDR) 1973, S.13.

Norbert Ahrens (FDCL*)

Wie ein Land ruiniert wird: Das Lehrstück Chile

Bilanz nach 10 Jahren Militär-Diktatur

4. März 1973. Bei den Parlamentswahlen, die nahezu in der Mitte seiner verfassungsmäßigen Amtszeit liegen, erreichte Allendes Koalition der Volkseinheit — *Unidad Popular (UP)* — 43,1% der Stimmen. Das sind 6,7% mehr als bei den Präsidentschaftswahlen von 1970, aus der Allende mit der relativen Mehrheit von 36,4% als Sieger hervorging. Nie zuvor in der Geschichte Chiles hat die Parteigruppierung des Präsidenten bei den Parlamentswahlen deutlich mehr Stimmen erhalten als bei den Präsidentschaftswahlen. Das erklärte Wahlziel der Rechten (bestehend aus der Nationalpartei und der Mehrheit der Christdemokraten), eine parlamentarische Zweidrittelmehrheit zu erringen, um damit Allende auf verfassungsmäßigem Weg zu stürzen, ist klar gescheitert.

Bereits einige Tage vor den Parlamentswahlen zieht einer der Führer der extremen Rechten, Roberto Thieme, Mitglied der paramilitärischen faschistischen Organisation »Patria y Libertad« (Vaterland und Freiheit) in einem Interview die Schlußfolgerung aus der zu erwartenden Wahlniederlage — gemessen am eindeutigen Wahlziel — als er erklärt, die »liberale Demokratie« werde am Wahltag sterben und eine Lösung sei dann von den »traditionellen Parteien« nicht mehr zu erwarten, sie könne einzig und allein von den Streitkräften kommen.

Die »Lösung« kam mit dem Militärputsch vom 11. September 1973.

Die unmittelbare Auswirkung des Putsches

Obleich sich der Putsch in den spannungsgeladenen Monaten von März bis September 1973 ankündigte — am 29. Juni fand eine Art Generalprobe, der »Tacnazo« (benannt nach dem Regiment Tacna) statt, um die Reaktionen der Öffentlichkeit zu testen —, glaubten selbst sehr gut informierte Chile-Kenner bis zuletzt nicht an die Möglichkeit eines Militärputsches. Es war aber weniger die damals von den bürgerlichen Medien immer wieder und allzu gern verbreitete Ansicht, die chilenischen Militärs seien ihrer verfassungsmäßig gewählten Regierung gegenüber absolut loyal, Chile sei gewissermaßen das Preußen Südamerikas, als vielmehr die Haltung, daß eben nicht sein kann, was nicht sein darf, die hinter dieser verhängnisvollen Fehleinschätzung stand.

Der chilenische Militärputsch vom 11. September 1973 kam jedenfalls für die Mehrheit der europäischen Linken völlig überraschend. Daß er mit mindestens 20000 Toten in den ersten Wochen, mit der Verhaftung, Folterung und Ausweisung von hunderttausenden von Chilenern der bis dahin grausamste Putsch in der an Staatsstreich gewiß nicht armen lateinamerikanischen Geschichte sein würde, war eine drastische Bestätigung dieser Fehleinschätzung. Sie machte auf brutale Weise deutlich, daß auch die chilenischen Militärs nicht ein loyales Instrument in der Hand einer demokratisch gewählten Regierung, sondern der verlängerte Arm der ökonomisch Herrschenden waren. Solange diese ihre Inter-

* Das Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e. V. (FDCL) ging aus der Chile-Solidaritätsbewegung hervor. Heute ist es die größte öffentlich zugängliche, nicht-staatliche Lateinamerika-Informationsquelle im deutschsprachigen Raum, zu der seit 1979 auch ein umfangreiches Fotoarchiv gehört.

essen halbwegs durch eine parlamentarisch-demokratische Regierung vertreten sahen, konnten die Streitkräfte sich in loyaler Zurückhaltung üben. Als aber Allende eine Politik der Umverteilung zugunsten der armen und ärmsten Bevölkerungsschichten einleitete, sah die herrschende Klasse ihre Privilegien und langfristig ihre dominierende Position in der chilenischen Gesellschaft bedroht und war bereit, verfassungsmäßige Bedenken über Bord zu werfen. Die ganze Wucht des Putsches richtete sich vor allem gegen die Gewerkschaften, gegen die politischen Parteien der UP und den MIR (»Linksrevolutionäre Bewegung«, die nicht der UP-Regierung angehörte), gegen die Mapuche-Indianer und gegen die organisierten Studenten. Sein unmittelbares Ergebnis war die völlige Zerschlagung der starken chilenischen Gewerkschaftsbewegung, deren sichtbarster Ausdruck der Dachverband der Einheitsgewerkschaft CUT war, und die de facto-Eliminierung der UP-Parteien und des MIR, der mehr noch als ein Teil der UP in den Monaten vor dem September 1973 für die Bewaffnung des Volkes eingetreten war und zum militärischen Widerstand aufgerufen hatte.

Während sich die Weltöffentlichkeit über das Ausmaß der Menschenrechtsverletzungen erregte, die aus Chile bekannt wurden, gingen die chilenischen Militärs daran, das Land — fast ungestört durch inneren Widerstand und mit zumindest stillschweigender Billigung durch die Mehrheit der bürgerlichen Mittelschichten — nach ihren Vorstellungen politisch und wirtschaftlich zu »sanieren«. Die Gewerkschaften und die linken Parteien wurden verboten, die übrigen Parteien suspendiert. Über das ganze Land wurde der Ausnahmezustand verhängt, der die individuellen Freiheitsrechte weitgehend aufhob und der bis heute alle sechs Monate regelmäßig verlängert wurde.

Der »neue Kurs«

Außer repressiver Gewaltanwendung und außer der Parole, Chile vor dem Kommunismus zu retten, die zumindest eine Zeit lang jede Art von Unterdrückung zu rechtfertigen schien, hatte die Militärjunta, in der Pinochet als der mächtigster Befehlshaber des Heeres immer mehr zum starken Mann wurde, kein fest umrissenes Konzept für die Zukunft Chiles. In den ersten Monaten nach dem Putsch ohnehin hauptsächlich mit der Repression und der Liquidierung aller Maßnahmen der UP-Regierung beschäftigt, kamen die Militärs bis Ende 1974 überhaupt nicht dazu, gezielt etwas gegen die schweren Wirtschaftsprobleme des Landes zu unternehmen, die sich im Laufe des Jahres 1974 verschärft hatten, vor allem gegen die hohe Inflationsrate, die im Oktober 1974 um rund 500% über der vom Oktober 1973 lag — und auch die war bereits um 470% höher als die vom Oktober 1972.

Das »Vaterland vor dem Kommunismus zu retten«, hieß in der Vorstellung der Militärs vor allem, zum Kapitalismus des 19. Jahrhunderts zurückzukehren, d.h. völliger Rückzug des Staates aus dem wirtschaftlichen Bereich und die Regulierung aller Probleme durch den »freien« Markt. In der neo-liberalen Schule des Wirtschaftswissenschaftlers und Nobelpreisträgers Milton Friedman aus Chicago fand Pinochet den passenden Partner für seine Pläne. Anfang 1975 ließ sich Pinochet von Milton Friedman und seinem Stab beraten. Kurze Zeit später, im April 1975, begann dann schlagartig eine ultra-liberale Wirtschaftspolitik, die einige Sektoren der chilenischen Wirtschaft in kurzer Zeit fast völlig verschwinden ließ (Textil- und Elektro-Industrie) oder total umstrukturierte (Landwirtschaft).

Gekennzeichnet ist diese von den sogenannten »Chicago-Boys« um Milton Friedman ins Leben gerufene Wirtschaftspolitik durch eine vorbehaltlose Öffnung zum Weltmarkt, durch die Privatisierung bzw. Reprivatisierung fast aller staatlichen Unternehmen, durch

den Wegfall der staatlichen Subventionen und Kreditleichterungen im Agrarbereich und durch die Privatisierung des Schul- und des Gesundheitswesens. Was dabei herauskommt, ist eine Wirtschafts- und Sozialpolitik — wenn dieser Ausdruck überhaupt noch angebracht erscheint —, welche die Reichen immer reicher und die Armen noch ärmer macht.

Einzige »Erfolge« dieser Politik der chilenischen Neoliberalen waren der Ausgleich der Zahlungsbilanz und das Erreichen einer Geldwertstabilität. Durch eine eisern durchgehaltene Geldmengenpolitik wurde die Rate der jährlichen Inflation bis 1981 von weit über 500% (1973/74) bis auf unter 10% heruntergeschraubt. Die Zahlungsbilanz wurde insbesondere durch eine zunehmende Verschuldung ausgeglichen. Diese Erfolge wurden mit einer Politik erreicht, die notwendig eine enorme Umverteilung von Reichtum und Einkommen zugunsten der Reichen einschloß. Besonders zwei große Wirtschafts-Clans, die Gruppe von Javier Vial und die Gruppe um Manuel Cruzat und Fernando Larrain, schafften es in diesen Jahren, große Bereiche der chilenischen Wirtschaft unter ihre Kontrolle zu bringen; insgesamt etwa 400 Unternehmen mit einem Kapital von etwa 4 Milliarden US-Dollar. Sie hatten sich nach dem Militärputsch über eigene Banken den Zugang zu billigen Petro-Dollar-Krediten aus dem Ausland gesichert, diese teuer weiterverliehen, aus der Differenz zusätzliche Unternehmen aufgebaut und diese mit billigeren Krediten versorgt, damit sie die Konkurrenz ausschalten konnten.

Voll zu begreifen ist die in Chile praktizierte ultraliberale Wirtschaftspolitik nur, wenn man sie als Teil einer viel umfassenderen Strategie sieht, die letztlich auf eine »neue bürgerliche Revolution«, auf eine Umwälzung der Wohlstands- und »Anspruchs«-Gesellschaft zugunsten eines völlig ungezügelter Kapitalismus im Stile des 19. Jahrhunderts hinaus will. Nicht umsonst gilt ihnen Adam Smith als der theoretische Richtpunkt. Die seit 1977 eingeleiteten sogenannten »Modernisierungen« des Gesundheitswesens, des Bildungswesens, der Sozialversicherung, der Gemeindeverwaltungen, der Arbeitsgesetzgebung usw. und die 1980 in einem zweifelhaften Plebiszit angenommene Verfassung sind denn auch Teil des Bestrebens, den Staat von allen gesellschaftlichen Einflüssen und die Wirtschaft von allen staatlichen Einflüssen freizuhalten. Der ungezügelter Kapitalismus bedarf andererseits der absoluten politischen Stabilität. Deshalb mußte die Präsidentschaft bis 1989 oder gar 1997 festgeschrieben werden. Und deshalb sind Ausnahmezustand und uneingeschränkte Repression nach wie vor feste Bestandteile des gegenwärtigen chilenischen Regierungssystems.

Beispiel Landwirtschaft

Obwohl die Auswirkungen der liberalen Wirtschaftspolitik im Industriebereich auch erheblich gewesen sind, zu mehr als 3000 Konkursen von Industrieunternehmen und zu einer Arbeitslosenquote von über 20%, unter Einbeziehung der im »Mindestbeschäftigungsprogramm« für einen wahren Hungerlohn Arbeitenden sogar von über 30% geführt haben, läßt sich am Beispiel der Landwirtschaft besonders deutlich zeigen, wem das Wirtschaftsmodell der »Chicagoer Schule« genutzt und wem es nachhaltigen Schaden zugefügt hat. Die unter dem christdemokratischen Präsidenten Frei eingeleitete und unter Allende stark forcierte Agrarreform hatte neben einer besseren Besitz- und Einkommensverteilung im Agrarbereich vor allem das Ziel, den seit 1950 feststellbaren Rückgang des Anteils an Grundnahrungsmitteln — der 14 traditionellen Produkte der chilenischen Landwirtschaft: Weizen, Hafer, Gerste, Roggen, Reis, Bohnen, Linsen, Erbsen, Kichererbsen, Kartoffeln, Mais, Raps, Sonnenblumen und Zuckerrüben — innerhalb der landwirtschaftlichen Produktion zu stoppen, die Verkaufspreise niedrig zu halten und damit die Ernährungssitua-

tion der armen und ärmsten Bevölkerungsschichten zu verbessern. Allende, der von Beruf Arzt war, räumte der Lösung des Ernährungsproblems absoluten Vorrang ein, wie auch sein Programm »Jedem chilenischen Schulkind täglich einen halben Liter Milch« zeigte. Nach dem Militärputsch gab sich die Pinochet-Junta den Anschein, die Agrarreformen der vorangegangenen Regierungen fortzusetzen und zu vollenden. Sie tat dies u.a. dadurch, daß sie die Agrarreformbehörde CORA formal bestehen ließ und auch das Agrarreformgesetz nur ganz allmählich durch verschiedene Dekrete abänderte. In Wirklichkeit hatte die neue Wirtschaftspolitik längst die Möglichkeiten der Agrarreform gekappt. Die neue Agrarpolitik der Junta stellte eine totale Kehrtwendung gegenüber der bisherigen unter Allende dar, weil auch die Landwirtschaft sich in das neoliberale Wirtschaftsmodell einzuordnen hatte. Die Folge war der abrupte Abbruch jeder staatlichen Landwirtschaftsförderung: der faktische Wegfall aller Kredite, keine technische Hilfe und keine protektionistische Vorkehrung gegen ausländische Konkurrenz. Aller Vorteile aus der Agrarreformzeit beraubt, mußten die meisten der sogenannten »parceleros«, die zwischen 1967 und 1973 durch die Agrarreform ein eigenes Stück Land erhalten hatten (zwischen 8 und 15 Hektar), bald ihren Besitz verkaufen, weil sie dem Konkurrenzdruck der Großgrundbesitzer und den kapitalkräftigen, in den Agrarsektor eindringenden Multis nicht standhalten konnten. Die Stunde des »agro-business« in Chile hatte begonnen.

Die Auswirkungen dieser neuen Situation im Hinblick auf die Ernährungslage waren verheerend. Während sich das »agro-business« unter Einsatz von viel Kapital und modernster Technologie auf die wenigen Export-Produkte konzentrierte, die auf dem Weltmarkt hohe Gewinne versprachen (Tafeltrauben, Wein, Pfirsiche, Äpfel, Zwiebeln und Knoblauch), während es die Anbaufläche und die Produktivitätsraten seit 1974 erheblich steigern konnte, gingen die Produktionsergebnisse bei den 14 traditionellen Grundnahrungsmitteln — mit Ausnahme einer wetterbedingten, außergewöhnlich guten Ernte bei Getreide 1976/77 — drastisch zurück. Die nicht zum »agro-business« zählenden landwirtschaftlichen Mittel-, Klein- und Kleinstbetriebe waren gezwungen, mit unzureichender technischer und finanzieller Ausstattung Grundnahrungsmittel zu niedrigen Erzeugerpreisen zu produzieren, während die steigenden Verbraucherpreise dem Zwischenhandel zugutekamen, der zum großen Teil in der Hand der Agro-Multis lag und liegt.

Die chilenische Landwirtschaft ist durch das Wirtschaftsmodell schwer getroffen worden. Es hat in ihr eine weitgehende Polarisierung zwischen den Vielen auf der einen Seite, die mit — in jeder Hinsicht — unzureichenden Mitteln qualitativ minderwertige Produkte für den einheimischen Markt herstellen und dabei nur ein geringes Einkommen erzielen können, und den Wenigen auf der anderen Seite stattgefunden, die für den gewinnträchtigen Weltmarkt (Tafeltrauben für die USA, Pfirsiche und Äpfel für Europa) produzieren, während Hunger und Unterernährung in Chile ein nie gekanntes Ausmaß angenommen haben.

Der vorübergehende Ausgleich der Zahlungsbilanz und die ohne Rücksicht auf die sozialen Folgen durchgepeitschte Geldmengenspolitik sind heute nicht nur als gescheitert anzusehen, sie stehen auch in unmittelbarem Zusammenhang mit der Protestwelle, die seit Mai dieses Jahres in Chile aufgebrochen ist und für Schlagzeilen in der internationalen Presse gesorgt hat. Sieht man sich die offizielle Produktionsstatistik an, so fällt auf, daß das Bruttoinlandsprodukt des Jahres 1982 um 14% gegenüber dem Vorjahr gefallen ist, die Industrieproduktion sogar um 20% und die Produktion des Baugewerbes gar um 29%. Die Arbeitslosenquote dürfte bei 30% angelangt sein. Die Reallöhne derer, die überhaupt noch Arbeit haben, sind allein 1982 um 12% gesunken. Die schon seit einiger

Zeit niedrigen Investitionen haben einen absoluten Tiefpunkt erreicht. Fast der gesamte Wert der Ausfuhren muß für den Schuldendienst aufgewendet werden, ohne daß irgend ein wesentlicher Teil dieses Kapitalzuflusses als produktive Zukunftsinvestition verwendet worden wäre. Die Gesamt-Auslandsschulden sind inzwischen auf über 21 Milliarden US-Dollar angestiegen, so daß Chile das pro Kopf der Bevölkerung am höchsten verschuldete Land der Welt ist. Die ständige Aufnahme zusätzlicher Schulden konnte jedoch nur solange gut gehen, wie eine Zufuhr immer neuer Dollars aus der internationalen Finanzwelt gesichert war. Als diese Grenze Ende 1982 erreicht wurde, brach das ganze Kreditsystem zusammen. Um einen Rest an Vertrauen bei den ausländischen Banken und den inländischen Einlegern zu wahren, sah sich die chilenische Regierung Anfang 1983 sogar gezwungen — ganz im Gegensatz zu ihren eigentlichen Maximen —, die wichtigsten Privatbanken in staatliche Regie zu übernehmen. Nur mit Mühe und dank der eifrigen Fürsprache des Internationalen Währungsfonds ist es der Junta gelungen, bei den internationalen Privatbanken eine Umschuldung der 1983 und 1984 fällig werdenden Schulden und einen neuen Kredit über 1,5 Milliarden Dollar zu erhalten.

Die Protestwelle seit Mai 1983

Was die zehnjährige Unterdrückung nicht geschafft hat, das hat die seit Anfang 1982 immer massivere Wirtschaftskrise — von den erwähnten etwas mehr als 3000 Industrieunternehmen, die seit 1973 in Chile Konkurs anmelden mußten, haben fast die Hälfte diesen Schritt 1982 getan — in relativ kurzer Zeit erreicht: die Ausweitung der Opposition gegen die Pinochet-Diktatur auf die städtischen Mittelschichten und auf weite Teile der traditionellen Rechten. So ist der eingangs erwähnte Faschistenführer Roberto Thieme längst auf Distanz zu Pinochet gegangen, so haben ehemalige Abgeordnete der Nationalpartei eine Rückkehr zur parlamentarischen Demokratie gefordert und eine öffentliche Erklärung zugunsten des Regimes abgelehnt, so hat die einflußreiche regierungsnahe Tageszeitung *El Mercurio* zum ersten Mal deutliche Kritik am Vorgehen des Regimes — im Zusammenhang mit den Demonstrationen aus Anlaß des ersten »Nationalen Protesttages« im Mai 1983 — geäußert.

Was die Armen, die Elendsviertelbewohner, die Arbeiter nie ganz vergessen haben, das erfahren heute in der Wirtschaftskrise auch die Angestellten und Techniker, die Händler und kleinen Unternehmer: daß ihre Zukunft nur im Bruch mit dem herrschenden System liegen kann und daß dieser Bruch nur möglich wird durch das Miteinander gegen die Diktatur. Die Initiative zum ersten nationalen Protesttag am 11. Mai 1983 ging von der christdemokratisch orientierten Gewerkschaft der Kupferarbeiter aus. Ihr Aufruf zum zivilen Protest fand — zur großen Überraschung aller Beteiligten und aller Beobachter — eine riesige Resonanz in allen Bevölkerungsschichten. »Weg mit Pinochet — Demokratie jetzt!« lautete die Parole der Proteste im Mai, im Juni und im Juli, die sich in sehr unterschiedlichen und phantasievollen Formen ausdrückten. Auffallend dabei ist, daß es heute zum Teil dieselben sozialen Schichten sind, die mit denselben Protestformen gegen Pinochet demonstrieren wie 1973 gegen Allende. Es sind die Hausfrauen aus den vornehmen Wohnvierteln Santiagos, die heute wie damals ihren Unmut über die Regierung durch das laute Schlagen leerer Kochtöpfe zum Ausdruck bringen. Es sind die Transportunternehmer (denen in Chile angesichts der besonderen geographisch-topographischen Gegebenheiten des Landes eine strategische Bedeutung zufällt), die heute wie damals durch ihren Boykott den Sturz der Regierung einzuleiten versuchen. Und es sind — so schmerzlich das auch manchem im Hinblick auf die Situation des Jahres 1973 erscheinen mag — die relativ

privilegierten Kupferarbeiter, die sich heute gegen das Regime stellen. — Der Unterschied zu 1973 jedoch ist der, daß es damals um den Sturz der legitimen, verfassungsmäßig gewählten Regierung ging, während heute die Beendigung einer brutalen Militärdiktatur, die das Land politisch, ökonomisch und moralisch total abgewirtschaftet hat, zur Debatte steht.

Für die internationale Öffentlichkeit ist Chile in den letzten Monaten vor allem aus zwei Gründen wieder interessant geworden: Erstens nehmen heute verstärkt die bürgerlichen und konservativen Parteien an der Oppositionsbewegung gegen die Diktatur teil und leiden daher auch mehr unter der Repression des Regimes. (Der Nachrichtenwert der Verhaftung eines führenden christdemokratischen Politikers ist wesentlich höher als der der Verschleppung, Folterung und Ermordung von Arbeitern oder Elendsviertelbewohnern.) Zweitens bietet die Ankündigung von »zivilem Widerstand«, von gewaltfreien Aktionen gegen eine bekanntermaßen gut gerüstete und nicht gerade zimperliche Militär-Diktatur in ihrer vermeintlichen David-Goliath-Perspektive genug Raum für allerlei sensationelle Spekulationen. Es ist aber sehr fraglich, ob es auf die Dauer bei friedlichen Auseinandersetzungen bleiben kann, wenn allein diese schon etliche Todesopfer auf Seiten der Demonstranten gefordert haben und das Regime keinerlei Konzessionsbereitschaft zu zeigen gewillt ist. Andererseits wäre es falsch, einen bewaffneten Aufstand à la Nicaragua oder El Salvador zu propagieren, da dafür in Chile die Voraussetzungen fehlen.

Pinochet hat mittlerweile einen ganz erheblichen Teil seiner »sozialen Basis«, die er im Bürgertum und in Finanzkreisen hatte, eingebüßt. Nach außen hin halten nur noch die Militärs zu ihm, aber auch hier gibt es offenbar keine einheitliche Linie mehr, wie die kürzlich erfolgte Ablösung des Militärbefehlshabers von Santiago bewies, dem ein zu lasches Durchgreifen bei den jüngsten Straßenprotesten vorgeworfen wurde. Es ist wahrscheinlich, daß unter Pinochets Offizieren auch bereits eine Militär-Regierung ohne Pinochet diskutiert wird. Da das chilenische Militär — im Gegensatz zu den Militärs in Uruguay und Argentinien — nicht als Institution, d.h. nicht in seiner Gesamtheit in Verschleppung, Folter und Mord verwickelt ist (das schmutzige Geschäft blieb in Chile immer Spezialeinheiten wie der Geheimpolizei vorbehalten, während in Uruguay und Argentinien buchstäblich jeder Leutnant irgendwann einmal an Folterungen oder an anderen Arten krimineller Handlungen beteiligt war), könnte es sich eher von der Vergangenheit lossagen und sogar — unter bestimmten Bedingungen — einer Rückkehr zur Institutionalisierung der Demokratie zustimmen.

Viel wird davon abhängen, wie sich das State Departement in Washington — und damit bis zu einem gewissen Grade auch die internationale Finanzwelt — in Zukunft verhält. Anlässlich der Verhaftung des inzwischen wieder freigelassenen Vorsitzenden der chilenischen Christdemokraten, Gabriel Valdés, hat die Regierung in Washington zum ersten Mal seit vielen Jahren gegen eine Maßnahme des Pinochet-Regimes öffentlich protestiert. Viele Beobachter werten das als den Anfang vom Ende der chilenischen Militär-Diktatur. Andererseits scheint die US-Regierung in absehbarer Zeit kein besonderes Interesse an einer politischen Veränderung in Chile zu haben, da sie ihre Lateinamerikapolitik stark auf die mittelamerikanische Region zu konzentrieren sucht. Wie immer auch eine chilenische Regierung nach Pinochet aussehen wird — am wahrscheinlichsten ist gegenwärtig eine Übergangsregierung, die von einer Mitte-Rechts-Koalition (mit oder ohne Militärs) gebildet werden wird —, sie wird nicht zu beneiden sein! Denn es dürfte einige Jahre, wenn nicht Jahrzehnte dauern, bis die großen Probleme Auslandsverschuldung, Arbeitslosigkeit, Hunger und Exil auf ein halbwegs »normales« Maß reduziert sein werden.

Sozialdemokratie und Technik

*»Fortschritt von Technik und Wissenschaft
bedeutet in der kapitalistischen Gesellschaft
Fortschritt in der Kunst der Schweißbaupressung.«
W.I. Lenin*

1. Technikdebatte in der SPD

Mit Eintritt der SPD in die Regierungsverantwortung begann Ende der 60er Jahre in der Bundesrepublik eine verstärkte staatliche Technologieförderung. Erklärtes Ziel der SPD war die »Modernisierung der Volkswirtschaft«, um durch rationellere Produktion die Konkurrenzfähigkeit der bundesrepublikanischen Wirtschaft auf dem Weltmarkt zu verbessern. Durch die Stabilisierung der Wirtschaft wollte man die soziale Lage der arbeitenden Bevölkerung verbessern (Vollbeschäftigung) sowie eine Reihe von gesellschaftlichen Reformen finanzieren.¹

Die Krise der kapitalistischen Wirtschaft seit Mitte der 70er Jahre zeigte jedoch, daß auch die »Modernisierung der Volkswirtschaft« keine Vollbeschäftigung sichert. Erscheinungen der Krise sind sowohl zunehmende Massenarbeitslosigkeit wie ein tiefgreifender Wandel der Produktionstechnologie. Diese Tatsache hat aber bis heute kaum zu einer kritischen Debatte in der Sozialdemokratie um das Scheitern der »Modernisierungspolitik« geführt. Erste Ansätze der Diskussion sind zwar spürbar, zeigen jedoch kaum Auswirkungen auf die praktische Politik der Partei.² Weiterführende Diskussionen in der SPD durch Eppler, Matthöfer, Traube und Strasser greifen zwar Mißstände der Technologieentwicklung auf, bewegen sich jedoch ständig innerhalb des kapitalistischen Systems. Diese Überlegungen setzen nicht am Gegensatz Lohnarbeit und Kapital an, sondern bei der Technologie und Industrie an sich.³

2. Kapitalistische Produktionsweise und Technologie

Sowohl die Modernisierer der Volkswirtschaft wie ihre Technikkritiker verkennen in ihrer Diskussion aber die sozialen Entwicklungsbedingungen von Technik und Industrie im Kapitalismus, die durch den Doppelcharakter der Produktion als Arbeits- und Verwertungsprozeß bestimmt sind. Ausgangspunkt für das Verständnis von Technik im Kapitalismus ist daher das Marx'sche Wertgesetz, nach dem sich der Wert einer Ware nach der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit bestimmt, die zu ihrer Produktion verausgabt werden muß. Dies gilt auch für die Ware Arbeitskraft. Für den Kapitalisten besteht der Gebrauchswert der Ware Arbeitskraft darin, daß die Arbeitskraft während der Arbeitszeit mehr Waren produziert, als sie zur Reproduktion ihrer Arbeitskraft benötigt. Das heißt, sie schafft einen zusätzlichen Wert, den Mehrwert, den sich der Kapitalist durch den Verkauf der Ware unentgeltlich aneignet.⁴

»Der Kapitalist kauft sowohl die Arbeitsmittel, das konstante Kapital (c), das sich aus den Arbeitsinstrumenten, dem fixen Kapital und den Rohstoffen der Ware, dem zirkulierenden Kapital, zusammensetzt, als auch die Arbeitskraft, das variable Kapital (v). In den produzierten Waren ist der Wert des im Arbeitsprozeß verschlissenen konstanten und des variablen Kapitals enthalten. Da sie aber Produkte von Arbeit sind, ist ihr Wert entsprechend der aufgewendeten Arbeitszeit größer. Der Wert der produzierten Waren setzt sich demnach zusammen aus einem

konstanten Kapitalteil (fixes und zirkulierendes Kapital) und einem variablen, plus einem Mehrwert. Den Wertzuwachs, der durch die Anwendung der Arbeitskraft zustande kommt und der beim Kauf der produzierten Waren geldlich realisiert wird, der Mehrwert (m), eignet sich der Kapitalist unentgeltlich an. Die Aneignung dieses Mehrwerts ist das für den Kapitalisten treibende Motiv, die kapitalistische Produktion in Gang zu setzen und aufrechtzuerhalten.«⁵

Bestimmender Zweck der Produktion ist eine möglichst hohe Verwertung des investierten Kapitals. Diese ist für den Kapitalisten über die Steigerung der Arbeitsproduktivität, d.h. durch eine bessere Ausnutzung der Ware Arbeitskraft, und durch die Ausdehnung des Arbeitstages möglich.

»Durch Verlängerung des Arbeitstages produzierten Mehrwert nenne ich absoluten Mehrwert; den Mehrwert dagegen, der aus Verkürzung der notwendigen Arbeitszeit ... entspringt — relativen Mehrwert.«⁶

Da die absolute Ausdehnung des Arbeitstages historisch auf physische wie soziale Schranken traf, wurde die relative Mehrwertproduktion zur vorherrschenden Ausbeutungsform der Arbeiterklasse durch das Kapital. Sie erfolgt durch technologische Innovationen:

»Die einzelne Ware kann demnach in kürzerer Zeit hergestellt werden als zuvor. Bei gleichem Aufwand für konstantes und variables Kapital werden somit mehr Waren produziert. Es sinkt damit der Wert der einzelnen produzierten Ware, während der Wert der Gesamtmenge gleichbleibt. Durch das Sinken des Werts der einzelnen Ware sinkt jedoch auch der Wert der für die Wiederherstellung der Arbeitskraft notwendigen materiellen Aufwendungen. Der Kapitalist braucht weniger Kapital aufzuwenden, um die gleiche Menge Arbeitskraft zu kaufen. Anders ausgedrückt: Bei gleichbleibender Arbeitszeit vermindert sich die Zeit, die der Arbeiter braucht, um den Wert, zu dem seine Arbeitskraft gekauft wurde, wiederherzustellen, und erhöht sich die Zeit, in der er dem Kapitalisten Mehrwert produziert. Der Ausbeutungsgrad der Arbeit wird also bei gleichbleibender Arbeitszeit erhöht.«⁷

Gesamtökonomisch resultiert das einzelkapitalistische Interesse an der Steigerung der Produktivkraft der Arbeit, und damit an der Steigerung des relativen Mehrwertes, aus dem Zwang zur Senkung der Produktionskosten vermittels der Konkurrenz.

Erreicht ein Einzelkapitalist durch Anwendung anderer, neuerer Technologien eine Steigerung der Produktivität der Arbeit, vermindert sich dadurch der individuelle Wert seiner Waren. Die Waren werden mit weniger Arbeitszeit hergestellt als im gesellschaftlichen Durchschnitt. Der Wert der Ware wird aber nach der gesellschaftlich notwendigen und nicht nach der vom Einzelkapital tatsächlich aufgewendeten Arbeitszeit bestimmt. Bei dem Verkauf dieser mit rationelleren Arbeitsmethoden gefertigten Waren zum bisherigen Wert realisiert das betreffende Kapital einen Extramehrwert. Die Steigerung der Arbeitsproduktivität bewirkt aber gleichzeitig einen höheren Warenausstoß. Der Extramehrwert ist damit nur zu erzielen, wenn das jeweilige Einzelkapital seinen Absatzmarkt ausweitet. Zu diesem Zweck verkauft es seine Waren über seinen individuellen, aber unter dem gesellschaftlich durchschnittlichen Wert, kann damit die Vergrößerung seines Marktanteiles durchsetzen und dadurch einen Extramehrwert oder Extraprofit realisieren. Mit dem Produktivitätsfortschritt eines einzelnen Kapitals vermindert sich gleichzeitig der Wert vergleichbarer Waren, die von anderen Kapitalen hergestellt werden, und damit ihr Profit.⁸

Sie sind bei »Strafe ihres Unterganges« (Marx) dazu gezwungen, ihre Produktivität ebenfalls zu steigern. Über die Konkurrenz wird das technologische Niveau aller Kapitale verallgemeinert, und die unterschiedlichen Verwertungsbedingungen, die im Profit ihren Ausdruck finden, gleichen sich wieder an. Da das einzelkapitalistische Streben nach Ex-

traprofit und die Annäherung der Profitraten sich im Kapitalismus ständig reproduzieren, nimmt gesamtökonomisch die technische Ausstattung des Kapitals zu. Immer weniger Arbeiter stehen immer größeren Produktionssystemen (Maschinen usw.) bei enormer Produktivitätssteigerung gegenüber. Marx hat aus dieser Entwicklung das Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate⁹ abgeleitet und die Notwendigkeit schwerer zyklischer Verwertungskrisen des Kapitals.¹⁰ Der Fall der Profitrate verschärft die Konkurrenz der Einzelkapitale in einen Kampf auf Leben und Tod feindlicher Brüder, der ökonomisch vorwiegend mit dem Mittel der technologischen Produktivitätssteigerung geführt wird und notwendig Überakkumulation von Kapital und damit Überproduktion und Krise zur Folge hat. Obwohl hier nicht weiter auf die marxistische Krisentheorie eingegangen werden kann, ist der hier skizzierte werttheoretische Zusammenhang die Grundlage für das Verständnis kapitalistischer Form der Produktivkraftentwicklung. Hier liegt für das Kapital das Antriebsmoment für technologische Innovationen in der Produktion bzw. der wissenschaftlich-technische Fortschritt im kapitalistischen System begründet. Es ist damit un schwer zu erkennen,

»daß die Entwicklung der Technik und der Wissenschaft im Kapitalismus nicht gesellschaftlich, nicht als selbständige, von den sozialen Bedingungen unabhängige, allein aus der akkumulierten Naturkenntnis und ihrer technischen Anwendung in der Produktion resultierende Erscheinung angesehen werden kann«¹¹.

3. Die Rolle des Staates

Mit der aus den Widersprüchen des kapitalistischen Akkumulationsprozesses in Form von Konzentration und Zentralisation resultierenden Herausbildung großer Kapitale (Monopole) wird es zunehmend schwieriger, technologische Neuerungen aus dem Einzelkapital heraus zu entwickeln. »Der Durchbruch zu grundlegend neuen Technologien und ihre Einführung in die Produktion kann zusehends nur im Rahmen großer Forschungsvorhaben erarbeitet werden, deren Unterstützung einen beträchtlichen Anteil des gesellschaftlichen Mehrprodukts benötigt und die primär die Verwirklichung der Vorhaben, nicht jedoch 'baldigen Rückfluß der investierten Mittel' anstrebt.«¹² Im Rahmen des kapitalistischen Systems ist es eine logische Konsequenz, dieses »Risiko« bei der Erforschung und Entwicklung neuer Technologien insbesondere nicht den Großkapitalen anzulasten. Der Staat wird zum finanziellen und organisatorischen Träger von Forschung und Entwicklung, die in ihren Ergebnissen aber nach wie vor weitgehend privatwirtschaftlichen Verwertungsinteressen unterliegen. Beschäftigungseffekte und Nutzung des technischen Fortschritts im Interesse der arbeitenden Bevölkerung gehen gegenüber dem Profitinteresse des Monopolkapitals unter — soweit sie überhaupt in Erwägung gezogen werden.

»Die staatliche Förderung von Forschung und Entwicklung vermag den führenden Konzernen neuen Spielraum zur Nutzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts für ihre Expansions- und Profitstrategien zu schaffen; sie trägt zur Rationalisierung der monopolistischen Produktion, zur Intensivierung der Ausbeutung der Arbeitskräftepotentiale bei. Spezielle Projekte können partiell und zeitweilig sogar der Bourgeoisie helfen, akute soziale Konflikte zu kanalisieren. Das alles aber geschieht letztlich um den Preis einer weiteren grundsätzlichen Zuspitzung des kapitalistischen Grundwiderspruchs. Im Kapitalismus dient die staatliche Förderung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts primär dem Profit und dem Herrschaftsinteresse der Monopole.«¹³

Eine dominierende Rolle spielt der Staat bei der Entwicklung von Rüstungstechnologie. Die fortschreitende Entwicklung des Kriegswesens zur Sicherung der politischen Vor-

herrschaft des Kapitalismus in der Welt hat »im Verlauf nur weniger Jahrzehnte zu einer weitgehenden Unterordnung der wissenschaftlichen Forschung, der Technologie und der Entwicklung unter militärische Bedürfnisse geführt.«¹⁴ Militärelektronik und Nukleartechnik deuten hier nur einige Forschungsgebiete an. Zwar werden Ergebnisse der Rüstungsforschung gelegentlich auch zivil genutzt, aber dies sind nur Abfallprodukte. So ist z.B. im Fall der Schockwellen, die im Panzerbereich entwickelt wurden und jetzt auch von der Medizin zur Behandlung von Nierensteinen eingesetzt werden, eine zivile Nutzung militärischer Forschungsergebnisse erfolgt. Es dürfte aber unstrittig sein, daß die medizinische Forschung weiter entwickelt wäre, wenn sie die gleichen Milliardenbeträge wie die Rüstungsforschung zur Verfügung hätte. Abgesehen davon, daß die Forschung und Entwicklung neuer Kriegstechniken eine riesige Vergeudung von Naturressourcen und einen gesellschaftlich unnützen Einsatz wissenschaftlich-technischer Intelligenz bedeutet, tragen die Forschungsergebnisse z.B. im biologischen und chemischen Bereich erheblich zur Zerstörung der natürlichen Umwelt bei. — Obwohl die Ergebnisse biologischer und chemischer Kampfmittelforschung in der Bundesrepublik noch kaum Eingang in die Diskussion gefunden haben, wird und wurde bereits andernorts (z.B. Vietnam und Kuba) eine permanente bakteriologische und chemische Kriegsführung praktiziert. Aber der Stoltzenbergskandal oder die Ereignisse um Seveso sollten uns gerade im Zusammenhang von wissenschaftlich-technischem Fortschritt und Kriegsproduktion hellhörig machen. Daß die Kapitale zur Erzielung eines Extraprofits und in ihrem imperialistischen Streben nach »Sicherheit« und Ausweitung ihres Einflußgebietes nicht haltmachen, haben zwei Weltkriege, Faschismus und zahlreiche regionale Kriege nach 1945 gezeigt.

4. Rüstungskonversion — Ansätze einer Technologiekritik

In der Bundesrepublik haben mehrere Millionen Menschen die tödlichen Gefahren dieser Rüstungsproduktion erkannt. In der Friedensbewegung setzt man sich ausführlich mit der neuen Technologie im militärischen Sektor auseinander. Ein Ansatzpunkt im Kampf gegen die bestehende Rüstungstechnologie sind in jüngster Zeit die Konversionsarbeitsgruppen, die aktive Kolleginnen und Kollegen in einigen Rüstungsbetrieben gebildet haben. In einem ersten Schritt wollen die Kollegen aufzeigen, daß mit den vorhandenen Produktionsmitteln gesellschaftlich sinnvolle Güter produziert werden können.¹⁵ Im Rahmen der kapitalistischen Produktionsweise sind der Realisierung entsprechender Alternativprodukte jedoch Grenzen gesetzt, die über den Weg Betriebsrat, Wirtschaftsausschuß und Aufsichtsrat wohl kaum überwunden werden können, weil es in keinem dieser Gremien, gemäß den bestehenden Mitbestimmungsmodellen, eine Parität oder gar Majorität der Arbeitnehmervertreter gibt. Konsequenter weitergedacht, führt die Diskussion um alternative Produktionsvorschläge von Kollegen aus Betrieben, die von Stilllegung bedroht sind (z.B. Enka-Werke Kassel), zwangsläufig zu einer Qualifikation der Arbeiter, die es ihnen ermöglicht, die Produktlinie der Betriebe selbst zu bestimmen. Sie übernehmen somit eine Aufgabe, die eigentlich die zentrale Funktion des Kapitalisten im Produktionsprozess ist, nämlich zu bestimmen, was produziert wird. Ein solcher Prozeß muß zur Hinterfragung der Rolle des Kapitalisten und seiner »Notwendigkeit« für die Aufrechterhaltung der Produktion und somit zu einer antikapitalistischen Kritik führen. Der DGB scheint vor dieser Diskussion bisher zurückzuschrecken. Sie wird in dieser Konsequenz nicht geführt. Trotzdem bieten die vielerorts eingerichteten Technologie-Arbeitskreise des DGB und seiner Einzelgewerkschaften eine Möglichkeit, diese Diskussionen auch in den DGB-Gewerkschaften stärker zu führen.

5. Alternativen zur bestehenden Technik?

5.1 Großtechnik

Ein Hauptansatzpunkt der vorherrschenden Technologiekritik auch in der Sozialdemokratie ist die Kritik an der Großtechnik in ihren verschiedenen Erscheinungsformen. Sie ist der Kern einer Technikkritik, deren zentraler Punkt die Behauptung ist, daß die Unüberschaubarkeit dieser Systeme eine gesellschaftliche Kontrolle bewußt und systematisch ausschließt.¹⁶ Den marxistischen Theoretikern wird in diesem Zusammenhang auch vorgeworfen, daß sie die Ursache dieser Probleme nicht in der Technik sehen und eine Steigerung des Wirtschaftswachstums und der Produktivität nicht grundsätzlich ablehnen. Führt man sich die Entwicklung der Nachrichtentechnik und die damit verbundenen Probleme der demokratischen Kontrolle, oder AKWs und die WAA-Frage vor Augen, oder betrachtet man gar die bewußte Produktion von Schadstoffen und Giften (z.B. Seveso) zur »Weiterverwertung« in Pflanzenschutzmitteln sowie ihre Nutzung für chemische und biologische Rüstungsproduktion, hat die oben dargestellte Argumentation einiges für sich. Übersehen wird bei dieser Betrachtungsweise aber, daß all dies im Rahmen eines kapitalistischen Gesellschaftssystem geschieht und somit Folge der kapitalistischen Nutzung der Erkenntnisse von Wissenschaft und Technik ist.

Bei jeder neuen Technik muß im einzelnen der gesellschaftliche Nutzen hinterfragt werden, um möglichen Fehlentwicklungen entgegensteuern zu können. So steht gegenwärtig sicherlich die eine oder andere Großtechnologie (z.B. AKWs) zur Disposition. Nicht zur Disposition steht hingegen die gesellschaftliche Notwendigkeit der Großtechnologie. Großtechnologie als technisches System ist ein wichtiges Glied der gesellschaftlichen Arbeitsteilung. Sie stellt ein Element des Fortschritts und der Entfaltung der Produktivkräfte dar. Die durch die Profitlogik der Kapitale entstehenden Nachteile, Unterdrückungsmechanismen und Diskriminierungen gilt es zu eliminieren. Eine prinzipielle Auflösung großtechnischer Produktionsprozesse zugunsten »kleiner Einheiten« würde in der Gesellschaft der BRD zu Versorgungskrisen, Vergeudung von Arbeitskraft und Naturressourcen sowie zunehmender Umweltverschmutzung durch die zahlenmäßige Zunahme der schadstoffproduzierenden Betriebe führen. Somit ist die Forderung nach einem Techniksystem ohne Großtechnik unsinnig. Zudem müssen mögliche Alternativen großtechnischer Produktion im Rahmen des bestehenden Techniksystems immer im Zusammenhang mit gesellschaftlichen Alternativen diskutiert werden. Solange der wissenschaftlich-technische Fortschritt als Mittel zur Profitmaximierung und zur Machtsicherung des Kapitals nach innen und außen verwendet wird, werden auch gesellschaftlich prinzipiell kontrollierbare Techniken negative Auswirkungen auf die Bevölkerung haben.

5.2 Mittlere Technologie

Ressourcenverknappung und Umweltzerstörung rufen immer mehr Kritiker an herrschender Technologieentwicklung und Wirtschaftswachstum auf den Plan. Ideologisch drückt sich dies z.B. durch die Forderung des Club of Rome nach Wohlstandsverzicht zur Durchsetzung von »Nullwachstum« aus¹⁷. Aus der Ablehnung der herrschenden Umweltpolitik entsteht eine diffuse Kritik an einer »Fetischisierung« des Wachstums in unserer Gesellschaft, die Ursache von Umweltzerstörung und Ressourcenverschwendung sein soll. Diese verengte Betrachtungsweise der Wirtschafts- und Technologiepolitik führt dazu, daß die eigentliche Ursache der »ökologischen Krise«, nämlich die Unterordnung von Gesellschaft und Natur unter die Erfordernisse der Profitwirtschaft, nicht erkannt wird. Folg-

lich steht zur Überwindung dieser »ökologischen Krise« auch nicht das kapitalistische Wirtschaftssystem zur Disposition, sondern die angewandte Technik.

Da die Großtechnik im Rahmen dieser Ideologie die Ausdrucksform allen Übels ist, fordert man an ihrer Stelle eine mittlere (sanfte, ...) Technologie zur Überwindung dieser Misere. Abgesehen davon, daß eine eindeutige Abgrenzung zwischen Großtechnik und mittlerer Technologie kaum exakt möglich ist, enthält die technologiepolitische Variante einige gravierende Denkfehler. So würde z.B. eine Zersplitterung der bestehenden Produktion Transportprobleme aufwerfen, die neben der Frage ihrer organisatorischen Durchführbarkeit auch einen zusätzlichen Verbrauch natürlicher Ressourcen (z.B. Erdölprodukte) sowie eine zusätzliche Umweltbelastung durch Abgase beinhaltet. Produzierte man hingegen nur mit den an den Standorten vorhandenen Ressourcen, so entstünden regional unterschiedliche Versorgungsdefizite, die ein enormes Sinken des Lebensstandards der Gesamtbevölkerung zur Folge hätten. Um beim ersten Beispiel zu bleiben: Es würden bei dezentraler Produktion auch zunehmend Transporte gefährlicher Stoffe erforderlich, die bei der derzeitigen Produktionstechnik gleich vor Ort verarbeitet werden können. Eine dezentrale Produktion von Schadstoffen (Abgase, Abwässer) wäre gesellschaftlich und auch technisch ungleich schwerer kontrollierbar, als es z.B. bei Großbetrieben möglich wäre. Obwohl im kapitalistischen System der Bundesrepublik im Profitinteresse des Monopolkapitals Umweltschutzaufgaben mit der »Alternative« Umweltschutz oder Arbeitsplätze unterlaufen werden, ändert das nichts an der prinzipiell besseren Kontrollierbarkeit der Schadstoffproduktion in Großbetrieben. Die Anwendung dezentraler, mittlerer Technologie würde zum einen einen ungeheuren Rückgang der Produktivität mit sich bringen, zum anderen könnten einige Produkte auf niedrigerer Technologiestufe überhaupt nicht mehr hergestellt werden. Das heißt, die Güterversorgung der Bevölkerung würde deutlich sinken. Sicherlich sind zahlreiche Einzelvorschläge zur Technologieentwicklung, die unter dem Slogan »mittlere Technologie« eingebracht werden, sinnvoll und nützlich, prinzipiell kann aber nicht die »Größe« der angewendeten Technik als Auswahlkriterium dienen.¹⁸

6. Schlußbetrachtung

»Die Entwicklung der Produktivkräfte dient im Kapitalismus der Vergrößerung des Profits. Durch Einsparung gesellschaftlicher Arbeit, durch die Verringerung notwendiger Arbeitszeit wird der privat angeeignete Anteil der geschaffenen Werte erhöht. Dem Einzelkapital wird der Profittrieb und damit die Produktivkraftentwicklung aufgeherrscht durch die Konkurrenz. Dieser Zusammenhang wird durch die Entwicklung des Kapitalismus zwar modifiziert, verliert jedoch nicht seine fundamentale Bedeutung.«¹⁹

Das Profitmotiv ist die treibende Kraft der technischen Entwicklung. Die Ursachen von Arbeitslosigkeit, Streß, Monotonie, Dequalifizierung etc. liegen nicht in der Technik, sondern in der Profitlogik des Kapitals. Somit muß diese, und nicht Technik »an sich«, in Frage gestellt werden. In der bürgerlichen Ökonomie-Theorie wird die kapitalistische Rationalisierung als neutraler und naturgesetzlicher Vorgang dargestellt, der »natürlich« auch »Sachzwänge« mit sich bringt. Die Folgen kapitalistischer Rationalisierungs- und Technologiepolitik werden dann einer »zwangsläufigen« Entwicklung zugeschrieben, die dem technischen Fortschritt innewohnt.

Für uns ist bei der Kritik an der herrschenden Technologie wichtig, daß die Handlungsmotive der Kapitale deutlich werden. Nur dann ist zu erkennen, daß eine Veränderung der technologischen Entwicklung langfristig nur durch das Brechen der Profitlogik erreicht werden kann. Für den aktuellen Kampf kommt es darauf an, Einfluß auf die Entwicklung

neuer Technologien zu nehmen und nicht etwa vorindustrielle oder »alternative« Produktionsweisen zu entwerfen. Diese technologiepolitische Einflußnahme muß auf staatlicher Ebene durch Gesetze abgesichert und somit die Technologiepolitik der Kapitalisten reglementiert werden. Die zweite Notwendigkeit auf staatlicher Ebene sind neue Zielvorgaben für Forschung und Bildung, damit gesellschaftlich sinnvolle Forschungsergebnisse nicht nur zufälliges Abfallprodukt der Rüstungsforschung sind. Im Bereich der Friedenspolitik kann die Durchsetzung der Rüstungskonversionsprojekte ein erster Schritt in Richtung Systemgrenze sein.

Anmerkungen

- 1 Siehe hierzu diverse Ausführungen von Helmut Schmidt in: Auf dem Fundament des Godesberger Programms, 2., erw. Auflage, Bonn, Bad Godesberg 1974. Insbesondere: »Anmerkungen zur Absicht eines sogenannten Langzeitprogramms«, S.96ff., sowie: »Zwischenbilanz«, S.114ff.
- 2 Aus dem Beschluß des Bundesparteitag der SPD vom 19. bis 24.4.82 in München: »Sozialdemokratische Perspektiven zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung — Arbeit für alle«, Punkt 6: »Vorausschauende Technologie- und Strukturpolitik: »Die gegenwärtige schwierige wirtschaftliche und soziale Situation verstärkt die Widerstände gegen eine Modernisierung der Volkswirtschaft durch den Einsatz neuer Technologien, die mittlerweile in allen Bereichen, angefangen von der industriellen Produktion, den Verwaltungen bis zu Teilen des öffentlichen Dienstes und den privaten Dienstleistungen, zur Anwendung kommen. Dies ist nicht zuletzt deswegen der Fall, weil von neuen Technologien — wie z.B. Mikroelektronik — eine Erhöhung des Arbeitsplatzrisikos, Intensivierung der Arbeit, Einengung der Arbeitsplatzinhalte und Nichtverwertung von Qualifikation befürchtet wird. — Solche Widerstände und Befürchtungen lassen sich nur dann überwinden, wenn den betroffenen Arbeitnehmern die individuellen und sozialen Folgen und Risiken der technischen Entwicklung erkennbar sind und wenn sie rechtzeitig bei der Entwicklung, Einführung und Umsetzung neuer Technologien mitbestimmen können ... — Der Staat hat den strukturellen und technologischen Wandel zu beeinflussen durch eine geeignete Steuerungsebene über die Infrastrukturausstattung, durch die Förderung von Forschung und Entwicklung, von Qualifikation und Innovation, durch die Gestaltung des Umwelt- und Sozialrechts. — Es gilt, die Anpassungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft vor allem bei Energie, Rohstoffen und Stahl sowie beim Anlagen- und Maschinenbau zu stärken. Zu fördern sind vor allem Produktionen, die viel technisches Wissen nutzen, wie die Mikroelektronik, die Kommunikationstechnologie für die Wirtschaft, die Informationsverarbeitung und -vermittlung sowie neue biochemische Technologien.«
- 3 Zur Diskussion der Technologieentwicklung innerhalb der SPD verweisen wir auf: H. Matthöfer, Humanisierung der Arbeit und Produktivität in der Industriegesellschaft, 3., überarb. Auflage, Köln 1980; ders., Interviews und Gespräche zur Kernenergie, 2. Auflage, Heidelberg, Karlsruhe 1977; K. Traube, Industrialisierungskritik und SPD, in: Die Neue Gesellschaft, 9/78, 11/78 und 3/79; E. Eppler, Wege aus der Gefahr, Hamburg 1981.
- 4 Vgl. hierzu: K. Marx, Lohnarbeit und Kapital, MEW 6, Berlin/DDR 1982, S.397ff.; Lohn, Preis und Profit, MEW 16, S.508ff.
- 5 E. Stöltling: Wissenschaft als Produktivkraft. Die Wissenschaft als Moment des gesellschaftlichen Arbeitsprozess. München 1974, S.65f.
- 6 K. Marx, Das Kapital, Bd.I, MEW 23, Berlin 1975, S.334.
- 7 E. Stöltling, a.a.O., S.66f.
- 8 Vgl. hierzu die ausführlichen Beispiele bei K. Marx, Das Kapital, Bd.I, MEW 23, Berlin 1975, S.335ff.
- 9 Zum Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate vgl.: K. Marx, Das Kapital, Bd. III, MEW 25, S.221ff.; sowie auch die Erklärungen bei: E. Stöltling, a.a.O., S.69ff.
- 10 Vgl. dazu: W. Hofmann, Sozialökonomische Studientexte, Bd.3, Berlin/W. 1971, S.63-90.
- 11 J. Schleifstein, Marxistische Grundpositionen zur Entwicklung von Wissenschaft und Technik im Kapitalismus, in: IMSF (Hrsg.), Technik — Umwelt — Zukunft, Frankfurt/M. 1980, S.60.
- 12 Projektgruppe Automation und Qualifikation, Automation in der BRD. Argument-Sonderband 7, 2. Aufl., Berlin/W. 1976, S.189.
- 13 A. Uter, Staatliche Förderung von Forschung und Entwicklung in der BRD, in: IPW-Berichte, Berlin/DDR, 10/1981, S.38.
- 14 B. Booß, in: IMSF (Hrsg.), a.a.O., S.46.
- 15 Zu diesem Diskussionsansatz siehe auch: Bezirksinformationsdienst der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten im Bezirk Hamburg, Nr. 6,7,8/1983, Die Stationierung der neuen US-Mittelstreckenwaffen verhindern!
- 16 Siehe hierzu: R. Steigerwald, Zur Kritik der ökologischen Reformbewegung, in: J. Hund (Hrsg.), Unterm Rad des Fortschritts? Technik, Umwelt, Gesellschaft, Köln 1981, S.71ff.
- 17 Siehe auch: J. Priewe, Ressourcenverknappung, ökonomisches Wachstum und technologischer Wandel, in: IMSF (Hrsg.), a.a.O., S. 124ff.
- 18 Vgl. auch: D. Seefelder, Mittlere Technologie als Alternative? In: Marxistische Blätter 6/79, S.39f.
- 19 Projektgruppe Automation und Qualifikation, a.a.O., S.258.

Berichte

G. Grill, U. Kikl, J. Repl und A. Weiß-Gänger

Feminismus/Sozialismus

Seminar der Frauen in der Jungen Generation (JG) Wien, 28. bis 30.1.1982

Ende Januar 1983 veranstaltete die Frauenarbeitsgemeinschaft der JG in der SPÖ Wien ein Seminar zum Thema Feminismus und/oder Sozialismus. Als Referentinnen hatten wir Frigga Haug und die Frauen der Argument-Redaktion zu uns eingeladen. Ihre Bücher (z.B. Frauenformen, AS 45, 1980; vgl. dazu auch Rezension in: *spw* 11, 110f.) und Zeitschriftenartikel (vgl. z.B.F. Haug, Männergeschichte, Frauenbefreiung, Sozialismus, in: Argument 129, 1981, 649ff.) waren für unsere Gruppe schon oft Ausgangspunkt recht fruchtbarer Diskussionen gewesen. Wir entdeckten Gemeinsamkeiten in wesentlichen Fragen, aber auch Gegenpositionen (z.B. in der Bewertung der Neuen Technologie und den daraus folgenden Qualifikationsstrukturen). Wir wollten drei Schwerpunkte an einem Wochenende behandeln, nämlich über das Verhältnis von Arbeiterbewegung und Frauenbewegung und das Verhältnis von Marxismus und Feminismus sprechen sowie, als dritten Schwerpunkt, die Diskussion über das Opfer-Täter-Theorem führen. Insgesamt 11 — kürzere und auch längere — Referate wurden an nur 2 Tagen eingebracht. Es wäre genug Stoff gewesen, um ein fünftägiges Arbeitsseminar erfolgreich zu gestalten. Unsere kollektive Erinnerungsarbeit über dieses Seminar ist gleichzeitig der Anfang einer neuen Arbeitsgruppe zu obigen Themen. In der Zwischenzeit hatten wir in Österreich Wahlkampf, worunter unsere Gruppenarbeit sehr gelitten hat, fast zerbrochen wäre. Wir haben es wieder einmal geschafft, uns zu demotivieren!

Unser Gruppenverständnis

Wir frauenbewegten Sozialistinnen/Feministinnen stellen ganz bewußt frauenspezifische Fragen der Gesellschaft in den Mittelpunkt unserer Arbeit. Wir glauben nicht, daß reine Frauengruppenarbeit eine Ghettoisierung innerhalb der sozialistischen Strategie bedeutet. Als JG-Frauenarbeitsgemeinschaft sind wir ein Arbeitskreisprojekt seit 1979, mit den Bedürfnissen und dem Ziel, unseren feministischen Anspruch aus der gelebten täglichen Praxis in die offizielle Politik der Jungen Generation in der SPÖ wie auch in die der Sozialistischen Frauen einzubringen. Wir sind nicht mehr die einzige offene, selbstbestimmende Frauengruppe der JG; mehrere Frauengruppen in den Bundesländern sind ähnlich organisiert. Ebenso wichtig ist für uns die Kommunikation mit autonomen Frauengruppen. Wir sind bestrebt, ein solidarisches Verhältnis mit einem breiten Spektrum autonomer Gruppen herzustellen. Unsere Erfahrungen mit autonomen Feministinnen zeigen uns, daß durch unser Angebot, regelmäßig zwei- bis dreimal im Jahr thematische Schwerpunktseminare zu veranstalten, eine inhaltliche Auseinandersetzung und ein Überschreiten der teilweise zu engen Positionen möglich wird. So sind unsere Frauenseminare auch als Kontaktseminare zwischen verschiedenen theoretischen und praktischen Frauenpositionen zu verstehen.

Die Logik des Kapitals und der Geschlechtergegensatz

Frigga Haug ging in ihrem Referat von den Charakteristika der marxistischen und feministischen Frauenbewegung aus. Für die feministischen Frauen erklärt sich die Frauenunter-

drückung aus dem Geschlechterverhältnis als Herrschaftsverhältnis. Die marxistischen Frauen hingegen sehen in der marxistischen Gesellschaftsanalyse auch die Aufhebung der Frauenunterdrückung enthalten. Die Begriffe Produktion — Reproduktion genügen, um die Frauenfrage darin unterzubringen. Mit der Aufhebung des Klassenwiderspruchs zwischen Lohnarbeit und Kapital löst sich die Frauenfrage automatisch. Geht man davon aus, daß das Kapital alle Lebensbereiche dominiert, ist es möglich, alle gesellschaftlichen Phänomene aus diesem Konnex abzuleiten.

Wie erklärt sich aber aus der Logik des Kapitals die alltägliche Gewalt von Männern gegen Frauen? Wie erklärt sich daraus, daß die Frauen, wenn sie aufgrund ihrer Niedriglöhne die besser Ausbeutbaren sind, immer wieder aus dem Produktionsbereich gedrängt werden? Wie erklärt sich aus der Logik des Kapitals, daß durchgehend in allen gesellschaftlichen Verhältnissen Männer begünstigt und Frauen diskriminiert sind? Haug verwies auf wesentliche Strukturvorteile der Männer im Kapitalismus. Zwar erkennen die organisierten Frauen diese Problemstellung (frau weiß, daß nicht das Kapital auf der nächtlichen Straße lauert); sie trennen aber ihr politisches Leben von ihren Alltagserfahrungen. Dagegen steht der feministische Anspruch, das Persönliche als politisch zu begreifen.

Haug sprach von der »Überdetermination« und versuchte damit klarzumachen, daß beide Fraktionen (feministische und ökonomistisch-marxistische) einander blockieren, solange sie den jeweils eigenen Erklärungsansatz als den einzig richtigen behaupten. Um das sozialistische Projekt in Theorie und Praxis voranzutreiben, bedarf es simultaner Lösungen der Widersprüche Lohnarbeit — Kapital und Mann — Frau. Jede eindimensionale Position wird nicht genügen, die nächsthöhere gesellschaftliche Stufe zu erreichen. Die Voraussetzungen, um zu einer entsprechenden Bündnisfähigkeit der einzelnen Fraktionen zu gelangen, sind für uns organisierte Frauen auf der einen Seite, Umstrukturierungen der politischen Organisationen (Enthierarchisierung, Geschlechterparität, Demokratisierung) durchzusetzen, auf der anderen Seite, die Notwendigkeit autonomer Frauengruppen zu akzeptieren, um die weibliche Identitätsfindung voranzutreiben. Frauen zu stärken und inhaltliche Widersprüche als ideologische (Frau-Mann-Problematik) zu thematisieren. Die Aufgabe der Frauen muß es sein, auf beiden Ebenen zu arbeiten.

Unterschiedliche Theorien — Überlagerung von Praxen

Brita Rang definierte die beiden Begriffe Marxismus und Feminismus als Voraussetzung für den Versuch, sie zusammenzudenken. So ist für sie Marxismus zunächst Theorie und theoretische Traditionen, auf die sich Marxisten in unterschiedlicher Weise beziehen, zugleich aber auch Praxis in den Arbeiterorganisationen, die sich auf die marxistische Analyse als Instrument der gesellschaftlichen Umorganisation berufen. Nun hatte Marx das Problem der geschlechtlichen Arbeitsteilung zwar gesehen, in seiner Kritik der bürgerlichen Ökonomie hatte es aber keinen Platz, da es sich aus der Logik des Kapitals nicht erklären läßt. Soweit aber die Frau als Lohnarbeiterin in Betracht kam, schien sie denselben Prozessen zu unterliegen wie der männliche Arbeiter. Engels hingegen sah den Beginn der Frauenunterdrückung zugleich mit der Entstehung des Privateigentums, somit sollte sie zugleich mit dieser Aufhebung ihr Ende finden. So wurde auch die Frauenfrage in den Arbeiterparteien zugeordnet: Für beide, für Mann und Frau gleichermaßen, ging es darum, sich in den Kampf der gemeinsamen Klasse der Proletarier gegen das Kapital einzureihen. Damit war den Frauen jeder Ansatz genommen, ihre widersprüchlichen persönlichen Erfahrungen in den politischen Prozeß einzubringen. Diese zeigten, daß auch in der proletarischen Familie die Unterdrückung der Frau nicht aufgehoben war, daß die Eingliede-

rung der Frau in den Produktionsprozeß sie nicht zur gleichberechtigten Partnerin des Mannes machte, ja daß auch ihre Beteiligung am politischen Prozeß sie nicht dazu machte. In allen von der marxistischen Theorie berührten Praxen blieb die Unterdrückung der Frau durch den Mann ein Faktum. (Nicht zufällig waren es ja zuerst die Frauen der Studentenbewegung, die aus der konkreten Erfahrung heraus, daß marxistische Theorie offenbar nicht in der Lage war, am herkömmlichen Herrschaftsverhältnis ihre männlichen Genossen ihnen gegenüber irgendetwas zu ändern, sich dem Feminismus verschrieben.)

Dagegen setzte die neue Frauenbewegung der 70er Jahre die Forderung, sich das Feld der Politik, von ihrem konkreten Erleben ausgehend, anzueignen. Sie setzte den Begriff des Patriarchats als zentrale Kategorie, um die Unterdrückung der Frau durch den Mann zu erklären. In diesem Zusammenhang ist der Kapitalismus nurmehr die »Modifikation eines lange bestehenden Unterdrückungszusammenhanges«. Wo aber das Patriarchat als zentrale Kategorie gesetzt ist, fehlt die Perspektive auf die Möglichkeit für eine gesamtgesellschaftliche Veränderung. Diese Perspektive ist aber der Feminismus bisher schuldig geblieben. Daher ist es für B. Rang notwendig, die zwei unterschiedlichen politischen Praxen Marxismus und Feminismus zu überlagern. Ein Versuch, wie sie ihn z.B. in den Überlegungen zur Ideologie bei Gramsci und der Frankfurter Schule vorgedacht sieht.

Uns scheint, daß B. Rang den Feminismus als eine Defizittheorie sieht. Sie spricht ihm die Qualität, gesellschaftsverändernd zu wirken, ab und sieht ihn reduziert auf eine Beschreibung der Phänomene. Notwendig erscheint ihr, die feministische Praxis, d.h. das Ansetzen am persönlichen Erleben, in den Sozialismus einzubauen.

Vom Opfer-Täter-Theorem zur Organisationsfrage

Einen breiten Raum widmeten wir der Opfer-Täter-Theorie sowie den in der Bundesrepublik Deutschland stattfindenden Diskussionen dazu (s. Argument-Studienhefte SH 46 und 56). Für uns in Österreich ist dies ein neuer Ansatz und noch wenig ausdiskutiert, wie generell eine Auseinandersetzung mit dem Feminismus in der hiesigen (männlichen) Linken bisher kaum stattgefunden hat. Wir Frauen haben es bisher allerdings nicht geschafft, eine offene Auseinandersetzung mit diesem neuen Ansatz zu provozieren. Anregungen dagegen werden von uns aufgegriffen und, wenn brauchbar, vereinnahmt. Forderungen aus der Frauenbewegung werden zum Teil in Programme aufgenommen, aber in die alten Politikformen eingebaut, wodurch sie ihres emanzipatorischen Anspruchs entkleidet werden. Die feministischen Forderungen können aber nur dann verwirklicht werden, wenn sie zu neuen politischen Praxen führen. Wie müssen diese politischen Praxen aussehen? Die Stellvertreterpolitik bzw. die Strategie von Elite und Masse sind zu verändern. Hinter der Stellvertreterpolitik steckt, daß eine »fortschrittliche« Minderheit einer weniger entwickelten Masse zu Hilfe kommt und damit gleichzeitig ihren Führungsanspruch begründet. In diesem Denken wird die Masse zum Objekt, obendrein zum Objekt politischer Manipulation. Ihr wird die Fähigkeit abgesprochen, sich aus eigener Betroffenheit zu entwickeln. Ist aber die Fähigkeit für einzelne Individuen (Elite) im Kapitalismus gegeben, so muß diese Möglichkeit auch für die Masse Gültigkeit haben. Daß es dabei darum geht, die gesellschaftliche Veränderung nicht als Individuum, sondern als Kollektiv durchzusetzen, liegt auf der Hand. Es dürfen dabei die Gefühle und Fähigkeiten der einzelnen nicht verlorengehen.

Daß Menschen in die Verhältnisse hineingeboren werden und diese immer wieder reproduzieren, ist eine alte Weisheit im Marxismus. F. Haug geht einen provozierenden Schritt weiter und behauptet, daß es sich beim Vergesellschaftungsprozeß nicht um eine einfache

Prägung von oben nach unten handelt, sondern daß diese Vergesellschaftung von den Individuen aktiv gelebt und gestaltet wird. Das bedeutet auch, daß Frauen als doppelt Unterdrückte nicht nur Opfer der Verhältnisse sind, sondern die Anforderungen an »ihre Weiblichkeit« selbst herstellen und leben.

Diese These hat sicherlich einen Stellenwert in ihren gesamten Schriften und heißt für uns, noch deutlicher den Bedarf neuer Politik- und Organisationsformen herauszuarbeiten. Es genügt doch nicht, von der Tatsache der doppelten Unterdrückung der Frau zu wissen. Es geht doch mehr darum, wie Frauen sich dagegen wehren lernen und wehren können und wie sie ihre eigenen Behinderungen zur Veränderung abbauen können. Es ist wohl zu einfach, sich auf die Weiblichkeitsideologie des Kapitalismus zu beschränken. Damit ersparen wir uns die konkreten Veränderungen einer Politik, die mit den Leerformeln vom Kapitalinteresse gruppenspezifische wie auch persönliche Interessen zudeckt. Ein Teil unserer Arbeit wird darin bestehen, die Widersprüche der einzelnen Positionen herauszustreichen statt sie verschwimmen zu lassen, damit eine faire Annäherung zwischen Frauenbewegung und Arbeiterbewegung stattfinden kann.

Christiane Rix

2. Konferenz für Europäische Atomare Abrüstung vom 9. bis 14. Mai 1983 in Berlin (West)

»Die Berliner Konferenz ist eine Ermutigung für die Sozialdemokratie«. So lautete die Überschrift der Presseerklärung des SPD-MdB Gert Weisskirchen anlässlich der Konferenz über Abrüstung im Berliner Congress Centrum im Mai 1983. Inwieweit dieser Kongress speziell für Sozialdemokraten ermutigend gewesen ist, ist sicher eine Frage, die — wie so viele andere auch — innerhalb der SPD umstritten sein dürfte. Eine Sozialdemokratie, die aus Fehlern der Vergangenheit lernen und als Teil der Friedensbewegung an der Verhinderung der Stationierung der neuen Raketen in Westeuropa mitwirken sowie darüber hinaus eine langfristige Strategie für Friedenspolitik in Europa entwerfen und mit durchsetzen will, kann sich in der Tat ermutigt fühlen. Eine SPD allerdings, die glaubt, sich mit Hilfe konsensfähiger Reden sowie einer friedensbewegten Integrationsstrategie zum wichtigsten Subjekt der bundesdeutschen Friedensbewegung zu machen, wird scheitern. Das Mißtrauen gegenüber sozialdemokratischen Versprechungen und Bekenntnissen wird innerhalb der Friedensbewegung so lange fortbestehen, wie den Reden keine Taten folgen.

Maßstab für eine Ermutigung der Friedensbewegungen in Europa durch die Konferenz — und in diesem Zusammenhang auch der Sozialdemokratie als *ein Teil* dieser Friedensbewegung — muß die Frage nach einem Fortschritt in der Politikfähigkeit sein, die über Konzepte-Schmiederei ebenso hinausgehen muß wie über die Ausklammerung umstrittener Themen aus der friedenspolitischen Debatte. Der Sinn und Erfolg derartiger Mammutkongresse muß deshalb vor allem daran gemessen werden, ob und inwieweit es gelingt, zu einem Austausch von Informationen und Meinungen zu kommen, zu einem besseren Verständnis der jeweiligen nationalen Bedingungen für die politische Arbeit der Friedensbewegungen und vielleicht sogar zu Möglichkeiten der Koordination bei konkreten Aktionen und Aktivitäten. Das heißt: Hat der Kongreß eine offene und pointierte Diskussion zwischen verschiedenen Strömungen innerhalb der westeuropäischen Friedensbewe-

gung ermöglicht, hat er über die unmittelbaren Fragen des Widerstandes gegen die Stationierung weitergehende Probleme einer westeuropäischen und/oder nationalen Friedenspolitik erörtern können, ohne dabei die Übereinstimmung über das anstehende praktische Ziel — die Verhinderung der Stationierung neuer Raketen in Westeuropa — auf's Spiel zu setzen?

Der Konferenz waren nach heftigen Auseinandersetzungen in der Vorbereitungsphase sowohl die Jusos als auch die Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste (ASF) ferngeblieben. Ein Grund dafür war, daß für die gesamte Veranstaltung vom Arbeitskreis atomwaffenfreies Europa, in dem zunächst sowohl Sozialdemokraten als auch Mitglieder der Alternativen Liste Berlin und Unabhängige zusammengearbeiteten, eingeladen wurde. Innerhalb dieses Arbeitskreises aber dominierte Rudolf Steinke, Sozialdemokrat und enger Vertrauter von Peter Glotz, der alles daran setzte, ihm unliebsame Teile der bundesdeutschen Friedensbewegung von der Gestaltung der Konferenz über administrative Tricks auszuschließen. Auf diese Weise hatte nicht nur das gesamte kommunistische Spektrum der Friedensbewegung nichts zu sagen. Auch die Jungsozialisten und die ASF sahen sich bei der Vorbereitung auch der inhaltlichen Gesichtspunkte des Kongresses von Steinke ausgepickt. Zum einen war es Steinkes erklärtes Ziel, die Konferenz als von der SPD letztlich inhaltlich und organisatorisch getragene Veranstaltung wirken zu lassen. Auf diese Weise hätten nicht nur bestimmte, der SPD (insbesondere noch als Regierungspartei) unliebsame Inhalte, wie z.B. die Frage der NATO-»Nachrüstung« und die dahinterstehende Interessen in den Diskussionen vernachlässigt, sondern auch noch die relative Isolierung der SPD von der Friedensbewegung überdeckt werden können. Die SPD hätte sich als *die* deutsche Friedensbewegung profilieren können. Nachdem es nicht gelungen war, bei der Gestaltung des Kongresses durchzusetzen, daß das gesamte relevante Spektrum der Friedensbewegung personell und inhaltlich Berücksichtigung finden würde, beschlossen Jusos und ASF, die Veranstaltung zu boykottieren. Die AL-Vertreter traten aus dem Arbeitskreis atomwaffenfreies Europa aus.

Auch auf internationaler Ebene stieß die Vorbereitung der Konferenz auf Unbehagen bis offene Ablehnung. Jan Faber vom Interkirchlichen Friedensrat der Niederlande äußerte Bedenken gegen die Tendenz, eine »deutsche Konferenz in Europa« anstatt eine »europäische Konferenz in Deutschland« zu veranstalten. »Gesamtdeutsches« in der Planung des »Steinke-Kongresses«, wie er nunmehr vielerorten genannt wurde, störte auch die Briten. Die Veranstaltung fände zur falschen Zeit am falschen Ort statt, meinte Bruce Kent, Generalsekretär der Campaign for Nuclear Disarmament. Sie könne als Provokation aufgefaßt werden und sei von daher weder im Interesse der Verhinderung der Stationierung der neuen Raketen noch im Sinne einer Unterstützung der DDR-Friedensbewegung, die den Veranstaltern doch so sehr am Herzen liege.⁴

Allerdings gelang es den Vorbereitern um Steinke trotz dieser Bedenken, mittels einer äußerst geschickten Einladepolitik offene Boykotte wichtiger Vertreter aus westeuropäischen Friedensbewegungen zu vermeiden (Bruce Kent: »Wenn die vom IKV und aus Italien hinfahren, können wir nicht wegbleiben.«). Steinke dominierte also die Vorbereitung und Planung. Wieweit setzte sich das nun eigentlich auf dem Kongreß selbst um?

Zunächst einmal war festzustellen, daß sich etwa 300 Menschen aus mehr als 20 Ländern nur schwer für einen bestimmten Zweck oder eine bestimmte Partei funktionalisieren lassen. Es gelang im großen und ganzen nicht, die vor der Konferenz stattgefundenen »Schlammschlacht« auf der Veranstaltung selbst weiterzuführen und das Publikum als Statisten zu engagieren. Positiv anzumerken ist vielmehr, daß die Konferenz durch auffal-

lend zahlreiche Teilnehmer aus Spanien, Japan und den USA einen internationalen Charakter erhielt, der in keine der befürchteten Denkschablonen hineinpaßte. So gelang es weder, die deutsche Frage zum Dreh-, Angel- und Ausgangspunkt jeglicher Friedenspolitik in Europa zu machen noch die Dämonisierung der Sowjetunion zur Voraussetzung für eine glaubwürdige Friedenspolitik innerhalb des westlichen Bündnisses zu erklären. Allerdings mutete gerade vor dem Hintergrund der oben genannten Kriterien für die Einschätzung der Konferenz deren Zwei-Teilung in Experten-Symposium vom 9.-11.5. und die eigentliche Konferenz vom 12.-14.5. mit sechs internationalen Foren und zahlreichen länder-, berufs- und aktionsorientierten Arbeitsgruppen befremdlich an. Sollte hier die Wissenschaft, das »Expertentum«, zunächst ungestört von den friedensbewegten Aktivisten einen profilierungssüchtigen Gedankenaustausch betreiben können?

Das Symposium nämlich sah nur eine begrenzte Zahl von Teilnehmern vor, denen umso mehr Experten auf den Podien der vier Hearings gegenüber saßen. Die Experten ergingen sich in zum Teil ausgesprochen technokratischen Erörterungen über Fragen der Rüstungsökonomie und -technologie, den technischen Mängeln der neuen Raketen und der Aussichtslosigkeit diplomatischer Verhandlungen über Abrüstung. Die Zuhörer im Saal wurden offensichtlich weder von den Veranstaltern noch von etlichen Diskutanten auf den Podien als ernstzunehmende Gesprächspartner akzeptiert. Sie kamen — trotz einiger zaghafter Versuche, diese Struktur aufzubrechen — kaum zu Wort. Egon Bahr hielt es sogar für angebracht, den anwesenden Zuhörern Nachhilfe in Gegenwartsgeschichte zu erteilen, als saßen dort halbwüchsige Schüler und nicht 800 Wissenschaftler, Politiker und sonstige Friedensbewegte aus aller Welt, die nicht mehr mit einigen markigen Sprüchen zur Reagan-Regierung von der Eindeutigkeit und Unbezweifelbarkeit des friedenspolitischen Engagements der SPD-Führungsmannschaft zu überzeugen sind. Immerhin hat Bahr wohl gemerkt, daß das konsensfähige Vokabular, das er mit der Geschicklichkeit eines Profipolitikers in seine langen Ausführungen hineinstrickte, kein Netz ergab, in das sich die Anwesenden einwickeln ließen. Eine wirkliche Diskussion entspann sich so nicht.

Neben der mangelnden Diskussionsmöglichkeit zwischen den Experten und den Teilnehmern im Saal im ersten Teil der Konferenz war die Zusammensetzung der Podien eine Zumutung. Mit zwei Ausnahmen (Randall Forstberg, USA, und Mary Kaldor, Großbritannien) saßen drei Tage lang nur Männer auf der Bühne — und das, obwohl es zu den Themen ausreichende Auswahl an weiblichen Experten gegeben hätte. Als am dritten Tag einige Frauen mittels einer »gewaltfreien Aktion« auf diesen unerhörten Zustand aufmerksam machten, erhielten sie zwar viel Zustimmung — auch von den Podiumsteilnehmern. Glaubwürdiger wären diese allerdings gewesen, wenn sie *vorher* ihre Mißbilligung über die Ignoranz der Organisatoren und anderer Experten deutlich und ihre eigene Teilnahme von der entsprechenden Beteiligung von Frauen abhängig gemacht hätten. Inhaltlich waren die Hearings informativ, brachten aber nur wenig neue Gedanken.

Lebhafter und kontroverser wurde es demgegenüber in der zweiten Hälfte im internationalen Congress Centrum Berlin, als nämlich die Friedensbewegungen, die »einfachen« Aktivisten das Treffen bestimmten. In zahlreichen Arbeitsgruppen diskutierten sie miteinander über die wechselseitigen Erfahrungen und Bedingungen des Kampfes gegen die Nachrüstung und Planungen zu Widerstandsaktionen bei der Stationierung. Die Frauen der Friedenscamps aus Comiso (Italien) und Greenham Common (England) zeigten Diashows über ihre Aktionen und berichteten von ihren Erfahrungen.

In diesem Sinne — nämlich als Erfahrungsaustausch — war die Konferenz mit Sicherheit ein Erfolg. Sie war wichtig für Anregungen, für das Verständnis und das Wissen um-

einander sowie für die weitere Mobilisierung und Ermutigung der einzelnen, insbesondere angesichts der Stationierungen im Herbst.

Zwar werden von der Konferenz sicherlich kaum neue Impulse für die Entwicklung friedenspolitischer Strategien und Konzepte in den verschiedenen beteiligten Ländern ausgehen. Auch werden keine Kontroversen durch sie verringert oder beseitigt. Erwartet man von ihr jedoch nicht mehr (aber auch nicht weniger!), als daß sie die Kommunikation und den Meinungsaustausch zwischen möglichst vielen Menschen aus möglichst vielen Ländern gebracht hat, die sich friedenspolitisch engagieren wollen, so war sie ein Erfolg. An diesen Menschen, die sich miteinander (und nicht gegeneinander) unterhalten und austauschen wollten, sind befürchtete Funktionalisierungen der Konferenz gescheitert. Der Versuch, aus der Europäischen Konferenz in Deutschland eine deutsche Konferenz in Europa zu machen, d.h. das Thema Wiedervereinigung, deutsche Frage einschließlich Berlin, DDR-Friedensbewegung usw. zum zentralen Gegenstand der Debatten zu machen, scheiterte gründlich.

Zum Ärger so mancher Sozialdemokraten konnte die Veranstaltung auch nicht als SPD-Konferenz gelten, obwohl sich die SPD für die bundesdeutsche Friedensbewegung als wesentlicher Gesprächs- und Bündnispartner erwiesen hat. Die Grünen konnten hier keinen Boden wettmachen, schon gar nicht, nachdem fünf ihrer Abgeordneten »ganz spontan« Friedenspolitisches in Ost-Berlin demonstrieren wollten. Diese Aktion stieß auf die entschiedene Kritik der breiten Mehrheit der Konferenzbesucher. Daß die Sozialdemokratie als entscheidender Faktor bei der Durchsetzung friedenspolitischer Strategien und Forderungen gilt und gelten muß, bedeutet aber nicht, daß sie bereits politischer Träger einer Bewegung ist, die breite Kreise der Bevölkerung umfaßt und ein in der Geschichte der Bundesrepublik nahezu unbekanntes Maß an Mobilisierungskraft entwickelt hat. Ermutigend kann dies für die Sozialdemokratie erst dann sein, wenn sie sich nicht nur als »Dialogpartner« der Friedensbewegung, sondern als ihr integraler, praktisch agierender Bestandteil betrachten und für ihre Ziele auch selbst mobilisieren würde. Dies wäre ein Fortschritt für Friedensbewegung und SPD!

Insofern wäre es vielleicht aus der Sicht der Jungsozialisten besser gewesen, sich trotz der unerfreulichen Ereignisse im Vorfeld der Konferenz praktisch an ihr selbst zu beteiligen und sich so ebenfalls als ein Teil der Friedensbewegung zu präsentieren, die nicht ohne weiteres durch administrative Tricks zu funktionalisieren ist.

Joachim Pentzlin

Richter und Staatsanwälte für den Frieden

1. Forum für den Frieden am 4. Juni 1983 in Bonn

Vom »furchtbaren Juristen« zum fruchtbaren juristischen Engagement

Richter und Staatsanwälte gemeinsam auf der Straße — als Demonstranten für den Frieden und gegen die »Nach«-Rüstung, ein für viele unvorstellbares Bild. Und trotzdem Wirklichkeit: Am 4.6.1983 zogen etwa 450 Richter und Staatsanwälte im Anschluß an ihren Friedenskongreß, den sie in den Studioräumen der Bonner Beethovenhalle abgehalten hatten, mit Liedern, Sprechchören und Transparenten durch die Straßen Bonns zur Abschlußkundgebung am Botlterplatz nahe dem Landgericht.

Sicherlich, es waren nicht die Tausende, an die man bei den Demonstrationen der Frie-

denzbewegung gewöhnt ist. Aber immerhin: Ein weiter, wenn auch schmaler Weg führt von dem konservativen Leitbild, vom Juristen als Verfechter und Bewahrer des Obrigkeitsstaates durch Jahrhunderte deutscher Vergangenheit, von dem furchtbaren Juristen der NS-Zeit zu diesen Richtern und Staatsanwälten, die sich aus Einsicht in ihre gesellschaftliche Verantwortung der Friedensbewegung angeschlossen haben. Meist waren es jüngere Richter und Staatsanwälte, wohl vorwiegend aus dem Bereich der Arbeits-, Sozial- und Verwaltungsgerichtsbarkeit, die hier versammelt waren — das juristische, richterliche Establishment, die Präsidenten und Vorsitzenden, fehlten, bis auf wenige Ausnahmen: Heinz Düx, Vorsitzender Richter am OLG Frankfurt und Vorsitzender der Vereinigung demokratischer Juristen, Theo Raschhorn, Vorsitzender Richter am OLG Frankfurt und als »Xaver Berra« einer der ersten bedeutenden Justizkritiker der Nachkriegszeit, nicht zuletzt auch Martin Hirsch, ehemaliger Bundesverfassungsrichter und Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen (ASJ). Überhaupt war positiv zu bemerken, daß neben einfachen Mitgliedern eine erhebliche Zahl führender Funktionäre der ASJ zu dieser Veranstaltung gefunden hatten, ohne in die sozialdemokratischen Grundfehler Verbalradikalismus, Bevormundung oder Ausgrenzung anderer Positionen zu verfallen.

Am Vormittag der Arbeitstagung stand im Mittelpunkt die Frage nach der rechtlichen Seite der geplanten Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles in der Bundesrepublik. Breite Zustimmung fanden hier die Thesen des Bremer Hochschullehrers Wolfgang Däubler, der dazu das Grundsatzreferat hielt (vgl. den leicht überarbeiteten Abdruck in diesem Heft, S.323ff.). Die Stationierung von Massenvernichtungswaffen in der BRD — die ohnehin nicht am Parlament vorbei erfolgen dürfte — ist völkerrechts- und verfassungswidrig. Gegen eine solche Stationierung, die primär — und darin waren sich alle einig — durch breiten Widerstand unmöglich gemacht werden muß, kann und muß notfalls das Bundesverfassungsgericht angerufen werden. Mag hier, was die Diskussion zeigte, in der einen oder anderen Frage auch eine andere Meinung vertretbar sein: Die versammelten Richter und Staatsanwälte empfinden sich — erstaunlich angesichts ihres sonstigen Selbstverständnisses — in dieser Frage nicht als neutrale Instanz, nicht als entscheidungsbefugte Autorität, als Interpreten vermeintlicher Objektivität. Sie bekannten sich vielmehr zur Parteinahme, bereit, ihren juristischen Sachverstand einzubringen in die Diskussion als Anwälte des Friedens und der Friedensbewegung. Dementsprechend forderten die Anwesenden in einer Resolution an alle Bundestagsabgeordneten nach Darstellung ihrer rechtlichen Bedenken ein Nein zur Stationierung der neuen Mittelstreckenraketenwaffen, damit endlich eine Abrüstung in Ost und West möglich werde.

Bestürzend und für die meisten Teilnehmer neu waren die Enthüllungen über die weit fortgeschrittenen, geheimen, gesetzwidrigen Vorbereitungen für eine Militärjustiz, die auch von sozialliberalen Bundesregierungen aktiv gefördert worden sind, vorgetragen durch den Hildesheimer Amtsrichter und Träger des Fritz-Bauer-Preises der Humanistischen Union, Ulrich Vultejus. Die Teilnehmer forderten hier den Stop aller Planungen und Vorbereitungen.

Gegenstand des Kongresses war auch die juristische Diskussion über die Formen des Widerstandes. Wenn nach Demonstrationen und Blockaden Bürger wegen Nötigung (§240 StGB) bestraft werden, so ist das nur möglich, wenn das Gericht das Verhältnis des eingesetzten Mittels — Blockade — zur Erreichung des angestrebten Zwecks — Verhinderung der existenzbedrohenden »Nach«-Rüstung als »verwerflich« ansieht. Wir wissen, daß dies häufig geschieht; aber solche — eben politischen — Entscheidungen sind auch

politisch beeinflussbar. Die Diskussion hat deutlich gemacht, wieviel hier noch zu tun bleibt. Altvertraute Positionen müssen hinterfragt, kritisches Bewußtsein muß gebildet werden. Die in Bonn versammelten Richter und Staatsanwälte sind dazu bereit, wenn ihr Engagement auch nur ein bescheidener Ansatz dazu sein kann. Das alles ist noch nicht etwa Ergebnis einer sich herausbildenden sozialistischen Gesellschafts- und Rechtstheorie. Wohl aber Zeichen eines größeren Empfindens vieler Juristen für die Einbettung angeblich objektivierbarer, »rein rechtlicher« Konflikte in gesellschaftliche Zusammenhänge und für die Verantwortung von Juristen gegenüber nicht unmittelbar juristischen, aber für die Gesellschaft entscheidenden politisch-sozialen Fragen.

Die hier zu leistende Arbeit wird nicht immer ohne Schwierigkeiten, nicht immer ohne Anfeindungen und Repressionen vor sich gehen. Aber es gilt für die Richter und Staatsanwälte das, was Martin Hirsch für die gesamte Friedensbewegung formulierte: Widerstand gegen die Mächtigen ist nie ohne Gefahr, Widerstand auf Sozialversicherung, Widerstand ohne Risiko gibt es nicht. — Wir werden diesen Widerstand für den Frieden leisten.

Knut Krusewitz

Verantwortung für den Frieden

**Naturwissenschaftler warnen vor neuer Atomrüstung
Kongress vom 2.-3. Juli 1983 in Mainz**

1. Kongreßaufruf

Im Juli 1957 fand in Pugwash eine Konferenz von 22 Wissenschaftlern statt, deren Erklärung über die Gefahren von Kernwaffentests und die wahrscheinlichen Folgen eines Nuklearkrieges sowohl in die Wissenschaftsgeschichte als auch in die Geschichte der Atomwaffenentwicklung einging. Im Januar 1958 übergab Linus Pauling (zweifacher Nobelpreisträger) dem damaligen UNO-Generalsekretär eine Petition, in der, unterzeichnet von 9000 Wissenschaftlern aus 49 Staaten, die sofortige Einstellung aller Kernwaffentests gefordert wurde. Am 5. August 1963 wurde in Moskau der Vertrag über das Verbot von Kernwaffentests unterzeichnet, der die Signatarstaaten verpflichtet, experimentelle Kernwaffendetonationen in der Atmosphäre, im Kosmos und unter Wasser zu unterlassen. Es gelang allerdings bis heute nicht, ein Verbot unterirdischer Tests durchzusetzen.

Die Vorbereitungsgruppe des Mainzer Kongresses — darunter H.-P. Dürr (Atomphysiker), W. Dosch (Mineraloge), P. Starlinger (Genetiker), M. Kreck (Mathematiker) und E. Sieker (Physiker) — knüpften bewußt an die skizzierte Pugwash-Tradition sowie an die Erklärung der 18 Atomphysiker im Jahre 1957 (Göttinger Appell) an. In ihrem Aufruf hieß es ferner:

»Ein künftiger Atomkrieg wäre ... mit früheren Kriegen nicht mehr zu vergleichen. Als Wissenschaftler wissen wir, welche verheerenden Wirkungen der Einsatz immer gefährlicherer Massenvernichtungswaffen mit sich brächte. In einem Atomkrieg sind Begriffe wie 'begrenzbare' und 'gewinnbar' ohne Bedeutung; was verteidigt werden sollte, würde unwiderruflich zerstört. Für die in einer strahlenverseuchten Umwelt krank, hungernd und verzweifelt umherirrenden Überlebenden gäbe es weder wirkungsvolle medizinische Hilfe noch die Möglichkeit, eine menschenwürdige Lebensordnung wieder aufzubauen. Wir Wissenschaftler fühlen uns verpflichtet, über die Gefahren aufzuklären.«

Diese Beurteilung unterstützten bis zum Kongreßbeginn über 2000 bundesdeutsche Naturwissenschaftler mit ihrer Unterschrift.

2. Kongreßthemen

Rund 3300 Naturwissenschaftler — unter ihnen Linus Pauling — nahmen an den 9 Arbeitsgruppen des Kongresses teil. In fast 50 Fachvorträgen wurde über folgende Themenkomplexe referiert: 1. Atomkriegsfolgen, 2. Möglichkeiten des Erstschlages und Krieg aus Versehen, 3. Rüstung und Unterentwicklung, 4. Überwachung eines vollständigen Atomwaffenteststops, 5. Proliferation und Konversion von Massenvernichtungswaffen, 6. Beiträge der Naturwissenschaftler zur alternativen Sicherheitspolitik, 7. Beiträge der Hochschule zur Friedenssicherung, 8. Rüstungsforschung im Wissenschaftssystem, 9. Verantwortung der Naturwissenschaftler. — Einige der Themen, die auch für Nicht-Naturwissenschaftler interessant sein könnten, möchte ich überblicksartig referieren.

3. Naturwissenschaftliche Argumente zur Friedenssicherung

Ein geophysikalisches Argument: Die Referenten der AG »Atomwaffenteststop« (H. Aichele, H.-P. Harjes, H. Rademacher) begründeten die These, daß die Entwicklung seismologischer Meß- und Interpretationsmethoden soweit ausgereift ist, daß heute die technischen Voraussetzungen einer Überwachung unterirdischer Kernexplosionen gegeben sind. Ein Verbot unterirdischer Kernwaffentests und damit eine wichtige Einschränkung der Entwicklung und Produktion neuer Kernwaffengenerationen scheidet danach nicht an technischen Fragen einer wirksamen Kontrolle, sondern an widersprüchlichen politischen Interessen. Ein erster Schritt zur Beendigung des atomaren Wettrüstens bestünde aus dieser Sicht in einem völkerrechtlich wirksamen Abkommen, das auch unterirdische Kernwaffentests verbietet, wodurch ein vollständiger, kontrollierter Entwicklungs-, Produktions- und Teststop aller Atomwaffensysteme möglich würde.

Ein methodologisches Argument: Die Referenten der AG »Naturwissenschaftliche Beiträge zur alternativen Sicherheitspolitik« (u.a. H.-P. Dürr, H.G. Brauch, S. Smale) argumentierten von der Prämisse her, derzufolge das bisher auf Abschreckung basierende Sicherheitskonzept bei linearer Fortschreibung zu einer weltweiten Katastrophe führen müsse. Es wurde deshalb gefragt, wie die BRD, ohne Vernachlässigung der eigenen Sicherheitsinteressen, sich vom Rüstungswettkampf abkoppeln könne und wie das Handlungsmuster der konfrontativen Großmachtspolitik durch dasjenige einer globalen Zusammenarbeit und einer Koevolution aller Teile der funktional schon zu einem Ganzen zusammengewachsenen Welt ersetzt werden könne. »Wir sind als Naturwissenschaftler gewohnt, mit sehr komplexen Systemen umzugehen.« (Dürr) Die dort erfolgreich angewandten Konzepte, Methoden und Instrumente ließen sich auch auf die Analyse und Bewertung quantitativer und qualitativer Systembedingungen und -faktoren der Sicherheitspolitik ausweiten. Tue man dies, käme man zu einer Gesamtschau, einer multivariablen Problemsicht. Eine derart angeleitete methodologische Problemanalyse kommt zu dem Ergebnis, daß eine alternative Sicherheitspolitik sich nicht auf die Untersuchung technisch möglicher militärischer Optionen beschränken dürfe, sondern ihr Interesse auf die komplizierte Verkopplung mit anderen Problemkreisen im wirtschaftlichen, sozialen und politischen Bereich richten und aus dieser Perspektive erst geeignete Lösungen anbieten müsse. (Mag für Marxisten der zusätzliche Erkenntnisgewinn aus den methodologischen Grundannahmen der Systemtheorie auch gering sein: Die Aufforderung von Naturwissenschaftlern an Fachkollegen, ihr Wissenschaftsverständnis durch die Teilnahme an sozialen Konflikten auch so-

zialwissenschaftlicher Kritik zu öffnen, halte ich für einen bemerkenswerten Methodenstandpunkt). — Ein ökologisches Argument: Die Referenten der AG »Atomkriegsfolgen« (H. Kneser, H. Bauer, N. Byers, K. Krusewitz) wußten sich zunächst mit einer empirischen Dilemmasituation konfrontiert. Welche empirisch gehaltvollen medizinischen, physikalischen, genetischen und ökologischen Aussagen lassen sich über eine Realität ermitteln, die keiner kennt (Atomkriegsfolgen)? Zur Lösung dieses Dilemmas griffen die Referenten auf unterschiedliche Verfahren der Erkenntnis- und Wissensproduktion zurück: Computersimulationen, statistische Verfahren, historische Analogien und Labormodelle. — Da unterstellt werden darf, daß der Leser über die physikalischen, biologischen und medizinischen Wirkungen von Atomexplosionen durch die Lektüre der Aufklärungsstudien der Friedensinitiativen »Ärzte warnen vor dem Atomkrieg« informiert ist, möchte ich über ein bislang vernachlässigtes Argument referieren, das ökologische. Die ökologischen Folgeprobleme eines Atomkriegs sind mit den bekannten Methoden, Techniken und Instrumenten der Ökosystemforschung (computergestützte Bestands-, Wirkungs- und Risikoanalysen) weder erfassbar noch bewertbar. Wenn gleichzeitig zehn Atomkraftwerke, fünf Chemie-Großbetriebe, zwanzig Munitionsfabriken, fünfzig Wasserwerke, Müllverbrennungsanlagen, Klärwerke explodieren, dreißig Großstädte in Schutt und Asche sinken, ringsum riesige Waldareale in Flammen aufgehen und die gesamten Katastrophenschutz- und medizinischen Versorgungssysteme zusammenbrechen — dann weiß niemand, welche ökologischen Katastrophenzyklen sich einstellen werden.

Andererseits: Wer einen Atomkrieg für gewinnbar hält, der ist immer auch an ökologischen Risikostudien interessiert, die ihm Aufschluß geben könnten über die mögliche Existenz reproduktionsfähiger Ökosysteme in der Nach-Atomkriegsära. Solche Atomkriegsszenarien sind allerdings nicht wirklich ökologisch, weil sie mit höchst unvollständigem ökologischem Wissen arbeiten müssen.

Von diesen methodischen Schwierigkeiten ausgehend, läßt sich ein Begründungszusammenhang entwickeln, der durchaus empirisch gehaltvolle Aussagen über die ökologischen Folgeerscheinungen eines Atomkrieges zuläßt. Als Prämisse gilt die (hier nicht ausführbare) Aussage, derzufolge die ökologischen Destruktionen eines Atomwaffeneinsatzes immer auch ausgedehnte, lang anhaltende und schwerwiegende Störungen in der Biosphäre verursachen werden. Damit unterliegt die Bewertung von Atomwaffensystemen aber genau denselben Kriterien wie die von »Umweltwaffen«, deren Anwendung völkerrechtlich verboten ist.

Das von der BRD im Mai 1983 ratifizierte Abkommen über das Verbot von militärischen Veränderungen der Umwelt (sog. ENMOD-Konvention) besagt, daß die Signatarstaaten sich verpflichteten, umweltverändernde Militärtechniken, die »weiträumige, lange andauernde oder schwerwiegende Auswirkungen« haben (Art. I), nicht einzusetzen. Eine genauere Analyse der Atomwaffentests ergibt, daß die bisher entwickelten Atomwaffensysteme gegen die zentralen Bestimmungen der ENMOD-Konvention verstoßen. Analog zur geophysikalischen Argumentation bietet somit auch die Umweltwissenschaft Argumente zum sofortigen Verbot von Entwicklung, Produktion, Test und Anwendung von Nuklearwaffen.

Darüber hinaus bietet die internationale Umwelt- und Friedensdiskussion geeignete politische Maßstäbe, mit deren Hilfe der Kampf um die endgültige Beseitigung der Atomwaffenarsenale geführt werden muß. Solche Maßstäbe und Prinzipien liefern die multilateralen Umweltverträge (UNO), die »Weltcharta der Natur« (UNO), aber auch das BRD-Umweltrecht. (BlmSchG, BNatSchG).

4. Der Mainzer Appell

Die Schlußresolution des Kongresses, der »Mainzer Appell«, wurde von den Teilnehmern per Akklamation angenommen. Die Verfasser berufen sich ausdrücklich auf den Krefelder Appell und den DGB-Appell »Frieden durch Abrüstung«. Im diagnostischen Teil des Mainzer Appells heißt es:

»Die bisherige Rüstungskontrollpolitik ist deshalb gescheitert, weil es grundsätzlich unmöglich ist, aus der Phase des aggressiven Wettrüstens unmittelbar zur Abrüstung überzugehen. Bei Waffen, die sich nicht nur für die Verteidigung, sondern auch für den Angriff eignen, überlappen sich die Sicherheitsansprüche beider Seiten, und es kann deshalb keinen Zustand geben, der von beiden Seiten gleichzeitig als hinreichend 'sicher' empfunden wird. Die großen Fortschritte in der Mikroelektronik bieten uns heute jedoch zwei Optionen: Entweder können wir fortfahren, den Nuklearkrieg 'führbar' zu machen, und würden deshalb aller Wahrscheinlichkeit nach auch in ihn hineingezogen. Oder wir können die historisch vielleicht einmalige Chance für eine beiderseitige, die Stabilität erhöhende Umrüstung auf eine 'strukturelle Nichtangriffsfähigkeit' nutzen.«

Im Forderungsteil des Appells heißt es:

»Ein umfassendes Abkommen über einen vollständigen und kontrollierten Entwicklungs-, Test- und Produktionsstopp atomarer Waffen ist ein notwendiger erster Schritt zur Beendigung des Wettrüstens. (...) Die Fortsetzung des Rüstungswettlaufes führt die Welt einer ökonomischen und ökologischen Katastrophe näher. Intensive weltweite Abrüstung ist eine Voraussetzung für die Überwindung der Unterentwicklung. (...) Für unser Land bedeutet das den Verzicht auf die Stationierung der Pershing II und Cruise Missiles. Wir fordern deshalb die Bundesregierung auf, die Stationierung dieser Waffen nicht zuzulassen. Nur so kann ein Klima des Vertrauens geschaffen und die notwendige Zeit für Verhandlungen zwischen den Großmächten gewonnen werden, um zunächst eine drastische Verminderung der Atomwaffen in Ost und West, so auch der SS 20, und schließlich eine umfassende Abrüstung zu erreichen.«

P.S.: Die wichtigsten Kongreßmaterialien sollen im Herbst als »Spiegel«-Buch erscheinen.

Patrik Baab

Demokratischer Sozialismus als »blockfreie Ideologie«?

Seminar »Zukunft des demokratischen Sozialismus — was heißt heute Internationalismus?« der FES und der Zeitschrift L'80 vom 20. bis 22. Mai in Saarbrücken.

Die Heimvolkshochschule Saarbrücken der Friedrich-Ebert-Stiftung hatte zusammen mit der Zeitschrift »L'80« eingeladen, über die weltweiten Aussichten des Demokratischen Sozialismus zu beraten. Neben den Referenten waren viele namhafte Diskussionssteilnehmer zugegen — darunter auch Heinz Timmermann, Thomas Meyer, Tilman Fichter, Heinz Ludwig Arnold, Heinrich Vormweg, Christian Fenner, Michael Reimann, und nicht zuletzt Peter Adrian und Klaus Helf von der Friedrich-Ebert-Stiftung. Zu Beginn begrüßte Oskar Lafontaine, der Saarbrücker Oberbürgermeister, die Teilnehmer im Rathaus mit einem Gläschen Mosel-Saar-Ruwer.

»Im dunklen Wald, solange es ihn noch gibt, laut pfeifen: sich so Mut zu machen, ist als Methode überliefert. Hierzulande bedarf es des Mutes nicht, wohl aber des besonderen Saftes Humor, um ohne nachgestelltes Fragezeichen zum Thema 'Die Zukunft des Demokratischen Sozialismus' zu sprechen« — so eröffnete *Günter Grass* die Tagung mit seinem Einleitungsreferat. Vom Standpunkt des konsequenten Reformismus, den es nun wieder,

humorvoll und selbstkritisch, zu reformieren gelte, wandte er sich gegen »Reformchenmacherei« und plädierte angesichts neuer sozialer Probleme für ein Überdenken des Godesberger Programms. Der »kollektive Wahnsinn der gegenwärtig schlüssigen Logik« in der Wirtschaft müsse überwunden werden durch eine neue, nichtantagonistische »Verbindung von Arbeit und Umwelt«; andernfalls drohe der »Verlust des Futurums«. Auch in der Rüstungsfrage müßten radikale Forderungen gestellt werden: Gerade eine »Bündnistreue durch Widerspruch« gegen die USA scheint Grass nun geboten, seien doch die Genfer Verhandlungen lediglich »Ausdruck der US-Hybris«. Auch außenpolitisch müsse sich der Demokratische Sozialismus »zwischen die Stühle« der Militärböcke setzen. — Anderer Meinung war *Wolfgang Roth*: Die von Grass aufgegriffene »ganzheitliche« Problemdiskussion verrenne sich in die Unlösbarkeit der einzelnen anstehenden Probleme; in dieser »Pessimismusspirale« werde die Unlösbarkeit der realen Schwierigkeiten mitdefiniert. Statt »unrealistischer« Lösungsansätze »aus einem Wurf« schlug er ein »pragmatisches Vorgehen« vor. Acht Punkte seien für die gegenwärtige ökonomische Situation charakteristisch. Die Arbeitslosigkeit sei als eine Krise der Erwerbsarbeit zu begreifen; die Lasten (der Arbeit?) würden dadurch auf Wenige konzentriert. Ursache sei die strukturelle Krise, die zudem von einer Konjunkturkrise überlagert werde. Das Wirtschaftswachstum reiche zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit nicht mehr aus, zumal unbefriedigte Bedürfnisfelder der Industriegesellschaft aus Kostengründen bisher nicht erschlossen worden seien. Folge sei eine wachsende »Schere zwischen Arbeitsproduktivität und Nachfragewachstum« gewesen. Zur Finanzierung der Arbeitslosigkeit sei nunmehr ein »Solidarbeitrag« der Arbeitenden erforderlich. Alles in allem sei, so Roth, die Krise nur überwindbar durch einen »Sozialpakt«, nicht durch ein »Konfliktmodell«. Vielen Diskussionsteilnehmern erschienen diese Vorschläge allerdings recht unklar (Grass: »Haus ohne Dach«).

Burkhard Strümpel brachte eine Dichotomie auf der Verhaltensebene der Bevölkerung ins Gespräch: »grüne Gefühle, technokratische Argumente«. Auf der Erfahrungsebene weise demgegenüber die sinkende Arbeits-, aber steigende Lebenszufriedenheit auf ein schwindendes Vertrauen in die Wirtschaft hin. Eine stärkere Gewichtung der privaten Sphäre sei die Folge. Der Demokratische Sozialismus müsse deshalb sensibel auf neue Ansprüche reagieren. Geboten seien vor allem die institutionelle Integration der Arbeitslosen, eine Auflockerung der technokratischen Denkweise und eine Tolerierung alternativer Lebensstile abseits der objektiven Klassengegensätze.

In seinem Diskussionsbeitrag wies *Rudi Peter* vom Saarbrücker ISO-Institut auf vier zentrale Faktoren der Neuorientierung hin: der anthropologische, persönlichkeitsbildende Charakter der Arbeit müsse wieder, wie Marcuse schon schrieb, stärker beachtet werden; die soziale Steuerbarkeit der neuen Technologien solle im Hinblick auf Arbeitsqualität und Arbeitsverteilung diskutiert werden; die Einwirkungsmöglichkeiten des »autonomen Sektors« auf den »heteronomen Sektor« (Gorz) müßten ausgeschöpft werden; schließlich müsse der Demokratische Sozialismus die technische und ökonomische Dimension strategisch zurückgewinnen.

Bei der Diskussion um den Demokratischen Sozialismus in Osteuropa stellte zunächst György Konrád Demokratie und Sozialismus als »konkurrierende Prinzipien« gegeneinander. Solange Sozialismus durch Verstaatlichung definiert sei, bedeute er die »Präpotenz des Nationalstaats« über die Gesellschaft. Im Zug seines begriffsgeschichtlichen Totalitarismusansatzes konnte er den »Nationalismus als einen Seitentrieb des Sozialismus« auffassen, der »mit dem Staatssozialismus in seinen totalitären Grundlagen übereinstimmt«. Somit besetze der Demokratische Sozialismus bestenfalls Inseln in Ost und West.

Jiri Kostá bestritt dagegen, daß »eine kapitalistische Wirtschaftsordnung nur mit Marktmechanismen und ein sozialistisches ökonomisches System ausschließlich mit zentraler Planung einhergehen« kann. Eine funktionsfähige Analyse erfordere einen volkswirtschaftlichen Rahmenplan mit dem Einsatz indirekter Lenkungsformen wie geld-, fiskal- und strukturpolitische Instrumente, Marktmechanismen zur mikroökonomischen Steuerung und eine umfassende Dezentralisierung und Demokratisierung von politischen Entscheidungsabläufen. *Helmut Fehr* schlußfolgerte aus den Erfahrungen der Reformbewegungen in Ungarn 1956, der CSSR 1968 und jüngst Polen die mögliche Perspektive einer Selbstverwaltungsorganisation, die Elemente der direkten Demokratie mit einer Sozialisierung als schrittweisem Vergesellschaftungsprozeß verbindet und Prinzipien des demokratisch-repräsentativen Systems einbezieht.

Am Sonntag entwickelte *Norman Birnbaum* (Washington) einen historischen Abriss der sozialistischen und Friedensbewegung in den USA. Heute seien ihre Chancen dadurch eingeschränkt, daß die amerikanische Intelligenz »kulturell links« stehe, während eine sozialpolitische Opposition gegen die »Reagonomics« fehle. Zudem habe sich ein neues, realistisches Geschichtsbild nicht von den Universitäten in die Politik ausbreiten können. Ursache sei unter anderem auch das Fehlen beispielhafter Modelle einer sozialistischen Sozialpolitik in Europa. Trotzdem, so *Birnbaum*, müsse die Friedensbewegung in den USA nun ihre Stärke zeigen gegenüber einer forcierten Protektionspolitik, wie sie *Jarry Livingston* in der »Washington Post« vertreten habe: »Germans back to the reservation«.

Abschließend berichtete *Willy Brandt* vom Kongreß der Sozialistischen Internationale in Abufeira. Im dort verabschiedeten Manifest wurden — so *Brandt* — Demokratie und Sozialismus gerade nicht als Fragen des Überbaus verstanden: »Wenn der Staat die Wirtschaft lenkt, kommt es darauf an, wem der Staat gehört.« Pluralismus sei im übrigen nicht immer identisch mit der parlamentarischen Demokratie westeuropäischer Prägung. In Anbetracht der drängenden Probleme — Militarisierung der Dritten Welt, Menschenrechtsproblematik, internationale Wirtschaftskrise und »Nord-Süd-Gefälle« — sei in den 70er Jahren die Attraktivität des Demokratischen Sozialismus in der Dritten Welt gewachsen. Verbunden mit nationalem Unabhängigkeitsstreben und Antikolonialismus entwickle er sich zu einer »blockfreien Ideologie« eines national jeweils »eigenständigen Sozialismus«. *Erhard Eppler* wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die Welt als wirtschaftliche Einheit im Sinne einer Interdependenz nicht existiere; vielmehr sei es eine weitgehend einseitige Dependenz.

Höhepunkt des Seminars war die öffentliche Podiumsdiskussion in der Kongreßhalle am Samstagabend. *Oskar Lafontaine*, *Erhard Eppler*, *György Konrád*, *Zdenek Mlynar*, *Günter Grass*, *Norman Birnbaum*, *Karol Sauerland* und *Carlos Rincón*, der stellvertretende Kultusminister von Nicaragua, wiesen unter starken Ovationen des bunt gemischten Publikums in der randvollen Kongreßhalle auf den internationalen Charakter der Friedensbewegung hin. Tosenden Beifall erhielt auch *Oskar Lafontaine* für die Idee eines »Aufstandes der internationalen Arbeiterbewegung gegen Hochrüstung und Krieg«. Ein »Generalstreik gegen Rüstung« sei »so ehrenhaft wie Abschreckung«. Auch hier erwies sich *Johano Strasser* als geschickter Manager der Diskussion.

Es bleibt zu hoffen, die Saarbrücker Gespräche waren nicht ein zahnloses Pfeifen im finsternen Wald der Opposition. Erhöhe sich auf den Ruinen sozialliberaler Prosa allein die Poesie des Demokratischen Sozialismus, sie hätte nicht besser erdichtet werden können. Nun, da die Parolen gesammelt, sollten sie weniger in Programmen aktenkundig gemacht als vielmehr noch vor dem Herbst ausgegeben werden.

Dieter Schott

Bundesweite Tagung der Geschichtswerkstatt e.V. zum Thema »Widerstand« in Bochum, 28./29. Mai 1983

Ende Mai 1983 wurde in Bochum die »Geschichtswerkstatt e.V.« gegründet. Der Gründung vorausgegangen war ein zweijähriger Diskussionsprozeß mit mehreren Treffen. Das ursprüngliche Ziel der Initiatoren, in der Hauptsache Hannoveraner Historiker, eine neue historische Zeitschrift für all jene Positionen zu gründen, die sich weder in der *Historischen Zeitschrift* (Organ der konservativen Historikervereinigung) noch in *Geschichte und Gesellschaft* (Zeitschrift der »Bielefelder Schule«) aufgehoben fühlten, geriet dabei zunehmend in den Hintergrund. Die Kritik an der Idee einer Zeitschriftengründung, die vor allem vom Projekt »Regionale Sozialgeschichte« (Konstanz) und von Mitarbeitern des Max-Planck-Instituts für Geschichte (Göttingen) vorgebracht wurde, richtete sich dagegen, gewissermaßen von oben her eine neue Zeitschrift zu schaffen, die zunächst nur an den Bedürfnissen der potentiellen Autoren anknüpfen könnte. Statt dessen müsse es zunächst darum gehen, alle Ansätze einer neuen, sich vom herkömmlichen Wissenschaftsbetrieb inhaltlich und methodisch abhebenden Geschichtsschreibung erst einmal zusammenzufassen und in einen Diskussionsprozeß zu bringen, um so von unten her die Basis zu schaffen, die ein solches Zeitschriftenprojekt erst sinnvoll tragen könnte.

Dies führte auf dem vorletzten Treffen in Göttingen zu heftigen Auseinandersetzungen. Die Vertreter von Geschichtsinitiativen aus Berlin, Stuttgart und Konstanz konfrontierten die institutionell gebundenen Historiker mit ihrer Forderung nach solidarischeren Arbeits- und Umgangsformen und nach Rückvermittlung der Ergebnisse historischer Forschung an die Betroffenen. In der streckenweise polemisch geführten Diskussion wurde die Frage an die nicht in Initiativen arbeitenden »Einzelkämpfer«, für wen sie eigentlich Geschichtsforschung betrieben, mit der Kritik gekontert, die Mikrohistorie der Initiativen führe ohne Kenntnis der Makrostrukturen zu einer neuen »linken Heimat«, zur Idyllisierung des historischen Alltags. Trotz aller Differenzen, die teilweise in unterschiedlichen Bedürfnissen wurzelten, wurde für Ende Mai 1983 in Bochum ein weiteres Treffen beschlossen, auf dem zum einen das Thema »Widerstand« inhaltlich diskutiert, zum anderen die formelle Gründung eines eingetragenen Vereins mit Satzung und Vorstandswahl vollzogen werden sollte.

Was für ein Programm verbirgt sich hinter der inzwischen auf den Namen »Geschichtswerkstatt« getauften Vereinigung, passen die Begriffe »Geschichte« und »Werkstatt« überhaupt zusammen? — Zunächst ist der neue Verein ein Versuch, einen Diskussionszusammenhang zwischen den an vielen Orten in den letzten Jahren entstandenen Geschichtsinitiativen und professionellen Historikern herzustellen, die sich im weitesten Sinne als »fortschrittlich«, »links« verstehen. In der Geschichtswissenschaft, sei sie institutionell angebunden oder außerhalb von Institutionen, ist in den letzten Jahren einiges in Bewegung geraten. In inhaltlichem Zusammenhang mit der immer offensichtlicheren Dauerkrise bildete sich am Rand der Zunft eine Gruppe von jüngeren Historikern, die verstärkt die sozialen und ökologischen Kosten industriellen Fortschritts und Wachstums in den Mittelpunkt ihres Forschungsinteresses stellen. Es geht diesen nicht mehr nur darum, die »Modernisierungsprozesse« hin zur heutigen Gesellschaft letztlich affirmativ nachzuzeichnen, wie es etwa die »Bielefelder Schule« (Wehler, Kocka) getan hat, die man auch als Versuch sozialliberaler Geschichtsschreibung bezeichnen könnte. Vielmehr sollen diese Modernisierungsprozesse ihres anonym-naturgesetzlichen Charakters entkleidet werden. So wird beispielsweise in solchen Arbeiten gezeigt, wie die industrielle Arbeitsdisziplin in einem

langen, widerspruchsvollen Prozeß gegen den erbitterten Widerstand der Arbeiter durchgesetzt wurde. Das Verständnis von Zeit und ihrer Verausgabung, das Verhältnis von Arbeit und Muße wurde im Verlauf dieses Disziplinierungsprozesses umgeformt. Im Unterschied zur Strukturgeschichte der »Bielefelder Schule« erscheinen die Arbeiter hier jedoch nicht nur als Objekte, als zu Erziehende, sondern als Leidende *und* Handelnde zugleich.¹

Dieser Wandel von der Perspektive der Strukturen hin zur Perspektive der historischen Subjekte bedingte auch einen Wandel der Methoden. Um die »soziale Logik« der Betroffenen (E.P. Thompson), die immanente Rationalität ihrer Wahrnehmungs- und Verhaltensweisen herausarbeiten, um »Geschichte von unten« schreiben zu können, war eine Beschränkung auf kleinere Untersuchungseinheiten notwendig: Die Regional- und Lokalgeschichte erlebte in diesem Zusammenhang ihren Aufschwung.² In der Erforschung des historischen Alltags als Sphäre, in der sich Widerständigkeiten und Anpassungsprozesse am konkretesten manifestieren, gewannen Fragestellungen der Anthropologie und der Volkskunde neue Bedeutung (z.B. Arbeiterkultur). Die »Oral History«, die Befragung älterer Zeitzeugen mittels Tonband, eröffnete schließlich für die Geschichte des 20. Jahrhunderts ungeahnte Dimensionen, wenngleich sie rasch von seiten mancher etablierter Historiker unter das Verdikt der Unwissenschaftlichkeit geriet. Mit dieser hier grob umrissenen Umorientierung von Themen, Fragestellungen und Methoden holte die bundesdeutsche Geschichtswissenschaft letztlich nur eine Entwicklung nach, die z.B. in England und Frankreich schon bis zum Ende des 19. Jahrhunderts in Form einer »people's history« zurückreicht.

Gleichzeitig mit dieser innerwissenschaftlichen Umorientierung entwickelte sich auch in der Öffentlichkeit ein verstärktes Interesse an Geschichte. Die fundamentale Verunsicherung in den eigenen Lebensperspektiven, wie auch hinsichtlich der gesellschaftlichen Perspektiven, das Bewußtsein der existentiellen Bedrohung durch Atomstaat, Umweltzerstörung und Dauerarbeitslosigkeit läßt viele auf der Suche nach Alternativen nach dem Aufweis anderer Lebensformen in der Vergangenheit fragen. Insbesondere die neuen sozialen Bewegungen (z.B. Anti-AKW) entfalteten ein starkes Bedürfnis nach der Geschichte von Basis-Bewegungen, die sich gegen obrigkeitliche Zumutungen auflehnten. So entstand z.B. aus dem Widerstand gegen das geplante AKW Wyhl ein Sammelband, der die Volksbewegungen am Höchrhein und Oberrhein aufarbeitet und den programmatischen Titel »Vom Hotzenwald bis Wyhl« trägt. An vielen Orten bildeten sich aus den unterschiedlichsten Entstehungszusammenhängen heraus (z.B. VHS-Kurs, Forschungsprojekt, Bürgerinitiative, Lehrer-Schüler-Gruppe) Geschichtsinitiativen, die den Rahmen des Wissenschaftsbetriebs und -Diskurses sprengen und Geschichte einer breiteren Öffentlichkeit vermitteln wie auch Nichthistoriker selbst zum Forschen animieren, ihnen dabei helfen wollen. Diese »neue Geschichtsbewegung« hat bei allen unterschiedlichen Erscheinungsformen der einzelnen Gruppen im Kern doch wesentliche Gemeinsamkeiten:

- Geschichte soll vor Ort mit den Betroffenen und teilweise von ihnen aufgearbeitet werden, gewissermaßen als ein Stück »Erinnerungsarbeit«.
- Die Beschäftigung mit der Geschichte einer Region und der darin lebenden Menschen soll eine kritische Identität mit diesem Raum und die Bereitschaft, sich aktiv mit den heutigen Problemen auseinanderzusetzen, stiften helfen.
- Geschichte soll — neben der Form schriftlicher Präsentation — auch auf andere Weise erfahrbar gemacht werden; daher das Engagement vieler Gruppen für Ausstellungen, Museen, historische Stadtrundgänge und Exkursionen, theatralische Verarbeitungen von Geschichte usw.

Wie wichtig das Wissen um und die Beschäftigung mit der eigenen Geschichte auch für eine Partei sein kann, hat inzwischen auch (reichlich spät) die SPD erkannt. In den letzten Jahren entstand eine Flut von Ortsvereinsfestschriften, die Aufarbeitung der lokalen Parteigeschichte wird jetzt selbst vom Parteivorstand durch Seminare u.ä. unterstützt. Inwiefern diese OV-Schriften allerdings zu einer intensiveren Diskussion über Vergangenheit und Zukunft der SPD beitragen, steht noch in den Sternen. Häufig begnügt man sich wohl eher mit dem Ausgraben einiger alter Dokumente, die bestätigen, was für eine kämpferische Tradition man hat und daß man schon immer auf der Seite der Armen und Unterdrückten stand. Wünschenswert wäre dagegen, die lokale Parteigeschichte im Kontext der lokalen Gesellschaft aufzuarbeiten, um zu zeigen, welche Bevölkerungsgruppen wann und warum die SPD unterstützten, welche sich von ihr abwandten, wie innerparteiliche Diskussionen und Konflikte ausgetragen wurden usw. Natürlich ist ein solches Programm recht anspruchsvoll, aber nur so kann m.E. die Beschäftigung mit Geschichte tatsächlich Einsichten vermitteln. Die Vorschläge von Willy Brandt, im Sinne einer »Spurensicherung« die Geschichte eines Hauses, eines Stadtteils, durch »Oral History« die Erfahrungen von Arbeiterfamilien aufzuarbeiten, weisen dann in die richtige Richtung, wenn sie auf eine Überwindung der reinen Organisationsgeschichte durch eine Verknüpfung von politik- und sozialgeschichtlichen Fragestellungen abzielen.³ Gerade so eine traditionsreiche Partei wie die SPD sollte fähig sein, die Widersprüche und Fehlentwicklungen in ihrer Geschichte kritisch verarbeitend aufzunehmen und nicht historische Selbstbeweihräucherung betreiben, wie es etwa ein Leserbrief der Geschichtsberichterstattung des *Sozialdemokrat-Magazins* sicher nicht ganz zu Unrecht vorwirft.⁴

Doch zurück von der »großen linken Volkspartei« zur kleinen Geschichtswerkstatt: Die inhaltliche Diskussion der beiden auf dem Bochumer Treffen gehaltenen Referate (Widerstand in einem Ruhrbergarbeiterstadtteil und in einem schwäbischen Industriedorf) spiegelte einige der Schwierigkeiten des Zusammenschlusses: In der Plenumsdiskussion (60-80 Teilnehmer) dominierten eindeutig die wortgewandten »Profis«, vorgesehene AGs wurden zugunsten der Plenumsdiskussion stark reduziert, Beiträge waren immer dann spannend und anregend, wenn sie aus der Forschungspraxis hervorgingen und nicht bloße Selbstdarstellung verrieten. Der vorprogrammierte Konflikt zwischen Initiativen und »Einzelkämpfern« brach dann nicht wie erwartet an der Satzungsdiskussion aus (Einzelmitgliedschaft oder Kollektivmitgliedschaft ganzer Initiativen standen alternativ), sondern am Vorschlag der Berliner Geschichtswerkstatt, der von der AG »Initiativen« unterstützt wurde, im Frühjahr 1984 ein »Geschichtsfest« in Westberlin zu veranstalten, auf dem die Initiativen Gelegenheit zur Darstellung ihrer Arbeit erhalten sollen. Die Diskussion ging vor allem über den Begriff »Fest«: Fragen wie »Was wollen wir denn feiern, uns oder die Geschichte, die in Deutschland doch sicher keinen Anlaß zum Feiern gäbe?«, Prädikate wie »lustfeindlich« und »verkopfter Schreibtischtäter« schwirren für kurze Zeit durch den Raum und drohten jede Diskussion unmöglich zu machen. Nach einer kurzen Pause wurde der Kern des Berliner Vorschlags wieder herausgeschält, nämlich der künftigen Veranstaltung der Geschichtswerkstatt einen anderen als den bisher eher seminaristischen Rahmen zu geben. Innerhalb dieses Geschichtsfests wäre dann Platz für Arbeitsgruppen und Workshops zu inhaltlichen oder stärker methodischen Problemen. In dieser Form wurde der Vorschlag dann von der großen Mehrheit der noch anwesenden Teilnehmer gutgeheißen. Die anschließenden Formalia der Vereinsgründung konnten erstaunlich rasch und unkontrovers abgewickelt werden. In wichtigen Punkten machten die Vertreter der Initiativen erhebliche Zugeständnisse — z.B. in der Frage des Namens und der Mit-

gliedschaft — und verdeutlichten so ihre Bereitschaft zur Einigung. Programmatisch wurde nur ein zweiseitiges Selbstdarstellungspapier verabschiedet, das die wesentlichen Ziele der Geschichtswerkstatt festhält, ohne sich allzu konkret festzulegen. Wenn die Geschichtswerkstatt erst einmal klarere Konturen gewonnen hat, wird hier sicherlich eine Überarbeitung notwendig sein.

Die neugegründete Geschichtswerkstatt steht also auf zwei Beinen: Da ist zum einen die Gruppe der meist dem akademischen Mittelbau angehörenden Historiker, die in erster Linie an der Schaffung eines neuen Forums für wissenschaftlichen Austausch interessiert sind. Die andere Stütze sind die Initiativen und Arbeitskreise, die ihre Arbeitsschwerpunkte auf lokaler Ebene sehen und die Geschichtswerkstatt als Forum für praktischen Erfahrungsaustausch und als Informationsbörse betrachten. Das Spannungsverhältnis zwischen den beiden Gruppen ist unbestritten und wohl auch nicht kurzfristig aufhebbar. Aufgabe für die nächste Zukunft sollte allerdings sein, Ängste und Vorurteile auf beiden Seiten abzubauen und so das Spannungsverhältnis fruchtbar werden zu lassen. Eine Aufgabe, die die Geschichtswerkstatt ebenfalls übernehmen könnte, ist die Organisierung der wachsenden Zahl arbeitsloser Historiker. Ihnen einen minimalen Schutz vor Vereinzelung zu bieten, Hilfe bei Abschluß von Werkverträgen u.ä. zu leisten, wäre eine sicherlich notwendige Aufgabe, würde allerdings eventuell auch die Solidarität der Festangestellten auf die Probe stellen.

Anmerkungen

- 1 Als Beispiel für einen solchen Ansatz vgl. A. Lüdtkke, Arbeitsbeginn, Arbeitspausen, Arbeitsende. Skizzen zur Bedürfnisbefriedigung und Industriearbeit im 19. und frühen 20. Jahrhundert, in: G. Huck (Hrsg.), Sozialgeschichte der Freizeit, Wuppertal 1980, S.95-122
- 2 Zu Tendenzen der neueren Regionalgeschichte vgl. die Aufsätze der Arbeitsgruppe des Projekts »Regionale Sozialgeschichte«, in: Das Argument 126 u. 131
- 3 W. Brandt, Demokratische Sozialisten gegen Hitler (Rede auf einem Symposium der Friedrich-Ebert-Stiftung am 9.9.1982), in: Frankfurter Hefte, 38.Jg., H.4/1983, S.42
- 4 Leserbrief von Thomas Deichhardt in Sozialdemokrat Magazin, H.7-8/1983, S.6

Leserbriefe

Betrifft: Frauenschwerpunkt in spw 19 »Frauen hört die Signale ...«

Im Editorial heißt es, daß die Frauenkommission seit der Veröffentlichung ihres ersten Schwerpunkts vor zwei Jahren »kontinuierlich weitergearbeitet (hat) in dem Bemühen, eine frauenpolitische Diskussion innerhalb der linken Sozialdemokratie zu etablieren und in eine regelmäßige Veröffentlichungsstrategie bei *spw* münden zu lassen. Daß es zwei Jahre gedauert hat, bis wieder einmal ein Frauenschwerpunkt für ein *spw*-Heft realisiert wurde, liegt sicher nicht an dieser Kommission« (131).

Ich denke nicht, daß es eine zentrale Frage ist, wie oft ein Frauenschwerpunkt in *spw* erscheint, sondern wie sich die Frauenkommission mit Artikeln, Berichten und Rezensionen in die laufenden Hefte eingemischt hat und mit welchen Handlungsvorschlägen sie aufgrund ihrer »kontinuierlichen Weiterarbeit« nach zwei Jahren einen Frauenschwerpunkt gestaltet. Bilanz: Drei Artikel zu Frauenfragen, die Neues und auch Provokierendes enthalten (B. Wagner zu Borneman in *spw* 14, T. Davis/C. Hall zum Verhältnis Feminismus/Sozialismus in *spw* 15 und B. Rohr zur Situation der Frauenbewegung in *spw* 10), von denen der von B. Wagner auf Initiative der Redaktion geschrieben wurde. Die Denkanstöße dieser Artikel hält die Frauenkommission offensichtlich für so überflüssig, daß sie in dem neuen Schwerpunktheft nicht verarbeitet werden; ferner zwei Kongreßberichte, darunter ein gänzlich unkritischer zur Frauenkonferenz des IMSF »Wir wollen alles« (die Heftankündigung läßt noch nicht einmal ahnen, daß es um diese geht) und drei Rezensionen (darunter zwei von mir). Ich kann darin beim besten Willen keine kontinuierliche Arbeit und Einmischung entdecken.

Damit konzentriert sich die ganze Spannung auf den Schwerpunkt. Sein Thema: Frauen und Krise — ein »dankbares« Thema, das klare Fronten schafft, auf der einen Seite die Krisenmacher, auf der anderen Seite die mehrfach betroffenen Frauen, die objektiven Zwängen ihrer Unterdrückung, d.h. auch Nichtentwicklung, Nichtbefreiung, verschärft ausgesetzt sind. So leidvoll und trostlos zieht sich's denn auch durch den gesamten Schwerpunkt, aus dem lediglich die Beiträge von K. Roth und M. Jansen herausfallen, weil sie als einzige herausarbeiten, warum Frauen eigene, von Männern deutlich abgesetzte Interessen in der Gewerkschaftspolitik und Friedensdiskussion haben. M. Jansens Positionen laden außerdem ein zur streitbaren Auseinandersetzung. Schade ist, daß K. Roth ihren Artikel offensichtlich in fieberhafter Eile geschrieben hat; so bleiben viele Gedankengänge unklar und schludrig formuliert, die gewerkschaftliche Frauenarbeit in ihrem Anspruch unkonkret.

Die Bedeutung des Grundsatzartikels liegt in seiner soliden Information. Möglicherweise schafft er auch bei einigen Leserinnen ein erweitertes Problembewußtsein, aber damit läßt er sie dann auch schon allein. Nachdem sie einiges Wissenswertes über die Wende der christdemokratischen Gesellschaftspolitik vermittelt bekommen haben, sind sie sicher neugierig auf die Perspektiven sozialistischer Frauenpolitik. Zum einen erfahren sie, daß Clara Zetkin schon vor 100 Jahren festgestellt hat, daß der »zentrale Dreh- und Angelpunkt bei der Verwirklichung der Gleichstellung von Mann und Frau ... ihr gleichberechtigter Anspruch auf Erwerbstätigkeit« ist. Weiter geht's mit einer Vielzahl von Forderungen, was Frauen beanspruchen und (Politiker-)Männer erfüllen sollen. Die Mitautorin M. Tiltmann hat offenbar ihre eigene Kritik an der 6. Bundesfrauenkonferenz der AsF vergessen, nämlich, »daß eine 'Appell-Politik', die die Umsetzung von Beschlüssen und so-

zialistischen Perspektiven hauptsächlich mittels Forderungen und Verhandlungen mit der Parteispitze und prominenten Genossen durchsetzen will, aussichtslos ist« (*spw* 12). Wieviel aussichtsloser sind Forderungen, die an eine konservative Regierung gestellt werden! Sie verkommen zu Pflichtübungen ohne Handlungsperspektive, die vor allem bei Frauen an der Basis der Partei und Gewerkschaften Resignation und Langeweile provozieren.

Eine Möglichkeit der politischen Handlungsbefähigung — auch in Krisenzeiten — ist ein Vorschlag von Frigga Haug in den Marxistischen Blättern 3/1983: »... Dagegen behaupte ich, daß bloße Kritik an den Verhältnissen eine Form von Aufklärungspolitik ist, die die Menschen nicht erreicht. Umgekehrt heißt es dort ansetzen, wo sie widersprüchlich leidvoll verstrickt sind, erst wissenschaftlich Politik betreiben. Warum ist es schwierig, eine Veränderung der Personen auch als Politik aufzufassen? (...) Ich plädiere dagegen für eine Politik, die auch danach fragt, wie und wann eine Frau kämpfen kann, immer und alltäglich. Darin ist Selbstveränderung eingeschlossen. Sie ist auch Politik. Sie schließt Gesellschaftsveränderung nicht aus, sondern ist ein Teil von ihr.«

Ich sehe darin auch eine Teilantwort auf A. Wenzels Beitrag »Zur Persönlichkeitsentwicklung von Frauen«. F. Haugs Ansatz zur Politisierung von Frauen ist ebensowenig »Ausdruck der abgelaufenen Entwicklung« wie die »Frauenbewegung in erster Linie Bewegung einer Gegenkultur« und nicht einer Gegenpolitik ist. A. Wenzel muß sich beeilen, wenn sie meint, »Wir stehen heute jedoch vor einer Situation in der Bundesrepublik, ... wo gerade der Zusammenhang zwischen sozialen Verhältnissen und persönlichen Entwicklungsmöglichkeiten reflektiert werden muß«. Inzwischen kann sich die CDU über eine wachsende Zahl weiblicher Neumitglieder zwischen 16 und 32 Jahren freuen und die Textilindustrie über die wachsende Nachfrage nach weißen Brautkleidern für den »schönsten Tag des Lebens« (*FAZ* v. 21. und 22.7.83), der Familiengründung. Selbst wenn sich die Formen, in denen heute Familie gelebt wird, erheblich geändert haben, halte ich es für eine zutiefst konservative Position, die nichts mit Frauenbefreiung zu tun hat, wenn die Familie als Institution nicht in Frage gestellt wird. Die Familie ist der Ort, in der patriarchale Herrschafts- und Unterdrückungsformen immer wieder neu hergestellt werden, in der Mädchen und Jungen auf ihre unterschiedlichen Aufgaben in einer geschlechterspezifischen, arbeitsteiligen Gesellschaft vorbereitet werden, und das nicht nur im Kapitalismus! Ob es Parteien oder Gewerkschaften sind, sie sind männerbesetzt, hierarchisch/bürokratisch, funktional im Ausüben bestenfalls von Gegenmacht zur Staatsmacht. In der Familie werden Frauen- und Männerzuständigkeiten eingeübt, die dann auch gesellschaftlich funktionieren — sie müßte uns Frauen zutiefst suspekt sein.

Weiter geht's im Reigen der besonderen Betroffenheit und der Appelle an andere: Ob in der Büroarbeit, in der Zusammenarbeit mit Ausländerinnen, in der Arbeit in der SPD-Fraktion — darüber geht nichts hinaus. Das entmutigt, unterdrückt jeden Ansatz zu widerständigem Denken und Handeln und überläßt die gesellschaftliche Veränderung denen, die sie als Beruf und Geschäft betreiben. Die Frauenbefreiung, die auf sehr vielen Ebenen, wenn auch ungleichzeitig, krisenhaft *und* widersprüchlich abläuft, ist in diesem Heft kein Schwerpunkt gewesen.

Heike Wilke (Berlin/West)

Betrifft: Beling/Scholz' »Thesen zur Perspektive von marxistischen Sozialdemokraten aus der Opposition« in SPW 19, S. 213ff.

In *These 2* sprechen Beling/Scholz vom ökonomischen Zwang zur 'Wende'« (213). Es ist die ökonomische Logik des Kapitals, die den politischen Subjekten die Aufgabe zuweist:

»Die SPD-FDP-Regierung hatte die Aufgabe, ... die politischen Rahmenbedingungen für die kapitalistische Produktion sicherzustellen und dabei gleichzeitig befriedigend auf die Lohnabhängigen einzuwirken.« (213) Unter Bedingungen der Kapitalverwertungskrise »... mußte eine ... Partei wie die SPD die Regierungsbank verlassen ...« (213).

Für die Analyse des Wechsels mag das noch einen gewissen Sinn geben. Aber kann man damit das Wählerverhalten vom 6. März politisch begreifen? Nach der Theorie von Beling/Scholz wäre der Kampf um die Mehrheit überflüssig gewesen, da ja schon vorher feststand, daß »die SPD die Regierungsbank verlassen mußte« (212). Die SPD bzw. politische Kämpfe existieren bei Beling/Scholz nur in einer Funktion für die ökonomische Basis. Wo bleiben aber dann die politisch Handelnden? War es nicht die CDU, die sich die Zustimmung auch breiter Schichten der Arbeiterklasse zu ihrer Politik nach 1980 erst verschafft hat? — Wie sollten die Arbeitenden in unserem Lande zu handelnden Subjekten für eine Veränderung werden, wenn sie im selben Satz, in dem »entwickeltes Klassenbewußtsein« (213) als Lösungsmöglichkeit vorgeschlagen wird, nur als »Opfer« (213) gedacht werden? Ich denke: Nur wenn man-frau die Arbeitenden *auch* als Tätige begreift, die tagtäglich durch ihr praktisches Einverständnis mit dem Bestehenden das Gesellschaftssystem als solches wiederherstellen, hat man einen Zugriff auf eine mögliche Veränderung: durch eine *andere* Praxis.

In *These 4* scheinen mir Beling/Scholz einen falschen Gegensatz zwischen »Klasseninteressen« und »Volkspartei« aufzubauen. Sie schreiben: »Die Formulierung dieser Klasseninteressen hätte ein gewaltiges gesellschaftliches Potential aktivieren können.« (214) A. Gramsci sieht dieses als notwendigen Schritt beim »Hinaufarbeiten« einer Klasse in den Staat an, allerdings nicht als ausreichenden. Eine »Partei der Arbeiterklasse« muß auf der politischen Ebene eine Perspektive auch für andere Klassen und Gruppen anbieten können, also die engen Grenzen der Klassenpartei überwinden. Schon Marx und Engels schrieben in der »Deutschen Ideologie«: »Jede Klasse nämlich, die sich an die Stelle einer vor ihr herrschenden setzt, ist genötigt, schon um ihren Zweck durchzuführen, ihr Interesse als das gemeinschaftliche Interesse aller Mitglieder der Gesellschaft darzustellen, d.h. ideell ausgedrückt: ihren Gedanken die Form der Allgemeinheit zu geben ...« (MEW 3, 47) Diese Überlegungen verarbeiten auch die Herforder Thesen (HT, Zur Arbeit von Marxisten in der SPD, Berlin/West 1980, 45f.). Klasseninteressen dürfen also nicht unvereinbar mit der Volkspartei angesehen werden. Die Formulierung von »Volksinteressen« auf der politischen Ebene ist vielleicht die einzige Möglichkeit, »Klasseninteressen« durchzusetzen.

In *These 5* scheint mir das Problem in einer »theoretischen Lösung« praktischer Probleme zu stecken: Der reale Konflikt zwischen weiten Teilen der Gewerkschaften und der Ökobewegung wird zu einem »Scheinkonflikt Arbeitsplätze — Umweltschutz« (214) erklärt. Um ein reales Problem zu lösen (denn die 40000 in Dortmund für die Kernenergie demonstrierenden Arbeiter haben ja real demonstriert und nicht nur scheinbar), muß man es aber erst mal als ein solches begreifen: Real gibt es einen Gegensatz zwischen weiten Teilen der Arbeiterbewegung, die auf Kernenergie setzen, und der Ökologiebewegung. Die Frage wäre dann, wie eine Praxis von Gewerkschaften und Ökobewegung aussehen könnte, die nicht gegeneinander gerichtet ist, sondern miteinander. Zu fragen wäre nach den möglichen Knotenpunkten, wo eine solche gemeinsame Praxis ansetzen könnte. Ein Punkt könnte der Arbeitsschutz sein. Hier könnte der Kampf der Arbeiter um »humane Arbeitsbedingungen« mit dem der Ökologiebewegung für Umweltschutz verbunden werden und so zu einer gemeinsamen Veränderung führen.

In *These 12* begreifen Beling/Scholz den Staat als »wesentlich 'kapitalistische Maschine', ... als *Instrument* des Kapitals zur Durchsetzung seiner Interessen« (217). Hier taucht wieder die anfangs kritisierte instrumentelle Vorstellung von Politik auf. Wie ist politischer Kampf im Staat denkbar, wenn dieser nur als »Instrument des Kapitals« gedacht wird? Ich würde dagegen vorschlagen, ihn als Kampffeld (Anti-Berufsverbote-Bewegung, Juristen gegen NATO-Raketenstationierung etc.) zu begreifen, auf dem *auch das Kapital* seine »Hegemonie« immer wieder neu herstellen muß. Das heißt nicht, daß ein solches Kampffeld »klassenneutral« ist (vgl. die Schwierigkeiten der französischen Linksregierung), um die »Tauglichkeit des Staates zur Absicherung der Profitwirtschaft« (HT, 40) zu gewährleisten. Hier liegt unsere Chance: durch den Aufbau einer »alternativen Hegemonie« die politischen Voraussetzungen für eine ökonomische Veränderung unter westeuropäischen Verhältnissen zu schaffen.

Jürgen Blume (Berlin/West)

frontal DAS SOZIALISTISCHE STUDENTENMAGAZIN

frontal bringt im Juni u. a.: Karl Marx. „Geistig-moralische Wende“, Aerobic, Buchneuerscheinungen im Frühjahr, Gewerkschaften und Tarifverhandlungen. Bericht vom Schriftstellerkongreß, US-Hochschulen, Marxismus und Sozialdemokratie

Angebot

Wer jetzt abonniert, bekommt als Geschenk „We shall overcome“, Die US-Friedensbewegung in Selbstzeugnissen, 240 Seiten, oder „Der kalte Krieg des Pentagon“, Von der Entspannung zum 2. kalten Krieg?, 157 Seiten.

KOSTENLOS möchte ich die neue frontal haben. Wenn mir die frontal nicht gefällt, teile ich das innerhalb von 14 Tagen mit, und bei der einmaligen Probeflieferung bleibt's dann auch. Hört Ihr nach dieser Frist nichts von mir, bin ich neuer Abonnent und bekomme pro Jahr sechs Hefte zum Preis von zwölf Mark. Außerdem bekomme ich als Geschenk wahlweise „We shall overcome“ oder „Der kalte Krieg des Pentagon“.

Name und Adresse

Datum und Unterschrift

Falls ich Abonnent werde, möchte ich folgendes Buch

frontal, Meckenheimer Allee 152, 5300 Bonn.




Besprechungen

Bünnig, Jens, Jupp Hartmann, Uwe Höffkes und Sigi Jäger: Stahlkrise — Regionalkrise. Ursachen, Verlauf und regionale Auswirkungen der Stahlkrise. Revier-Verlag, Duisburg 1983 (237 Seiten, br., 14,- DM)

Die Zeitschrift »Revier«, getragen von Gewerkschaftern aus dem Stahlbereich und linken Wissenschaftlern der Region, ist als alternatives Regionalzeitungsprojekt inzwischen im 6. Jahr. Zu aktuellen Diskussionen brachte das linkspluralistische Projekt immer wieder gut les- und verwertbare Bücher auf den Markt wie »Streikwinter. Der Streik der Stahlarbeiter 1978/79« oder »Brennpunkt Stahlkrise« (1981). Nun liegt ein neues Buch der Autoren vor: »Stahlkrise — Regionalkrise«.

Die Stahlkrise dauert inzwischen fast 8 Jahre und wurde zunächst, weil nur einzelne Standorte betroffen schienen (Hoesch, ARBED, Hamborn), kaum wahrgenommen. Inzwischen wurden die Kapazitäten weiter ausgebaut, ihre Auslastung verschlechterte sich dramatisch. In den Stahlstädten bewegt sich die Arbeitslosigkeit auf die 15% zu. Ein arbeitsloser Stahlwerker zieht zwei andere Arbeitsplätze in der Region mit. Noch in diesem Jahr wird die Arbeitslosigkeit über 20% steigen, wenn die Kahlschlagssanierungspolitik der Banken, Unternehmen und Regierungen weiterbetrieben wird. »Flankiert« wird diese Entwicklung von drastischen Haushaltskürzungen der Kommunen im Sozialbereich. Jens Bünnig analysiert die Stahlkrise als Sonderfall der derzeitigen kapitalistischen Krise. Die technologischen Besonderheiten der Stahlproduktion tragen erheblich dazu bei, daß diese Branche so extrem von der Krise betroffen ist. Der zweite Teil des Bandes stellt die realen Auswirkungen der Misere der lokalen Stahlindustrie auf die Städte Duisburg, Dortmund, Hagen und für das Saarland dar. Uwe Höffkes untersucht die Tätigkeit und die oft selbstverschuldete Handlungsunfähigkeit der IG Metall. Abschließend wird neben der Dokumentation wichtiger Materialien (EG-Subventionskodex, allgemeine EG-Ziele »Stahl '85«) die Vergesellschaftungsdebatte aufgegriffen, wie sie im Vertrauensleutkörper der IG Metall und in der SPD geführt wird. Dabei verfolgen die Verfasser das Ziel, in der Kritik der vorliegenden Vorschläge (auch der Vorschlag der »Stahlmoderatoren« ist im Wortlaut abgedruckt) Lösungsperspektiven anzulegen, die die Folgen der Krise für die Arbeiter und ihre Familien abmildern könnten. Die Verfasser sind sich einig, daß die Überführung der Stahlindustrie in Gemeineigentum ein Schritt, aber nicht bereits die Lösung ist.

Es ist der zentrale Gebrauchswert des Buches, daß es neben den vielen ordentlich recherchierten Informationen und Daten die politischen Bedingungen und die betrieblichen Konfliktlinien und Lernprozesse diskutiert, unter denen die Überführung der Stahlindustrie in öffentliches Eigentum sinnvoll und erreichbar ist. Jochen Zimmer (Duisburg)

Spöhring, Walter: Streiks im internationalen Vergleich. (= Schriftenreihe der Otto-Brenner-Stiftung, Bd. 31) Bund-Verlag, Köln 1983 (274 Seiten, br., 28,- DM)

Bei der vorliegenden Arbeit handelt es sich um eine *Literaturstudie*. Sie untersucht nationale Streikbewegungen im Vergleich Großbritannien, Italien, Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland bilden den Schwerpunkt. Dabei wird nach vertikalen (historisch oder strukturell ganzheitlichen) Arbeitsansätzen von nationalen Konfliktmustern und horizontalen (detail-vergleichenden) Ansätzen von internationalen Querschnitten unterschieden. Obwohl eindeutig Streikquantitäten und -qualitäten im Vordergrund stehen, geht *Spöhrings* Untersuchungsansatz weit über eine bloß sekundär-analytische Aufarbeitung

der vorliegenden einschlägigen internationalen Literatur hinaus. Zunächst geht er auf das immer latente Spannungsverhältnis von Internationalisierung des Kapitals und national verankerten Arbeiterbewegungen ein, die platte internationale bzw. supranationale Internationalisierungsthese wird sehr begründet und argumentativ gut belegt zurückgewiesen. Konsequenter wird daran anschließend eine Gegenüberstellung von Arbeitskonflikten aus verschiedenen Ländern vorgenommen. Die Erklärung ihrer national je besonderen historischen, politischen, ökonomischen und sozialen Grundlagen und die Erarbeitung einer Vergleichsmethode, welche nicht zugunsten vorschneller abstrakter, internationaler Identitäten wichtige nationale Unterschiede einebnet, rundet den einführenden Teil ab.

In einem umfangreichen theoretischen zweiten Abschnitt werden die heute vorliegenden »gängigen« Streiktheorien verschiedener Herkunft (subjektiv-voluntaristisch, politisch, ökonomisch, organisationsbezogen) auf ihren Erklärungsgehalt geprüft und zu einer Synthese von Gewerkschaftsbewegung und Streikaktivität in entwickelten kapitalistischen Gesellschaften gebracht. Aus diesem theoriebezogenen Teil der Arbeit werden die Kriterien für die eigentliche Auswahl der auszuwertenden Vergleichsstudien gezogen. Dabei wird besonderer Wert gelegt auf: die Repräsentanz von mindestens drei der eingangs genannten Vergleichsnationen; Aktualität bis in die siebziger Jahre; Erklärungswert der Studien für nationale Besonderheiten; Einbettung der Streikanalyse in gewerkschaftstheoretische Konzeptionen; methodische Differenzen in den Untersuchungsanlagen (vgl. 89f.).

Dieser Merkmalskatalog belegt den weitgreifenden Ansatz *Spöhrings*, dem es nicht nur auf Typologie und Bedingungen von unterschiedlichen Streikmustern im historischen und internationalen Vergleich ankommt, sondern auf ihre Einbettung in die Gewerkschaftspolitik in ganz umfassendem Sinn. Dementsprechend werden die vergleichenden Untersuchungsteile auch um einen sehr lesenswerten und informationsdichten längeren Exkurs über Organisationsstrukturen und Strategien nationaler Gewerkschaftsbewegungen bezüglich der Inhalte von Tarifpolitik, Legalisierungsgrad und die Strukturen kollektiver Verhandlungen im zwischennationalen Vergleich angereichert.

Die Gesamtauswertung gliedert sich in eine Übersicht der quantitativen und qualitativen Trends von Streikmustern, in eine fundierte Kritik zur Methode und Theorie der streikmustersvergleichenden Forschung und schließlich in praxisbezogene, umsetzungsnahe Vorschläge für künftige streikvergleichende Forschungsstrategien. Hier wäre nach *Spöhring* vor allem bei einer Ausweitung der Untersuchungen des qualitativen Typs anzusetzen und an eine gezielte Beobachtung des streikrelevanten Verhältnisses zwischen den unterschiedlichen Konfliktebenen (betrieblich, überbetrieblich-branchenbezogen, gesamtwirtschaftlich-interprofessionell) und den Ebenen der Interessenvertretung der abhängig Beschäftigten (dezentrale Eigenaktivitäten, innerbetriebliche Interessenvertretungsstrukturen, außerbetriebliche Gewerkschaftsorganisation) zu denken. Zentralisierung und Dezentralisierung gewerkschaftlicher Organisation und Politik scheinen für die Streik- und die allgemeine Konfliktproblematik wichtige Schlüsselbegriffe zur Erklärung gewerkschaftlicher Verhaltensmuster in der Krise zu sein.

Spöhring hat sowohl die Themenstellung seiner Arbeit im engeren Sinn (Streik und Streikvergleich) als besonders auch im weiteren Sinn (Determinanten des Streiks in der Gewerkschaftsorganisation und für die unterschiedlichen Muster von Kollektivverhandlungen) auf nationaler wie auf internationaler Ebene ausgezeichnet bewältigt. Seine Arbeit ist materialreich, begrifflich genau — wenn allerdings auch oft sprachlich etwas spröde — und deckt zweifellos ein wichtiges »weißes Feld« in der neueren internationalen Gewerkschaftsforschung ab, da sie in- und ausländische Studien zusammenführt und wertvolle

neue Anstöße zur Erforschung und Erklärung gewerkschaftlicher Politik unter Krisenbedingungen liefert.

Wolfgang Lecher (Düsseldorf)

Megeneder, Oskar: Streiks in den Niederlanden. Haag + Herchen Verlag, Frankfurt/M. 1982 (204 Seiten, br., 25,- DM)

Wenn ein Österreicher über die niederländischen Arbeitsbeziehungen schreibt, dann besteht ein gemeinsames, zentrales Interesse. In beiden Ländern spielt die Verklammerung von Staat, Parteien und Verbänden zum korporativen Syndrom eine beherrschende Rolle. Ohne daß dies vom Autor ausdrücklich erwähnt wird, ist die Analyse der niederländischen Streikbewegung und zunehmenden Konfliktorientierung wenigstens von Teilen der Gewerkschaftsbewegung (den Richtungsgewerkschaften FNV und NVV) in den 70er Jahren implizit wohl auch als Kritik an der Friedhofsruhe der österreichischen Situation zu verstehen. In dieser Phase schienen die niederländischen Gewerkschaften einen Weg weisen zu können, wie bürokratisch verkrustete und allenfalls nur noch teilautonome Gewerkschaften zur Regeneration ihres gewerkschaftlichen Lebens und zur selbstbewußten ökonomischen und politischen Vertretung der Arbeitnehmer gelangen können. So gesehen, zeigen die Streiks gegen den Preisauftrieb im Jahre 1977 brennpunktartig den Stand der Auseinandersetzungen. Da es das Anliegen des Autors ist, nicht bei einer Beschreibung und Analyse der damals für die Niederlande beinahe revolutionären und spektakulären Ereignisse zu verharren, sondern das gesamte politische, soziale, ökonomische und rechtliche Umfeld miteinzubeziehen, ergibt sich ein reich differenziertes Bild des Wechselverhältnisses von externen Rahmenbedingungen und eigentlichen Aktionen. Darüber hinaus schafft die Entwicklung eines präzisen Begriffsapparats — marxistische und bürgerliche Ansätze zu Streiktypologien; zur Soziologie und Funktion industrieller Konflikte; die Entwicklung eines theoretischen Bezugsrahmens — sprachliche Sicherheit bei der Beurteilung und Wertung der Konflikte. Die Beschreibung und Einschätzung des ideologischen Niveaus der jeweiligen Richtungsgewerkschaften und politischen Parteien sowie die öffentlichkeitswirksame Darstellung der Arbeitskonflikte in der niederländischen Presse runden das Gesamtbild ab. Ein umfangreicher tabellarischer Anhang ergänzt den Text sinnvoll.

Kritisch anzumerken ist, daß kein Versuch gemacht wird, die Beschreibung und Analyse der niederländischen Konfliktsituation in der 2. Hälfte der 70er Jahre ausdrücklich mit internationalen Erfahrungen zu verknüpfen. Bis auf ganz wenige, punktuelle Vergleichsbezüge beschränkt sich die Arbeit auf die Monographie einer — allerdings wichtigen — Funktion der Arbeitsbeziehungen (Streik) in einem Land. Neben den oben geschilderten Vorzügen hat ein derart verengter Ansatz aber auch gewichtige Nachteile. Es bleibt der Vorkenntnis bzw. den Vorurteilen oder gar der Phantasie des Lesers überlassen, welche Rückschlüsse er aus der niederländischen Entwicklung für sein eigenes Land und für den Stand der internationalen Arbeitsbeziehungen zieht. Zumindest hätte der Autor Parallelen und Differenzen der niederländischen und österreichischen Entwicklung als ein erkenntnisleitendes Interesse formulieren können. Informationen über die jeweils ausländischen Probleme der industriellen Beziehungen erreichen bei dem hohen Integrationsgrad der westlich-kapitalistischen Gesellschaftssysteme und besonders in Europa nur dann ihre volle Aussagekraft, wenn sie als Teil der internationalen Diskussion behandelt werden. Auch ein abschließendes Kapitel über die Entwicklung nach dem Jahre 1977 bis heute — wieder zunehmender Korporatismus, schwindende Mitgliederzahlen der repräsentativen Gewerkschaften, Ausbau des Betriebsrätegesetzes — hätte die zweifellos sehr material- und kenntnisreiche Argumentation des Buches sinnvoll ergänzt.

Wolfgang Lecher

Glottz, Peter: Die Beweglichkeit des Tankers. Die Sozialdemokratie zwischen Staat und neuen sozialen Bewegungen. Bertelsmann, München 1982 (202 Seiten, br., 26,- DM)

Peter Glottz gehört ohne Zweifel zu den intelligenteren, weitsichtigeren und herausragenden Denkern der heutigen Sozialdemokratie. Er sieht sich selbst als »technokratischen Intellektuellen« mit »zuweilen selbstquälerischen« Tendenzen. So präsentiert sich der ehemalige Berliner Wissenschaftssenator und jetzige SPD-Bundesgeschäftsführer denn auch auf dem Titelblatt des Buches: Den Kopf sinnend in die Hand gestützt, den Blick in die Ferne gerichtet. Während der Titel schnell zum Bonmot avancierte, blieb sein Inhalt offenbar in der Sozialdemokratie weitgehend undiskutiert. Können seine »Arbeitsnotizen eines Funktionärs« aus der Zeit seiner Senatorentätigkeit auch fast zwei Jahre nach Erscheinen noch mit Gewinn gelesen werden?

Das Buch enthält vier Aufsätze und ein Interview mit dem ehemaligen »Apo-Führer« Tilman Fichter. Der erste Aufsatz wiederholt den Buchtitel als Überschrift und behandelt »Veränderungen der Arbeit und der Arbeiterparteien«. Glottz sieht den durch Wohlstand ruhigestellten Klassenkonflikt durch neue Verteilungskämpfe wieder aufbrechen und durch »nicht klassenspezifische Kämpfe« gegen Atomkraftwerke, Startbahn-West oder Aufrüstung ergänzt. Im Bereich »Arbeit« konstatiert Glottz eine schwindende Identität in der Arbeit, zum einen, weil sie von der Alternativbewegung nicht mehr als absoluter Wert angesehen wird, zum andern, weil die »Arbeitsmenge rasch abnimmt«. Er spricht sich für Arbeitszeitverkürzung aus. Mit Blick auf die Alternativler schreibt er: »Wir müssen ein neues Verhältnis von 'Arbeit' entwickeln und das Streben nach selbstrhythmisierter, autonomer Arbeit akzeptieren.«

Glottz' Reaktion auf Konfrontation und »Segmentierung der Gesellschaft« ist das *Konzept von Integration und Dialog*. Dieses Konzept wird mit dem Begriff der »antagonistischen Kooperation« verfeinert. Vierter zentraler Begriff in Glottz' Politikkonzeption ist der der »Identität«, über den später zu sprechen sein wird. Zunächst zur Integration: Die Interessen der neuen Mittelschichten müßten »in einem bewußten politischen Akt« (28) verschmolzen werden, und »die SPD ... muß in den achtziger Jahren viel von dem aufnehmen, was in den neuen sozialen Bewegungen der siebziger Jahre entstanden ist« (57). Keine Institution nehme der SPD »die Aufgabe ab, die unterschiedlichen Wertesysteme der unterschiedlichen Anhängergruppen so miteinander ins Gespräch zu bringen, daß diese gemeinsam handeln können«. Daneben habe die SPD die Aufgabe, um staatliche Macht zu kämpfen (»für eine harte, langwierige Machtauseinandersetzung mit den Konservativen und ihren Kapitalinteressen sind diese Bewegungen ungeeignet«, 78), und sie müsse gegen Bürokratie und Funktionärsdominanz »politische Kultur ausbilden«. Was Glottz *nicht* unter SPD-Kultur versteht, wird im zweiten Aufsatz »Zum Angriff der Alternativen auf die SPD-Kultur« deutlich. Jene verstehen darunter die Ruhigstellung vor allem unterprivilegierter Bürger, um grundlegende Veränderungen »überflüssig« zu machen. Glottz entgegnet mit dem Hinweis auf die Segnungen des Wohlfahrtsstaats. Den Vorwurf der Überbürokratisierung und Überprofessionalisierung der Sozialpolitik nimmt er allerdings an. Im Gegenzug tut er den »Subjektivismus, ein neuer Rückzug auf das Ich und auf 'Gemeinschaft'« ab. »Dieser Subjektivismus hat seine humane Berechtigung, in ihm stecken aber auch ein paar der dunkel-emphatischen Elemente, die die erste Jugendbewegung dann der Hitlerei in die Arme getrieben hat« (95). Glottz erkennt aber: Einer der Kardinalfehler der Sozialdemokratie »ist die Abweisung der Sinnfrage in die isolierte Privatsphäre nach dem Motto: Mit seinen seelischen Problemen muß jeder selbst fertig werden« (98).

Der Standpunkt von Glotz liegt irgendwo zwischen einem »ökonomistischen Menschenbild« und der »hypersensiblen Sekte« der Alternativler. Die politische Veränderungsrichtung ist die des Reformismus. Zu ihm gebe es keine realistische Alternative, es sei denn, meint er eher ironisch, die des »realen Sozialismus« oder des »autoritären Wohlfahrtsstaates à la Strauß«. In diesem Weltbild erhält die SPD die historische Funktion der Integration gesellschaftlicher Kräfte mit dem Mittel des Dialogs und dem Ziel der »antagonistischen Kooperation«.

Etwas außerhalb dieses Gedankensystems liegt der Begriff der »politischen Identität«, dem ein eigener Aufsatz gewidmet ist. Dazu formuliert er vier Thesen. Erstens: Identität des einzelnen sei konstituierendes Element einer menschlichen Gesellschaft. Der »Industrialismus« ermögliche Identitätssuche, aber wenn die »Lebensmächte einer Gesellschaft« keine Identitätsangebote mehr machen können, schlage der Verlust in Aggression um. Zweitens: »Die industriellen Gesellschaften« hätten ihre kollektive Identität verloren; Glotz diagnostiziert Kulturkrise, Zerstörung der Natur, tiefgreifende Angst, »Verlust des Fortschrittsmaßstabs«. Drittens: »Ich will nicht apokalyptisch werden ... Gesellschaften können mit Kulturkrisen viele Jahrzehnte existieren ... Weil aber die ökonomische Stabilität der letzten drei Jahrzehnte in den nächsten beiden nicht garantiert werden kann, bedeutet der achselzuckende Verzicht auf kollektive Identität ein waghalsiges Risiko.« Viertens: »Die Unterwerfung des Menschen unter die Logik der Maschine« müsse verhindert, der europäische Humanismus gegen »die destruktiven Tendenzen des Industrialismus« verteidigt werden.

Im vierten Aufsatz greift Glotz nochmals seine Grundangst auf. Interessengruppen blockieren sich gegenseitig, notwendige Reformen kommen nicht in Gang, der Staat sei fast handlungsunfähig. Dem setzt er die Hoffnung von der »antagonistischen Kooperation« entgegen. Als Beispiel nennt er Verhandlungen mit Hausbesetzern. Glotz' Angst vor der tödlichen Konfrontation, vor »der gründlichen Art der Deutschen zum Haß«, scheint mir ehrlich und ernst und das Hauptmotiv seines politischen Engagements zu sein. Andere Motive, wie beispielsweise seinen sinnlichen Genuß der Herrschaft, konnte er schon in »Die Innenausstattung der Macht« (1979) nicht verheimlichen.

Es gibt kaum ein gesellschaftliches Problem, das Glotz nicht sehen würde. Vom Spekulantentum über Welternährung und Wäldervernichtung bis zur technokratischen Öde (um nur vier von einigen Dutzend zu nennen) zieht sich der Themenkreis, mit dem der SPD-Funktionär konfrontiert wird. Fast auf jeder seiner 200 Seiten entdeckt er einen Konstruktionsfehler im Tanker. Aber »wenn ich mich mitten im Atlantik befinde, kann ich die Maschine meines Schiffes nicht abstellen«. Hauptsache, es geht vorwärts, egal wohin. Glotz geht willig ins Geschirr, er ist ein Arbeitstier, ein Dauerdiskutant, endlos und folgenlos. Bei keinem der Schlüsselbegriffe kann er innehalten und in die Tiefe gehen. Wie steht es beispielsweise mit der Integrationsfunktion der SPD? Antagonistische Wertesysteme verschiedener gesellschaftlicher Gruppen miteinander ins Gespräch zu bringen, damit sie gemeinsam handeln können, das nannte Marx den »ideellen Gesamtkapitalisten«, und er hielt ihn für eine unmögliche Figur. Es könne niemanden geben, der auseinanderstrebende Wertesysteme zusammenhalte. Hat sich Marx getäuscht? Ist die SPD der ideelle Gesamtkapitalist? Oder nehmen wir den Begriff des »Dialogs«: Mit restriktiven politischen Maßnahmen verprellte Glotz als Wissenschaftssenator sämtliche hochschulpolitischen Gruppen und Gremien (mit Ausnahme der konservativen Professoren). Sie erkannten seinen Dialog als Gerede. Als Warnstreiks und Boykott an den Universitäten den Höhepunkt erreichten, wechselte er in die SPD-Bundeszentrale. Ein Richard Kimble der Politik — immer auf der Flucht vor den Konsequenzen seiner Politik oder seiner Ideen.

Glottz stellt scharfsinnige Fragen, kennt die Probleme der Zeit, die Antworten aber versinken im Strudel glatter Formulierungen und vager Andeutungen. Da bleibt kaum etwas, woran sich der Leser festhalten könnte. Gorz (Antimarkist), Schmitt (Staatsrechtler), Kluge/Negt (Sozialwissenschaftler), Enzensberger (Überflieger), Ionesco, Rilke, Pasolini, Bloch, Bebel, Levi, Ebert und so fort — alle dürfen in Form eines Zitats oder Bruchstückes eines Gedankens vorbeisegeln und sind viel zu flüchtig, als daß sie den Kurs des Tankers SPD oder die quirligen Ideen seines Steuermanns berühren könnten. Im Buch ist nichts von Bestand, außer der tiefen Ratlosigkeit über die Lösung existentieller Probleme. Es wäre unfair, dies nur Glottz vorzuwerfen. Phantasielosigkeit teilt er mit den meisten Politikern.

Das Buch entließ mich in Verwirrung. Es war wie eine Nachrichtensendung: eine Fülle zusammenhangloser Katastrophenmeldungen ohne den Ansatz einer Ursachenerklärung und ohne Entwicklungsperspektive. Vielleicht ist dies das Tragische fast aller Politiker, daß sie keine Vorstellung von der Notwendigkeit einer menschengerechten Zielgerichtetheit von Politik haben. Auch bei Glottz erscheint Politik als Selbstzweck. Erschütternd, wie kurzfristig und opportunistisch die Suche nach Lebensbedeutsamkeit in der Alternativbewegung abgehandelt wird. Glottzens konkrete Zukunftsvorstellung geht tatsächlich nicht weiter, als die Alternativbewegung durch Integration zu entschärfen und eine autoritär-konservative Regierung zu verhindern. Beides ist gescheitert.

Gerald Mackenthun (Berlin/West)

Institut für Marxistische Studien und Forschungen — IMSF (Hg.): Der Staat im staatsmonopolistischen Kapitalismus. 2 Bde. Bd.I: Staatsdiskussion und Staatstheorie, Frankfurt/M. 1981 (zit. I), 494 Seiten, br.; Bd.II: Empirische Analysen, Fakten. Frankfurt/M. 1982 (zit. II), 558 Seiten, br.; zus. 50,- DM

Das umfangreiche Werk behandelt die Staatsfrage im Rahmen der Theorie des Staatsmonopolistischen Kapitalismus (im folgenden SMK), einer Theorie, deren methodologische Grundlagen innerhalb des Marxismus durchaus umstritten sind, die aber andererseits seit den sechziger Jahren — in heftigen Auseinandersetzungen — an wissenschaftlicher Reife und auch im sozialdemokratischen Organisationsbereich an Einfluß gewonnen hat. Ausgehend von der zentralen Fragestellung, »- in welchen Strukturen und Inhalten realisiert sich das Verhältnis von Staat und Wirtschaft (Monopolen) und welche Tendenzen weist die relative Selbständigkeit des bürgerlichen Staates im SMK auf? - welche Rolle spielt der Staat in den Klassenbeziehungen und für die Klassenherrschaft der Monopolbourgeoisie?«, versuchen die Autoren in namentlich gekennzeichneten Beiträgen, »wichtige Diskussionsprobleme« (I, V) aufzugreifen, ohne eine systematische Abhandlung zur Staatstheorie anzustreben. Dabei kommen Aspekte des Staatsrechts und der Rechtstheorie, wie die Autoren auch einräumen, zu kurz. Aufbau und Struktur der Studie erleichtern den Einstieg in die gesamte Problematik; die einzelnen Beiträge sind so konzipiert, daß selektives Lesen möglich ist. Das hohe Abstraktionsniveau vor allem im Kernteil des ersten Bandes kann zu Verständnisschwierigkeiten führen, wenn der Leser über keine Vorkenntnisse verfügt.

Abschnitt I umfaßt die Entwicklung und Herausbildung der materialistischen Staatstheorie von den Staatsvorstellungen der aufstrebenden Bourgeoisie bis zu den Konzeptionen von Marx, Engels und Lenin. Der Widerspruch zwischen formaler Rechtsgleichheit, Allgemeinheit des Gesetzes sowie gesellschaftlicher Ungleichheit und Ausbeutung kennzeichnet die bürgerlichen Demokratieauffassungen. Demokratie wird zur Demokratie des

Bürgertums, die bürgerliche Republik zeigt sich als Klassendiktatur der Bourgeoisie. Die Perspektive der Überwindung der herrschenden Verhältnisse liegt in der Diktatur des Proletariats — die als das Klassenbündnis aller Lohnabhängigen unter Führung der Arbeiterklasse bestimmt wird — als der notwendigen Durchgangsform zur Abschaffung der Klassenunterschiede, die allerdings ohne die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates zum Scheitern verurteilt ist, wofür als Beleg die Erfahrung der Pariser Kommune angeführt wird.

Staatstheoretische Positionen marxistischer und am Marxismus orientierter Strömungen sowie bürgerliche und reformistische Staatskonzeptionen sind Gegenstand von Darstellung und Kritik im Abschnitt II. Besonderes Augenmerk verdient die Hegemonietheorie Antonio Gramscis, die mit ihren Schlüsselkategorien »politische« und »zivile Gesellschaft«, »integraler Staat«, »historischer Block«, »Stellungskrieg« und »Bewegungskrieg« wertvolle Hinweise für die Erforschung der Bedingungen eines (friedlichen) Übergangs zum Sozialismus und zur Transformation des Staates in den entwickelten kapitalistischen Ländern gibt.

Abschnitt III bildet den Hauptteil des ersten Bandes. Für die Darlegung der Grundlagen und Strukturen von Staat und Herrschaft im SMK werden zunächst die Grundkategorien der marxistisch-leninistischen Staats- und Überbautheorie rekapituliert. Der jeweils historisch dominierende Typ der Aneignungs-, Ausbeutungs- und Eigentumsbeziehungen bestimmt die Struktur der gesellschaftlichen Totalität mit einem entsprechenden Staatstyp. Für die kapitalistische Gesellschaftsformation bedeutet dies — analog den Veränderungen in der sozialökonomischen Basis des bürgerlichen Staates — die Unterscheidung in den vormonopolistischen und den monopolistischen Staatstyp. Dürfte über die bis hier nachvollzogene Argumentation weitgehend Einigkeit bestehen, wirft die daraus gezogene Schlußfolgerung m.E. Probleme auf: Vom Standpunkt der theoretischen Begründung des SMK als einer Entwicklungsphase des Kapitalismus in seinem monopolistischen Stadium erscheint es zur Konkretisierung »gerechtfertigt, einen Staatstyp des SMK zu konstatieren« (I, 234). Nun entspricht zwar die hier nachvollzogene entwicklungstheoretische Einordnung des SMK-Begriffs in die Theorie des Monopolkapitalismus der Mehrheit der SMK-Theoretiker, doch ist fraglich, ob die »spezifischen Merkmale und Besonderheiten des SMK-Staates« (I, 235) einen neuen Staatstyp hinreichend begründen, zumal wenn man bedenkt, daß nach dem Phasenmodell der Staatstyp des SMK zugleich ja auch Staatstyp des Imperialismus ist.

Überzeugender fallen die Ausführungen zur Verflechtungsthese der SMK-Theorie aus. Die Verflechtung und das Zusammenwirken von Staat und Monopolen realisieren sich auf funktionellen, institutionell-rechtlichen und personell-soziologischen Ebenen und umfassen den Gesamtkomplex von Basisstrukturen des Monopols, herrschendem Überbau, Staatsapparat bzw. Staat, wobei die unterschiedlichen Etagen der Monopolisierung (vom Konzern über Unternehmerverbände bis zu internationalen Finanzgruppen) beachtet werden müssen, weil auf diesen Ebenen die konkreten Formen der Verflechtung zu erfassen sind. »Auf der Ebene der Ministerialbürokratie und den Spitzen der Ministerien (liegt) das wesentliche Interaktionsfeld für die Monopole.« (I, 267) Neben der Sozialpolitik gehören Rüstung und Militarisierung sowie das Verhältnis von Nationalstaat und Internationalisierung des Kapitals zu den Triebkräften der Herausbildung des SMK. (Re-)Militarisierung und Entfaltung des SMK stehen im besonders engen Wechselverhältnis zueinander, Resultat ihres Beziehungsverhältnisses sind strukturelle Militarisierung der Wirtschaft auf der einen und die Etablierung eines Militär-Industrie-Komplexes auf der anderen Seite.

Im Kapitel »Aktuelle Tendenzen des SMK« wird das Konfliktregulierungspotential des BRD-Staates analysiert und ein Überblick über die aktuellen Tendenzen der Reformbeschränkungen in unserem Land gegeben. Das Profitmotiv, einzige Steuerungsinstanz des Reproduktionsprozesses auf Kapitalseite, schafft Konflikt- und Krisenbereiche, die nach staatlichen Regulierungsmöglichkeiten verlangen. Mehrwertproduktion, Profitrealisierung, Inlandskonkurrenz, soziale Auseinandersetzungen und Weltmarktkonkurrenz sind die Felder, wo der staatliche Einsatz ökonomischer Mittel (Einsatz des Staatssektors und des Staatshaushaltes, Geldmengen- und Währungsmanipulation) greifen soll, deren Effektivität jedoch ausgesprochen gering ausfällt. Die neuen Existenz- und Entwicklungsbedingungen des BRD-Imperialismus seit der Krise 1973-75 verlangen deshalb nach neuen Regulierungsstrategien, die mit der derzeit praktizierten Politik der Austerität und internationalen Expansion sowie der vollen Unterstützung der US-Globalstrategie eine aggressive Variante angenommen haben.

Abschnitt IV behandelt den »BRD-Staat im Massenbewußtsein«. Für die Arbeiterklasse und ihre Kerngruppen zeigen sich »hohe Erwartungshaltungen, die jedoch keineswegs unkritisch den bestehenden Zustand als beste aller Welten ansehen« (I, 480), gegenüber der neueren Funktion des Staates; bei den Mittelschichten im Staatsapparat ist eine Tendenz zur Auflösung des tradierten »Staatsdienerbewußtseins« feststellbar. Für die technische Intelligenz gilt zunehmend eine Hinwendung nach Wertorientierungen außerhalb der »technischen Sachzwänge«.

Der Empirie-Band hat zum Ansatz die »Analyse des Staates in seiner Erscheinung als materialisiertes ideologisches Verhältnis, als Staatsapparat« (II, V). Die Struktur und Umriss des BRD-Staatsapparates mit seinen ökonomischen Grundlagen und seiner Finanzstruktur sowie die Darstellung und Analyse der wichtigen Staatsapparate stehen im Vordergrund. Der Staat bleibt nicht einfach Ausdruck des Willens- und Herrschaftsverhältnisses der herrschenden Klasse. Er entwickelt wie andere Überbaubereiche eine relative Selbständigkeit, die sich mit dem Ausbau des Staatsapparates erweitert. »Der Staatsapparat entwickelt sich als funktionsdifferenzierte Maschine.« (II, 8) Staatsapparate sind auf der Basis bestimmter funktioneller Zusammenhänge sich reproduzierende Organisationsgefüge, die im SMK sich intern auch in den Effektivitätskriterien nach Konzernstrukturen ausrichten. Die Autoren sprechen im Zusammenhang der Staatsfunktionen von einer »Funktionsverdichtung«, weil sie übergreifender Natur sind und jeweils einen Aspekt des Staates darstellen, »während die entsprechenden Apparate jene Organisationsgefüge sind, die überwiegend oder hauptsächlich in einem arbeitsteiligen Zusammenhang die spezifischen Staatsfunktionen realisieren.« (II, 76)

Anhand einer Fülle empirischen Materials werden die einzelnen Staatsapparate (politischer Steuerungsapparat, Justiz-, unmittelbarer Gewalt- und Repressionsapparat, ökonomischer Apparat und sozialpolitische Staatsapparate, ideologische Staatsapparate und außenpolitische Apparate) dargestellt und untersucht. Besondere Beachtung verdient Abschnitt III, wo in sechs Beiträgen für den Staat im SMK relevante Einzelaspekte analysiert werden. Neben der Sozialstruktur der Staatsbeschäftigten und der Rolle des Bundesverfassungsgerichts als reaktionäres Reserveparlament geht es noch einmal um funktionelle, personelle und institutionelle Formen der staatsmonopolistischen Verflechtung. Die enge Verflechtung von Staat und Kapital bzw. Monopolen läßt sich am eindeutigsten in der Untersuchung von staatsmonopolistischen Komplexen wie dem Militär-Industrie-Komplex der BRD darstellen. Militär-Industrie-Komplexe haben sich in allen Ländern des SMK in unterschiedlichem Ausmaß etabliert und stellen wohl den fortgeschrittensten Be-

reich der Verflechtung dar. Eine Anzahl von ökonomischen, politischen und juristischen staatlichen Hebeln und ein umfassender Lenkungsapparat zur Steuerung des hochtechnologisierten Rüstungsbereichs, dessen wesentliche Entwicklungslinien in institutionalisierten Gremien (vor allem im Rüstungswirtschaftlichen Arbeitskreis) zwischen Staat und (Rüstungs-)Monopolen abgestimmt werden, ermöglichen »überhaupt erst die kapitalistische Anwendung der hochvergesellschafteten Produktivkräfte, die für die Herstellung moderner Kriegstechnik erforderlich sind« (II, 476). — Der Grundwiderspruch der kapitalistischen Produktionsweise ist auch zentraler Bezugspunkt der Darstellung von Entwicklungstendenzen und Kritik des SMK-Staates in Abschnitt IV. Als theoretische und politische Alternative zum SMK wird das Konzept der antimonopolistischen Demokratie vorgeschlagen. Wenn auch dieses Konzept hier noch keine konkreten Formen annimmt, so wird doch das grundlegende Ziel formuliert: »Aktivierung der sozioökonomischen und politischen Interessen der Arbeiterklasse und breiter Volksschichten in einem Prozeß der Entmachtung der Monopole und Finanzgruppen« (II, 536). Berthold Paschert (Münster)

Zeitschrift für
Sozialistische Politik
und Wirtschaft



18'83

Diskussionsschwerpunkt:

- »Neue Mehrheiten« für linke Politik
W. Damkowski/J. Rother: »Politik links von CDU« (Willy Brandt)
E. Hoplitschek: Grün-rote Koalition?
B. Rohr: Wachsam und Unbescheiden.
Einige Überlegungen zur Frauenfrage
F. Karl: Über Strukturen und Inhalte einer »neuen Mehrheit«
K.-P. Wolf/B. Zimmermann: Wird die »neue Mehrheit links von der CDU« ein Reformbündnis?

Analysen

- A. Huß-Michel: Vor 50 Jahren: Der Faschismus an der Macht
W. Holtfort: Menschenrechte und Verfassungswirklichkeit.
M. Krätke: Dieser Sozialstaat ist der unsre nicht!? (II)
K. Krusewitz: Gesellschaft, Ökologie, Militarismus.

19'83

Aktuelle Kommentare

- M. Ernst-Pörksen: Frühjahrsgutachten — bitte wenden
D. Scholz: Tarifeinsetzungen 1983 — Niederlage der Arbeiterbewegung
F. Heidenreich: Nicaragua und Vietnam

Diskussionsschwerpunkt

- Fricke/Gröning/Günther/Neumann/Tiltmann: »Frauen hört die Signale...«
E. Zmuda-Schamper: Rationalisierung in Handel und Büro
K. Roth: Zum Reich der Gleichheit und Freiheit
B. Klöckner: Solidarität tut not! Ausländische und deutsche Frauen in der Krise
M. Jansen: Frauenfriedenszeichen in der Politik

Analysen

- D. Albers: Unsere Aufgaben nach dem 6. März
M. Häupl/P. Pelinka: Das Ende einer Ära. Österreich nach den Nationalratswahlen
W. Kowalski: Anmerkungen zum »Französischen Linksexperiment«
J. Rodejohann: Rüstungsabhängige Arbeitsplätze. Arbeit für wenige — Arbeitslosigkeit für viele

Über die Autoren

Ahrens, Norbert, geb. 1939; Dipl.-Politologe. Arbeitsgebiet: Lateinamerika (Chile, Kirche, Agrarsituation). Veröffentlichung: Sozialdemokratie und Lateinamerika (als Co-Autor). Mitglied der RFFU im DGB.

Baab, Patrick, geb. 1959; Student der Germanistik und der Politischen Wissenschaften in Mannheim. Arbeitsgebiete: Literaturtheorie, marxistische Philosophie, Ideengeschichte der sozialen Bewegungen, Geschichte der Arbeiterbewegung, DDR, Politische Kultur. Mitglied der SPD.

Bücker, Gerhard, geb. 1947, wiss. Referent am Wirtschafts- und Sozialwissenschaftl. Institut des DGB (WSI), Düsseldorf.

Bispinck, Reinhard, geb. 1951, wiss. Referent am Wirtschafts- und Sozialwissenschaftl. Institut des DGB (WSI), Düsseldorf.

Bloomfield, Jon, Mitglied der nationalen Leitung des CND und des Beraterkomitees für Friedenspolitik beim ZK der KPGB.

Bömer, Herrmann, Mitarbeiter des Memorandum Kreises in Dortmund.

Däubler, Wolfgang, geb. 1939; Prof. für Arbeits-, Handels- und Wirtschaftsrecht an der Universität Bremen. Veröffentlichungen: Arbeitsrecht, Stationierung und Grundgesetz (1982).

Demele, Ottwald, Dr., geb. 1945; Dipl.-Volkswirt, wiss. Assistent am Institut für Konzentrationsforschung der FU Berlin. Mitglied der IG Metall.

Ernst-Pörksen, Michael, geb. 1951; Dipl.-Volkswirt. Arbeitsgebiet: Alternative Wirtschaftspolitik. Mitglied der ÖTV und des Memorandumkreises.

Grill, Gertraud, geb. 1940; Büchereibedienstete der Stadt Wien. Mitglied der SPÖ, Mitarbeiterin der sozialistischen Zeitschrift »Tribüne«.

Hofschens, Heinz-Gerd, geb. 1949; Studium der Geschichte, Politischen Wissenschaften und Germanistik; z.Zt. arbeitsloser Lehrer. Arbeitsgebiete: Geschichte der Arbeiterbewegung, Alternative Wirtschaftspolitik. Mitglied der GEW, des BdWi und der SPD, Mitglied im Landesvorstand der Jusos-Bremen.

Kiki, Uli, geb. 1961; Studium der Germanistik und Geschichte an der Univ. Wien. Mitglied der SPÖ.

Killig, Wolfgang, geb. 1952; Bankkaufmann. Mitglied der HBV und SPD.

Kremer, Uwe, geb. 1959; Doktorand der Sozialwissenschaften, Mitglied der SPD, GEW, AWO, VVN, Schulungsreferent der Jungsozialisten im Bezirk Hannover.

Krusewitz, Knut, Dr., geb. 1941; Privatdozent und Umweltwissenschaftler. Mitglied in SPD, ÖTV, BdWi und Öko-Institut Freiburg, Mitglied der *spw*-Redaktion.

Lecher, Wolfgang, wiss. Mitarbeiter des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des DGB (WSI), Düsseldorf.

Mackenthun, Gerald, geb. 1950; freier Journalist. Mitglied in SPD und IG Druck und Papier (JU).

Müller, Petra, geb. 1956; Lehramtsstudentin Bautechnik/Geschichte an der Gesamthochschule Wuppertal, z.Zt. Praktikantin im DGB-Kreis Frankfurt. Mitglied der IG Metall, SJD - die Falken, SHB, SPD und im Juso-Betriebsvorstand Hessen-Süd für den Bereich Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit.

Ott, Erich, Dr.phil., geb. 1945; Dipl.-Betriebswirt und Dipl.-Politologe, Sozialwissenschaftler, Dozent in Kiel. SPD-Ortsvereinsvorsitzender in Holtsee.

Paschert, Berthold, geb. 1957; Studium der Soziologie, Politischen Wissenschaften, Geschichte in Münster, z.Zt. Magisterarbeit über Rüstungskonversion nach dem I. Weltkrieg in Deutschland. Mitglied der GEW, der SPD und des SHB.

Pentzlin, Joachim, geb. 1945; Richter am VG Köln. Mitglied des ASJ-Landesausschuß Nordrhein-Westfalen, ehemals Mitglied der Juso-Kommission »Demokratische Rechte«.

Repl, Jutta, geb. 1956; Studium der Rechtswissenschaften an der Univ. Wien. Mitglied der SPÖ.

Rix, Christiane, geb. 1953; Dipl.-Politologin, wiss. Mitarbeiterin am Fachbereich Politische Wissenschaften der FU Berlin. Mitglied in SPD, GEW und BdWi, Mitglied der *spw*-Redaktion.

Schott, Dieter, Studium der Geschichte, Anglistik und Politischen Wissenschaften. Arbeitsgebiete: Regional- und Kulturgeschichte, Weimarer Republik. Mitglied der SPD und der ÖTV.

Strieder, Peter, geb. 1953; Richter am Arbeitsgericht Berlin, Mitglied in SPD und ÖTV.

Weiß-Gürger, Anita, geb. 1952; Theaterwissenschaftlerin und Psychologin, z.Zt. arbeitslos. Mitglied der SPÖ und Mitarbeiterin der sozialistischen Zeitschrift »Tribüne«.

Wolf, Klaus-Peter, geb. 1951; Journalist. Mitglied im LaVo der SPD Berlin, Mitglied der AWO, der SJD - Die Falken, der RFFU im DGB, Mitherausgeber der *spw*.

Zimmer, Jochen, geb. 1947; Hochschullehrer der Gesamthochschule Duisburg. Mitglied der SPD und Sekretär der Naturfreundeinternationale.

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 116

10. JAHRGANG DER CHILE-NACHRICHTEN

JUNI 1983

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN

- informieren regelmäßig über aktuelle Ereignisse, Unterdrückung und Widerstand, Befreiungsbewegungen, soziale Bewegungen, die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen der BRD und Lateinamerika, die Lateinamerikapolitik der USA
- analysieren die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Ursachen und Hintergründe aktueller Konflikte
- berichten über die Solidaritätsbewegung in der BRD und
- wollen damit zu praktischer Solidarität mit dem Befreiungskampf in Lateinamerika anregen.

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN informieren nicht nur, sie beziehen Stellung zu politischen Ereignissen in Lateinamerika und in der BRD.

Die LATEINAMERIKA NACHRICHTEN erscheinen 11 mal im Jahr.

Sie veröffentlichen regelmäßig Sondernummern.

Ein Jahresabonnement kostet DM 40,-.

Bitte fordern Sie unser kostenloses Publikationsverzeichnis an.

Eine kostenlose Probenummer der LATEINAMERIKA NACHRICHTEN senden wir Ihnen gern zu.

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN, Im Mehringhof, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61
Tel. 030/693 40 29.

Sozialdemokratie und Lateinamerika

herausgegeben vom

FDCL

Forschungs- und Dokumentationszentrum
Chile - Lateinamerika e.V., Berlin

Inhalt: Teil 1 Politik und Geschichte: Tilman Evers: Westdeutsche Sozialdemokratie in Lateinamerika, Stefan Saarbach: Aktuelle Lateinamerika-Politik der SPD, Frieda Jering: Sozialistische Internationale, Fernando Mires: Haya de la Torre und der Populismus, Manfred Faßler: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. **Teil 2 Länderstudien:** Nikolaus Solis A., Manuel Rojas B.: Costa Rica, Luiz Ramalho: Brasilien, Wolfgang Heuer: Bolivien, Norbert Ahrens, Hugo Calderon Jaime Ensigna: Chile. Anhang: Mitglieder der SI, Chronologie, Quellenangaben

416 Seiten, DM 29,80

ISBN 3- 923020-02-5

Verlag edition FDCL 3/4, 1982

Vertrieb LN:Vertrieb, Im Mehringhof, Gneisenaustr. 2, 1 Berlin 61



Erscheint im Oktober!

spw



WIRTSCHAFTSKRISE und regionale Gegenwehr

Sozialdemokratische Konzepte
für Vollbeschäftigung
und Lebensqualität

Mit einer Dokumentation
regionaler Wirtschafts- und
Beschäftigungsprogramme

SONDERHEFT 4